Zur europäischen Politik 1897—1914

Unveröffentlichte Dokumente

In amtlichem Auftrage herausgegeben

unter Leitung von

Bernhard Schwertfeger



Band 4 (1912—1914)

1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

1912—1914

Kriegstreibereien und Kriegsrüstungen

In amtlichem Auftrage

bearbeitet von

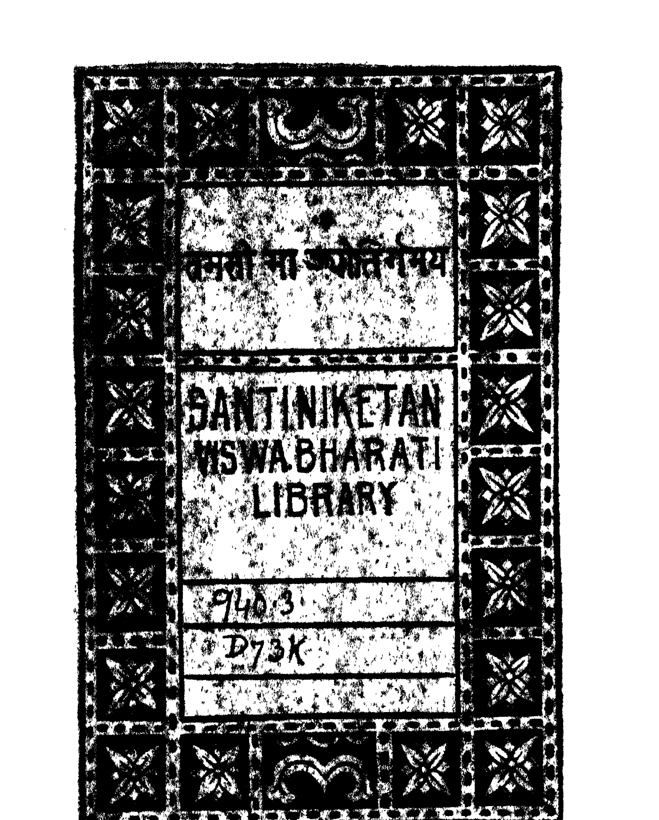
Alfred Doren

Mit einem Faksimile



1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin


SANTINIKETAN
VISWABHARATI
LIBRARY
940.3
D73K

VORWORT

Bei der Durchsicht der Aktenbestände des belgischen Ministeriums des Äußern zu Brüssel wurde seinerzeit unter der Bezeichnung P 6016 eine große Anzahl mechanisch vervielfältigter Berichte aus den Jahren 1897 bis 1914 aufgefunden, deren sich die belgische Regierung bedient hatte, um ihre diplomatischen Vertreter im Auslande wechselseitig über die Berichterstattung ihrer Kollegen auf den anderen Gesandtschaftsposten zu unterrichten. Aktenmäßig bezeichnete das belgische Ministerium des Äußern diesen Schriftverkehr als „correspondance politique". Er verdankte seine Entstehung dem Generaldirektor Arendt, der 1897 die politische Abteilung des belgischen Außenministeriums leitete. Einem Schreiben vom 17. März 1897 an den Minister, dem gegenüber er die Notwendigkeit der Versendung eines Zirkulars begründen mußte, entnehmen wir die Grundsätze, nach denen die Auswahl der „circulaires" oder „extraits" erfolgte.

„Ich möchte", heißt es dort, „die Gelegenheit benutzen, Ihnen, Herr Minister, die Grundsätze darzulegen, nach denen ich bei der Herstellung der politischen Korrespondenz zu verfahren mich bemühe.

1. Auszuschließen sind tatsächliche Neuigkeiten in eigentlichem Sinne. Der Telegraph unterrichtet darüber jedermann.

2. Was uns unmittelbar angeht, sind die Absichten der Mächte, ihre Haltung, ihr Einvernehmen oder ihre Uneinigkeit. Der Friede Europas hängt davon ab. Das studiere ich in den Depeschen ganz besonders.

3. Unsere Vertreter auf Posten zweiten Ranges, Belgrad, Bukarest, Athen, geben uns sonst nicht veröffentlichte und

wenig bekannte Auskünfte, die an Ort und Stelle geschöpft sind, einen tatsächlichen Wert besitzen, und die unsere Gesandten mit großer Freude aufnehmen. Aber ich bestrebe mich, nur Dinge zu schreiben, die ein dauerndes Interesse im Verlauf der Ereignisse behaupten. Auf diese Auswahl richte ich meine ganze Aufmerksamkeit.“

Die Art der Bearbeitung der Zirkulare war nicht immer gleichmäßig. Anfangs wurden nur wenige Berichte zu Zirkularen verwendet, häufig auch mehrere Berichte verschiedener Herkunft zu einem Gesamtüberblick über eine bestimmte Frage vereinigt. Bald darauf wird das Verfahren bevorzugt, einen, mitunter auch mehrere Berichte desselben Gesandten als Grundlage für ein Zirkular zu nehmen. Während anfangs die verschiedenen, zu einer Mitteilung zusammengefaßten Berichte gelegentlich nicht unerheblich umgeändert wurden, zeigt sich nun das Bestreben, den ausgewählten Bericht möglichst unverändert zu lassen. Kürze wird vor allem angestrebt, alles Entbehrliche fortgelassen und alles unterdrückt, was durch seinen vertraulichen Charakter zur Weitergabe nicht geeignet erscheint. Wo der Originalbericht die Quelle für eine vertrauliche Mitteilung nennt, wird ein allgemeiner, unverfänglicher Ausdruck dafür eingesetzt. Aus den Zirkularen verschwindet ferner alles, was man im Brüsseler Ministerium als eine rein persönliche Meinungsäußerung des berichtenden Gesandten über Personen und Dinge, oder was man als von anderer Seite nicht genügend bestätigt ansah. Die Zirkulare wachsen in ihrer Bedeutung dadurch wesentlich über den Wert der Originalberichte hinaus, zumal da das belgische Ministerium häufig in Einzelfällen erwog, ob die von seinen Gesandten mitgeteilte Beurteilung politischer Vorgänge auch als objektiv genug gelten konnte, um zu einem Zirkular verwendet zu werden. So war beispielsweise Ende November 1908 nach einem Gesandtschaftsbericht aus Rom vom 20. November, der eine scharfe Kritik der Ährenthalschen Politik enthielt, ein Zirkularentwurf hergestellt worden. Arendt verhinderte am 27. November die Vervielfältigung dieses Zirkulars mit der an den Bearbeiter gerichteten Bemerkung: „Der Ton dieses Berichts, der eine nicht objektive Würdigung darstellt,

scheint mir für eine Mitteilung an unsere Gesandtschaften nicht geeignet, obwohl Sie die Stellen ausgesucht haben, die unter diesem Gesichtspunkt am wenigsten zur Kritik herausfordern."

Die somit von größter Vorsicht bestimmten Grundsätze der Bearbeitung verleihen diesem amtlichen politischen Schriftwechsel zwischen dem belgischen Ministerium des Äußern und seinen Gesandtschaften einen besonderen Wert. Natürlich wurden manche wertvollen Bemerkungen der Originalberichte durch eine derartige Überarbeitung verwischt, das Anekdotische tritt in den Hintergrund, temperamentvolle, subjektive Urteile verschwinden oder werden wesentlich gemildert. Der hierdurch entstehende Verlust wird aber überreichlich ausgeglichen durch den Gewinn an objektiver Zuverlässigkeit und vor allem dadurch, daß die Zirkulare in der vorliegenden Form von den für die Außenpolitik verantwortlichen amtlichen Stellen sozusagen dienstlich abgestempelt wurden. Betrachten wir die Zirkulare in ihrer Gesamtheit, so ergeben sie ein deutliches Bild davon, wie ein zu neutraler unparteiischer Stellungnahme verpflichtetes Ministerium die politischen Ereignisse der letzten 18 Jahre vor dem Beginn des Weltkrieges aufgefaßt, und in welchem Lichte es sie seinen Vertretern im Auslande dargestellt hat. Sie zeigen, daß Deutschland während dieses ganzen Zeitraums von belgischer Seite — und die Diplomaten des kleinen Landes waren im allgemeinen gut unterrichtet — niemals als Störenfried des europäischen Friedens angesehen worden ist. Vielmehr erscheint in ihnen der Weltkrieg als ein unabwendbares Verhängnis, dem selbst die Friedensliebe des deutschen Kaisers einen hinreichend festen Damm nicht entgegenzusetzen vermag.

Die Veröffentlichung der vorliegenden, nahezu 18 Jahre umfassenden Zirkulare bildet nach mehreren Richtungen hin eine unparteiische Ergänzung der im Jahre 1915 vom Auswärtigen Amt in Berlin herausgegebenen „Belgischen Aktenstücke 1905—1914"[1]. Diese beschränkten sich auf im ganzen 119 nach bestimmten Gesichtspunkten ausgewählte und nur von den

[1]) In französischer Ausgabe unter dem Titel „Documents Diplomatiques 1905—1914" erschienen.

Gesandtschaften in Berlin, London und Paris erstattete Originalberichte. Die Zirkulare hingegen umfassen sämtliche Gesandtschaften und auch den Zeitraum von 1897 bis 1904; sie schaffen dadurch eine breitere Grundlage für die Beurteilung der politischen Vorgänge, die zum Weltkriege hingeführt haben.

Für die hier vorliegende Herausgabe der Zirkulare sind nur solche Stücke ausgewählt worden, die Deutschlands Stellung inmitten der europäischen Politik kennzeichnen. Die Auswahl selbst ist ohne jede Tendenz erfolgt. Als Hauptgrundsatz ist dabei festgehalten worden, überall möglichst nur die Sprache der Dokumente zu Worte kommen zu lassen. Die geschichtlichen Einleitungen in deutscher Sprache, die vorausgeschickt werden, stellen nur eine Zusammenfassung des wesentlichsten Inhalts der Zirkulare dar, wobei auf eine möglichst wortgetreue Verdeutschung der zitierten Stellen Wert gelegt wurde. Herausgeber und Bearbeiter haben hierbei strengste Objektivität angestrebt und jeder Versuchung widerstanden, den belgischen Dokumenten etwa eine nicht in den Stücken selbst enthaltene deutsch-freundliche Auslegung zu geben.

Die Zirkulare selbst sind nach den vorliegenden Originalstücken, die in Brüssel als Makulatur aufgefunden wurden, ohne irgendwelche Abänderungen oder Überarbeitungen wörtlich zum Abdruck gebracht. Nur gelegentlich, wo es wichtig erschien, sind seinerzeit die Originalberichte, nach denen die Zirkulare hergestellt waren, zum Vergleich herangezogen worden.

Die Beigabe einer deutschen Übersetzung schien entbehrlich, da ohnehin die weitere Auswertung der mitgeteilten inhalts- und bedeutungsreichen Schriftstücke dem Publikum überlassen bleiben muß.

Berlin, den 5. November 1918.

Bernhard Schwertfeger

Das kritische Jahr 1911 war unter verhältnismäßig friedlichen Anzeichen zu Ende gegangen, wenn auch die Fortdauer des türkisch-italienischen Krieges und die der albanischen und mazedonischen Wirren eine gewisse Spannung und Beunruhigung in die große europäische Politik hineintrugen. Die durch die deutsche Flottenexpedition nach Agadir aufs äußerste geschärfte Spannung zwischen Deutschland und Frankreich war durch den Verzicht Deutschlands auf eine aktive Marokkopolitik und die Abtretung von Neukamerun an Deutschland beseitigt worden; in England, wo man nach der Ansicht des belgischen Gesandten in London päpstlicher als der Papst gewesen war und einen dauernden Druck auf Frankreich im Sinne einer unnachgiebigen Haltung gegenüber berechtigten deutschen Ausgleichungsforderungen ausgeübt hatte, hatte man sich mit dem Geschehenen abgefunden; ein energischer Protest der englischen Arbeiterpartei gegen ein solches Einstehen Englands für fremde Interessen, das die Gefahr eines Krieges mit Deutschland in unmittelbare Nähe gerückt hatte, gibt der in radikalen Kreisen Englands gegen die Greysche Politik gerichteten Stimmung noch nachträglich deutlichen Ausdruck. — Anl. 1. Anl. 3.

Nur im Wetterwinkel im Südosten, im ewig unruhig brodelnden Kessel der Balkanstaaten, die seit der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich und der damaligen Niederlage der russischen Orientpolitik nicht mehr zur Ruhe gekommen waren, blitzt und grollt es dauernd weiter.

Die belgische Regierung widmet gerade diesen Dingen ständig ihre besondere Aufmerksamkeit; die Mehrzahl der während des Jahres 1912 versandten Zirkulare ist mit Mitteilungen

über sie ausgefüllt; man ahnt in Brüssel, daß diese, scheinbar örtlich begrenzten, Strömungen allmählich breitere Wellen schlagen und bis an das eigene Land branden könnten, das im Sommer 1911 schon alle ängstlichen Ahnungen einer kaum mehr abwendbaren Katastrophe durchgekostet hatte; und schärft, als die Lage sich zuspitzt, in einem besonderen Rundschreiben vom 3. Oktober 1912 den Gesandten deshalb erhöhte Aufmerksamkeit diesen Dingen gegenüber ein.

Anl. 22.

Die Stellung der nächstbeteiligten Großmächte zu den Balkanfragen war in den albanisch-montenegrinischen Wirren des Jahres 1911 mit ziemlicher Deutlichkeit zutage getreten. Hinter Montenegros Vergrößerungsplänen, die von den belgischen Gesandten gelegentlich als Größenwahn bezeichnet werden, steht die italienische Politik, die während des Tripolisunternehmens mit Eifer und Geschick auf die Schwächung der Türkei auf allen gefährdeten Außenposten ihres politischen Systems hinarbeitet; steht Rußland, das den, allerdings vergeblichen, Versuch macht, sein Prestige auf dem Balkan auf diese Weise zu festigen und nach dem Fehlschlagen dieses Versuchs mit der Zusammenfügung eines neuen Balkanblocks unter russischer Führung eine zuerst deutlich gegen Österreich gerichtete, bald aber auf die Zertrümmerung der Türkei als nächstes Ziel ausgehende Politik treibt. Österreich, mit der Befestigung seiner Herrschaft in den neu gewonnenen Provinzen beschäftigt, beobachtet diese Politik mit begreiflichem Mißtrauen und arbeitet nach Kräften dagegen; Deutschland und die beiden Westmächte stehen einstweilen abseits, aber auf der Wacht, zugleich ihre Interessen zu wahren und ein Umsichgreifen einer aus der ewig glimmenden Asche emporschlagenden Flamme im richtigen Augenblick zu verhüten.

Die Wurzeln dieser den europäischen Frieden bedrohenden Gefahr — das lassen die belgischen Berichte mit aller Deutlichkeit erkennen — lagen in der Tatsache, daß in allen Ländern mehr oder minder einflußreiche Gruppen von Elementen bestanden, die aus den verschiedensten Beweggründen eine ungemein rege, nach außen gerichtete, aggressive Politik ver-

folgten und im Dienste ihrer hochgeschraubten, oft bis ins völlig Uferlose sich verlierenden Ziele auch vor den verhängnisvollsten Folgen ihres Tuns nicht zurückscheuten. — Die Aufmerksamkeit der belgischen Regierung gilt diesen Kreisen und ihrem Tun in hervorragendem Maße; das wechselnde Spiel ihres wachsenden und sinkenden Einflusses auf die Träger der politischen Verantwortung in den einzelnen Ländern wird von den belgischen Gesandten eifrig verfolgt und kommt auch in den aus ihren Berichten zusammengestellten Zirkularen zum deutlichen Ausdruck. — Die Berliner Berichte aber gewinnen in diesen Jahren schon dadurch eine besondere Bedeutung, daß im Mai 1912 Baron Greindl durch den Baron Beyens auf dem Berliner Gesandtschaftsposten abgelöst wird; daß an Stelle eines Mannes, der aus seiner in langjährigem gründlichem Einleben erwachsenen Kenntnis deutschen Wesens ein wahrhaftes Verständnis unseres Strebens und eine tiefe Liebe zur deutschen Kultur sich gewonnen hatte, ein äußerlich scheinbar kühler Beobachter getreten war, dessen in Wahrheit deutschfeindliche Gesinnung durch seine Veröffentlichungen während der Kriegszeit aller Welt bekannt geworden ist. Um so wertvoller für die wahre Erkenntnis der Dinge mag es sein, wenn ein so gearteter Mann den Deutschen und vor allem dem deutschen Kaiser ein Zeugnis ausstellt, das, über alle trübe Wirrnis der Gegenwart hinaus, vor einer unparteiisch wertenden Zukunft und dem Urteil der Weltgeschichte wird bestehen können.

Die Kriegsparteien aller unmittelbar beteiligten Länder finden wir schon in der ersten Hälfte des Jahres 1912, vor Ausbruch des Balkankrieges, am Werke, um den immer noch unter der Asche der niedergedrückten albanischen Aufstände fortglimmenden Brand im gegebenen Augenblick wiederaufzuschüren und daran die eigenen Töpfe zu wärmen. Der „Größenwahn" Montenegros ist durch das Mißlingen des Abenteuers von 1911 nicht gedämpft; die serbische Regierung steht hinter der mächtigen Organisation der großserbischen Propaganda, die die irredentistische Bewegung in den Nachbarstaaten schürt und sie durch Lieferung von Geld und Waffen

Anl. 8.
Anl. 9.

stützt; sie baut auf den Panslawismus in Rußland[1]) und auf die innere Uneinigkeit der Großmächte. In Bulgarien besteht, nach Pariser Berichten, eine stark zum Krieg drängende Volksströmung, die die Gewinnung der großbulgarischen Grenzen und die Erwerbung Mazedoniens zum Ziel hat. Rumänien, in seiner Stellung als stärkste Balkanmacht bedroht, rüstet ebenfalls, um auf alles gefaßt zu sein. Ein langer Bericht aus Bukarest vom 19. März schildert die Lage der Türkei, gegenüber der vor wenigen Monaten, als gebessert, verzeichnet aber eben deshalb auch hier ein Anwachsen des „kriegerischen Geistes der Osmanen" und prophezeit als Folge einer Niederlage Italiens in Tripolis den Ruin des europäischen Einflusses am Bosporus. Nach der Abberufung des russischen türkenfreundlichen Gesandten in Konstantinopel, Tcharykoff, befürchtet man dort eine für die Türkei gefährliche Wendung der russischen Politik, die eine völlige Erschöpfung der Türkei infolge der Fortdauer des tripolitanischen Krieges nicht ungern sehen würde; die ewigen Unruhen in Albanien stellen die Türkei vor neue große Schwierigkeiten.

Anl. 23. Anl. 4. Anl. 7. Anl. 12. Anl. 14. Anl. 13, 15.

Das Verhalten der beiden auf dem Balkan rivalisierenden und an dessen Zukunftsgestaltung vor allem interessierten Großstaaten, Österreich-Ungarn und Rußland, wird in den Zirkularen natürlich mit besonderer Spannung verfolgt.

In Österreich besteht wie in allen anderen Ländern eine Militärpartei, die für ein energisches Eingreifen im Südosten ist, vor allem als nach Ausbruch des Balkankrieges nicht nur die Errungenschaften von 1909, der Besitz Bosniens und der Herzegowina, sondern auch der Bestand der österreichischen Monarchie selbst bedroht erscheinen. In den Zeitungen, vor allem in der von den belgischen Gesandten sehr scharf beurteilten „Neuen Freien Presse", kommt die Erregung, mit der man den Verlauf der Dinge im Südosten begleitet, oft in übertriebener, aufreizender Form zum Ausdruck. — Das Urteil über die Regierungspolitik der Doppelmonarchie ist in unseren Zirkularen kein einheitliches. Ein Zirkular vom 6. März 1912, das, nach einem Belgrader Bericht vom 25. Februar,

Anl. 42, 43. Anl. 5.

[1]) S. u. S. 9 ff.

von einer nach dem Tode des Grafen Aehrenthal und der Übernahme des Ministeriums des Äußeren durch den Grafen Berchtold sich vollziehenden russisch-österreichischen Annäherung zu berichten weiß, wird durch die Ereignisse bald Lügen gestraft. — Das Mißtrauen, das gegenüber der aktiven österreichischen Politik im Südosten zu Anfang unserer Periode herrscht — damals wegen angeblicher Kulturpropaganda in Albanien und Unterstützung großmontenegrinischer Bestrebungen — macht sich auch im weiteren Verlaufe der Dinge wiederholt bemerkbar; es fehlt nicht an sehr scharfen Beurteilungen der österreichischen Politik, der einmal von Baron Beyens „Ungeschicklichkeit und Zerfahrenheit" vorgehalten wird; vor allem begegnet die einseitige Unterstützung Bulgariens im Balkankriege durch die österreichische Diplomatie, die in erster Linie gegen die serbischen Expansionsbestrebungen gerichtet war, um deswillen einer ziemlich energischen Ablehnung von belgischer Seite, weil sie die alte Freundschaft mit Rumänien zu zerstören drohte. — Auf der anderen Seite aber wird betont, daß die Regierung auch gegenüber dem Drängen der starken Militärpartei im eigenen Lande die Ruhe nicht verliere, daß Österreich-Ungarn die einzige Großmacht sei, welche zur Förderung einer Politik der Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan durch ihre eigenen Interessen getrieben werde. Die weit verbreitete Anschauung, daß der Thronfolger Anhänger des Kriegsgedankens und geheimer Förderer der Militärpartei sei, wird als alte, unbegründete Legende charakterisiert. Des mäßigenden Einflusses, den Kaiser Wilhelms Freundschaft und seine „von Weisheit und Erfahrung diktierten Mahnungen zur Vorsicht" auf den Jüngeren und sein oft undiszipliniertes Wesen ausgeübt hätten, wird in einem erst nach der Ermordung des Erzherzogs geschriebenen Überblick über seine politische Tätigkeit besonders gedacht. Gewiß beobachtet man in Belgien besonders zu Anfang mit ängstlicher Spannung die militärischen Vorkehrungen auf österreichischer Seite; aber man verkennt nicht die Gründe, die Österreich zu dieser Bereitschaft gezwungen haben und ist selbst in Paris geneigt, ihren rein defensiven, gegen großserbische

Anl. 2.

Anl. 74.

Anl. 89.

Anl. 19, 20, 28, 39.

Anl. 34.

Anl. 97.

Anl. 34, 36, 42, 43, 45, 46, 49,

und panslawistische Treibereien gerichteten Charakter anzuerkennen. — Und als die Balkankrise nach dem zweiten Balkankriege mit der Bukarester Konferenz ihr Ende findet, Anl. 72. da wird es Österreich ausdrücklich bezeugt, daß es, obwohl sein Schicksal am engsten von allen Großmächten mit der Gestaltung der Dinge auf dem Balkan verknüpft sei, durch seine besonnene Haltung den europäischen Frieden gerettet habe. „Anstatt böswillig — *heißt es in einem Berliner Bericht vom 6. August 1913* — die von der österreichischen Diplomatie während der Dauer des Balkankonfliktes gespielte Rolle zu kritisieren, wo sie, ausgenommen was das zukünftige Albanien betrifft, nichts als Mißerfolge erlitten hat, sollte man Österreich-Ungarn für sein Zögern und sein Zurückweichen (ses hésitations et ses reculs) dankbar sein; hätte es als diejenige unter den Großmächten, die in erster Linie an dem an der Balkangrenze sich abwickelnden Spiel interessiert war, sich zu einer Intervention entschlossen, so wäre ein europäischer Krieg daraus entstanden. Dank der Unentschiedenheit des Grafen Berchtold und zweifellos auch der friedliebenden Gesinnung seines ehrwürdigen Souveräns sind wir einem allgemeinen Brande entgangen[1]."

Diese dem Frieden dienende Zurückhaltung der amtlichen Politik Österreichs aber wird nach dem belgischen Zeugnis in erster Linie ermöglicht und gestützt durch den festen Rückhalt, den es an seinem Bündnis mit Deutschland besitzt, Anl. 33. — obwohl man dort durchaus nicht stets und in allen Kreisen mit seinem Vorgehen einverstanden ist —, und durch Anl. 41, 43, 65, 74. dessen aufrichtige Friedensliebe, die gegenüber aggressiven Strömungen in Österreich zurückhaltend wirkt. Sie findet allerdings dort ihre Grenze, wo österreichische Interessen durch großserbische Propaganda oder einen Krieg mit Rußland Anl. 26, 38, 65. unmittelbar bedroht sind; aber auch da sind es, wie 1909,

Anl. 84. [1]) Später, im Februar 1914, wird allerdings der Wiener Presse der Vorwurf gemacht, daß sie die angebliche Erneuerung des Balkanbundes durch Rußland tendenzios aufbausche.

einzig nur der Gedanke an die Wahrung des allgemeinen europäischen Friedens und die Hoffnung, durch schnelles Eingreifen einen etwa ausbrechenden Brand zu lokalisieren und bald zu ersticken, die Deutschland zu energischem präventivem Eingreifen an der Seite seines Verbündeten veranlassen könnten. Die traditionelle Freundschaft mit der Türkei aber hindert es Anl. 26.
nicht, auch nach dieser Seite im Interesse des Friedens energische Warnungen zu erteilen[1]) und seine Unzufriedenheit über Anl. 41.
eine allzu aggressive Sprache der türkischen Diplomatie deutlich zu verstehen zu geben. Es mag auch hier besonders hervorgehoben werden, daß gerade in Pariser Berichten des Kaisers unwandelbare Friedensliebe mit besonderer Emphase betont wird: „Alle Mächte wollen aufrichtig den Frieden, und Kai- Anl. 43.
ser Wilhelm zeichnet sich ganz besonders durch seine vgl. Anl. 27.
friedlichen Absichten aus.“ — Er ist es, der immer wieder Anl. 36,
zur Mäßigung mahnt, wenn die Dinge sich allzusehr zuzuspitzen 38.
drohen. Die Kandidatur des Prinzen von Wied für den alba- Anl. 73.
nischen Thron findet bei ihm nur eine sehr laue Unterstützung.

Frankreichs Interessen gehen hier mit denen Deutschlands insofern parallel, als es, mit der Festigung und Ausbreitung seiner Macht in Marokko nach der Einigung mit Deutschland be- Anl. 25,
schäftigt, ebenfalls eine Störung des allgemeinen Friedens 26, 36.
durch die Balkanunruhen nach Kräften zu verhindern sucht[2]); England steht — nach dem Urteil der Zirkulare wenigstens — Anl. 25,
den Dingen scheinbar gleichgültig gegenüber; nachdem ein 33.
Gerücht, daß Lord Kitchener als Gesandter nach Konstantinopel gehen und eine vorsichtigere Politik (un jeu plus serré) dort ein- Anl. 20.
leiten sollte, sich nicht bewahrheitet hat; während die öffentliche Meinung der Sache des Balkanbundes den Sieg wünscht, Anl. 25,
befürchtet die Regierung von einem solchen Ausgang des 26, 30.
Kampfes eine Störung des allgemeinen Friedens, in sicherer Erwartung von Zwistigkeiten, die sich notwendig bei der Teilung der Beute einstellen würden. — Später bemüht es sich Anl. 83.

---

[1]) Nur im Anfang wird von dem belgischen Gesandten in Berlin bemängelt, daß es diese Mahnungen nicht mit der nötigen Energie erteilt habe. Anl. 25.

[2]) Die französischen Zeitungen allerdings werfen sich im Oktober 1913 Anl. 74.
zu warmen Verteidigern großserbischer Wünsche auf.

eifrig um die Lösung des griechisch-türkischen Konflikts, ohne für seine Vorschläge bei dem Dreibund Zustimmung zu finden.

Gegen all diese friedlichen Stimmungen, gegen all die mehr oder minder aufrichtigen und energischen, egoistischen oder idealistischen Bestrebungen, die der Erhaltung des europäischen Friedens dienen, steht nun die **russische Politik** jener Zeit in scharfem Gegensatz; in Rußland ist die Heimat aller jener Quertreibereien, Hetzereien und Intrigen, die den Balkan nicht zur Ruhe kommen lassen, und die im Dienste einer nur durch einen allgemeinen Krieg und völligen Umsturz zu verwirklichenden Idee vor keiner Konsequenz, auch nicht vor der Schürung eines allgemeinen Weltbrandes zurückscheuen[1].

Anl. 22, 24, 34, 35, 36, 43, 48, 64.

Gewiß, dieser Strömung gegenüber wird besonders zu Anfang noch die Friedensliebe der russischen **Regierung**, insbesondere Sasonoffs betont; einen Krieg mit Österreich will er verhindern, — bei welchem Entschluß allerdings die mangelnde Bereitschaft

Anl. 40.

des russischen Heeres eine ebenso bedeutsame Rolle spielt wie die Furcht vor einem Eingreifen Deutschlands, mit dem man nach unzweideutigen deutschen Erklärungen rechnen muß. Aber man sieht auf der anderen Seite die starken, durch alle

Anl. 35, 45.

Vorwände nicht abzuleugnenden militärischen Rüstungen an den Grenzen gegen Österreich und Deutschland und weiß, daß

Anl. 40.

im geheimen noch weiter gerüstet wird; man hat Kenntnis von der Tatsache, daß alle großserbischen Tendenzen, alle

Anl. 34, 36, 68.

maßlosen Ansprüche und verstiegenen Vergrößerungswünsche Serbiens bei dem offiziellen Vertreter der russischen Regierung in Belgrad ihren Mittelpunkt haben, und daß von dort aus immer aufs neue in die schwelende Flamme geblasen wird;

Anl. 12.

man hegt schon im Mai 1912 in Konstantinopel, vor allem wegen der Rüstungen an der russischen Südgrenze, starkes Mißtrauen, und wenn man auch nicht an der Aufrichtigkeit der Sasonoffschen Friedenspolitik zweifeln will, so wirft man

Anl. 35, 43, 68.

ihr doch Unklarheit und Zweideutigkeit vor. Daß der Balkanbund, der nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen Öster-

Anl. 10.

[1]) Die Neigung Rußlands zum Zusammengehen mit Italien, die wir schon in den letzten Jahren konstatieren konnten (vgl. Europ. Politik, Bd. 3), besteht weiter, ohne daß es zu einer eigentlichen Entente kommt.

reich gerichtet erscheint, wie ein Erzeugnis so auch ein Werkzeug
der russischen Politik war, daß er seinen Einheitspunkt jenseits
der Grenze der Balkanländer fand, und alle Fäden, an denen
er gelenkt wurde, in den Händen russischer Diplomaten lagen, Anl. 58,
kommt in den Zirkularen deutlich zum Ausdruck. Zwar bemüht 77.
sich die russische Diplomatie, wie die Zirkulare meinen, zunächst Anl. 34,
ehrlich um die Verhütung der Ausbreitung des am Balkan 35,36,43,
ausgebrochenen Brandes; aber man zweifelt auf der anderen 64.
Seite, wie ein Wiener Bericht vom 12. Oktober 1912 meldet, Anl. 28.
nicht daran, daß der russische Gesandte Hartwig der Urheber
des serbisch-bulgarischen Bündnisses und damit des Balkankonfliktes sei, und daß er schwerlich ohne Wissen seiner Regierung
gehandelt haben könne. Aber selbst wenn dem nicht so sei,
so müsse man doch anerkennen, daß die russische Politik „einen
wenig klaren und widerspruchsvollen Charakter“ trage. Auch
in Konstantinopel glaubt man Ende März 1913 nicht mehr, wie Anl. 58.
wenige Wochen zuvor, an die Aufrichtigkeit der russischen Friedensversicherungen. — Dieses Urteil ergab sich mit Notwendigkeit aus dem fortdauernden Ringen zweier Tendenzen: der Furcht
Rußlands vor dem Ausbruch eines allgemeinen europäischen
Konfliktes, den siegreich zu bestehen man sich in keiner Weise
gewachsen fühlte, und jenen seit 1910 immer stärker anschwellenden Strömungen der panslawistischen Idee, die ihr
letztes und höchstes Ziel: Zusammenfassung aller slawischen
Kräfte unter Führung Rußlands zu einem ungeheuren, die
Welt beherrschenden Weltreiche nur auf dem Wege über die
Gewinnung Konstantinopels, die Zerstörung der europäischen
Türkei und die Zersprengung der österreichisch-ungarischen Monarchie erreichen zu können meinte. Diese panslawistische
Strömung aber wird bereits gelegentlich als „öffentliche Meinung Anl. 47,
Rußlands“ bezeichnet; mit immer stärkerer Gewalt brandet 59.
sie gegen das immer noch scheinbar auf friedlicher Bahn dahinziehende Staatsschiff Rußlands und sucht es in ihre unergründ- Anl. 51.
lichen Strudel hinabzuziehen. Als eigentliche Trägerin dieser
Idee und als Führerin der Nation auf diesen gefährlichen Wegen
erscheint „eine intransigente Militärpartei“, die mit ihrem Anl. 45.
starken Einfluß bei Hofe den Bemühungen der Regierung um

Erhaltung des Friedens unablässig und mit steigenden Erfolgen entgegenarbeitet; erscheinen einige Mitglieder der kaiserlichen Familie, deren Namen dann der Weltkrieg als die der Haupttreiber zum unheilvollen Ende aller Welt bekannt gegeben hat. Von einzelnen Persönlichkeiten aber begegnen wir — neben Hartwig und über ihm als seinem Auftraggeber und Berater — vor allem Iswolski, der für seine Niederlage in der bosnischen Krise nicht nur an seinem siegreichen Gegenspieler Aehrenthal, dessen „Theatercoup" von 1909 nach belgischem Urteil bis zum Jahre 1913 weiterwirkt, sondern auch an dem Lande Österreich eine persönliche Rache zu üben hat. Für alle diese Kreise und Bestrebungen sind die Balkanstaaten nur Steine, die sie nach eigener Willkür in ihrem waghalsigen Spiele hin und her schieben, um den Gegner, also vor allem Österreich, mattzusetzen, dessen Heer man ebenso verachtet, wie man vor dem japanischen Kriege das japanische verachtete. Sie sind es, die mit dauernden Wühlereien durch panslawistische Ausschüsse die slawischen Völker Österreich-Ungarns, nicht nur die der 1909 neu annektierten Gebiete im Südosten, sondern auch die polnischen und ruthenischen Bevölkerungen Galiziens gegen die Regierung aufhetzen; die serbischen Großmachtspläne, die von ihnen eifrig unterstützt werden, sind ihnen in letzter Linie Mittel zu ihren eigenen Zwecken: man braucht einen bestimmten Vorwand, um den alten, in allen Kreisen der Bevölkerung verbreiteten Haß gegen Österreich, um die Begeisterung des Heeres für einen Krieg gegen das militärisch gering geschätzte Nachbarland praktisch wirksam werden zu lassen; den soll die serbische Frage bieten. Und so unterstützt man auch die montenegrinischen Ansprüche auf Skutari; hetzt als „öffentliche Meinung" zu Anfang 1913 Bulgarien gegen Rumänien und zugleich gegen Konstantinopel, um dort die Meerengenfrage aufzurollen; sieht nach der Eroberung Adrianopels den Marsch auf Konstantinopel in beglückende Nähe gerückt. Jede den Frieden fördernde Annäherung Serbiens an Österreich ist in diesen Kreisen verhaßt und wird mit allen Mitteln verhindert. — So ist man dauernd mit unterirdischen Treibereien am Werke; das Vertrauen der Balkanstaaten aber gehört diesen

Anl. 68, 95. — Anl. 34, 57, 76. — Anl. 76. — Anl. 64. — Anl. 34. — Anl. 34, 68. — Anl. 34. — Anl. 48. — Anl. 60, vgl. Anl. 1. — Anl. 59. — Anl. 28. — Anl. 68.

Männern, und vor allem baut Serbien darauf, daß seine verstiegenen Pläne durch solche mächtigen Einflüsse allmählich auch die offizielle russische Politik gewinnen und auf die gefährliche Bahn fortreißen könnten. — Ende November 1912 scheint es nach der allgemeinen Anschauung der Diplomaten so weit gekommen zu sein, daß Sasonoff nachgibt; bald darauf hat er aber noch einmal gesiegt, Hartwig zur Ordnung gerufen und Serbien zu vorläufigem Nachgeben gezwungen. Unter der Asche aber glimmen die gefährlichen Funken weiter; immer mehr gewinnt Sasonoffs Politik einen zweideutigen, undurchsichtigen Charakter; man sagt, daß sie heimlich den Balkanbund unterstütze und damit die Schwierigkeiten einer Lösung der Balkanfragen erhöhe; sie billigt zwar auch im zweiten Balkankrieg Serbiens rücksichtsloses Vorgehen nicht, wagt aber aus Furcht vor den panslawistischen Einflüssen nicht, es energisch zurückzurufen. — So bleibt am Schlusse die Befürchtung, daß, wenn es diesmal noch glücklich gelungen ist, ein Umsichgreifen der Balkanwirren und damit die Aufrollung der großen europäischen Gegensätze zu verhindern, der Panslawismus doch weiter am Werke sei und des Augenblicks harre, da er endlich über die Ufer treten und den schwachen Widerstand der Regierung gegen seine phantastischen Pläne werde hinwegschwemmen können. —

Anl. 28, 30.

Anl. 37, 38, 40, 43.

Anl. 68.

Anl. 45.

Anl. 70.

Das Verhältnis der großen Mächte zueinander, wie es in den beiden gegeneinander auf der Wacht stehenden Bünden zum Ausdruck kam[1]), ist durch die Balkanwirren der Jahre 1912/13 — wie schon aus dem Gesagten hervorgeht — an keinem Punkte wesentlich berührt oder gar erschüttert worden. Ein gelegentlicher heftiger Ausfall einer russischen Zeitung gegen England, „das alle Meerengen der Welt als von Gott England geschenkt ansieht", bleibt ohne alle Bedeutung. Fest stehen auf der einen Seite die gemeinsamen Bemühungen aller Mächte,

Anl. 59.

[1]) Ein Petersburger Bericht vom 28. Februar 1912 (Zirkular vom 18. 3. 1912) gibt ein in der Petersburger Zeitung Rjetsch veröffentlichtes Interview mit Graf Witte wieder, das interessante Einblicke in die Entstehungsgeschichte der englisch-russischen Entente enthält. Anl. 6.

von denen nur diejenigen Rußlands der letzten Klarheit und Ehrlichkeit entbehren, den auf dem Balkan entstandenen Brand zu lokalisieren; fest steht auf der anderen Seite die trotzdem fortdauernde, durch den Verlauf der Krise eher noch vertiefte Gegnerschaft zwischen Rußland und Österreich. — Im übrigen hat nach den Berichten der belgischen Gesandten, die die belgische Regierung sich zu eigen macht, die gemeinsame Friedensaktion, ähnlich wie im Jahre 1909, gelegentlich besondere Brücken der Verständigung zwischen den beiden großen Gruppen der europäischen Mächte geschlagen: Poincarés Bemühungen um Erhaltung des Friedens werden in Deutschland mit Freuden begrüßt. Englands Zurückhaltung während des Balkankrieges geht so weit, daß es sich selbst im Augenblick der höchsten serbisch-österreichischen Spannung und eines im Dezember 1912 drohenden allgemeinen Konflikts nicht aus seiner kühlen Reserve locken läßt, wobei die Rücksicht auf seine indischen Interessen, die Furcht vor einer allgemeinen muselmanischen Erhebung eine bedeutsame Rolle spielt. Die Freiheit der Aktion scheint ihm auch jetzt gewahrt.

Anl. 26.

Anl. 20, 26, 30.

Dennoch lassen die Zirkulare keinen Zweifel, daß, auch abgesehen von den Balkanwirren, dem österreichisch-russischen Gegensatz und dem aggressiven Treiben der panslawistischen Kreise der europäische Friede keineswegs gesichert ist, und daß die von Eduard VII. eingeleitete Einkreisungspolitik[1]) gegen das Deutsche Reich weiter ihre verhängnisvolle Wirkung übt. Wir hören von den immer wieder erneuten Versuchen Deutschlands, den eisernen Ring zu sprengen, den man ihm umgelegt hat, um seine für englische Wirtschaftsmonopole und russische Expansionsbestrebungen immer unbequemer und gefährlicher sich entwickelnde nationale Kraft lahmzulegen. Allen diesen Versuchen gegenüber verhalten die in den Zirkularen zur Sprache kommenden belgischen Gesandtschaftsberichte sich überaus skeptisch und zurückhaltend. So schon zu Beginn unseres Zeitraums gegenüber

Anl. 21, 31.

[1]) Die Madrider Nachricht von einer bevorstehenden Annäherung Spaniens an die Entente wird im September 1912 von der Brüsseler Regierung nur mit Vorbehalt weitergegeben.

jener Zusammenkunft der beiden Kaiser in Baltisch-Port, die zunächst wohl als nicht völlig aussichtslos bezeichnet wird, von der aber doch angesichts der in der Presse und deutlicher noch bei der Beratung der Flottenvorlage in der Duma zutage tretenden Ausbrüche des Deutschenhasses in Rußland durchgreifende Änderungen in den deutsch-russischen Beziehungen nicht erwartet werden. — Und dies um so weniger, als der Begegnung der beiden Monarchen sehr bald das französisch-russische Flottenabkommen folgt, durch das — nach englischer Auffassung — ein beträchtlicher Teil der deutschen Seestreitkräfte von der Nordsee nach der Ostsee abgezogen und die für England bedrohliche Entwicklung der deutschen Nordseeflotte unterbunden wird, und das zugleich, politisch betrachtet, als „Antwort auf tendenziöse Nachrichten" gelten mochte, die in gewissen Organen der kontinentalen Presse ihr Echo fanden, „über eine Abschwächung des Zweibundes und eine Lockerung der Bande, die seit 21 Jahren Frankreich an Rußland knüpfen". Völlig wettgemacht und in ihren etwaigen günstigen Folgen für eine Besserung der deutsch-russischen Beziehungen aufgehoben wird jene Zusammenkunft durch den in der russischen wie in der französischen Öffentlichkeit mit gleicher Begeisterung gefeierten Besuch des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Petersburg zu Anfang August 1912, dessen eigentliche Bedeutung, von Poincaré nach seiner Rückkehr hartnäckig verschwiegen, der Welt und auch den belgischen Gesandten erst zwei Jahre später bekanntgegeben wird; sie bestand in der schon im Sommer 1912 angebahnten, jetzt glücklich erreichten Vertiefung des französisch-russischen Bündnisses, wie sie in der durch französisches Geld erwirkten Verpflichtung Rußlands zu einer gewaltigen Verstärkung seiner Kriegsrüstung zum Ausdruck kommt. — Wenige Monate später aber finden wir den Großfürsten Nikolaus, begleitet von seiner montenegrinischen Gemahlin, auf einer Inspektionsreise an der französischen Ostgrenze, von wo aus letztere die „eroberten Provinzen" grüßen konnte; gipfelnd in einer von der Presse reklamehaft gefeierten militärischen Parade und Kundgebung gegen die Annexion Elsaß-Lothringens! —

Anl. 16.

Anl. 18.

Anl. 23.

Anl. 96.

Anl. 29.

Günstiger als für jene Annäherungsversuche gegenüber Rußland schien die Weltlage sich für die Besserung der englisch-deutschen Beziehungen zu gestalten, die durch die Marokkokrise von 1911 aufs äußerste gespannt waren. In beiden Ländern bestanden starke Strömungen, die zueinander hindrängten; man versuchte ehrlich, Brücken über die tiefe trennende Kluft zu schlagen; Friedensbeteuerungen und Versicherungen, daß ein Nebeneinanderarbeiten überall in der Welt möglich sei, wurden ausgetauscht. In England ist es vor allem der linke Flügel der liberalen Partei, der seit der Versetzung Marschalls auf den Botschafterposten in London, unterstützt von einem Teil der Presse und der Gesellschaft, einer solchen Politik die Wege zu bahnen sucht und vor einer allzu engen Fesselung an Frankreich und einem abenteuernden Eintreten Englands für fremde Interessen warnt. In sehr scharfen Ausdrücken wendet sich die englische Arbeiterpartei schon im Januar 1912 auf ihrer Konferenz zu Birmingham gegen die antideutsche Politik Greys, die nur übermäßige Rüstungen, ein Gefühl internationaler Antipathie und den Verrat an den unterdrückten Nationen zur unmittelbaren Folge habe. Deutschlands Regierung, sagte damals Keir Hardie in einer Rede, sei immer noch der russischen Autokratie vorzuziehen; Grey, meinte ein anderer, trete Englands Tradition, den Unterdrückten zu helfen, mit Füßen. Diese antideutsche Politik müsse ein Ende haben! — Die Ersetzung des Grafen Metternich durch Baron Marschall auf dem Londoner Botschafterposten (Mai 1912) aber wird dort zwar als Ausdruck deutscher Annäherungsbestrebungen gedeutet, aber doch nicht ohne Mißtrauen aufgenommen. Mit brutaler Hand zerreißt, wie er es stets zu tun pflegt, sehr bald der Marineminister Churchill den aus allgemein-humanitärer Gesinnung und unklaren Gefühlen völkischer Verwandtschaft gewobenen dünnen Schleier chimärischer Hoffnungen: die Gegensätze sind, so sagt er in seiner großen Flottenrede im Unterhaus am 22. Juli, in Wirklichkeit unüberbrückbar; das neue englische Flottenprojekt ist die selbstverständliche Antwort auf die neuen deutschen Rüstungen zur See. Deutschland wird als der einzige Feind Englands bezeichnet, damit,

Anl. 44.
Anl. 3.
Anl. 11.
Anl. 17, 18, 44.

nach Ansicht des belgischen Gesandten, die französische Revanche-Idee zum Paroxysmus gesteigert, und der Brand, auf den man sich auf beiden Seiten vorbereitet, geschürt. Nicht nur die Nordsee-, sondern auch die Mittelmeerflotte Englands soll verstärkt werden. Das Zusammenwirken der englischen und französischen Flotte im Mittelmeer ist gesichert. — Weniger durch den Inhalt, als durch die schroffe Form, die Churchill ohne die geringste Vorsicht oder Abschwächung seinen Erklärungen gegeben hat, ist das deutsche Empfinden tief verletzt; alle Befürchtungen sind übertroffen. — Der belgische Gesandte macht allerdings in dem gleichen Bericht den Deutschen zum Vorwurf, daß sie nicht einsehen wollen, wie neben den ehrgeizigen Bestrebungen Frankreichs in Marokko es Deutschlands dauernde Flottenvermehrungen gewesen sind, die, indem sie England zu Verteidigungsmaßnahmen zwangen, den Weltfrieden bedrohten und einen Konflikt unvermeidlich machten. Für jene vitalen Bedürfnisse, die Deutschland zur Schaffung einer starken Seerüstung veranlaßten, zeigt der belgische Gesandte Beyens in Berlin — wenigstens an dieser Stelle — kein Verständnis. Anl. 17.

Trotz der energischen Absage Churchills läßt Deutschland in seinen Bemühungen um eine Verständigung mit England nicht nach, und allmählich scheinen ihm bessere Erfolge zu winken; Tirpitz' Reden über die Beschränkung der Flottenrüstungen bezeugen nach belgischem Urteil ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber England. Die englische Regierung zeigt, im Gegensatz zu der Presse des Landes Verständnis für die Gründe der großen deutschen Militärvorlage von 1913 und gibt zugleich nach Frankreich hin deutliche Winke, den Bogen nicht zu überspannen. An die freundliche Aufnahme des Königs Georg in Berlin bei seinem Besuch zur Hochzeit der Prinzessin Viktoria Luise knüpfen sich neue Hoffnungen, und zu Ende des Jahres 1913 scheinen diese ihrer Verwirklichung nahe: indem die deutsche Diplomatie den Engländern ein volles Jahr lang „den Hof macht“, hat sie, so scheint es, das englische Ministerium und die in erster Linie durch innerpolitische Fragen in Anspruch genommene Presse endlich gewonnen und „eingewickelt“ (enguirlandé). — Anl. 50. Anl. 53. Anl. 54. Anl. 67. Anl. 78.

Selbstverständlich aber war das nicht so zu verstehen und wurde von der belgischen Regierung nach den Berichten ihrer Gesandten nicht so verstanden, als ob es den Deutschen dadurch gelungen sei, Englands Stellung in der Entente zu lockern oder es von dem Dreiverbande weg auf die Seite des Dreibunds zu ziehen. England hatte — nach belgischem Urteil — Frankreichs Rücken während der Marokkokrise von 1911 gestärkt und es damals eben durch diese Haltung beinahe in den Krieg getrieben[1]) Im übrigen aber ist England bemüht, so wie wir es schon bei Betrachtung der Balkanfragen feststellen konnten, sich, soweit wie irgend möglich, die Freiheit der Handlung zu wahren und sich nicht stärker zu binden, als es seine eigenen Interessen zulassen. Das stets von England befolgte Prinzip: Erhaltung

Anl. 54. des europäischen Gleichgewichts, d. h. des Gleichgewichts auf dem Kontinent, ist auch jetzt maßgebende Richtschnur seines Handelns. Daß es einem grundlos durch Deutschland

Anl. 44. 54. angegriffenen Frankreich beispringen, daß es dessen Vernichtung durch deutsche Übermacht verhindern muß, steht ihm schon um deswillen fest, weil — wenigstens nach Ansicht der Konservativen — England selbst dann bald Frankreichs Schicksal teilen werde. Aber von weitergehenden Verpflichtungen ist scheinbar nicht die Rede; das Bestehen einer Militärkonvention wird im Mai 1914 von einem guten Kenner der Verhältnisse auf

Anl. 91. französischer Seite bezweifelt und betont, daß verständige Leute der Unterstützung, die Frankreich im Falle eines europäischen Konflikts von England zu erwarten habe, sehr skeptisch gegenüberständen, ja nicht einmal an eine ernste Hilfe zur See glauben wollten; England kokettiere unaufhörlich mit Deutschland.

Das eine geht aus alledem mit völliger Klarheit hervor — und auch der im Vergleich zu den Berichten aus anderen europäischen Hauptstädten dürftige Inhalt der belgischen Gesandtschaftsberichte aus London mag zum Beweise dafür dienen — daß es die englische Diplomatie trefflich verstanden hatte, sich nicht in die Karten sehen zu lassen und die Trümpfe, die sie im Spiele hatte, verdeckt zu halten.

[1]) Vgl. darüber Bd. 3.

Im Jahre 1913 und der ersten Hälfte des Jahres 1914 gilt die Aufmerksamkeit der belgischen Diplomatie, wie zuvor dem russisch-österreichischen Gegensatz und dem Wirken der Militärparteien in beiden Ländern, so jetzt den französisch-deutschen Beziehungen, nachdem die Beilegung der Marokkokrise von 1911 einen scheinbaren Ausgleich und eine Minderung der Spannung herbeigeführt hatte. Sie hat sich bald von neuem verschärft und erhält in den Augen der belgischen Diplomatie einen mehr und mehr gefährlichen und den europäischen Frieden bedrohenden Charakter. Auf beiden Seiten sind Kräfte am Werke, die den heimlich glimmenden Brand schüren und ihn, wenn die Gelegenheit günstig, zu heller, verzehrender Flamme emporflackern lassen wollen. Die Frage ist nur, auf welcher Seite diese Kräfte stärker, die Leidenschaften heißer, die Hoffnungen höherfliegend und vor allem, wo die Gegenkräfte eifriger an der Arbeit sind, die das letzte, die kriegerische Lösung, verhindern wollen. Die belgischen Berichte lassen gerade wegen ihrer gleichmäßigen, leidenschaftslosen Verteilung von Licht und Schatten dem ruhig Prüfenden keinen Zweifel, daß sich die Wage nach der französischen Seite neigt: die Aufschlüsse, die uns während des Weltkrieges zuteil wurden, vor allem die Enthüllungen des Suchomlimow-Prozesses, sind nur geeignet, das aus jenen Quellen zu gewinnende Urteil zu bekräftigen. —

In Frankreich war die Lösung der Marokkokrise von 1911 trotz der Opfer, die man hatte bringen müssen, im allgemeinen als ein Erfolg gebucht worden, und man war gewillt, ihn rücksichtslos, selbst über die vertragsmäßig gezogenen Grenzen hinaus, auszunutzen. — In dieser Atmosphäre konnten jene chauvinistischen Revanche-Ideen gut gedeihen und sich schnell und üppig entwickeln, die seit dem Wiedererscheinen Delcassés auf der politischen Bühne, der Potsdamer Zusammenkunft und der vorübergehenden russisch-deutschen Annäherung sich wieder verstärkt geltend machten und in letzter Linie darauf hinausgingen, das Land innerlich und äußerlich zu stärken und es zur Erreichung des einen großen Ziels, dem seit

1871 die Gedanken aller Patrioten galten, reif zu machen. Schon im März 1911 hatten die belgischen Zirkulare auf das Bedenkliche dieser Wendung auf Grund eines Greindlschen Berichtes hingewiesen[1]). Seitdem hatte diese Strömung beträchtlichen Boden gewonnen. Zwar haben die Balkanwirren eine gewisse Annäherung der beiden Mächte durch die dortige gemeinsame Friedensaktion herbeigeführt. Ein Zirkular vom 28. Oktober 1912 (Pariser Bericht vom 1. Oktober) weist auf die Ende 1911 allgemein herrschende Friedensstimmung hin, auf die allgemein bekannte Friedensliebe des Kaisers Wilhelm, darauf, daß Deutschland sich nicht vor Durchführung seines Flottenprogramms in einen großen Krieg stürzen werde, und daß auf der anderen Seite die Regierung der Republik damals trotz aller lärmenden Manifestationen alle deutschen Forderungen hätte annehmen müssen. „Die englische Regierung aber" — so heißt es dann — „sprach ihr ‚quos ego', und damit stellte sich in der französischen öffentlichen Meinung ein Umschwung von der Art ein, wie er nur bei einem so leicht zu beeinflussenden Volke wie dem französischen eintreten kann. Diese Wandlung in der Einstellung der öffentlichen Meinung (tendances de l'esprit public) springt in die Augen. Zu behaupten, daß die französische Nation im ganzen kriegslustig geworden sei, hieße vielleicht zu weit gehen; der Landmann, der Bourgeois, der Kaufmann, der Industrielle und der Geschäftsmann wissen, was eine kriegerische Verwicklung sie kosten würde; in Anbetracht der allgemeinen Wehrpflicht muß jeder für die Seinen zittern. Aber immerhin ist es gelungen, dem Lande das Vertrauen in den Erfolg zu geben; man muß ferner mit der stürmischen Jugend, den militärischen Kreisen und den Leuten rechnen, die nichts zu verlieren haben." Die aufrichtige Friedensliebe der französischen Regierung wird anerkannt; sie will Frankreich nur den ihm gebührenden Rang im europäischen Konzert, d. h. „den sie vor 1870 innehatte", wiedergewinnen; auf der anderen Seite aber sei es gewiß, daß ihre Tätigkeit das Maß überschreite; es sei gut, der Nation das nötige Selbstgefühl zu geben, aber gefährlich, ihren Chauvinismus aufzustacheln.

Anl. 32.

Anl. 29.

[1]) Vgl. Europ. Politik, Bd. 3, Anl. 101.

Als Beweis dafür wird auf die militärischen Paraden, auf allwöchentliche Umzüge (retraites) in den Pariser Straßen, auf die endlosen patriotischen Feste, auf das ungewöhnliche Zeremoniell bei dem Besuch Poincarés in Petersburg und der Reise des Großfürsten Nikolaus nach Frankreich[1]), auf deren Abschluß durch die Parade in Nancy, auf den Stapellauf eines neuen Panzerschiffs von gewaltigen Dimensionen in Anwesenheit Delcassés zu Toulon, auf die Bestellung zahlreicher militärischer Flugzeuge hingewiesen. All das diente dazu, die öffentliche Meinung immer mehr zu erregen, und wenn auch, von den Balkanwirren abgesehen, keine unmittelbare Gefahr bestehe, daß ein deutsch-französischer Konflikt entstände, so könnten doch unerwartete Zwischenfälle eintreten: „Die öffentliche Meinung, die Napoleon III. im Jahre 1870 das Steuer entrissen hat und die wieder nervös und reizbar geworden ist, kann unter diesem Gesichtspunkt eines Tages die Geschichte revidieren (recommencer l'histoire), so daß den beiden Regierungen keine andere Lösung bleibt, als der Appell an die Waffen.“ —

Wir sehen: neben Kräften, die aus der französischen Nation selbst heraus der lange Zeit fast erstorbenen Bewegung neue Nahrung gaben, sind es auch Einwirkungen von außen, zunächst von England her, die sie anfachten und belebten, so die Hilfe, die Frankreich bei England während der Marokkokrise gefunden hatte, und vor allem jene große Flottenrede Churchills, die nach dem Urteil eines belgischen Diplomaten geeignet war, die Revanchelust der Franzosen „zum Kochen zu bringen und zum Paroxysmus zu steigern“[2]). Wenn später von englischer Seite gelegentlich allzu hoch getriebenen Hoffnungen ein Dämpfer aufgesetzt, wenn die Zusage englischer Hilfe auf den Fall eines unprovozierten Angriffs von seiten Deutschlands beschränkt wurde[3]), so blieb das ohne tiefere Wirkung. Man durfte sich für den Ernstfall Englands Hilfe sicher glauben und ging, durch dieses Vertrauen gestärkt, auf dem einmal beschrittenen gefährlichen Wege weiter. —

---

[1]) Vgl. o. S. 13.

[2]) Vgl. o. S. 15.

[3]) Vgl. u. S. 33, Anl. 91.

Die weiteren belgischen Zirkulare lassen dieses Fortschreiten mit aller Deutlichkeit erkennen; sie zeigen zugleich, wie als Folgeerscheinung auf der anderen Seite der Vogesen nun auch an die Stelle ruhig-freundlicher oder gleichgültiger Gesinnung gegenüber dem Nachbarland allmählich eine mehr und mehr nervöse Reizbarkeit tritt und gewisse lange Zeit schlummernde Antipathien wieder lebendig zu werden beginnen. — Der nächste Schritt auf dem betretenen Wege ist auf französischer Seite, nach der Wahl Poincarés zum Präsidenten der französischen Republik (17. Januar 1913), die Ernennung Delcassés zum Botschafter in Petersburg. Schon die Mitteilung der bevorstehenden Ernennung hat, wie der belgische Gesandte in Paris am 21. Februar schreibt, „wie eine Bombe eingeschlagen" und durch ihr wohl nicht zufälliges Zusammentreffen mit der Botschaft des neuen Präsidenten, unter dessen Ministerium die militaristischen Strömungen in Frankreich eingesetzt hatten, und der durch seinen mit dem Schleier des Geheimnisses umhüllten Petersburger Besuch bereits die Fäden mit Rußland fester geknüpft hatte, die Gefahr einer scharf antideutschen Wendung der französischen Politik nahegerückt. Von dem „politischen, praktischen und kühlen Sinn Poincarés" wird allerdings erwartet, daß er ihn vor einem „Zuweitgehen auf diesem Wege" behüte. Deutschfeindliche Zwischenfälle in Frankreich, wie sie schon in den letzten Monaten des Jahres 1912 sich gehäuft und die Besorgnis des französischen Botschafters in Berlin wachgerufen hatten, gewinnen jetzt einen bedrohlichen Charakter und lösen auf der deutschen Seite Gegenäußerungen von einer früher nicht gekannten Energie und Schärfe aus; so vor allem das Abenteuer dreier deutscher Handlungsreisender in Nancy, das dank der nach Ansicht von Beyens allzu heftigen Reaktion auf deutscher Seite und der Aufbauschung durch deutsche Zeitungen einen diplomatischen Charakter angenommen und zu Gegenbeschwerden von französischer Seite Anlaß gegeben hat. Die bulgarischen Siege über die Türken im ersten Balkankrieg werden in Frankreich als „französische Siege" und Niederlagen deutscher Rüstungsmethoden, als Siege Creuzots über Krupp gebucht;

Anl. 52.

Anl. 23.

Anl. 52.

Anl. 62, 63.

Anl. 56.

eine Ausdeutung, die allerdings dem energischen Widerspruch des belgischen Gesandten in Paris begegnet. —

Weiter verschärft wird die Lage durch die Vorlage und Annahme des deutschen Wehrgesetzes. In englischen Regierungskreisen ist man allerdings geneigt, die Gründe, die zu diesem Schritte geführt haben, von Anfang an richtig zu würdigen: nicht als eine Herausforderung, sondern als die Feststellung einer militärischen Lage, die durch die Ereignisse auf dem Balkan geschwächt sei und die man deshalb wieder verstärken müsse. Man glaube in Berlin, nicht mehr im gleichen Maße wie früher auf die Hilfe aller österreichischen Kräfte zählen zu können, seitdem in Südosteuropa in dem Balkanbunde eine neue Macht in den Flanken der Doppelmonarchie sich gebildet habe. Infolgedessen müsse von nun an Deutschland, statt auf die Hilfe seines Bundesgenossen zählen zu können, ihm seinerseits Hilfe leisten und damit im Fall eines europäischen Konflikts seine Kräfte auf zwei Grenzen, die östliche und die südwestliche, verteilen. Berlin habe freimütig dem Pariser Kabinett die genannten Gründe für seine Handlungsweise bekanntgegeben. — Ganz anders war die Wirkung auf die englische Presse, die Deutschland wegen des Einbringens seiner Wehrvorlage die Schuld an der Verschärfung der europäischen Spannungen zuschieben will. — In Frankreich aber antwortete die Regierung fast unmittelbar mit der Vorlage eines Gesetzes über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, das trotz aller schweren Bedenken mit einer Zweidrittelmajorität angenommen, dessen ungeheure Gefährlichkeit für Frankreich und den europäischen Frieden von den belgischen Beobachtern von Anfang an mit voller Klarheit erkannt und immer wieder mit großer Energie betont wird. Denn wenn, nach einem Pariser Bericht vom 5. Mai 1913, die Anzeichen für ein Umsichgreifen der chauvinistischen Tendenzen, trotz der Friedensliebe des französischen Volkes, seiner Furcht vor einem Kriege mit dem Deutschen Reiche und der gemäßigten Sprache der Minister, sich mehren, wenn die Zeitungen und die Theater, die Revuen und die Chansons in den Kaffeekonzerten die nationalen Leidenschaften systematisch immer mehr auf-

Anl. 53.
Anl. 66.

peitschen, so bringt das neue Gesetz die ungeheure Gefahr
Anl. 69. mit sich, daß die schweren Lasten, die es dem Volke auferlegt, binnen kurzem das Land vor die verhängnisvolle Wahl stellen: einen für das Volksempfinden unerträglichen Rückzug anzutreten oder binnen kurzem einen Krieg wagen zu müssen. Die unmittelbare Folge des Gesetzes in Frankreich aber ist eine neue Stärkung der chauvinistischen Bewegung und der Revanche-Idee. Gewiß — so urteilt der belgische Gesandte —
Anl. 75. habe es zur Überwindung der starken Widerstände der Radikalen und der Sozialisten gegen das Dienstpflichtgesetz einer künstlichen Erhitzung der nationalen Leidenschaften, eines kräftigen Rührens der Alarmtrommel und eines Hinweises auf die kriegerischen Absichten der linksrheinischen Nationalisten bedurft: einige in Deutschland viel gelesene Organe, wie z. B. der ‚Temps' und das ‚Echo de Paris', hätten sich indessen dieser Aufgabe mit einer wahrhaft außerordentlichen Meisterschaft unterzogen. Die Atmosphäre von Haß und Mißtrauen, die von beiden Seiten auf den deutsch-französischen Beziehungen laste, sei dadurch noch schwerer und dicker geworden; so daß jetzt auch in versöhnlichem Geiste von beiden Seiten geführte Verhandlungen über einen besonderen Gegenstand nicht mehr genügten, sie zu zerstreuen. —

Das Echo dieser Stimmung von der anderen Seite des Rheins
Anl. 55. bleibt nicht aus. Schon im März 1913 weist Beyens darauf hin, daß man in Berlin an die nahe Möglichkeit eines Konflikts mit Frankreich glaube, obwohl es sich nur um Mißverständnisse auf beiden Seiten handle: in Deutschland wolle z. B. Schiemann der französisch-russischen Allianz einen aggressiven Charakter unterschieben, in Frankreich lege man zu wenig Gewicht auf den „tief religiösen und friedliebenden Charakter des Kaisers", dessen Mystizismus aus seinen zahlreichen Reden des letzten Jahres zu sprechen scheine. Auch die Erinnerungen an die Freiheitskriege weckten in ihm nur den Gedanken an einen „Fingerzeig Gottes", der das deutsche Volk für seinen religiösen Glauben durch die Befreiung von fremdem Joch belohnt habe. „Das ist nicht die Sprache eines Mannes, der über Pläne von

Krieg und Eroberung sinnt." Andrerseits — fährt Beyens fort — ist der Geist der herrschenden Klassen allerdings lange nicht so friedlich. Ihnen ist der Haß gegen Frankreich in der Schule zugleich mit dem Gefühl für Deutschlands Größe, das zur Herrschaft über Europa bestimmt sei, eingepflanzt worden. Diese Feindseligkeit und dieser Stolz läßt sie einen Krieg mit dem westlichen Nachbarn als ein notwendiges, unvermeidliches Übel ansehen, um Deutschlands Suprematie zu sichern und alle Hindernisse zu brechen, mit Hilfe deren die Diplomatie der Republik die Entwicklung des deutschen Reiches zu hindern sucht. Wird das Land sich erst auf dies gewaltigste jemals gesehene Heer stützen können, wie es das neue Wehrgesetz ihm zur Verfügung stellt, so mag man sich fragen, ob die friedliebenden Ideen des Staatsoberhaupts nicht eine zu schwache Wehr bilden werden, um die Erregung und den kriegerischen Eifer der höheren Klassen der Nation zurückzudämmen. —

Die Rechtfertigung des neuen deutschen Heeresgesetzes, die der Kanzler in seiner großen Rede am 7. April 1913 zu geben suchte, findet bei dem belgischen Vertreter in Berlin nur bedingten Glauben; jener stütze sich dabei, meint er, mehr auf Hypothesen als auf Tatsachen und könne natürlich seine geheimen Beweggründe vor ganz Europa nicht offen darlegen. Auch vermißt er in der Rede des Kanzlers, bei der Darstellung der deutsch-französischen Beziehungen und den Anklagen gegen die chauvinistische Presse Frankreichs, das Bekenntnis eigener deutscher Sünden: einer unnützen Brüskierung Frankreichs in der Marokkoaffäre, die dort die, vielleicht ohnedies längst wieder beruhigte, nationale Leidenschaft sich haßerfüllt habe gegen Deutschland kehren lassen, und der Sprache der eigenen alldeutschen Presse, die ein — allerdings gemäßigtes — Echo jener chauvinistischen Hetzblätter darstelle. — Von dem Umsichgreifen einer aggressiven, eine kommende Auseinandersetzung mit Frankreich als unvermeidlich ansehenden Stimmung, die, von der Presse vielfach angefacht, jedenfalls den belgischen Gesandten und der Regierung in Brüssel nur als Widerspiel der in Frankreich angeschürten und immer aufs neue künstlich genährten Erregung erscheint, ist auch in den folgenden Berichten

Anl. 61.

Anl. 62, 63.

wiederholt die Rede. Daher jene schon erwähnte[1]) Aufbauschung des an und für sich ziemlich harmlosen Nancyer Zwischenfalls, die von dem an sich zur Versöhnung geneigten französischen Botschafter Cambon sofort mit allerlei Beschwerden über angebliche Beeinträchtigung französischer Untertanen in Berlin usw. beantwortet wird. Auch der Reichstag wird jetzt zum erstenmal von dieser antifranzösischen Welle berührt, und es entsteht die große Gefahr, daß er, auf die Verstärkung des Heeres vertrauend, sich bei irgendeinem der sich in letzter Zeit bedenklich häufenden, die deutsche Empfindlichkeit verletzenden Zwischenfälle unzugänglich (intraitable) zeigen werde. Diese Gefahr scheint allerdings einigermaßen dadurch gemildert, daß die anläßlich der Heirat der Prinzessin Viktoria Luise und der Versöhnung zwischen Hohenzollern und Welfen erfolgende Zusammenkunft zwischen den Herrschern von Deutschland, Rußland und England als eine Bestätigung der während des Balkankrieges vollzogenen Annäherung zwischen Deutschland und England und der trotz des Balkankrieges seit Potsdam und Baltisch-Port unverändert guten Beziehungen zu Rußland gedeutet werden darf. Die allgemeinen Huldigungen aber, die dem Kaiser anläßlich seines fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums aus allen Kreisen des Volkes bis in die Reihen der Sozialisten hinein dargebracht werden, können zwar als Beweis für einen gerade in letzter Zeit erfolgten Umschlag der öffentlichen Meinung zugunsten des Kaisers gelten, den er — neben seinen häuslichen Tugenden — vor allem seiner Friedensliebe und der Zurückdrängung einstiger kriegerischer Neigungen zu danken hat; trotzdem tauchen auch jetzt wieder bei dem belgischen Gesandten die Zweifel auf, ob Kaiser Wilhelm immer der „Friedenskaiser" bleiben wird, welchen schönen Titel ihn Hanotaux in einem „Figaro"-Artikel mit etwas allzuviel Eindringlichkeit anzunehmen gebeten hatte; ob er sich nicht eines Tages genötigt sehen würde, dem Drängen nicht nur der Alldeutschen, sondern auch der Liberalen auf „Brechung der Widerstände, die sich der kolonialen und kommerziellen Ausbreitung ihres Landes entgegenstellen, nachzugeben, und damit den Wunsch

Anl. 67.

Anl. 71.

[1]) Vgl. o. S. 20.

der öffentlichen Meinung ebenso zu befriedigen gezwungen ist, wie er es bisher als Wächter des Friedens getan hat". —

Unterdessen geht in Frankreich die Hetze weiter, deren Formen immer schärfer, deren Mittel immer brutaler werden. Die wunderbar vorbereitete und durchgeführte Propaganda für das Heeresgesetz, die schon Poincaré auf den Stuhl des Präsidenten der Republik verholfen hat, führt ihr Werk fort, unbekümmert um die Gefahren, die sie entstehen läßt. — Und zugleich wird es immer deutlicher, daß das allein machtlose Frankreich bei seinem Bundesgenossen im Osten die Hilfe finden wird, die es braucht; daß der französische Revancheruf bei den Panslawisten ein freudiges Echo findet und beide gegen den Dreibund gerichtete Tendenzen zu gemeinsamer Arbeit, zu gleichen hohen Zielen bereit sind. Gewiß ist man in Paris trotz der durch Poincarés Besuch und Delcassés Mission geschlagenen festeren und breiteren Brücke nach Petersburg mit der schwankenden und unklaren Politik der russischen Regierung nicht immer zufrieden; der Besuch des Zaren in Berlin wird als Zeichen für ein Doppelspiel dieser Politik schmerzlich empfunden und heftig getadelt; Serbiens unaufrichtige und ausschweifende Politik findet bei den französischen Blättern die Unterstützung, die ihnen die offizielle russische Regierung verweigert; gegen Österreich ergeht man sich im Gegensatz zur damaligen Haltung des offiziellen Rußlands in den heftigsten Ausfällen. Allmählich aber ändert sich das Bild, und es scheint nach den belgischen Zirkularen, als ob es vor allem die Aussendung der deutschen Militärmission nach der Türkei gewesen sei, die einen entscheidenden Umschwung in den Anschauungen der leitenden Kreise Rußlands und damit eine größere Einheitlichkeit der russischen und der französischen Politik herbeigeführt habe. Deutsche Wünsche auf Wiedergewinnung der Vormachtstellung am Bosporus trafen sich dabei mit denen der Jungtürken auf militärische Sicherung ihrer Stellung. Den heftigen Protest Rußlands schätzt man in Berlin angesichts des dauernden Schwankens der russischen Politik auf dem Balkan nicht allzu hoch ein; die französische Regierung aber, deren vorsichtigem Vorgehen in Konstantinopel man in Berlin mit vollem Vertrauen begegnet, ist

Anl. 69.

Anl. 57, 60.

Anl. 74.

Anl. 78, 79.

ebenso wie England entschlossen, Rußland als meist interessierter Macht freie Hand zu lassen, seine Schritte bedingungslos zu unterstützen, aber sich vor gefährlicher Initiative zu hüten. Bei aller Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Krise — so fährt der Anl. 79. Pariser Bericht vom 20. Dezember 1913 fort — hegt man doch den Gedanken, „daß die Schwierigkeiten des Tages für Frankreich, vom nationalistischen Standpunkt aus, den Vorteil hätten, zwischen Rußland und Deutschland eine Kluft sich auftun zu lassen, die auszufüllen ein langes und schwieriges Werk sein werde", und auch die traditionelle Freundschaft der beiden Höfe ernstlich und auf die Dauer zu trüben.

Vorübergehende Annäherungen zwischen Paris und Berlin, Anl. 75. wie z. B. bei den Besprechungen über die Bagdadbahn, flößen Baron Beyens in Anbetracht der in Deutschland gegenüber Frankreich herrschenden Stimmung und der durch falsche Berichte der deutschen und den herausfordernden Ton der französischen Zeitungen genährten Meinung, daß das französische Heeresgesetz nicht defensiven, sondern offensiven, gegen Deutschland gerichteten, also provokatorischen Charakter habe, kein allzu großes Vertrauen ein; und wenn auch die Affäre Forstner in Zabern nicht imstande ist „den Krieg zu entketten", so ist auch sie doch ein bezeichnendes Symptom für die im deutschen Heere und einem großen Teil des Volkes herrschende Stimmung, die man von oben her nicht verletzen möchte.

So beginnt trotz des friedlichen Tons der großen Rede des Anl. 78. Reichskanzlers vom 9. Dezember 1913 über die auswärtige Politik und der guten Aufnahme, die das neue französische Kabinett Doumergue in der deutschen Presse aller Richtungen gefunden hat, für die belgischen Beobachter an den verschiedenen Höfen das Jahr 1914 unter wenig hoffnungsvollen Zeichen. Ihre Sorge um den Bestand des europäischen Friedens wird, während die deutsche öffentliche Meinung sich allmählich eher wieder zu beruhigen scheint, durch die Entwicklung auf französischer wie auf russischer Seite dauernd wach gehalten. Deutlicher als bisher entschleiern sich die inneren Zusammen-

hänge, erkennen wir aus den belgischen Berichten die Ursachenverkettung, die zu der allgemeinen europäischen Hochspannung geführt hat, und werden in den Stand gesetzt, die Frage nach der Schuld aus neutralem Quellenmaterial zu beantworten.

Ein Artikel des „Temps" vom 4. Januar 1914, als dessen Verfasser Tardieu, als dessen geistiger Urheber Iswolski angegeben wird und der sich gegen Lloyd Georges Abrüstungstheorien und gegen die Angriffe Miljukoffs auf Frankreich und England wendet, gibt dem belgischen Gesandten in Paris Veranlassung, einen „im allgemeinen gut unterrichteten russischen Diplomaten" über die Frage zu sondieren, inwieweit Iswolski damit die „Absichten oder zum mindesten die Dispositionen" seiner Regierung vertrete. Die Antwort lautet beruhigend: Frankreich und Deutschland seien im Begriff, sich über die kleinasiatischen Fragen zu verständigen; die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien besserten sich täglich, und zwischen Deutschland und Rußland herrsche „über viele Punkte Übereinstimmung". Wenn die Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel auch noch einige „leichte Änderungen und Besserungen" vertragen könne, so sei Rußland doch entschlossen, ihr um so weniger eine größere Bedeutung beizumessen, als am Bosporus auch ein englischer General weile, dessen Rolle eines Tags weit bedeutender werden könne als die des Generals Sanders. Rußland sei mit inneren Reformen beschäftigt, erfreue sich augenblicklich eines außerordentlichen Wohlstandes und einer gewaltigen Volksvermehrung und werde eine so günstige Lage nicht gefährden, um Frankreich gefällig zu sein. Es halte fest an seinem Bündnis mit Frankreich, das ihm sichere materielle Vorteile bringe; am Tage der Gefahr aber werde seine Hilfe weniger wirksam sein, als man in Paris vermute. —

Anl. 80.

Die weiteren Berichte lassen von dieser im allgemeinen optimistischen Auffassung des russischen Diplomaten wenig erkennen. Die Aktion der „neuen Föderation der Linken" in Paris wird von dem belgischen Gesandten in Paris mit gemischten Gefühlen begrüßt; insofern sie geeignet sei, die Wirkungen des neuen Heeresgesetzes zu erhalten und zu verewigen,

Anl. 81.

verfolge man sie in Paris mit Sympathie. Vom belgischen Standpunkt allerdings müsse man eher den Radikalen und Radikalsozialisten Erfolg wünschen. „Denn in der Tat sind es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde, die die nationalistische, militaristische (cocardière) und chauvinistische Politik erfunden haben, deren Wiederaufleben wir festgestellt haben. Diese Politik stellt eine Gefahr für Europa und für Belgien dar; ja man kann in ihr die größte Gefahr erblicken, die heute den europäischen Frieden bedroht. Nicht als ob die republikanische Regierung geneigt wäre, diesen in vorgefaßter Absicht zu stören — das Gegenteil scheint gewiß —, sondern weil die Haltung, die das Kabinett Barthou eingenommen hat, die entscheidende Ursache für ein Anschwellen der militaristischen Tendenzen in Deutschland gewesen ist.“ Frankreich könne, so heißt es weiter, sowohl vom finanziellen Standpunkt aus wie von dem der persönlichen Lasten die Bürde der dreijährigen Dienstzeit nicht lange aushalten; eine Zurücknahme des Gesetzes sei nicht zu erwarten, zumal in Marokko General Liautey auf weitere ansehnliche Verstärkung dränge. Auf der andern Seite sei allerdings Caillaux, vertrauend auf die große Mehrzahl der arbeitstätigen Franzosen, die das Anwachsen der Ausgaben und der persönlichen Lasten mit Ungeduld ertrügen, für eine Annäherung an Deutschland und für eine Abänderung des Gesetzes; aber er werde mit allen Mitteln bekämpft. Belgien könne seinen Sturz nicht wünschen, weil seine Machtstellung in Frankreich geeignet sei, die Schärfe der internationalen Rivalitäten zu mildern und eine bessere Basis für die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu schaffen. —

Erkennt man in diesem Bericht, den sich die belgische Regierung durch wörtliche Verwendung zu einem Zirkular zu eigen macht, deutlich die treibenden Kräfte, die in gefährlicher Weise das nationale Empfinden in Frankreich aufpeitschen und, von der Regierung nicht genügend zurückgedämmt, das Land auf eine abschüssige Bahn zu drängen suchen; wird die

in Deutschland hochkommende militaristische Strömung mit aller Deutlichkeit als Reaktionserscheinung, hervorgerufen durch die Vorgänge in Frankreich, gekennzeichnet, so lauten die Berichte über die russischen Verhältnisse aus den ersten Monaten des Jahres 1914 womöglich noch besorgter und alarmierender. Aus Stockholm wird im Februar von der gewaltigen Erregung berichtet, die angesichts der dauernden Enthüllungen über russische Spionage, über Landungs- und Besetzungspläne, über technische Arbeiten in Finnland und die dort betriebene schrankenlose Russifizierungspolitik in weiten Kreisen Schwedens herrsche; die gesamte konservative Partei, ein großer Teil der Liberalen und die ganze Geschäftswelt sähen darin eine gefährliche unmittelbare Bedrohung Schwedens. Es sei im Prinzip wahr, fügt der Gesandte hinzu, daß diese Gefahr bestehe; nur brauche man nicht an ihr unmittelbares Bevorstehen und ihre Unabwendbarkeit zu glauben; denn Rußlands Blicke seien augenblicklich auf die Balkanfragen gerichtet und ebenso auf die Verhältnisse in Kleinasien, in Persien und im fernen Osten. Auch sei es durch die Neuordnung seiner inneren Verhältnisse zu sehr in Anspruch genommen, um sich auf gefährliche Abenteuer im Norden einlassen und dadurch den Widerspruch anderer Länder, vor allem Englands, herausfordern zu können. Das Interesse dieser anderen Mächte sei jedenfalls für Schweden ein besserer Schutz als die eigene innere Kraft. — Dieses entscheidende Argument aber, so fügt der Gesandte hinzu, flöße in Schweden kein Vertrauen ein; vielmehr baue es einzig auf die Kraft seines Heeres, so sehr, daß man in Rußland auf den — sicher irrigen — Gedanken gekommen sei, daß die schwedischen Rüstungen auf deutsche Machenschaften zurückzuführen seien, indem Deutschland Schweden damit in den Kreis seiner Allianzen ziehen wolle[1]).

Anl. 82.

Durch die Aussprengung dieser Gerüchte versuchte Rußland — so dürfen wir annehmen —, die Aufmerksamkeit der Welt von den eigenen Rüstungen gegen Schweden ab- und auf Deutsch-

[1]) Berichte ähnlichen Inhalts aus Stockholm finden sich auch sonst in den Zirkularen, z. B. in einem hier nicht gebrachten vom 25. März 1912.

land als den angeblichen Störer des europäischen Gleichgewichts
Anl. 85. hinzulenken. Wenn ein Bericht aus Berlin vom 14. März in Besprechung einer schnell vorübergegangenen scharfen Polemik zwischen deutschen und russischen Zeitungen und einer ebenfalls vorübergehenden Trübung des persönlichen Verhältnisses zwischen den beiden Monarchen nicht nur von der Befürchtung zu erzählen weiß, den damaligen russischen Minister des Auswärtigen durch einen extremen Panslawisten, etwa Hartwig, ersetzt zu sehen, sondern auch auf die beunruhigende Kriegslust der deutschen Militärpartei, des jungen Deutschlands und der Intellektuellen hinweist, die durch den allgemein überraschenden Erfolg der Wehrsteuer neue Nahrung bekomme, so zeigen die Berichte der nächsten Zeit mit erschreckender Deutlichkeit, wo die wahre Gefahr für den europäischen Frieden
Anl. 87. lag. Aus Rußland werden Anfang April Heeresverstärkungen gemeldet, die noch über das schon erwartete hohe Maß hinausgehen. Gegenüber einer Sensationsnachricht der „Nowoje-Wremja“ von einem angeblichen Bunde zwischen Rußland, Deutschland, Frankreich und England zum Zweck der Auftei-
Anl. 88. lung Österreich-Ungarns betont ein Berliner Bericht vom 4. April die unveränderliche Festigkeit des Bündnisses mit Österreich-Ungarn als der Grundlage der Verteidigungspolitik des „Deutschen Reiches, das durch seine geographische Lage den Angriffen seiner Nachbarn im Osten und Westen ausgesetzt sei“; einer Politik, die durch die engen persönlich-dynastischen Beziehungen noch eine weitere Stütze bekommen habe[1]). Daneben widme sich Kaiser Wilhelm mit Erfolg der Beseitigung der durch entgegengesetzte Interessen in Albanien und der Adria verursachten Differenzen zwischen seinen beiden Verbündeten[2]). — Wie wenig Wahrscheinlichkeit

Anl. 86. [1]) In einem Petersburger Bericht vom 24. März 1914 (Zirkular vom 2. 4. 1914) begegnet die gleiche, von einem anderen russischen Blatt bestätigte Sensationsnachricht dem gleichen, ähnlich begründeten Mißtrauen des belgischen Gesandten in Petersburg.

Anl. 94. [2]) Der gefährlich sich zuspitzende italienisch-österreichische Gegensatz in Albanien wird noch einmal kurz vor Ausbruch des Weltkriegs in einem Bericht aus Wien vom 27. Mai 1914 (Zirkular vom 5. Juni) hervorgehoben.

jenem angeblichen Bündnisplan zuzusprechen sei, gehe wohl schon am besten aus den Mitteilungen einer nach kurzem Aufenthalt in Petersburg in Berlin eingetroffenen japanischen Militärmission hervor, die von der dort herrschenden deutschfeindlichen Stimmung der russischen Offiziere aufs höchste betroffen war. Sie hatten in den Offiziersmessen offen von einem nahe bevorstehenden Krieg gegen Österreich-Ungarn und gegen Deutschland sprechen hören; die Armee sei bereit, ins Feld zu ziehen, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen wie für ihre Verbündeten, die Franzosen. Diese Gereiztheit der russischen Offiziere gegen ihre germanischen Nachbarn, mit denen sie seit 150 Jahren in Frieden lebten, und diese Ausbrüche kriegslustiger Stimmungen haben bei den Japanern den Eindruck erweckt, daß ihre Gastfreunde jetzt, da sie sich stark und kampfbereit fühlten, ihren wahren Seelenzustand enthüllten, und daß man darin den Haß gegen Deutschland lese. Zwar wisse man, daß die Regierung des Zaren immer mit Deutschland gute Beziehungen unterhalten habe und sich ihre Politik nicht von dem militärischen und nationalistischen Element diktieren lasse; man müsse sich aber des heute ja allgemein bekannten Ursprunges des russisch-japanischen Krieges erinnern. Damals seien es die Klique des Großherzogs Wladimir und die an Koreaunternehmungen interessierten Finanzleute gewesen, denen es gelungen sei, den Zaren gegen seinen Willen in dieses Abenteuer hineinzuziehen. So könne auch die jetzt in Rußland sich zeigende Feindseligkeit gegen Deutschland der Aufrechterhaltung des Friedens gefährlich werden, wenn sie einen Dolmetsch in der Umgebung des Zaren fände. —

Die letzten Berichte über die deutsch-russischen Beziehungen im Frühjahr 1914 zeigen uns die Dinge dann allerdings in etwas verändertem Lichte: Sasonoff gibt dem deutschen Geschäftsträger v. Lucius — im Anschluß an den Zwischenfall der deutschen in Rußland niedergegangenen und festgenommenen Luftschiffer — durchaus beruhigende Versicherungen; aber der Eindruck des deutschen Diplomaten ist, daß sie bestimmt seien, von der deutschen Reichstagstribüne wiederholt zu

Anl. 90.

werden und deshalb absichtlich optimistisch gehalten seien. War dem so, so hatten sie jedenfalls ihren Zweck verfehlt.

Anl. 93. Die große Rede, die der deutsche Staatssekretär v. Jagow am 14. Mai 1914 über die äußere Politik im Reichstag hielt, wendete sich im Gegensatz zu der optimistischen Beurteilung der Gesamtlage mit großer Schärfe gegen die russische Presse, ebenso wie es kurz zuvor in einem offenbar fingierten Interview

Anl. 92. mit einem der Ententediplomaten der offiziöse „Lokalanzeiger" getan hatte; und wenn jene Rede auch der russischen Regierung — im Gegensatz zu ihrer Presse — friedliche Absichten gegenüber Deutschland zuschreibt, so glaubt man doch in diplomatischen Kreisen in diesem heftigen Ausfall eine Warnung auch an das Petersburger Kabinett erkennen zu müssen. — Baron

Anl. 93. Beyens, der am 16. Mai darüber ausführlich berichtet, macht dabei der deutschen Regierung zum Vorwurf, daß sie von der Heftigkeit der Sprache deutscher Blätter, z. B. der „Kreuzzeitung", gegenüber Rußland keine Notiz nehme; daß sie dagegen die Rüstungen der anderen Nationen, bald Frankreichs, bald Rußlands, nicht ertragen könne, obwohl sie beide nur dem Beispiel Deutschlands folgten; und daß die deutsche Politik Rußland „bald schone, um es zur früheren Freundschaft zurückzuführen, bald den Ton verschärfe, wie um ihm das Rasseln des deutschen Säbels bemerkbar zu machen". —

Ist dieser Bericht des belgischen Diplomaten über die deutsch-russischen Beziehungen nicht nur mit manchen seiner eigenen früheren Berichte, sondern auch mit denen seiner Kollegen an anderen Höfen schwer in Einklang zu bringen[1]), so gewinnt die deutsche Politik aus den die französisch-deutschen Verhältnisse in dieser Zeit behandelnden Berichten der belgischen Diplomaten eine völlig andere Beleuchtung. — Sie fügen zwar den uns schon bekannten Anschauungen über die internationale Lage, deren Spannungen und gefährliche Stimmungen kaum ein neues Moment hinzu; aber sie sind geeignet, unsere Kenntnis dieser Lage noch weiter zu klären und die Frage nach Verursachung und Schuld am Ausbruch

[1]) Vgl. o. S. 27 f.

des Weltkrieges noch einwandfreier zu beantworten. Ein Bericht aus Paris vom 8. Mai, der die schon erwähnte skeptische Auffassung über die Bereitschaft Englands zu einer aktiven Mitwirkung im Fall eines europäischen Konflikts betont und zugleich auf die geringe Bedeutung hinweist, die man in Frankreich einem Eingreifen Italiens in den Kampf auf seiten Deutschlands zumißt, spricht noch einmal von dem Anwachsen des Chauvinismus in Frankreich während der letzten Monate; die frühere Furcht vor einem möglichen Konflikt mit Deutschland sei völlig gewichen und habe dank den großen Fortschritten des Heeres einer festen Siegeszuversicht Platz gemacht; zum mindesten könne man die deutsche Armee lange genug im Schach halten, um Rußland Zeit zur Mobilisation und Konzentration seiner Truppen und zum Angriff auf seinen westlichen Nachbarn zu lassen. Gewiß wolle keines der beiden Länder den Anstoß zum Kriege geben, aber bei dem französischen Charakter könnte ein kleiner Zwischenfall in schiefer Darstellung die Bevölkerung, oder, besser gesagt, die niedrigsten Elemente darunter zur Schaffung einer Lage fortreißen, die den Krieg unvermeidlich mache. — Noch einmal wird dann auf die — in gleicher Weise schon früher betonten — Gefahren des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit hingewiesen, das, wenn seine Abmilderung nicht gelänge, Frankreich binnen zweier Jahre in den Krieg treibe. — Die deutschen Zeitungen legen, nach einem Berliner Bericht vom 12. Juni, diesem Gesetz eine große, fast übertriebene Bedeutung bei; deshalb habe man in den Organen aller politischen Richtungen die französischen Neuwahlen und die Ministerkrise mit besonderem Interesse verfolgt, sei nun durch die Bildung des Ministeriums Ribot enttäuscht und sagte ihm ein kurzes Leben voraus. Die deutschen Zeitungen hätten insofern recht, als die überstürzte Einführung der dreijährigen Dienstzeit tatsächlich den französischen „Kräften und Empfindungen“ Unmögliches zugemutet hätte: überstürzt, weil man den wahren Gründen für die deutsche Heeresvermehrung, wie sie Bethmann-Hollweg auf der Reichstagstribüne vorgetragen hätte, nicht Rech-

Anl. 91.

Anl. 95.

nung getragen habe. — Nachdem einmal das französische Wehrgesetz und in dessen Folge eine erregte Rede- und Pressekampagne gegen Deutschland erfolgt sei, habe Deutschland, auch nach der Zersprengung des Balkanbundes, angesichts dieser neuen Gefahr nicht zurück gekonnt. *Die französische Agitation habe zu einer stärkeren Spannung der Beziehungen zu Deutschland geführt* und zu der irrigen, aber von den besten Geistern Deutschlands angenommenen Idee, daß der Krieg in absehbarer Zeit unvermeidlich sei, weil ihn Frankreich heftig wünsche und sich darauf vorbereite. In Frankreich hege man — dank vor allem einiger unglücklicher Äußerungen des preußischen Kriegsministers — die gleiche Meinung über Deutschland. Bei alledem handle es sich um Mißverständnisse von beiden Seiten; die Mehrheit des französischen Volkes wolle keinen Krieg; *Deutschland brauche nur in Frieden die weitere Entwicklung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Macht und seines starken Geburtenüberschusses abzuwarten, um kampflos in Mitteleuropa zu herrschen.* Vom französischen Standpunkt aus sei das Dreijahresgesetz keinesfalls das richtige Mittel gewesen, den Frieden zu sichern; dazu habe man in diese innerfranzösische Frage dauernd *Rußland* hineinreden lassen, *„dessen Politik undurchsichtig bleibt, das den Zweibund zu seinem ausschließlichen Nutzen lenkt und das, ohne von Deutschland bedroht zu sein, seine Rüstungen in erschreckendem Maße steigert“.* —

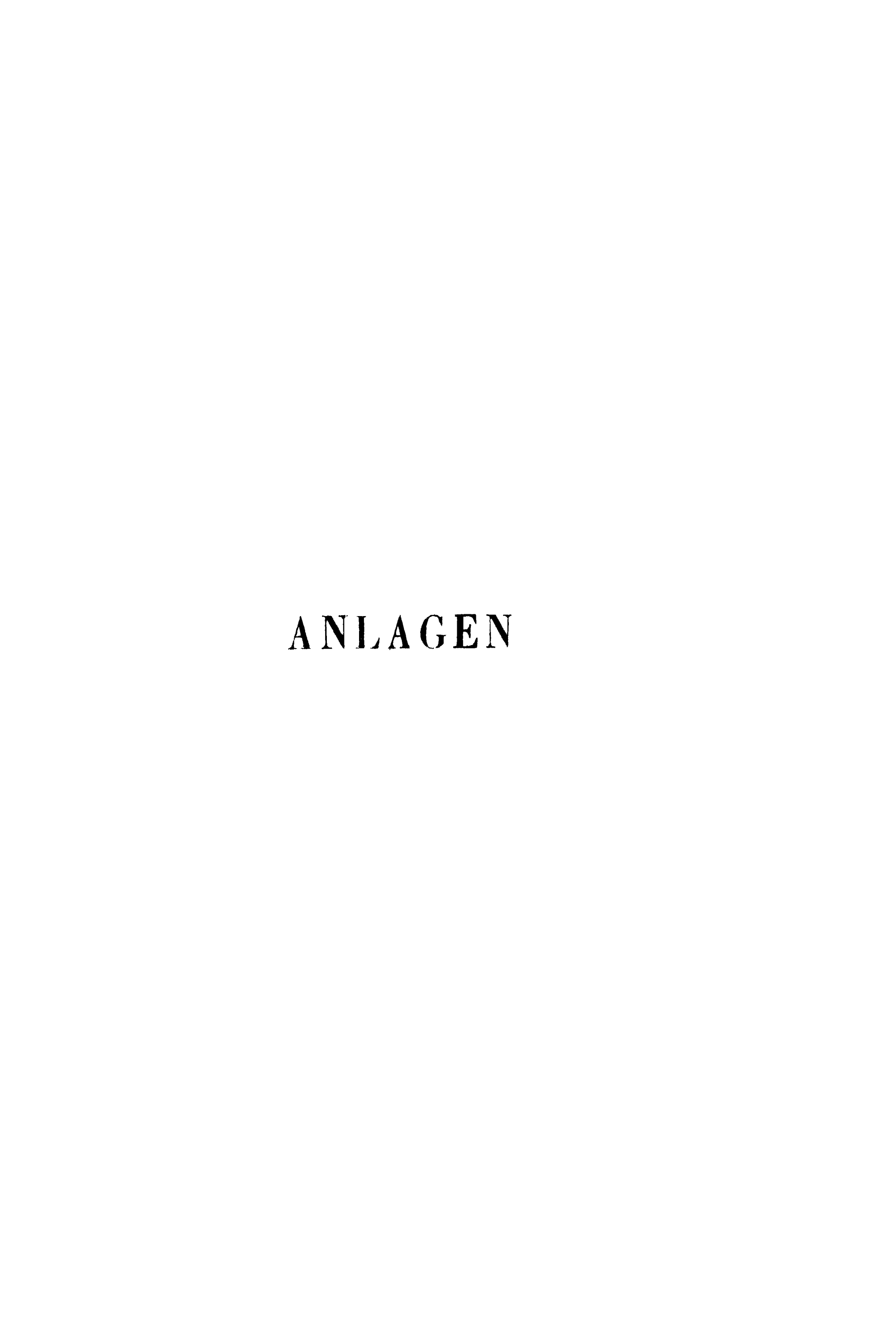
Anl. 96. Und ein letzter Pariser Bericht, datiert am Tage des Attentates von Serajewo und von Brüssel erst nach dessen Verübung weitergegeben, faßt noch einmal, rück- und vorschauend, die Situation scharf ins Auge, spricht in ernstester Besorgnis von den alles Maß übersteigenden russischen Rüstungen, von dem falschen Vertrauen Rußlands auf seine angeblich vollständige Kriegsbereitschaft — in Wahrheit fehle daran noch recht vieles —, von den Vorbereitungen der französischen Armee, um während einer eventuellen russischen Mobilisation den ersten Stoß der deutschen Heere aufzufangen; von der ängstlichen Aufmerksamkeit, mit der man in Berlin

die Entwicklung der französisch-russischen Beziehungen seit dem ersten Besuche Poincarés in Petersburg verfolge. „Rußland und Frankreich“, heißt es, „spielen in diesem Augenblick ein gar gefährliches Spiel. Sie spornen sich wechselseitig auf den Weg höchstgesteigerter Rüstungen und geben sich — vor allem Rußland — einem Bluff hin, der die verhängnisvollsten Folgen haben könnte.“ Noch sei Kaiser Wilhelm dem Frieden geneigt; „wie lange aber wird man noch auf diese Geistesverfassung bauen können angesichts der drohenden Haltung Frankreichs und Rußlands und deren Rückwirkung auf die chauvinistischen und militaristischen Geister im Reich?“ —

Der Deutsche mag sich für seine Auffassung von Verursachung und Verschuldung des Weltkrieges keinen besseren Kronzeugen wünschen als diesen belgischen Diplomaten, der sicherlich deutschfreundlicher Gesinnung nicht verdächtig ist, und seinen letzten, von der belgischen Regierung weitergegebenen Bericht, der mit grellen Schlaglichtern in die dunklen Gründe der russisch-französischen Politik in den Jahren vor dem Weltkrieg noch einmal hineinleuchtet. Hätte er bei seinen Betrachtungen noch weiter zurückgegriffen, so hätte er wohl in erster Linie auf jene Einkreisungspolitik Eduards VII. hinweisen müssen, die, indem sie Deutschlands aus eigner Kraft geschaffene ökonomisch-politische Entwicklung in die Welt und in der Welt zu unterbinden sich zum Ziel setzte, bei Deutschlands Nachbarn alle schlummernden Triebe politischer Rache und Wiedervergeltung auf der einen, nationalistisch-verstiegener Expansionsgelüste auf der anderen Seite weckte und jenen Zustand dauernder Unruhe, steigender Nervosität und stetig vermehrter Rüstungen schuf, unter dem alle Nationen, in der Masse ihrer Bevölkerung friedlich gesinnt, in gleicher Weise litten, ohne ein Mittel zur Abhilfe finden zu können. Der deutsche „Militarismus“ ist nach den belgischen Berichten nichts anderes als eine Reaktionserscheinung, eine mit innerer Notwen-

digkeit durch jene Strömungen hervorgerufene Gegenströmung; er gewinnt allerdings neuen Zustrom aus gewissen nationalen, nach einem der Berichte auch in der Schule genährten Instinkten und aus den natürlichen Bedürfnissen der in rastloser Arbeit des ganzen Volkes zu weltwirtschaftlicher Betätigung entwickelten deutschen Wirtschaftskraft, deren vollwertiger Auswirkung in der Welt vor allem die englische Politik dauernd entgegenarbeitete. So entsteht eine Atmosphäre internationalen Mißtrauens, in der die einzelnen Mächte sich gegenseitig zu immer schärferen Spannungen emporsteigern. Mehrere Male, vor allem während der Balkankämpfe der Jahre 1912 und 1913, droht der breit gelagerte Zündstoff in Flammen aufzugehen und Europa in Brand zu setzen: die immer wieder betonte Friedensliebe des Deutschen Kaisers ist es in erster Linie stets aufs neue, die nach der Ansicht der belgischen Zirkulare das letzte Unheil beschworen hat. Auch sie droht allmählich allerdings von den von allen Seiten auf sie einstürmenden, zum Kriege drängenden Kräften übermannt zu werden; aber im Sommer 1914 steht sie noch fest und sammelt um sich alle friedlich gesinnten Elemente. Die Situation, wie sie in den letzten belgischen Berichten in einwandfreier Klarheit geschildert wird, ist damals folgende: Frankreich muß bald losschlagen, weil es die Lasten des Dreijahrgesetzes auf die Dauer nicht zu ertragen imstande ist; Rußland will den Krieg gegen das verhaßte Deutschland mit allen Mitteln beschleunigen, weil es sich „archiprêt“ glaubt; Deutschland allein kann und will friedlich und in Ruhe den weiteren Gang der Ereignisse abwarten, weil jedes Jahr ihm an Volks- und Wirtschaftskraft einen beträchtlichen Zuwachs bringt, und weil es erst in einigen Jahren die Früchte seiner Heeres- und Flottenvermehrung ernten wird. — So die belgischen Zirkulare. Und da soll die Welt glauben, daß es Deutschland war, das aus reiner Lust am Zerstören und Erobern die Lunte ans Pulverfaß legte, die Welt in Brand setzte und sich wie ein wildes Tier beutegierig auf friedliche Nachbarn gestürzt hat? —

Der Deutsche wird in Ruhe der Antwort entgegensehen können, die die Weltgeschichte auf diese Frage einst, wenn alle Archive sich öffnen, geben wird. Täuscht nicht alles, so wird sie lauten: Deutschland ist sicher nicht ohne Schuld am Weltkriege; im Deutschen Reiche gab es, wie in den Nachbarländern, Kräfte, die zu kriegerischer Lösung des unerträglich gewordenen Spannungszustandes drängten; noch aber hielten die Dämme, die ihr vernichtendes Überfluten hemmten, fester als in den anderen Staaten. Der Baum des Unheils, der die Weltkultur überschattete und ihr Wachstum für lange Zeit zu vernichten drohte, senkt seine ungeheuer verästelten Wurzeln tief in das Erdreich der letzten Jahrzehnte der Weltgeschichte hinab; aber wenn es auch schwer oder gar unmöglich sein dürfte, die einzelnen Wurzelstränge, aus denen er Kraft und Nahrung sog, bis aufs letzte freizulegen, so wird man doch einen auf Grund der belgischen Berichte und Zirkulare als die Urkraft alles Bösen und den Träger schlechtester Säfte erkennen dürfen: es ist der englische wirtschaftspolitische Imperialismus und die aus ihm geborene Einkreisungspolitik. —



ANLAGEN

VORBEMERKUNG

Alle Hervorhebungen durch fetten Druck rühren, wo es nicht ausdrücklich anders bemerkt ist, vom Bearbeiter her.

1.

BRUXELLES, 16. 1. 1912.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 4 janvier 1912, No. 4.)

Craintes de complications en Orient.

Des hommes d'État dont l'autorité est très grande, considèrent la paix comme assurée pour plusieurs années. D'après eux, l'Allemagne n'est animée d'aucune intention belliqueuse: elle a besoin de paix pour consolider ses finances et pour exécuter son propramme naval; d'ailleurs elle a assez de populations non allemandes pour ne pas en désirer d'autres. Ses relations avec l'Angleterre ne tarderont pas à s'améliorer; et la France, sachant qu'elle ne peut compter sur la Russie dans une guerre offensive, ne hasardera pas une lutte par les armes.

La situation générale de l'Europe est donc envisagée avec optimisme par les personnalités les mieux informées des vues qui prévalent dans les hautes sphères gouvernementales. Malheureusement, il est impossible de ne pas éprouver d'inquiétudes au sujet du développement possible des événements dans la péninsule balkanique.

En effet, la question d'Orient évolue vers une nouvelle crise. Depuis la chute du régime hamidien, la Turquie n'a rien ou presque rien fait pour améliorer son organisation intérieure. L'homme malade ne guérit pas. Repoussée de l'Extrême-Orient, la Russie entend reprendre à Constantinople sa politique traditionelle. Son très actif ambassadeur était parvenu, malgré la résistance de l'Autriche, à créer un courant sympathique au projet d'union balkanique. Parmi d'autres avantages, la Turquie eût obtenu, à la frontière de l'Iran, une bande de territoire de

300 kilomètres de long que la Perse lui conteste. En compensation, elle eût accordé à la Russie le libre passage pour les navires de guerre dans les détroits. Il est à peine nécessaire d'ajouter que l'Union balkanique eût été placée sous l'hégémonie de la Russie. L'Autriche-Hongrie aurait-elle supporté cette atteinte à l'accord de 1910? Heureusement, M. Tcharykoff ayant été désavoué, il a dû retirer ses projets, provisoirement du moins.

Aux délégations austro-hongroises, le discours pacifique du Comte d'Aehrenthal a été entouré de tant de réticences, qu'il n'a donné aucune sécurité aux pays balkaniques. La Serbie s'arme et elle est décidée à s'opposer le cas échéant, à l'annexion par l'Autriche du district de Novi-Bazar. La Bulgarie soudoie les bandes en Macédoine et y favorise ouvertement l'anarchie dans le but de provoquer une intervention des Puissances. Le Monténégro guette le moment de susciter de nouveaux troubles en Albanie.

Dans ces circonstances, la Roumanie prend des précautions en vue des événements qu'elle redoute pour le printemps prochain. Elle a affecté plus de 50 millions, pris sur la réserve du trésor, à l'achat de matériel de guerre, et elle organise rapidement sa X^{e} division d'armée. Dès l'année dernière, on a vu s'esquisser une entente turco-roumaine; et tout ce qui affaiblit la Turquie touche indirectement le Royaume danubien. Aussi suit-il avec une attention passionnée les moindres indices qui révéleraient chez les Puissances des visées agressives sur la Turquie. On doit reconnaître que les perspectives, sans être rassurantes, sont peut-être un peu moins mauvaises qu'il y a six semaines. Les Puissances parviennent à localiser les opérations de la guerre italo-turque; l'Autriche a fait officiellement démentir à Bucarest le bruit d'après lequel elle favoriserait une campagne de la Bulgarie en Macédoine; M. Sazonoff a répété à plusieurs diplomates que la Russie veut le maintien du «statu quo» en Orient, et ici, on a confiance dans sa loyauté et dans ses promesses.

2.

BRUXELLES, 29. 1. 1912.

Bulgarie et Autriche. Essai d'entente serbo-bulgare.

J'ai reçu du Ministre de Belgique à Belgrade un rapport confidentiel; je crois utile de vous faire part, au même titre, des intéressantes informations qu'il contient.

«Les visites fréquentes que, depuis quelques mois le Roi Ferdinand fait à Vienne, — où chaque fois il est reçu par l'Empereur et a des entretiens avec des personnages politiques, — ont éveillé, l'attention des gouvernants serbes. On appréhende qu'il n'y ait des échanges de vues ayant pour objet la distribution des rôles que la Bulgarie et l'Autriche-Hongrie auraient à jouer dans l'éventualité, prévue pour le printemps, d'un bouleversement de l'état des choses dans la péninsule balkanique.

D'autre part on observe qu'en ces derniers temps, la diplomatie autrichienne a été très active au Monténégro. Par l'entremise du Cabinet de Vienne, le Roi Nicolas a contracté récemment, avec des financiers de cette capitale, un emprunt d'environ 3 millions de francs, dont l'emploi n'est ni spécifié ni contrôlé. On en conclut ici que cet argent est destiné à être répandu en Albanie, dans un but d'agitation politique. D'après des renseignements transmis de Cettigné, on croit également qu'une entente austro-monténégrine aurait été concertée pour l'établissement d'une ligne de chemin de fer qui, partant d'un point de la frontière de l'Herzégovine, se dirigerait sur Podgoritza, et de là vers l'Albanie. Une telle voie de communication offrirait à l'Autriche de réels avantages politiques, stratégiques et économiques, en favorisant ses visées spéciales sur l'Albanie et sa poussée générale vers Salonique. Le Roi Nicolas ne ferait pas une concession de cette espèce sans se faire promettre, comme compensation, un arrondissement territorial, en cas de remaniement de l'état de possession actuel; et l'accroissement qui lui écherrait ne pourrait lui être attribué qu'aux dépens des contrées sur lesquelles portent les convoitises de la Serbie.

Par cet enchaînement de déductions, le cabinet de Belgrade se voit déjà pris entre les deux branches d'un étau forgé par

la diplomatie autrichienne pour l'enserrer. Dans cette extrémité, il semble s'être décidé à tenter un grand effort pour réaliser une alliance serbo-bulgare, offensive et défensive, avec convention militaire.

Il y a longtemps que cette question est discutée. Dans ces dernières années, à travers des alternatives de brouilles et de réconciliations, elle était au fond de la pensée des hommes politiques des deux pays; mais la jalousie et la méfiance réciproques au sujet du partage éventuel des dépouilles de l'Empire Ottoman, ont constamment fait échouer toutes les tentatives d'accord dans ce sens. La Serbie, plus exposée d'un certain côté que la Bulgarie, se montre aussi plus désireuse d'aboutir à une entente. M. Pachitch est particulièrement attaché à cette idée, qui a également pour partisan M. Milovanovitch, ainsi que la plupart des hommes politiques serbes.

On a beaucoup remarqué ces dernières semaines les fréquentes visites que M. Spalaïkovitch, Ministre de Serbie à Sofia, a faites à Belgrade. A chacune de ces visites, il a été reçu par le Roi et a eu de longs entretiens avec le Ministre de Russie, M. de Hartwig. En effet, la Russie travaille depuis longtemps à opérer un rapprochement intime entre la Serbie et la Bulgarie.

Il semble qu'on puisse conclure de ces divers indices que des négociations aux fins indiquées sont actuellement en cours. Cette hypothèse est corroborée par un artifice employé, du côté serbe, pour détourner l'attention de la diplomatie ottomane.

Il y a quelque temps, le Ministère des affaires Etrangères à Belgrade, auquel fit écho la légation de Russie, répandit complaisamment, tout en affectant des airs de mystère, le bruit qu'il avait été pressenti par des chefs albanais pour savoir si ceux-ci, en cas de soulèvement, pourraient recevoir des secours de la Serbie, et, au besoin, y trouver un asile. On ajoutait que la réponse avait été négative.

Selon toute apparence, ce racontar n'a été mis en circulation que pour être répété à la légation de Turquie, donner ainsi un nouveau témoignage des dispositions amicales du Gouvernement serbe vis-à-vis de la Porte et détourner l'attention des tractations actuellement en cours entre Belgrade et Sofia.

De toutes parts affluent ici les nouvelles représentant la Turquie d'Europe comme tombée dans un état d'anarchie bien pire que celui qui y régnait à la fin du régime hamidien. Les signes de désagrégation se multiplient; et déjà ceux qui se disent les héritiers naturels de l'Empire Ottoman se préparent à se disputer les lambeaux de ce grand corps en décomposition, en invoquant leurs prétendus droits historiques.»

3.

BRUXELLES, 3. 2. 1912.

(Extrait d'un rapport de Londres du 27 janvier 1912, No. 58.)

Le parti ouvrier anglais et la politique extérieure.

La conférence du parti ouvrier anglais, dans sa séance de clôture à Birmingham, a voté une résolution protestant énergiquement contre «la politique anti-allemande de Sir Edward Grey, qui ne peut avoir pour résultats immédiats que des armements excessifs, un sentiment d'antipathie internationale et la trahison des nationalités opprimées». Cette politique, estime la conférence, a conduit le Gouvernement actuel à «risquer une guerre avec l'Allemagne au seul profit des intérêts financiers de la France au Maroc, à fermer les yeux sur les outrages de l'Italie en Tripolitaine, sur le vol de la Russie en Mongolie, et, par dessus tout, à violer, d'accord avec la Russie, l'indépendance nationale de la Perse».

M. Keir Hardie, dans un discours violent, a attaqué la politique extérieure du Gouvernement et le voyage récent de parlementaires anglais à St. Pétersbourg: «sans aimer le Gouvernement allemand», s'est écrié l'orateur, «je le préfère à l'autocratie russe, dont l'esprit est caractérisé par la composition de la députation anglaise qui est allée lui rendre hommage.»

«La tradition britannique de venir en aide aux opprimés est foulée aujourd'hui aux pieds, grâce à la politique de Sir Edward Grey, a ajouté un membre de la Conférence. Cette politique anti-allemande doit cesser, et l'ouvrier allemand doit être convaincu que tous les efforts de son camerade anglais tendent à unir les travailleurs de tous les pays par des liens d'amitié et de sympathie.»

4.

BRUXELLES, 15. 2. 1912.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 3 février 1912, No. 29.)

Roumanie et Bulgarie.

Le Prince Ferdinand, héritier du Trône, s'est rendu à Sofia pour y représenter la Roumanie à la célébration de la majorité du Prince Boris.

Il ne faut pas voir dans cette marque de haute courtoisie, un indice de la cordialité des rapports qui uniraient les deux Cours ou les deux Gouvernements. Le Roi Carol s'est simplement conformé à l'exemple donné par les autres États des Balkans, la Turquie, la Serbie, la Grèce et le Monténégro, qui ont tenu à rehausser l'éclat des fêtes par l'envoi d'un Prince du sang. Proche voisin de la Bulgarie, et souverain d'un État dans lequel vivent et prospèrent des milliers de Bulgares, le Roi Charles n'aurait pu agir autrement sans froisser la susceptibilité de la Cour de Sofia.

On a remarqué l'extrême réserve de la presse officieuse du Gouvernement et de celle de l'opposition à l'égard d'un évènement auquel les voisins attachent une si grande importance. C'est à peine si elle l'a mentionné, en adressant quelques paroles d'une amabilité banale au Roi Ferdinand.

Ici l'inquiétude augmente à mesure que le printemps approche, et elle se traduit par des préparatifs militaires qui ne peuvent être dirigés que contre la Bulgarie. Récemment M. Guéchoff a déclaré à un correspondent de la «Novoie Vremia» qui l'a répété à plusieurs hommes politiques roumains, qu'il démissionnerait dans quelques semaines, parce qu'il était incapable de résister plus longtemps à la poussée belliqueuse de l'opinion publique. Ces déclarations auraient impressionné le Roi Carol, déjà alarmé par les mille indices qui révèlent une effervescence extraordinaire dans les Balkans. Puis, si Sa Majesté a tous ses apaisements quant à l'attitude de la Russie et aux conseils de modération qu'elle donnera au Roi Ferdinand, Elle ne sait pas encore quel langage le successeur du Comte d'Aehrenthal tiendra à Sofia. Le Chancelier austro-hongrois ne sera plus en état, pense-t-on, de reprendre la direction des affaires, même après un long

congé. Son successeur pourrait, en effet, parler autrement que son collègue de St. Pétersbourg, c'est-à-dire laisser à la Bulgarie toute liberté de diriger des actes d'hostilité contre le Sultan.

Or, c'est une maxime proférée par tous les hommes d'État roumains, qu'une descente de la Bulgarie en Macédoine doit amener une intervention armée du Royaume Danubien. A la vérité, le sort de la Macédoine, — on le sait bien ici, — ne dépend pas d'une guerre entre Turcs et Bulgares: il sera réglé par les Grandes Puissances; mais la Roumanie entend participer efficacement à la prochaine conférence et y réclamer, éventuellement, des compensations pour tout agrandissement de sa voisine. Telle est la cause de ses armements actuels.

5.

BRUXELLES, 6. 3. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 25 février 1912, No. 30.)

Rapprochement austro-russe.

La mort du Comte d'Aehrenthal a été enregistrée par la presse serbe, sauf une ou deux exceptions, d'une façon décente. Le Gouvernement avait, du reste, pris des mesures pour qu'il en fût ainsi.

Quant aux conséquences que doit entraîner cet événement, suivi de la désignation du Comte Berchthold comme successeur du Ministre défunt, elles sont envisagées diversement.

L'on s'accorde généralement à dire que nous sommes à la veille d'une entente austro-russe au sujet des Balkans; mais l'on diffère d'avis sur les effets, qu'il y a lieu d'en attendre. D'un côté une partie de l'opinion publique s'inquiète déjà d'une intimité de vues qu'elle soupçonne ne pouvoir être obtenue qu'au détriment des intérêts serbes; de l'autre, — et c'est l'avis du monde officiel, — on considère un tel rapprochement comme un gage de tranquillité pour les Balkans. Cette dernière manière de voir est entièrement partagée par les diplomates accrédités à Belgrade.

Vers la fin de la vie du Comte d'Aehrenthal, on avait pu recueillir de nombreux indices des tentatives faites par le Ministre austro-hongrois pour améliorer les relations de la Monarchie avec

l'Empire moscovite, notamment les voyages répétés du Comte Berchthold en Russie, et, tout récemment, l'accueil si cordial qui fut fait au Grand-Duc André Vladimirovitch, lorsqu'il s'arrêta pendant deux jours à Vienne, en revenant de Sofia, où il avait représenté le Tzar aux fêtes données pour la proclamation de la majorité du Prince Boris. Mais l'évolution complète ne pouvait s'accomplir qu'après qu'aurait disparu de la scène politique l'homme qui avait opéré l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine; et nul n'est plus propre à sceller la réconciliation que le diplomate qui, pendant la période critique des rapports austro-russes a su, comme ambassadeur d'Autriche à St. Pétersbourg, à force de sang-froid et de courtoisie, éviter une rupture et rester même «persona grata» auprès de la Cour et de la société russe.

Il est vraisemblable que l'accord à intervenir entre les deux empires revêtira une forme concrète. Toutefois, il est trop tôt pour parler du retour à un partage de zones d'influences, et **l'on peut augurer que la Russie ne consentira pas, sans d'amples compensations, à céder la situation politique privilégiée qu'elle occupe maintenant en Serbie.** Il s'agit de courir au plus pressé et d'empêcher la propagation de l'incendie que l'on s'attend à voir éclater en Albanie au printemps prochain.

Le fait seul d'une entente austro-russe, sincère et publiquement manifestée, serait de nature à écarter toute éventualité de complications de la part des petits Etats balkaniques, dont les velléités agressives spéculent toujours sur la rivalité de l'Autriche et de la Russie. La Serbie est réellement animée du désir d'entretenir des rapports amicaux avec la Turquie. Ses intérêts économiques bien entendus l'y obligent. Elle ne se départirait de son attitude prudente, que si elle se sentait menacée dans les conditions essentielles de sa vie nationale, par les entreprises de ses voisins.

Dans les cercles bien informés de Belgrade, on estime que la Bulgarie ne se laissera pas entraîner à des aventures belliqueuses. Les dispositions du Roi Ferdinand sont pacifiques, et l'opinion publique bulgare commence à rendre davantage justice à sa politique prévoyante. On sait que toute agression du jeune

royaume à l'égard de l'Empire ottoman, provoquerait immédiatement une intervention armée de la Roumanie, à moins d'arrangements pris en commun avec l'Autriche. Si celle-ci s'abstient, la Bulgarie est forcément immobilisée.

Enfin, l'on dit que le Roi Nicolas de Monténégro, lors de sa récente visite à St. Pétersbourg, a reçu du Tzar des conseils pacifiques.

En résumé, si, comme tout porte à le croire, l'Autriche et la Russie s'entendent franchement pour le maintien de la paix dans le Sud-Est de l'Europe, il n'y aura pas à redouter de complications dans les Balkans.

Que des soulèvements se produisent en Albanie et en Macédoine, l'armée turque, qui n'a été affaiblie en rien par la guerre avec l'Italie est assez forte pour les réprimer. L'Europe n'aura à assister qu'à des désordres localisés dans l'Empire Ottoman.

6.

BRUXELLES, 18. 3. 1912.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 28 février 1912.)

Le Comte Witte et l'entente anglo-russe.

Le «Rjetsch» vient de publier, sur les origines de l'entente anglo-russe relative à la Perse, une interview dont il ne nomme pas l'auteur. Il résulte toutefois des déclarations d'un diplomate très bien informé que ce serait le Comte Witte lui même qui aurait fait au rédacteur du «Rjetsch» le récit dont voici le résumé:

«Revenant de Portsmouth, après la signature du traité de paix entre la Russie et le Japon, le Comte Witte s'arrêta à Paris pour conférer avec le Gouvernement français. M. Poklewski-Kosel, 1er secrétaire russe à Londres, aujourd'hui Ministre à Téhéran, obtint une audience du Comte Witte. Il était envoyé, d'accord avec l'Ambassadeur de Russie à Londres, pour inviter l'homme d'Etat à se rendre dans la capitale anglaise pour faire la connaissance du Roi. Le Comte Witte pria le diplomate russe de transmettre ses remerciements au Roi, mais déclina l'invitation.

Il partit pour Rominten, où il se rencontra avec l'Empereur d'Allemagne. Mais M. Poklewski, toujours avec l'assentiment du Comte Benckendorff, transmit à M. Witte le projet écrit d'une entente anglo-russe relative à l'Afghanistan, au Thibet, à la Perse et au golfe persique. Le Comte déclina encore cette proposition, déclarant sa mission diplomatique épuisée, mais on lui répondit que comme il deviendrait peut-être Ministre des Affaires Etrangères, il pourrait avoir à décider la question.

«Tout en refusant de nouveau, le Comte Witte fit savoir au Roi Edouard qu'il n'avait jamais été un ennemi de l'Angleterre mais qu'il ne souscrirait jamais aux propositions qu'on lui présentait. Il ajouta:

«Malgré sa défaite dans la guerre japonaise, la Russie est encore suffisamment grande Puissance pour garder les mains libres.» Et l'alliance française?» demanda M. Poklewski.

«Elle est faite pour durer vingt ans. Il est inutile de la critiquer, ni de la louer.»

«Le Comte Witte fut en effet chargé de la direction de la politique extérieure. Il ne fut plus question d'une entente avec l'Angleterre. Ce ne fut qu'après la chute du Ministre que l'Angleterre et la Russie signèrent l'entente dont on lui avait proposé le texte en septembre 1905 à l'Hôtel Bristol à Paris.

«Le Comte Witte développe ensuite devant son interlocuteur tous les progrès faits par la Russie en Perse avant l'entente Anglo-Russe. Aujourd'hui, nous y avons perdu toute influence, ou du moins nous avons cédé à l'Angleterre la moitié des régions où s'exerçait cette influence. Nous avons gardé la sphère dans laquelle les difficultés sont les plus considérables.

«L'Allemagne, entrant en scène, déclara que les deux Pays avaient partagé ce qui ne leur appartenait pas, et réclama comme compensation le raccordement de la ligne de Bagdad et l'égalité économique. Je suis convaincu, dit-il, que nous perdrons tout en Perse, y compris nos importations, qui seront supplantées par les importations allemandes.

«En Afghanistan, l'Angleterre nous a enlevé le droit de maintenir un représentant dans ce pays-tampon, et nous ne pouvons

plus savoir ce qui s'y passe. Pour le Thibet et le Golfe Persique, ils ne nous intéressent guère.

«Devant l'incohérence de notre action en Perse on peut juger de la difficulté qu'offre l'éxécution de l'entente anglo-russe. Le but véritable de l'Angleterre a été de nous séparer de l'Allemagne.»

7.

BRUXELLES, 4. 4. 1912.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 19 mars 1912, No. 65.)

Guerre italo-turque. Situation internationale de la Turquie.

J'ai eu avec des personnages occupant de hautes situations à Constantinople des entretiens dont je crois intéressant de vous faire connaître le résumé.

Durant l'automne dernier la situation a été fort grave; on s'attendait non seulement à des complications balkaniques mais on croyait que la question d'Orient évoluait vers une nouvelle solution. Les tribus arabes de Jahia Pacha tenaient en échec 40 bataillons ottomans; l'Italie se ruait sur la Tripolitaine; en Albanie, en Macédoine on aurait cherché en vain les organes d'un Gouvernement régulier et les populations excédées par les méfaits des bandes, par l'impunité des crimes et par le manque de sécurité n'attendaient qu'une occasion favorable pour se soulever. Les dispositions du Monténégro étaient suspectes. A Constantinople, le pouvoir affaibli par les dissensions entre le Comité «Union et Progrès» et l'«Entente libérale» était en outre déçu dans toutes ses illusions. En fondant un régime constitutionnel, copié sur le patron des institutions de l'Occident, la Jeune Turquie espérait créer en sa faveur, dans toute l'Europe, un courant d'opinion assez fort pour s'opposer aux empiètements des Gouvernements. Au moment du danger elle s'agitait dans le vide. L'Ambassadeur d'Allemagne, qui avait invité son Gouvernement à soutenir au moins moralement la Sublime Porte contre l'Italie, fut rappelé à la modération. L'Empereur entendait rester fidèle au Roi Victor Emmanuel et à la Triple Alliance. M. Tcharikoff, turcophile idéologue, était désavoué dans l'éla-

boration de ses projets chimériques. Les préparatifs militaires de l'Autriche-Hongrie en Bosnie éveillaient les défiances. Le Grand Vizir aux abois offrait à l'Italie, par l'intermédiaire du Baron Marschall, la Tripolitaine et la Cyrénaïque à la seule condition de retenir la suzeraineté et se heurtait néanmoins à un refus péremptoire.

Dans des circonstances aussi adverses, Mahmoud Chefket seul ne perdit pas courage. Il fonda le salut de l'Empire sur la force de son armée. Les progrès réalisés en quelques mois en ce qui concerne l'accroissement de l'armée, sa préparation et son équipement sont énormes et frappent les observateurs les moins perspicaces. D'après les attachés militaires on aurait rappelé sous les armes depuis le mois de novembre dernier 250 000 hommes, rédifs et recrues, et en cas de mobilisation, la Turquie pourrait mettre sur pied de guerre 600 000 hommes bien équipés et pourvus d'un matériel moderne. De nombreux régiments occupent la Macédoine et l'Albanie de façon à pouvoir réprimer immédiatement tout mouvement insurrectionnel. Les corps d'armée de la Roumélie ont été renforcés. On ne croit pas à Constantinople à une coalition des armées bulgares, grecques et serbes; mais même si cette hypothèse bien invraisemblable se réalisait, les troupes ottomanes l'emporteraient facilement sur leurs adversaires. En même temps, la Sublime Porte a compris qu'il était de son intérêt de rétablir le subside que le Sultan Abdul Hamid accordait au Roi de Monténégro et qui avait été supprimé en 1908. Il sera moins disposé que l'année dernière à rompre avec la Turquie et à écouter les suggestions de l'Italie.

Ainsi s'évanouit le spectre des complications balkaniques qui avait inspiré de si fortes inquiétudes au commencement de l'hiver dernier. A la vérité le Roi de Roumanie continue à paraître pessimiste; mais c'est moins par conviction que par calcul afin d'amener la réconciliation qui lui tient tant à cœur des différentes nuances du parti conservateur et de constituer un Gouvernement fort.

La guerre avec l'Italie cause peu de préjudices à la Turquie mais inquiète, et est destinée par sa prolongation même, à inquiéter de plus en plus les Puissances. Les échanges de vues

entre les différents cabinets n'ont pas permis de trouver une formule d'accord susceptible d'être acceptée par les belligérants. Le Baron Marschall a désapprouvé la proposition russe du mois de janvier et n'a pas consenti à la soumettre à la Sublime Porte. Il y a peu d'apparence que l'intervention des ambassadeurs auprès du Quirinal ait plus de succès. Les concessions dont les agences télégraphiques nous ont fait part sont insuffisantes (indemnité pécuniaire, dispense pour la Turquie de reconnaître l'annexion, liberté réligieuse) et ne sauraient, dans les circonstances actuelles, constituer une base sérieuse de négociations. M. de San Giuliano a bien dit à l'ambassadeur d'Allemagne à titre confidentiel qu'il irait plus loin dans la voie de la conciliation si les puissances le jugaient nécessaire, mais il s'expose à une nouvelle déception en regardant comme possible de conclure la paix sans admettre la suzeraineté du Sultan.

Ainsi l'Italie s'est jetée dans des difficultés pour ainsi dire inextricables et dont, en effet, elle ne sortira pas aussi longtemps que les opérations seront limitées. Sans parler des sacrifices d'argent qui altéreront bientôt l'ordre de ses finances elle perd chaque jour quelque chose de son prestige militaire: 150 000 Italiens sont tenus en échec et réduits à l'immobilité par 5000 réguliers ottomans et quelques tribus arabes estimées au maximum à 30 000 hommes. D'après des renseignements de bonne source, les Senoussistes de Kufra ne se sont pas encore joints aux Turco-Arabes mais ils y sont fort incités par le Sultan et ils ne paraissent pas inaccessibles à la séduction. En outre l'approche du printemps, presque toujours accompagné du «Khamsin» le vent brûlant du désert, rendra excessivement pénible la marche en avant des Italiens vers l'intérieur et celle-ci est même considérée comme une pure folie par les Européens qui connaissent ces régions désertiques, tant elle serait meurtrière. L'insuccès relatif des Italiens, les nouvelles tendancieuses lancées par les journaux de Stamboul sur de prétendues victoires turques excitent à un point extrême l'esprit guerrier des Ottomans. Ceux-ci se montrent de moins en moins dociles aux conseils de l'Europe. Là réside le danger; la jalousie, les compétitions peuvent aveugler momentanément les Puissances sur leurs véritables intérêts, mais

elles ne doivent pas s'y tromper: la défaite de l'Italie en Tripolitaine entraînera la ruine de l'influence européenne sur le Bosphore. L'Angleterre et les Etats-Unis n'ont pas lieu de se féliciter d'avoir permis au Japon de battre la Russie car du traité de Washington date l'effacement de la race blanche en Extrême-Orient.

Apparemment ce danger commence à préoccuper le Cabinet de St. Pétersbourg d'où la disgrace et le rappel de M. Tcharikoff. Cet ambassadeur intelligent et actif poursuivait une politique personnelle dans la pensée que, puisqu'il était malaisé de se mettre en travers des progrès de la Turquie, il convenait de l'aider à renaître de ses ruines à la condition qu'elle gravite, avec les pays balkaniques, dans l'orbite de la Russie. Il a caressé, cajolé, la Jeune Turquie, lui promettant la suppression des capitulations, un accroissement de territoire au préjudice de la Perse, l'hégémonie sur les pays voisins. Ses projets grandioses n'ont pas été goûtés par son Gouvernement qui ne croit pas que l'existence d'une Turquie forte, même subordonnée, soit utile à l'Empire. Celui-ci entend sans doute en revenir à la politique traditionnelle de Nelidoff et de Zinokiew qui consistait à énerver tous les rouages de l'administration à la seule exception de l'autorité du Sultan. Dans les cercles politiques c'est l'interprétation que l'on donne à la nomination de M. de Giers. Pondéré, modéré et conciliant, le nouvel Ambassadeur à Constantinople est en même temps très souple et exécutera fidèlement la politique de M. Sasonow. Sa mission ne sera pas hérissée de difficultés. Si, depuis l'instauration du nouveau régime l'armée s'est prodigieusement développée, les autres branches de l'administration, justice, intérieur, travaux publics se trouvent à peu près dans l'état où Abdul Hamid les a laissées. Le comité jeune turc a des troupes sans état major. Les ministres les plus en vue, Djavid Bey et Talaat Bey, sont dépourvus à ce point de l'esprit d'initiative et de décision qu'ils laissent au Conseil des Ministres, c'est-à-dire au Grand Vizir, le soin de trancher toutes les questions qui sont de leur ressort respectif même lorsqu'elles n'intéressent ni l'ordre intérieur, ni les relations internationales. Seul un homme d'Etat jeune et actif pourrait affronter une tâche aussi lourde

et Said Pacha est octogénaire. Kiamil Pacha, dont on parle pour le remplacer, a 86 ans. Tous les deux d'ailleurs n'inspirent aucune sympathie aux Jeunes-Turcs; ceux-ci maintiennent Said Pacha au pouvoir en raison du prestige dont il jouit vis-à-vis de l'étranger. Si l'Europe refusait d'accorder à la Turquie les crédits qui sont nécessaires à l'entretien de son armée, le but poursuivi par la Russie ne tarderait pas à être atteint.

8.

BRUXELLES, 4. 4. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 25 Mars 1912, No. 36.)

Turquie et Balkans.

Deux hauts fonctionnaires de l'empire ottoman, Chukri Bey, Secrétaire Général du Ministère de l'Intérieur, et Abdul Kerim Bey, Inspecteur au Ministère de l'Instruction publique, à Constantinople, ont accompli, la semaine dernière, un voyage en Bulgarie et en Serbie, dans le but avoué de s'y aboucher avec des représentants des bandes bulgares et serbes en Macédoine, et de rechercher avec eux les moyens de mettre un terme aux crimes et aux déprédations qui désolent cette malheureuse province.

Aucun de ces deux fonctionnaires n'était investi d'un mandat officiel; et, à Sofia, pas plus qu'ici ils n'ont point cherché à se mettre en rapports avec les autorités gouvernementales. Dans la capitale bulgare ils ont voulu avoir une entrevue avec l'agent principal de l'organisation révolutionnaire macédonienne; mais celui-ci leur a fait savoir que l'organisation ne désire pas entrer en pourparlers avec les Turcs et qu'elle continuera son action jusqu'à ce qu'elle ait provoqué l'intervention des Puissances en vue d'établir l'autonomie de la Macédoine.

A Belgrade ces émissaires n'ont pas eu plus de succès que de l'autre côté du Timok. En prévision de leur visite, le Gouvernement Serbe s'était mis d'accord avec le Président du Comité de la défense nationale sur la réponse que celui-ci aurait à faire aux ouvertures qu'il recevrait.

L'Association de la défense nationale est une Société privée, créée dans un but patriotique pour favoriser le développement du serbisme au dedans et au dehors du Royaume. Elle se défend d'entreprendre rien contre la sûreté des Etats voisins où vivent des populations de race serbe; mais il n'est pas douteux qu'elle n'y soutienne et même n'y sollicite des menées irrédentistes.

La réponse concertée était, en substance, celle-ci: Le Gouvernement serbe dirige seul la politique extérieure du pays et en est responsable; la société se conforme aux vues officielles que d'ailleurs elle approuve; elle reconnait qu'il est de l'intérêt de la Serbie de vivre en bonne intelligence avec l'Empire Ottoman; elle ne fait donc rien et ne veut rien faire qui puisse exciter les frères serbes, sujets ottomans, à se révolter contre les autorités impériales; mais, si celles-ci se livraient à des mesures d'oppression, aucune contrainte ne pourrait empêcher les Serbes du Royaume de voler au secours de leurs frères persécutés.

Les deux fonctionnaires turcs, après avoir passé deux ou trois jours, ici comme à Sofia, sont partis pour Salonique.

On se demande quel était le but véritable d'une démarche aussi insolite; les uns y voient un aveu de faiblesse de la part de la Porte; d'autres, une manœuvre destinée à faire ostentation, vis-à-vis de l'Europe, des sentiments bienveillants de la Turquie envers les populations chrétiennes de l'Empire; une troisième opinion, qui paraît plus vraisemblable, considère les deux fonctionnaires comme des émissaires du Comité jeune-turc, accomplissant une tournée de brigue électorale, dans l'espoir de gagner aux candidats qui se réclament du Comité quelques suffrages auprès des sujets ottomans de race serbe et bulgare.

9.

BRUXELLES, 26. 4. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 11 avril 1912, No. 47.)

Relations serbo-bulgares.

On s'entretient beaucoup des tentatives faites par le Cabinet de Belgrade pour conclure une alliance étroite avec la Bulgarie.

Les relations serbo-bulgares ont été, dans ces dernières années, sous la dépendance d'un sort bizarre: chaque fois que l'une des parties cherchait un rapprochement, l'autre avait des raisons pour le rejeter. Toutefois il semble que dans la présente occurrence les ouvertures de la Serbie n'ont pas rencontré un accueil décourageant, à Sofia.

On parait en être arrivé, en effet à envisager certaines éventualités où pourrait se produire une action commune. Mais on est encore loin de cette union intime que l'on poursuit, en ce moment, du côté Serbe, et il est peu vraisembable qu'on y atteigne.

En effet, s'il y a de nombreux points de contact entre les deux pays, il y a aussi des différences essentielles dans les perspectives de leur avenir politique.

Pour la Serbie toutes les combinaisons diplomatiques ont pour but premier d'augmenter sa force de résistance à la poussée autrichienne. Il n'en va pas de même, à Sofia, où l'on a surtout en vue de fortifier la situation du Royaume de façon à le rendre capable d'accomplir en Macédoine les destinées qu'il s'est assignées à titre de mission historique. Une alliance offensive et défensive avec la Serbie pourrait au contraire dans certains cas qu'il n'est pas difficile d'imaginer, être une cause de faiblesse pour la puissance d'attaque de la Bulgarie. Il n'est pas probable que le Roi Ferdinand, qui est un esprit opportuniste, ne se réserve pas sa liberté d'action afin d'en profiter pour prendre, le cas échéant, des dispositions lui permettant d'agir simultanément avec un autre Etat intéressé, pour le bien exclusif de son pays, comme il le fit en 1908.

D'autre part, l'expérience du passé démontre, que la rivalité serbo-bulgare en Macédoine est la pierre d'achoppement de toute entente durable entre les deux pays. Précisément, en ces tout derniers temps, les bandes serbes ont recommencé leurs tristes exploits dans le vilayet de Kossovo, au détriment des populations bulgares qui habitent cette province. **Le Cabinet de Belgrade a beau protester qu'il n'est pour rien dans l'accomplissement de ces méfaits; on sait à Sofia, que ce ne sont pas seulement les sociétés patriotiques serbes qui arment leurs frères, sujets otto-**

mans, mais que ceux-ci trouvent un appui efficace auprès des autorités du Royaume qui leur distribuent des armes et des subsides.

Tous les sujets ottomans de race serbe, dans le Sandjak de Novi-Bazar et en vieille-Serbie, ont été pourvus de fusils Mauser du modèle le plus récent, indirectement, par les soins du Gouvernement du Roi Pierre. Cette situation n'est sûrement pas ignorée à Sofia et elle n'est pas de nature à favoriser le maintien de rapports cordiaux entre les deux pays.

L'ensemble de ces circonstances incite à admettre que l'accord soupçonné doit être d'une portée très limitée et que l'on ne peut rien augurer de durable qui soit fondé sur une base aussi fragile.

10.

BRUXELLES, 7. 5. 1912.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 26 avril 1912, No. 208.)

Russie et Italie.

Le 24 avril dernier, au cours de la réception diplomatique, le Ministre des Affaires Etrangères a expliqué de la manière suivante l'attitude du Gouvernement Impérial, en ce qui concerne la protestation adressée à la Sublime Porte au sujet de la fermeture des Détroits: «Les plaintes du commerce ont été si vives et si nombreuses, a déclaré M. Sazonow, que le Gouvernement russe a dû protester contre la fermeture des Dardanelles. Il a réclamé l'application de l'article 3 du traité de Londres de 1871 ; mais il n'a fait cette demande que par acquit de conscience, car il serait vraiment difficile de contester à la Turquie le droit de se défendre comme elle l'entend contre les attaques de son adversaire.»

«La réponse de la Porte à cette protestation ne donne pas lieu à réplique. En effet, le Gouvernement ottoman a fourni les assurances les plus formelles que les Détroits seraient ouverts aussitôt que les circonstances le permettraient, c'est-à-dire dès que les navires italiens se seraient éloignés. C'est ce qui a eu lieu: et déjà les autorités ottomanes ont commencé à

enlever les mines qui défendaient l'entrée du détroit, de sorte que l'on peut s'attendre à ce que la navigation soit rétablie dans quelques jours.»

«Comme il est hors de doute que l'Italie s'est rendu compte du mécontentement général provoqué en Europe par sa démonstration navale, il est à peu près certain que le commerce international sera à l'abri d'un nouveau blocus de cette importante voie maritime.»

Depuis que M. Sazonow a fait ces déclarations optimistes, les Italiens ont occupé l'île d'Astropalia, dans la mer Egée, s'assurant ainsi un gage en même temps qu'une base éventuelle pour les opérations futures de leur flotte. Une nouvelle attaque contre les Dardanelles n'est donc pas aussi invraisemblable que le Ministre semble le croire.

Le Ministre des Affaires Etrangères déclara que les bruits concernant la conclusion prochaine d'une entente entre l'Italie et la Russie, ou même un échange de promesses et une action diplomatique commune ayant pour but de soutenir le cabinet de Rome, sont dénués de tout fondement. L'attitude du Cabinet de St. Pétersbourg est uniquement dictée par l'intérêt de la Russie de voir se terminer rapidement la guerre.

Il n'en est pas moins évident que, depuis le commencement de la guerre, la politique de la Russie s'est constamment montrée favorable à l'Italie: les personnes les mieux informées en concluent avec raison qu'un rapprochement s'est produit récemment entre les deux pays; elles ne croient pas toutefois à une véritable entente: il ne s'agirait que d'une politique commune basée sur des intérêts communs. Il paraît en effet peu vraisemblable que l'Italie conclue un accord avec une tierce puissance, sans consulter ses alliées; d'autre part, la Russie hésiterait sans doute à s'engager avec l'Italie, au moment précis où elle cherche à se concilier les bonnes grâces du Cabinet de Vienne. Seule, une attitude moins conciliante de la Turquie dans la question d'Ourmia pourrait rendre une entente italo-russe effective et dangereuse.

11.

BRUXELLES, 23. 5. 1912.

(Extrait d'un rapport de Londres du 13 mai 1912, No. 284.)

Le Baron Marschall von Bieberstein, Ambassadeur à Londres.

La nouvelle de la démission du Comte de Metternich et de son remplacement par le Baron Marschall de Bieberstein, pour n'être pas officielle, n'en semble pas moins certaine.

Le nouveau représentant de l'Empereur, qui a été Ministre des Affaires Etrangères, Délégué à la Conférence de la Haye et Ambassadeur à Constantinople sera, sans doute, accueilli avec le respect que lui valent ses remarquables états de service, mais aussi avec une certaine méfiance. Il est de style d'admettre qu'il a pour mission d'améliorer les relations anglo-allemandes; mais on a l'impression qu'il ne connait pas l'Angleterre et que ses méthodes seront nouvelles. Comme on le sait intelligent, on estime dans certains milieux qu'il y aura lieu de se mettre en garde contre ses menées, notamment auprès des journalistes qu'il a la réputation de flatter beaucoup. On paraît préoccupé de savoir si cette nomination n'est pas faite dans le but d'affaiblir la triple entente, en créant dans ce pays un courant d'idées défavorable à la politique extérieure actuelle du Gouvernement.

Certains organes de la presse ont prétendu que la retraite du Comte de Metternich avait été amenée à la suite de plaintes de Sir E. Grey, quant au ton adopté par l'Ambassadeur lors des discussions sur le Maroc et sur l'épisode d'Agadir, ton qui aurait dépassé la mesure. Cela est inexact.

D'après la version la plus accréditée ici, l'on estimerait à Berlin que le Comte de Metternich n'avait pas bien diagnostiqué la mentalité du Gouvernement Britannique et que ses prédictions optimistes ont été démenties par l'attitude énergique, inattendue en Allemagne, du Cabinet anglais. La tension des relations qui est résultée de cette situation l'an dernier aurait été attribuée, à tort ou à raison en Allemagne aux rapports de l'Ambassade à Londres. D'après la version officielle, le Comte de Metternich

aurait voulu quitter Londres il y a un an; vu la visite de l'Empereur et les fêtes du couronnement il aurait consenti à rester à son poste jusqu'en 1912.

12.

BRUXELLES, 28. 5. 1912.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 15 mai 1912, No. 178.)

Rappel du Baron Marschall — Rapports turco-russes — Révolte albanaise.

Les appréhensions que cause chez certains hommes politiques ottomans le déplacement du Baron Marschall n'ont guère trouvé d'écho dans la presse locale turque, qui s'est généralement bornée à reproduire les réflexions publiées dans les journaux d'Europe au sujet du départ du diplomate allemand. Les regrets qu'elle exprime ne sont pas aussi vifs ni aussi spontanés que lors du rappel de M. Tcharykoff.

Ce dernier avait toujours été considéré comme un adepte sincère et convaincu d'un rapprochement entre l'Empire Ottoman et la Russie; ses allures accessibles et communicatives lui avaient acquis une certaine popularité parmi les Turcs.

Les sentiments amicaux du Baron Marschall envers la Turquie étaient bien connus; toutefois, on les a trouvés trop platoniques en certaines circonstances qu'il est inutile de rappeler.

L'attitude de la Russie commence à inquiéter assez sérieusement la Sublime-Porte.

L'initiative de la médiation, prise par le Gouvernement russe, le rappel de M. Tcharykoff, le discours de M. Sazonoff à la Douma, les termes dans lesquels M. de Giers a insisté pour la réouverture des Dardanelles à la navigation commerciale, la réception de la députation bulgare à Livadia ont produit ici une fâcheuse impression qui s'est manifestée le 11 de ce mois à l'occasion de la réception des autorités ottomanes à l'ambassade de Russie.

La liste des hauts fonctionnaires, des sénateurs, députés, officiers de l'armée et de la marine invités à cette réception

comprenait environ 500 personnes: fort peu d'entre elles s'y sont rendues.

Les préoccupations sont devenues plus vives encore depuis qu'est arrivée la nouvelle de la mobilisation dans le sud de la Russie.

En outre, il paraît que, le 13 de ce mois, M. de Giers s'est plaint des lenteurs apportées à la réouverture des Dardanelles sur un ton presque menaçant de nature à causer ici quelque anxiété.

Les journaux s'efforcent d'atténuer le caractère de la révolte albanaise. Ce nouveau mouvement insurrectionnel a éclaté sur deux points de l'Albanie musulmane. Les habitants réclament les avantages que les Malissores ont obtenus l'année dernière.

Le voyage récent du Ministre de l'Intérieur, loin de pacifier l'Albanie, a augmenté son mécontentement. La situation semble donc y être plus sérieuse que ne le disent les journaux. Des troupes ont déjà été envoyées contre les révoltés; mais le gouvernement, se rendant compte, après l'expérience de l'année dernière, de l'extrême difficulté d'une répression par les armes dans des regions aussi montagneuses, s'est enfin décidé à faire de larges concessions.

Plusieurs clans mirdites catholiques prennent également part au soulèvement, tandis que les Malissores restent tranquilles, grâce, dit-on, à l'attitude du Monténégro qui, jusqu'à présent, serait restée correcte à l'égard de la Turquie.

13.

BRUXELLES, 13. 6. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 24 mai 1912, No. 63.)

Troubles en Albanie.

Malgré les dénégations du gouvernement turc, qui s'efforce de farder la vérité et a même réussi, dit-on, à donner le change à quelques représentants des grandes puissances à Constantinople, sur la nature et l'étendue de la rébellion qui a éclaté

en Albanie, la situation dans cette partie de la péninsule balkanique, est considérée, ici, comme très grave.

Si l'on ne tenait compte que des désordres dont les environs d'Ipek et de Djakova sont le théâtre, on serait porté à croire que la Sublime Porte en viendrait facilement à bout. Mais l'avenir semble recéler plus de menaces que le présent. L'effervescence est générale chez les musulmans comme chez les chrétiens. L'attitude de la jeune Turquie qui n'a cessé, depuis qu'elle dirige les destinées de l'Empire, de comprimer les populations albanaises sous un rouleau niveleur, a allumé au cœur de tous des sentiments de colère et de vengeance qu'il sera difficile d'apaiser.

L'attachement basé sur la religion était, naguère encore, envisagé à Constantinople, comme la plus sûre garantie contre toute défection possible des albanais musulmans, à l'égard du commandeur des croyants. Ce lien tend tous les jours à se relacher et le régime jeune-turc a accompli, en Albanie, le prodige de substituer au fanatisme religieux, un sentiment vague de communauté nationale. Ce qui manque encore à ces populations disséminées dans des contrées montagneuses, presque inaccessibles, et qui ont été longtemps séparées par des préjugés ancestraux, c'est un trait d'union à établir entre elles par une direction unique qui les conduirait vers le but national auquel elles commencent à aspirer. Vienne l'homme qui saura réunir en un faisceau toutes ces forces dispersées qui s'ignorent, et la séparation d'avec l'Empire ottoman, sous une forme quelconque, entrera dans le cercle des possibilités.

Le gouvernement turc ne doit pas, d'ailleurs, ressentir la confiance qu'il affecte de partager et qu'il cherche à inspirer autour de lui, car il s'efforce d'accumuler des troupes dans toute la haute Albanie.

Les renseignements parvenus à Belgrade, indiquent que la fermentation des esprits dans la région de Dibra, quoique contenue jusqu'à présent, est aussi profonde qu'aux environs d'Ipek et de Djakova. Les malissores vis-à-vis desquels la Porte n'a pas tenu les promesses faites au mois d'août dernier, frémissent d'impatience de secouer le joug que fait peser sur

eux le comité de Salonique. On observe même des signes d'agitation chez les mirdites qui jusqu'ici s'étaient montrés fidèles.

Bien que l'anarchie en Macédoine soit toujours aussi complète, on estime, ici, que c'est l'Albanie qui, en ce moment, offre le plus grand danger pour la paix dans les Balkans.

A juger les choses par le dehors, les gouvernants et l'opinion publique, en Serbie, sont parfaitement calmes; il en est de même, dit-on, en Bulgarie. Mais, sous ces apparences se cache une anxiété réelle. S'il ne se passe rien d'anormal, l'atmosphère politique est, toutefois, chargée d'électricité qui sous l'influence d'un choc peut déchaîner la tempête.

14.

BRUXELLES, 29. 6. 1912.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 20 juin 1912, No. 235.)

Guerre italo-turque.

Les échanges de vues qui ont eu lieu entre Vienne et les autres capitales européennes, pour arriver à mettre fin à la guerre, sont complètement suspendus pour le moment; il a été impossible, vu la divergence absolue des prétentions des belligérants, de trouver une base pour les préliminaires de paix.

En effet, les hommes d'état ottomans se montrent de plus en plus intransigeants. Le général Mahmoud Chefket Pacha, a déclaré à un diplomate qu'il ne voyait aucune raison de faire à présent, quand tant d'argent a été dépensé et tant de sang versé, les concessions qui ont été refusées il y a huit mois; l'Empire n'a subi depuis lors aucun revers militaire qui puisse les justifier.

Néanmoins la situation générale de la Turquie paraît sérieuse.

Les finances sont dans un état précaire; le mouvement revolutionnaire albanais, bien qu'il soit loin d'être aussi dangereux qu'on le prétend en Bulgarie et en Serbie, persiste d'une façon assez inquiétante; les nouvelles reçues tout dernièrement de

Macédoine sont mauvaises également; enfin des symptômes de mécontentement ont été constatés dans certains corps d'armée.

Dans les cercles diplomatiques, on estime que les belligérants ne sont arrivés ni l'un ni l'autre au degré d'épuisement qui les forcera à faire la paix. Il faudra donc qu'ils se décident à se faire des concessions réciproques. L'Italie rapportera le décret d'annexion pure et simple; la Turquie, de son côté, devra renoncer à la domination effective sur sa province d'Afrique, sur laquelle elle ne gardera qu'une sorte de suzeraineté. On en arrivera ainsi à un régime analogue à celui de la Bosnie durant la periode de transition qui s'est écoulée de 1878 à 1908.

On prévoit que la question des îles deviendra plus dangereuse que celle de la Tripolitaine. L'Italie, n'ayant pu faire aucun progrès sur la terre ferme, a organisé son administration dans les îles turques de la mer Egée.

Elle ne pourra cependant les garder sans violer le principe du Statu quo qui est la base du système politique européen dans le proche Orient.

D'autre part, la population en grande majorité chrétienne de ces îles, ayant essayé d'une administration régulière dont l'Italie semble s'ingénier à lui faire apprécier les bienfaits, mettra tout en œuvre pour éviter de retomber sous la domination ottomane.

Sur la question de la Crète viendra donc se greffer celle des autres îles de la mer Egée. Le Mémoire envoyé aux représentants des Puissances étrangères par le Comité d'Athènes, est, à ce point de vue, déjà significatif.

L'opinion s'était répandue ici que, dès que l'exode des Italiens expulsés du territoire ottoman serait terminé, l'armée du Roi Victor Emmanuel tenterait un coup décisif sur un point quelconque de l'Empire.

Certains indices indiquant que cette action se produirait sur Smyrne, l'administration militaire a procédé à la mobilisation de 9 divisions de rédifs, et y a réuni ainsi au moins 70000 hommes.

Les hommes compétents prévoient maintenant que l'état-major italien renoncera à porter son effort sur ce point. Un

débarquement nécessiterait des forces énormes; un bombardement n'offrirait aucune difficulté, mais ne produirait aucun résultat décisif; c'est la population chrétienne et étrangère de la métropole commerciale de l'Asie Mineure qui en souffrirait le plus.

Certains attachés militaires pensent, d'ailleurs, que la tactique de l'Italie consiste précisément à faire une feinte sur un point quelconque, et lorsqu'elle a ainsi amené les Turcs à y masser à grand frais une armée de défense, à simuler des préparatifs d'attaque d'un autre côté.

Elle arriverait ainsi à épuiser financièrement son ennemi.

Les ambassadeurs des grandes Puissances sont unanimes à dire qu'une nouvelle fermeture des Dardanelles est hors de question, vu le Conseil amical donné à Rome de ne pas porter les hostilités assez près du détroit pour obliger les Turcs à prendre de nouveau une mesure si grave au point de vue des intérêts économiques de l'Europe, et de nature à entraîner les plus dangereuses complications au point de vue international.

Pourtant, et c'est là une preuve de l'état de complète incertitude où l'on se trouve ici, un homme politique extrêmement bien informé et dont les prévisions se sont souvent réalisées depuis le commencement de la guerre, affirmait tout récemment qu'il s'attendait à ce que les forces italiennes se portent de nouveau sur les Dardanelles, non pas en essayant de forcer le détroit au moyen de la flotte, mais en prenant celui-ci à revers par un débarquement de troupes sur le versant opposé de la presqu'île de Gallipoli.

Quoiqu'il en soit, le Gouvernement actuel est obligé de continuer la lutte jusqu'à la dernière extrémité. La nation se résignerait à sacrifier la Tripolitaine, mais les hommes du Comité se rendent compte que c'en serait fait alors de leur pouvoir. L'opposition, bien que battue aux élections, est encore vivace. Elle rendra le Comité responsable de la perte des provinces d'Afrique, venant s'ajouter à celle de la Bosnie et de l'Herzégovine, et du vestige de suzeraineté qui restait encore sur la Bulgarie à l'avènement de la Constitution.

D'après une opinion qui commence à se répandre ici, la Russie. bien qu'elle ait pris il y a quatre mois l'initiative des pourparlers en vue de la paix, verrait maintenant sans déplaisir les hostilités se prolonger de manière à épuiser la Turquie.

15.

BRUXELLES, 5. 7. 1912.

(Extraits de rapports de Constantinople du 13 juin 1912, No. 228; du 25 juin 1912, No. 242 et du 26 juin 1912, No. 246.)

Révolte militaire en Albanie.

Au cours de son récent voyage en Albanie, le Ministre de l'Intérieur Hadji Adil Bey semblait s'être rendu compte de la situation réelle de cette province et des fautes qui y ont été commises par le Gouvernement jeune-turc; et il avait élaboré, un certain nombre de projets de réformes destinés à remédier aux principaux griefs des révoltés (imposition de taxes, défense de porter des armes, service militaire obligatoire), et à ramener le calme et la prospérité en Albanie.

Malheureusement, la sédition militaire qui vient d'éclater à Monastir rend impossible l'application de ce programme.

Un communiqué officiel du gouvernement, publié le 25 juin, avait réduit ce mouvement à des proportions insignifiantes.

Mais, le soir du même jour, des nouvelles plus alarmantes sont parvenues ici. A Monastir, des officiers et des soldats du sixième corps d'armée, en nombre bien plus considérable que ne l'avoue le communiqué officiel, ont déserté et ont gagné la montagne, emmenant, paraît-il, avec eux plusieurs mitrailleuses.

Un symptôme assez grave est que, parmi les officiers révoltés se trouvent Tayar Bey et Fehmi Stassan Bey, deux lieutenants bien connus du fameux Niazi Bey, dit le Héros de la Liberté, à l'époque où celui-ci, précisément dans les mêmes parages, menait, il y a quatre ans, la campagne qui aboutit à la chute d'Abdul Hamid et à l'avènement de la Jeune Turquie. Le mouvement militaire actuel commence d'ailleurs d'une manière analogue à celui de 1908.

On se demande si les officiers insurgés rejoindront les Albanais ou s'ils feront campagne séparément.

Dans les deux hypothèses la situation peut devenir grave.

En effet, il n'a manqué aux Albanais qu'un commandement expérimenté pour devenir des adversaires fort sérieux.

D'autre part, si les troupes rebelles ne font pas cause commune avec les montagnards de l'Albanie du Nord, leur sédition n'en reste pas moins fort dangereuse vu l'état général fort précaire en Roumélie.

Les mutins proclament qu'ils n'attaquent pas l'autorité du Padishah mais qu'ils exigent la démission du Cabinet. Ils en veulent surtout à Talaat Bey, Djavid Bey et Stalil Bey, formant l'élément ultra-jeune Turc de la combinaison ministérielle actuelle. C'est, en d'autres termes, la guerre au Comité de Salonique qui s'étant rendu odieux par sa tyrannie a fait déborder la coupe par la pression inqualifiable qu'il a exercée sur les dernières élections législatives.

Le Conseil des Ministres s'est réuni précipitamment le 25 juin au soir. On annonce que le Grand Vézir a conseillé à ses collègues du Cabinet de démissionner; mais ceux-ci n'ont pu se résoudre jusqu'à présent à abandonner le pouvoir.

La presse de Constantinople, réduite au silence par l'état de siège et la crainte de la Cour martiale, ne fait pas même mention de la révolte militaire à Monastir.

Quant à la Macédoine, elle se trouve dans des conditions d'anarchie déplorables, par suite de la mauvaise organisation de la gendarmerie, dont (on) a écarté les officiers de nationalité étrangère.

Pour remédier à cette situation, le Ministre de l'Intérieur, Hadji Adil Bey, vient de développer, sous forme d'une interview avec un rédacteur du «Tanine», un projet de formation d'un corps d'inspection destiné à pacifier l'Albanie et la Macédoine, à la tête duquel il placerait un spécialiste étranger. Le haut fonctionnaire serait de nationalité anglaise.

Il est probable qu'en faisant ce choix, le gouvernement ottoman veut parer aux attaques du Comité Balkanique de Londres qui semble vouloir jouer à propos de l'Albanie le rôle

dont s'était chargé le Congo Reform Association à l'égard de l'Etat Indépendant du Congo.

Il se produit d'ailleurs ici une évolution, vers l'Angleterre, dont les symptômes sont encore vagues et assez imperceptibles, mais que l'on peut lire entre les lignes des articles parus depuis quelques semaines dans le «Tanine».

16.

BRUXELLES, 13. 7. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 4 juillet 1912, No. 859.)

Entrevue de Port-Baltique. Russie et Allemagne.

Tous les cercles politiques européens ont les yeux fixés sur l'entrevue qui a lieu aujourd'hui entre l'Empereur d'Allemagne et le Tzar. Le secret de leurs conversations sera sans doute bien gardé et nous n'en connaîtrons que plus tard le résultat. La presse allemande, toujours circonspecte dans ses appréciations quand elle ne peut pas percer le nuage dont s'entourent à dessein les dirigeants de la politique de l'Empire, se borne à émettre l'opinion ou à exprimer l'espoir que l'entrevue aura des effets bienfaisants pour la tranquillité de l'Europe, en ajoutant, comme le fait la «Vossische Zeitung», que cet espoir dût-il être déçu, l'Allemagne est assez forte pour contempler l'avenir avec sérénité.

Qu'il soit question entre les deux Souverains de la guerre italo-turque et la possibilité d'y mettre un terme, cela n'est guère douteux. Mais tant qu'une base pratique sur laquelle on entamerait des pourparlers, tant qu'un moyen concret d'intervenir entre les belligérants feront défaut, la bonne volonté des amis de la Turquie ou de l'Italie ne pourra pas s'exercer utilement. Il y a deux jours, avant de partir pour Dantzig où il a rejoint l'Empereur, le Chancelier disait à l'Ambassadeur d'Autriche qu'il prierait instamment les Ministres russes Sasonoff et Kokotsoff de s'abstenir de toute nouvelle démarche auprès des grandes puissances, en vue de les pousser à offrir leur médiation et à agir simultanément à Constantinople et à Rome, si un incident nouveau ne rendait pas cette intervention en faveur du rétablisse-

ment de la paix tout-à-fait efficace. En procédant autrement, on risquerait d'affaiblir l'action des Grandes Puissances, quand elles jugeront que le moment d'entrer en scène sera venu.

A côté de la question du conflit italo-turc, il y a celle des gouvernements russe et allemand et entre les deux nations qui préoccupe ici l'opinion publique. Elle a gardé tout son sang-froid **dans l'affaire d'espionnage** où est impliqué actuellement le **Colonel Kostewitch;** mais les journaux de tous les partis ont souligné **l'explosion de germanophobie qui s'est produite dans la presse russe à la nouvelle de l'arrestation de cet officier, et dont les principaux organes anglais et français se sont faits complaisamment l'écho. Ces sentiments à l'égard de l'Allemagne se sont manifestés d'une façon plus grave à l'occasion de l'adoption par la Douma du projet de loi concernant la flotte de guerre, voté le 19 juin dernier à la grosse majorité de 228 voix contre 71.** Comme le fait remarquer le Docteur Schiemann, dans sa revue hebdomadaire de la politique extérieure que publie la Gazette de la Croix (Preussische Zeitung), l'amiral Gregorivich a déclaré que l'état des relations entre la Russie et l'Allemagne était la raison fondamentale de l'élaboration du nouveau programme naval, et le Ministre des Affaires Etrangères, M. Sasonoff s'est exprimé dans le même sens avec beaucoup d'énergie; il a parlé du danger toujours imminent d'une coalition hostile à la Russie. Aussi la création d'une flotte de guerre dans la Baltique ne laisse-t-elle aucun doute, aux yeux du «Times» sur la ferme volonté de la Russie d'être fidèle à ses alliances et à ses engagements. Le «Temps» de son côté, reproduit les déclarations de M. Kokotsoff, d'après lesquelles le trésor russe dispose aujourd'hui d'une réserve de 400 millions de roubles, ce qui permet de satisfaire facilement aux premières dépenses nécessitées pour l'exécution du programme naval. **Le journal parisien ajoute que le but purement défensif assigné à la nouvelle flotte doit, suivant les exigences de la guerre moderne, se transformer et devenir aussi offensif.**

Il est vrai que le départ de M. Iswolski, envoyé comme ambassadeur à Paris, a été le signal d'une détente dans la tension qui existait entre les deux Empires depuis la campagne malheureuse menée par la diplomatie russe contre l'annexion de la Bosnie-

Herzégovine. L'éloignement de M. Iswolski a été suivi de l'entrevue de Potsdam en 1910, premier indice d'un rapprochement entre les deux Gouvernements et surtout entre les deux Cours. La Russie n'a pas tardé à recueillir le fruit de ce revirement dans sa politique. L'Allemagne s'est désintéressée complètement de la Perse; elle y a laissé les coudées franches à sa voisine, en échange d'une liberté d'action analogue pour l'exécution du chemin de fer de Bagdad. Mais il reste beaucoup à faire en vue de transformer ce rapprochement en une entente future et de museler définitivement, comme on dit ici, l'ours moscovite.

Il n'est pas défendu de supposer que c'est là la véritable tâche qu'entreprend aujourd'hui personnellement l'Empereur Guillaume, ni de penser que l'entrevue dans la Baltique, conséquence de la visite à Potsdam sera la répétition d'une scène qui sera jouée désormais périodiquement par les mêmes acteurs, le Tzar et l'Empereur. Un parti allemand s'est toujours maintenu très puissant à la Cour de St. Pétersbourg; il y a acquis une nouvelle force sous le règne de Nicolas II, en s'appliquant à mettre en lumière les fautes et les maladresses commises par les Ambassadeurs de la République et à exciter l'antipathie latente, la défiance bien naturelle que les tendances de plus en plus radicales de la nation alliée devaient nécessairement éveiller chez un Souverain autocrate.

L'Empereur Guillaume a cherché à détacher l'Angleterre de la France; il va tenter maintenant la même chose du côté de la Russie. Les chances de succès de Guillaume II semblent plus grandes auprès du Tzar; car les relations les plus étroites et les plus confiantes ont existé dans le passé entre les familles régnant à Berlin et à Saint-Pétersbourg. Elles n'ont pris fin qu'à l'avènement d'Alexandre III; aujourd'hui rien ne paraît empêcher que la tradition ne soit renouée et que l'intimité d'Alexandre II avec Guillaume 1er ne se renouvelle entre leurs petits fils.

Opposer à l'animosité qui éloigne la race slave de la race allemande l'union des deux Cours, annuler les effets de l'alliance franco-russe par une politique de rapprochement des deux Souverains, tel pourrait être très vraisemblablement le rêve de Guillaume II. Ce projet a déjà reçu un commencement d'exécution

et les liens forgés entre la Russie et la France tendent visiblement à se relâcher. Si l'Empereur réussit à obtenir un jour du Tzar la promesse de l'inaction des armées russes en cas de conflit européen, il n'y aura pas trop lieu de s'en étonner.

17.

BRUXELLES, 2. 8. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 25 juillet 1912, Nr. 967.)

Allemagne et Angleterre. Discours de M. Winston Churchill.

Il y a quelques semaines, au moment de l'arrivée du Baron de Marschall à Londres, on pouvait croire à une amélioration dans les relations futures entre l'Allemagne et l'Angleterre. Les premiers pas vers un rapprochement avaient été faits du côté allemand. Les Anglais, partisans d'une entente s'étaient aussitôt remués, et la presse germanique avait reproduit avec satisfaction le speech où Lord Haldane, au banquet de la société allemande de Londres, avait qualifié l'Empereur Guillaume de «Grand homme».

Il a suffi du discours prononcé tout dernièrement par M. Winston Churchill à la Chambre des Communes pour dissiper les rêves pacifiques que quelques esprits chimériques se plaisaient à former sur les deux rives de la mer du Nord. Le premier Lord de l'Amirauté est coutumier du fait. Ce n'est pas la première fois qu'il déchire brusquement en quelques phrases la toile de Pénélope que la diplomatie des deux Pays avait péniblement tissée. Après son dernier discours, si net et si brutal, l'ouvrage sera plus difficile encore à réparer. M. Churchill, avec la clarté et la franchise qui sont le propre de son talent, sans la moindre précaution ou atténuation oratoire, a posé la question telle qu'elle est: «La cause directe des crédits supplémentaires que je demande, a-t-il dit en commençant, est le nouveau projet naval allemand.»

On attendait ici avec grand intérêt les déclarations du Ministre anglais. Elles ont dépassé tout ce qu'on pouvait craindre. La forme qu'il leur a donnée et les considérations qu'il a fait valoir ont profondément froissé le sentiment allemand. Quant

au renforcement même des escadres britanniques, il n'a surpris personne.

Tous les journaux politiques ont reproduit in extenso et en première page le texte du discours tel qu'il était transmis par les agences. Les commentaires sont venus ensuite. Ils dureront vraisemblablement plusieurs jours encore. La presse belge en a cité déjà quelques uns [1]).

En désignant ainsi qu'il l'a fait l'Allemagne, comme le seul adversaire de l'Angleterre, M. Churchill va mettre en ébullition, porter à son paroxysme, le désir de revanche des Français. Il fournit lui-même la matière à l'embrasement auquel de part et d'autre on se prépare.

Un point est acquis désormais, d'après les déclarations officielles du Ministre anglais, c'est la collaboration future des escadres anglaises et françaises dans la Méditerrannée; réunies elles seront supérieures à n'importe quelle combinaison de leurs adversaires. Quand la question de l'abandon éventuel de la Méditerranée par la flotte anglaise s'est posée récemment dans la presse de Londres et de Paris, les journaux allemands avaient exprimé l'opinion que cet abandon était impossible, car l'Angleterre ne devait pas laisser sans protection la route des Indes. M. Churchill leur répond aujourd'hui. L'Angleterre renforcera à la fois ses flottes de la mer du Nord et de la Méditerranée et de plus, dans cette dernière, elle compte sur le concours de la France.

Les Allemands ne prononcent pas de mea culpa, ils n'avouent pas que l'augmentation continue de leurs forces navales est la cause première des mesures de défense et des préparatifs de combat de l'Angleterre. Si la France a sur la conscience ses ambitions marocaines dont la réalisation a menacé et menace encore la paix de l'Europe, l'Allemagne, en voulant rivaliser sur mer avec l'Angleterre, a également travaillé à rendre un conflit inévitable. Toute l'explication du discours de M. Churchill est là, mais c'est précisément ce qu'on ne veut pas reconnaître à Berlin.

---

[1]) Hier ist aus dem Originalbericht ausgelassen: «Je me permettrai seulement de vous signaler ceux qui me paraissent le mieux refléter l'opinion des hommes politiques de ce pays.»

18.

BRUXELLES, 21. 8. 1912.

(Extraits d'un rapport de Londres du 3 août 1912, No. 460.)

L'Allemagne et l'Angleterre. Convention navale franco-russe.

Le fait que le discours de M. Winston Churchill, relatif à l'armement de la flotte anglaise, ait pu froisser le sentiment allemand et surtout dissiper les rêves pacifiques entretenus par certains esprits sur les deux rives de la Mer du Nord, semble assez étonnant. Le 1er Lord de l'Amirauté a parlé en Ministre anglais, et après le discours qu'il avait prononcé à la séance de la Chambre des Communes du 18 mars dernier, son exposé du 22 juillet n'a pu causer aucune surprise. Il avait déclaré alors très nettement que l'extension du programme naval anglais dépendrait entièrement des projets de l'amirauté allemande — mais que l'Angleterre entendait maintenir une supériorité de 60% sur la flotte germanique.

L'Allemagne ayant cru devoir créer une 3e escadre de 8 bâtiments, Mr. Churchill se vit dans l'obligation, afin de tenir ses engagements, vis-à-vis des Chambres et du pays, d'accélérer les constructions anglaises et d'augmenter le personnel de la flotte. Le 1er Lord de l'Amirauté a même eu à subir les attaques violentes de l'opposition, qui trouve que la puissance navale britannique n'a pas une supériorité assez marquée sur celle de sa rivale.

L'Allemagne peut être certaine que le jour où les Conservateurs reviendront au pouvoir, la marine anglaise ne se contentera vraisemblablement pas d'une supériorité de 60%, qui d'ailleurs ne sera pas atteinte. Elle peut se considérer comme très heureuse d'avoir à faire aux Libéraux, qui dans l'opposition ont toujours critiqué les dépenses navales et déploré les énormes sacrifices imposés à la nation — et qui ne marchent dans la voie des augmentations de la flotte que contraints et forcés.

C'est pour l'Angleterre une question vitale sur laquelle aucun parti ne pourra jamais céder, car le jour où elle aura perdu sa suprématie navale, c'en sera fait de la puissance et du prestige britanniques — et comme l'a très bien dit Lord Haldane, dont

les sympathies allemandes ne sont un secret pour personne «nous dépendons de notre puissance sur mer et c'est sur mer que nous voulons conserver notre supériorité». C'est là le pivot de la politique anglaise — et c'est ce qu'on ne semble pas comprendre à Berlin.

Cela n'empêche pas l'Angleterre d'être essentiellement pacifique — et les Ministres ainsi que les membres de l'opposition, qui ont pris la parole au cours des récents débats, l'ont répété à satiété. Les armements anglais ne sont une menace pour personne — et ils ont pour but unique d'assurer la sécurité de l'Empire britannique. C'est à mon sens l'expression exacte de la vérité.

Une preuve des sentiments qui animent le Gouvernement anglais peut être trouvée dans la satisfaction avec laquelle la nouvelle convention navale franco-russe a été accueillie dans les cercles politiques londoniens. On espère ici qu'elle obligera l'Allemagne, dans un avenir plus au moins rapproché, à reporter une partie de sa flotte dans la Baltique, qu'elle avait fort dégarnie au cours des dernières années où tous ses efforts ont consisté à réunir des forces imposantes dans la Mer du Nord — car il ne faut pas perdre de vue que dans quatre ans, bien qu'il soit difficile d'apprécier la valeur de la nouvelle flotte créée par l'Amiral Gregorowitch, la Russie disposera dans la Baltique de 11 Dreadnoughts.

L'Angleterre entrevoit déjà une réduction des escadres allemandes qui constituent pour elle une menace permanente, réduction qui lui permettrait de diminuer les forces qu'elle a été obligée de concentrer dans ses eaux métropolitaines.

On insiste sur l'importance politique tout autant que sur la signification stratégique de la convention franco-russe. Elle est considérée comme une réponse aux nouvelles tendancieuses, dont certains organes de la presse continentale s'étaient fait l'écho, relatives à l'affaiblissement de la double alliance et au relâchement des liens qui unissent depuis 21 ans la France à la Russie.

On veut voir ici dans l'événement annoncé par le Temps d'avant hier une réponse à l'entrevue de Port-Baltique, qui avait été qualifiée d'essai de rapprochement germano-russe. On n'a pas manqué d'insister sur ce fait que la nouvelle convention

n'a aucun caractère agressif et n'est dirigée contre aucune Puissance, mais qu'elle a seulement pour but de fortifier et de compléter la double alliance.

19.

BRUXELLES, 6. 9. 1912.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 24 août 1912, No. 144.)

Visite à Sinaïa du Comte et de la Comtesse Berchtold. L'opinion roumaine et la proposition autrichienne.

Le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie et la Comtesse Berchtold sont arrivés ce matin à Sinaïa pour être pendant deux jours les hôtes de Sa Majesté le Roi de Roumanie.

Cette visite était préparée depuis trois mois. Le Comte Berchtold qui possède un domaine en Transylvanie, avait exprimé, lors d'une entrevue qu'il eût à Vienne au printemps dernier, avec M. Maïoresco, le désir de ne pas tarder à présenter ses hommages au Roi Carol, alors qu'il était amené à approcher fréquemment et de si près de la frontière de Roumanie.

La Comtesse Berchtold ayant manifesté le désir d'accompagner son mari, le couple fut invité au château royal de Sinaïa.

La démarche du Ministre des Affaires Etrangères constitue le troisième acte de courtoisie dont le Roi de Roumanie a été l'objet, dans l'espace d'un mois et demi, de la part de ses voisins du nord-ouest. Ce fut d'abord une délégation du corps des officiers en garnison le long de la frontière, puis le chef d'état-major général, qui firent le voyage de Sinaïa. Aujourd'hui, le chef suprême de la diplomatie austro-hongroise vient rendre ses hommages au Souverain que d'étroits liens d'amitié unissent à l'Empereur François-Joseph.

Bien qu'elle n'ait aucune connexion avec la proposition qu'il a soumise aux grandes puissances, la visite du Comte Berchtold emprunte aux circonstances un intérêt particulier pour la Roumanie: étant donné la situation géographique du royaume

danubien à côté des peuples balkaniques entre lesquels le Comte Berchtold cherche à assurer des rapports meilleurs; étant donné aussi la politique turcophile de la Roumanie et la politique de décentralisation que vise la proposition du «Ballplatz», il est certain qu'au cours de ces deux journées le Comte Berchtold ne manquera pas d'exposer à son hôte, qui est un des diplomates les plus avisés et les plus autorisés qui soient, son programme considéré jusqu'ici comme un peu obscur.

Dans les cercles officiels roumains on explique de la façon suivante l'initiative du Comte Berchtold. L'Autriche, dit-on, qui se sentait un peu isolée après l'entrevue de Port-Baltique et le voyage de M. Poincaré à Saint-Pétersbourg, a voulu à son tour appeler et retenir l'attention de l'Europe. Dans le but de ramener au calme les nationalités et les religions unies sous la domination ottomane, elle propose un échange de vues entre grandes Puissances, ou, dans un langage moins diplomatique, elle promet, à ces populations énervées qu'on va s'occuper d'elles.

C'est là un geste élégant et sympathique, début d'un homme politique arrivé récemment aux affaires.

On ne se rend pas encore axactement compte de la portée pratique de cet échange de vues. Mais on souhaite que le premier de ses effets soit de hâter la conclusion de la paix entre la Turquie et l'Italie.

Cette appréciation roumaine s'accorde avec ce que l'on a toujours affirmé, au cours de la crise turque, des intentions de l'Autriche-Hongrie, — à savoir qu'elle désirait le «statu quo», — commandé par ses intérêts: Mais pour que ce désir se réalise, il importe que les affaires de la Turquie ne se gâtent pas irrémédiablement; il faut donc écarter les causes de trouble en améliorant la situation des populations balkaniques, qui considèrent comme le pire despotisme tout essai de centralisation à l'occidentale.

La Roumanie suit avec intérêt les progrès que l'idée du Comte Berchtold fait à travers les chancelleries européennes. Egalement bien disposée vers l'Autriche-Hongrie et la Turquie, elle verra favorablement ce que le succès de l'une apportera

de bienfaits à l'autre; car elle aussi a tout intérêt au maintien du «statu quo».

Malheureusement on ne peut se dissimuler qu'un échange de vues sur le principe duquel se fait l'accord des puissances se transforme en source de désaccords dès qu'il s'agit d'établir le programme de l'entente.

20.

BRUXELLES, 6. 9. 1912.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 28 août 1912, No. 145.)

Visite du Comte Berchtold à Sinaïa.
La proposition du Comte Berchtold.

Au cours de la visite du Comte Berchtold à Sinaïa, — visite dont on se montre ici unanimement flatté — la «Neue Freie Presse», parlant de l'amitié qui lie la Roumanie et l'Autriche-Hongrie, est allée jusqu'à employer à diverses reprises pour la qualifier le terme d'alliance. Le Comte Berchtold, sous les yeux duquel cet article fut placé, affirma qu'il n'était point inspiré par le Ballplatz et qu'il arrivait souvent que la «Neue Freie Presse» essayât de l'engager plus avant qu'il ne l'entendait.

«L'Universul» du 15/28 août oppose au journal viennois un démenti qui a une allure officieuse. Le Ministre des Affaires Etrangères, en effet, dans ses conversations avec le corps diplomatique, s'est exprimé sur ce sujet dans des termes identiques à ceux de l'organe roumain. Toutes les conjectures politiques faites sur la visite du Comte Berchtold sont inexactes. Le Ministre des Affaires Etrangères de la monarchie austro-hongroise n'a pas remis au Roi de Roumanie de lettre de l'Empereur. Il ne peut être question entre les deux nations ni d'alliance, ni de convention secrète. La Roumanie a des rapports étroits avec l'Autriche-Hongrie; mais elle tient à entretenir les mêmes relations avec la Russie et la Turquie. Cet équilibre d'amitiés lui est indispensable.

Le Roi de Roumanie, qui ne se déplace plus et qui ne connais-

sait pas personnellement le Comte Berchtold, alors qu'il avait été en rapports suivis avec ses prédécesseurs, le Comte d'Aehrenthal et le Comte Goluchovsky, depuis le temps où, l'un après l'autre, ils avaient dirigé la Légation d'Autriche à Bucarest, désirait entrer en relations avec le chef du Foreign Office viennois. C'est dans ce but qu'eut lieu la visite à Sinaïa.

On dit que le Comte Berchtold n'a apporté ici aucune précision sur son programme. Il attend d'avoir trouvé un terrain d'entente entre la France, l'Angleterre, l'Allemagne et la Russie pour pousser plus avant ses propositions. Comme on lui demandait s'il estimait qu'une des premières conséquences de son initiative devait être de hâter la conclusion de la paix entre l'Italie et la Turquie, il répondit négativement. Il se montre même assez pessimiste à ce sujet.

Il parut également soucieux de l'accueil que la Porte faisait à son projet et questionna à cet égard diverses hautes personnalités. (Les Turcs ne voient pas d'un bon œil la proposition de l'Autriche qu'ils considèrent comme une menace d'intervention dans leurs affaires intérieures.) Le Comte Berchtold fit ensuite télégraphier au Marquis Pallavicini de rassurer la Porte sur ses intentions. Il n'aurait en vue que de garantir la Turquie contre les velléités d'indépendance des nationalités qui la composent et d'éloigner le retour du régime centralisateur qui fut l'erreur du comité jeune Turc.

Une nouvelle d'Athènes, et qui provient de la Légation d'Allemagne en Grèce, annonce que Sir Gerald Lowther, ambassadeur d'Angleterre à Constantinople, dont on jugeait depuis assez longtemps l'action insuffisante, allait être remplacé et que son successeur désigné était Lord Kitchener.

Si ce bruit se vérifie, la réputation de Lord Kitchener est telle qu'on ne peut s'empêcher d'en conclure que la Grande Bretagne est décidée à jouer désormais en Orient un jeu plus serré.

21[1]).

SAINT-SEBASTIEN, 6. 9. 1912.

Situation internationale de l'Espagne. Bruit d'adhésion à la Triple-Entente.

Quoiqu'il soit encore impossible de déterminer avec précision la date de la signature du traité franco-espagnol destiné à régler la question marocaine, il est déjà question d'un voyage d'Alphonse XIII à Paris. Cette nouvelle n'a pas encore reçu de confirmation officielle, on peut néanmoins la considérer aujourd'hui comme certaine. Cette visite aura une grande importance politique: elle aboutira vraisemblablement à l'adhésion de l'Espagne à la Triple-Entente. L'Espagne est soucieuse de conserver son rang parmi les nations riveraines de la Méditerranée: elle désire en outre garantir le sort des Baléares et des Canaries.

Il y a un peu plus d'une année, l'état-major général allemand désira connaître la valeur de l'armée espagnole au point de vue d'une collaboration eventuelle; l'enquête de l'attaché militaire allemand à Madrid aboutit à la conclusion que l'Allemagne n'a, au point de vue militaire, aucun intérêt à une alliance avec l'Espagne, alliance qui semblait cependant devoir être utile aux deux pays, grâce à leur situation géographique.

Le soldat espagnol est par son endurance, sa confiance dans ses chefs et son courage un des meilleurs soldats du monde; les officiers sont animés du meilleur esprit, seulement les généraux ne sont pas à la hauteur de leur mission; ils n'ont pas l'habitude du maniement des masses; pour des raisons d'écomomie il n'y a pas de grandes manœuvres en Espagne et les manœuvres partielles se réduisent le plus souvent à des spectacles militaires. Quant aux forteresses elles n'assurent que très imparfaitement la défense des côtes; elles sont en trop petit nombre, leur artillerie est insuffisante. L'Espagne a du renoncer à l'idée d'une alliance avec l'Allemagne, qui répondait aux sympathies de l'armée et d'une grande partie de la nation.

---

[1]) Dieser Bericht des belgischen Gesandten in Madrid, Lejeune, fand sich, in der gewöhnlichen Art vervielfältigt, unter den Zirkularen. Ob er tatsächlich als Zirkular versandt wurde, erscheint fraglich.

Les négociations marocaines lui ont fait comprendre d'une façon cruelle les inconvénients de son isolement. Maintenant elle tourne les yeux du côté de l'Angleterre; pour arriver à l'Angleterre dont les intérêts politiques sont actuellement d'accord avec ceux de la Russie et de la France, l'Espagne oubliant ses rancunes passera par Paris. De cette façon elle espère neutraliser les ambitions d'un pays d'où elle a plus à craindre qu'à espérer.

22.

BRUXELLES, 3. 10. 1912.

(Rundschreiben an die Gesandten.)

Le télégraphe vous a appris que la mobilisation de l'armée décrétée le 30 septembre par la Bulgarie, le fut le lendemain par la Serbie, la Grèce et le Monténégro.

Si la tension des rapports bulgaro-turcs et l'effervescence des esprits à Sophia nous faisaient appréhender le danger de voir la Bulgarie tirer parti des difficultés dans lesquelles se débat l'Empire ottoman, nous ne nous doutions pourtant pas de l'existence d'une convention militaire qui unissait contre la Turquie les différents pays des Balkans, on inclinait plutôt à penser que les différences ethniques, les rivalités des nationalites en ce qui concerne la Macédoine, élevaient une barrière contre un rapprochement politique ou militaire de ces pays.

Il semble d'ailleurs que le secret, au sujet de cette convention, ait été bien gardée et que les événements des derniers jours aient pris les grandes Puissances au dépourvu.

D'après les renseignements qui me sont parvenus, l'approche de l'hiver et les démarches pressantes des Cabinets en faveur du maintien de la paix permettent d'espérer que la mobilisation n'est pas le prélude nécessaire de la guerre.

Toutefois, on ne saurait se dissimuler que, d'une part, la surexcitation des esprits rend fort délicat la tâche de la diplomatie et que, de l'autre, un incident de minime importance peut provoquer un engagement, même contre le gré des chefs des troupes rivales qui sont déjà en présence.

Si cette éventualité se produisait, les efforts des Gouvernements tendraient à circonscrire et à localiser le conflit aux Balkans, mais nul ne saurait en prévoir le résultat.

En raison de l'opposition des grands intérêts qui seront en jeu, il est à redouter que les grandes Puissances ne cherchent à les défendre par la force des armes. Ainsi l'incendie allumé dans les Balkans se propagerait au dehors.

Ce danger ne saurait nous laisser indifférent et on peut même envisager certaines complications qui rapprocheraient de notre territoire le théâtre des hostilités.

Aussi n'ai-je pas besoin de stimuler votre vigilance et de vous prier de noter avec le plus grand soin tous les symptômes relatifs à des complications susceptibles d'entraîner les grandes Puissances dans le conflit.

23.

BRUXELLES, 4. 10. 1912.

(Extraits des rapports de Paris des 28 et 29 août 1912, No. 2637 et 2642.)

Agitation bulgare hostile à la Turquie. Voyage Poincaré. Le maintien du statu quo international dans l'intention des Puissances.

Le Quai d'Orsay ne doute pas des intentions pacifiques des Gouvernements balkaniques, mais il craint une poussée de l'opinion publique en Bulgarie pouvant renverser le Cabinet actuel qui ne veut pas la guerre.

Mais serait-il possible pour la Bulgarie de faire la guerre à la Turquie sans le concours même moral de la Russie et ayant l'armée roumaine contre elle? Il résulte de rapports militaires reçus au Quai d'Orsay que l'armée bulgare est supérieurement organisée et très forte et qu'elle peut lutter contre l'armée turque. Nul ne peut prévoir le vainqueur. Il n'est pas d'ailleurs certain que la Roumanie entrerait en conflit par le seul fait d'une guerre turco-bulgare et il ne faut pas oublier le concours que l'armée bulgare pourrait trouver dans celle de Serbie.

En ce qui concerne les résultats du voyage du Président du Conseil à St. Pétersbourg, celui-ci est décidé, même dans le

cas d'une interpellation au Parlement, à ne jamais sortir du cadre de son discours de Dunkerque et du communiqué officiel.

La Russie n'a nullement l'intention de discuter la question des Dardanelles; à St. Pétersbourg comme à Port-Baltique on s'est engagé à ne faire naître aucune question internationale et à s'efforcer de mettre fin par un long armistice à la guerre italo-turque. Le maintien de la paix, le statu quo international, voilà le mot d'ordre. L'Angleterre et la France viennent de le prouver en envoyant chacun un navire de guerre dans les eaux de Samos pour empêcher les Crétois et les Grecs d'y débarquer dans le dessein d'y fomenter une révolution contre la domination ottomane.

24.

BRUXELLES, 10. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 3 octobre 1912, No. 407.)

La crise balkanique et la répercussion financière à la Bourse de St. Pétersbourg.

On est persuadé dans les cercles diplomatiques de St. Pétersbourg que la guerre est inévitable dans les Balkans. Les avis sont partagés sur la possibilité ou la probabilité de complications qui entraîneraient la Russie et des Puissances de l'Est dans le conflit.

L'effet de ce pessimisme s'est immédiatement fait sentir sur le marché financier de St. Pétersbourg. Une panique s'est emparée de la Bourse et a influencé toutes les valeurs. Depuis des mois, la spéculation avait congestionné le marché; aussi n'est-il point étonnant de voir tomber en 3 jours certains titres de près d'un tiers de leur cote récente. Il n'est pas une valeur métallurgique qui ne soit atteinte.

Le Gouvernement s'est ému de cet état de choses et a fait paraître dans les journaux d'hier et d'aujourd'hui des communiqués par lesquels il s'efforce de rassurer le monde financier et de couper court aux entreprises de quelques spéculateurs hardis, en affirmant que les craintes de la Bourse sont vaines car aucune Grande Puissance ne se laissera entraîner à la guerre;

au contraire, on s'efforcera d'empêcher les populations slaves d'attaquer la Turquie et, en cas d'insuccès, de localiser le conflit.

A la suite de cette déclaration les représentants des grandes banques ont décidé de lutter contre la baisse et de mettre en garde le public contre les manœuvres de quelques spéculateurs.

Une information que le «Novoie Vrémia» prétend avoir reçue du Ministre des Affaires Etrangères est conçue en ces termes:

«Nous avons reçu aujourd'hui des communications plus rassurantes sur la situation dans les Balkans. L'information que l'Empereur d'Allemagne avait répondu négativement à la requête du Comte Berchtold au sujet d'une intervention de l'Autriche-Hongrie dans la guerre possible des Balkans, donne le droit d'espérer que la double monarchie ne se jetera pas si facilement dans le conflit général des Balkans. Ce communiqué, qui mérite d'être confirmé, peut être rapproché des déclarations des journaux officieux d'Autriche-Hongrie affirmant que le Gouvernement austro-hongrois s'abstiendrait d'une intervention dans la guerre balkanique et conservera toutes ses forces pour une prochaine conférence internationale.

Les cercles diplomatiques de St. Pétersbourg sont beaucoup moins rassurés. On y redoute les effets de la campagne de presse acharnée que les grands quotidiens panslavistes mènent contre la Turquie et en faveur des jougo-slaves opprimés. Le succès de la levée de boucliers de leurs frères des Balkans contre le Croissant ne fait pour eux l'ombre d'aucun doute; c'est là un encouragement qui prévaudra peut-être contre les conseils de prudence donnés impérativement par le cabinet de St. Pétersbourg.

25.

BRUXELLES, 10. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 3 octobre 1912, No. 1266.)

La crise balkanique et les grandes puissances.

Le désir des grandes Puissances d'empêcher l'explosion du conflit en Orient est manifeste; mais l'action commune qu'elles ont entreprise dans ce sens est délicate à régler dans les détails. Il y a des susceptibilités à éviter et l'on ne sait avec

exactitude, dans quelle forme les divers Gouvernements ont exprimé les conseils de calme qu'ils se sont engagés à donner aux Etats Balkaniques.

A Berlin, les Ambassadeurs de France, d'Espagne et d'Italie considèrent que le Gouvernement Impérial appuie d'une force insuffisante l'action commune. Ils critiquent, entre autres, que M. de Kiderlen-Waechter se soit tout récemment, borné à un entretien avec l'Ambassadeur de Turquie en Allemagne, entretien qui est susceptible d'être rapporté de façon bien diverse, au lieu de donner des instructions formelles au Baron de Wangenheim, Ambassadeur d'Allemagne en Turquie. Il est, d'autre part, certain aux yeux des représentants des Grandes Puissances à Berlin, que l'attitude de l'Allemagne à l'égard de la Turquie a subi, depuis le début de la guerre avec l'Italie, une modification considérable. L'Allemagne abandonne peu à peu la Porte; sans intérêt politique direct en Turquie, elle semble vouloir s'effacer devant l'Autriche et est, certes, désireuse de ne pas déplaire à l'Italie. Ses forces doivent rester concentrées dans l'ouest de l'Europe. Avant hier encore l'Ambassadeur de Turquie se plaignait avec amertume de ne pas trouver ici l'appui escompté.

On se défie aussi de la Russie: celle-ci n'a-t-elle pas, en réalité, encouragé longtemps la Serbie qu'elle doit maintenant retenir, et qu'elle regrette sans doute d'avoir poussée en avant?

La France absorbée dans l'Europe occidentale et au Maroc, n'est pas disposée à endosser de nouvelles responsabilités en Orient; l'Angleterre a des raisons analogues d'abstention prudente et n'a pas d'intérêt, dans la situation politique actuelle, à se solidariser avec une Puissance qui ne représente déjà plus une force de 1er ordre.

Les Ambassadeurs de Russie, d'Autriche et d'Angleterre à Berlin sont depuis longtemps absents de leur poste. On peut en conclure que le centre de gravité de l'action des Puissances en Orient ne se trouve pas en Allemagne et qu'en dernière analyse, c'est la volonté de l'Autriche-Hongrie et celle de la Russie qui déterminent l'attitude des autres pays, faisant partie de leur groupement respectif.

26.

BRUXELLES, 19. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 14 octobre 1912, No. 1315.)

La crise balkanique. Attitude de l'Allemagne.

La panique subie par la bourse de Berlin dans les derniers jours de la semaine dernière, à l'imitation de celles qui ont bouleversé les bourses de Vienne et de Paris, a péniblement impressionné le public. Si les marchés financiers de l'Europe centrale témoignent une pareille inquiétude et une si grande nervosité avant l'ouverture des véritables hostilités, c'est évidemment qu'au delà du conflit balkanique ils en voient poindre un autre, beaucoup plus grave et capable d'embraser toute l'Europe entre l'Autriche et la Russie.

Les déclarations du Comte Berchtold aux délégations d'une part, les attaques de la presse panslaviste, de l'autre, contre M. Sassonow, à qui son entente avec l'ennemi naturel de la race slave est amèrement reprochée, expliquent les craintes, ou du moins l'extrême agitation du monde des affaires, sans parler des pertes inévitables que subit la spéculation à l'annonce de toute guerre capable de léser fortement les intérêts européens. Cependant il faut se défendre aujourd'hui d'être très pessimiste et de voir l'Europe dèjà en feu, alors que les Grandes Puissances sont animées, sans exception, d'un sincère désir de circonscrire le futur incendie à la Péninsule des Balkans.

Les hommes politiques allemands ne manifestent pas des appréhensions bien vives. La situation est très sérieuse, mais il y a encore à espérer que l'antagonisme entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, réveillé et surexcité par les événements balkaniques, ne les amènera pas à intervenir dans la lutte, ou tout au moins que l'intervention autrichienne, si elle se produit pour empêcher l'occupation du Sandjak de Novi Bazar par les Monténégrins et les Serbes, restera limitée à cette province et ne provoquera pas l'entrée en scène de la Russie.

L'impression dominante à Berlin dans le monde diplomatique est franchement défavorable à la Turquie qui n'a pas non plus ici une bonné presse. On lui reproche les fautes qu'elle n'a cessé

de commettre depuis qu'elle est menacée d'une guerre européenne et avant même qu'elle l'ait été, c'est-à-dire son attitude intransigeante et presque arrogante vis-à-vis des Puissances dans la question des réformes à introduire en Macédoine, ainsi que les retards qu'elle met à conclure la paix avec l'Italie.

La lutte des Etats balkaniques semble devoir revêtir cette fois-ci plus que dans les campagnes précédentes menées par la Russie, suspecte de grandes ambitions aux yeux de l'Europe, le caractère d'une croisade. Si la guerre prend cette tournure, il sera difficile à l'Autriche-Hongrie, plus difficile encore à la Roumanie, de sauvegarder les apparences en venant au secours de l'Islam contre les nations chrétiennes. C'est un point qui mérite de n'être pas perdu de vue.

Le Gouvernement impérial continue à se tenir sur une grande réserve. La presse allemande enregistre avec une certaine bienveillance les efforts tentés par M. Poincaré pour empêcher la rupture de la paix européenne. Tout au plus a-t-elle quelque plaisir à constater le peu d'accord qui règne entre le Cabinet de Paris et celui de Londres, soucieux de ménager les Turcs, par crainte de l'effervescence qui se manifeste chez les Musulmans de l'Inde, sujets britanniques.

Il ne faudrait pas en conclure que le Gouvernement allemand persévéra dans cette attitude, si la lutte prend des proportions inquiétantes, et qu'à un moment donné il ne jouera pas le premier rôle dans le drame près de commencer. Rien ne permet, d'ailleurs, de supposer qu'il n'agirait pas avec la ferme volonté d'imposer une pacification générale. En 1909, lorsque les difficultés soulevées par l'annexion à l'Autriche de la Bosnie et de l'Herzégovine atteignaient leur point culminant, c'est une démarche de l'Ambassadeur d'Allemagne auprès du Gouvernement russe qui y a mis fin. L'effacement trop complet de la diplomatie allemande dans les circonstances actuelles pourrait n'être qu'une préparation à un prochain coup de théâtre.

27.

BRUXELLES, 19. 10. 1912.

(Extrait d'un rapport de Paris du 16 octobre 1912, No. 3090.)

Signature de la paix entre l'Italie et la Turquie. Les Puissances et la crise balkanique.

Dans les sphères officielles françaises on considère que la signature de la paix entre l'Italie et la Turquie ne peut être accueillie qu'avec satisfaction. Celle-ci dégage un peu la situation. Il est toutefois difficile de présumer quelles peuvent en être les conséquences pour la suite du conflit balkanique. Ce qui est certain, c'est que le Cabinet de Rome est à présent franchement turcophile; il redoute par dessus tout une modification dans le statu quo balkanique qui pourrait amener des avantages pour l'Autriche. La Porte n'a, désormais, pas d'ami plus sincère que l'Italie.

L'état de guerre existe déjà entre la Turquie et les États Balkaniques. Il sera officiel à bref délai. Les adversaires ont chacun la même foi dans leurs forces et dans les succès qu'ils vont remporter, mais ils ont aussi conscience de l'importance de la partie qu'ils jouent. Il n'y a cependant plus aucun moyen d'arrêter les événements, et les Puissances ne tentent plus rien dans ce but. Il faut maintenant laisser parler les armes, quitte à intervenir, un peu plus tard, après certains résultats acquis, pour arrêter les belligérants par voie de médiation.

En ce qui concerne les rapports des Puissances entre elles en face des événements balkaniques, ils sont excellents; les Puissances montrent toutes beaucoup de bonne volonté. Dans la pensée de M. le Président du Conseil il faut en profiter pour maintenir le contact entre elles et jeter déjà les bases de la médiation que l'on espère pouvoir offrir plus tard ainsi que celles des arrangements que l'on désire faire prévaloir. Il y a certes plus de chances d'entente aujourd'hui qu'il pourrait y en avoir dans quinze jours ou trois semaines; il faut saisir l'occasion pour établir un accord qui liera ensuite, jusqu'à un certain point, les Puissances dans l'avenir.

Rien ne fait croire — au moins jusqu'ici — que M. Sasonoff aurait perdu la confiance du Tsar.

28.

BRUXELLES, 21. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 12 octobre 1912, No. 237.)

La Russie et l'Autriche-Hongrie dans la crise balkanique.

A la nouvelle des mobilisations dans les Etats Balkaniques et de la brusque déclaration de guerre du Monténégro, n'attendant même pas la démarche imminente des Puissances, on s'est demandé comment pareilles décisions auraient pu être prises sans que la Russie en ait eu connaissance et les ait plus ou moins encouragées. **M. de Hartwig, Ministre du Tzar à Belgrade aurait été — assure-t-on d'assez bonne source — le principal artisan de l'alliance serbo-bulgare; s'il en est ainsi, ce diplomate n'aurait pas pu diriger ses efforts dans ce sens sans y avoir été autorisé par son Gouvernement.**

On peut ne pas partager cette impression tout en reconnaissant qu'il semble y avoir dans la politique russe quelque chose de peu clair et de contradictoire. Il est possible, en effet, que le Cabinet de St. Pétersbourg n'ait pas prévu que les petits Etats balkaniques cherchaient dès maintenant à s'affranchir de la tutelle moscovite. De plus il faut distinguer entre la Russie non officielle et c'est sans doute sur l'appui de cette dernière que les Etats Balkaniques croient pouvoir compter.

Quoiqu'il en soit, le récent rapprochement entre l'Autriche-Hongrie et la Russie à l'occasion des démarches collectives des Puissances ne peut avoir qu'un caractère momentané et superficiel. Les vues et les tendances des deux Etats dans la presqu'île balkanique sont trop opposées pour que ce rapprochement puisse reposer sur une base solide. **C'est l'Autriche-Hongrie seule qui est sincère dans son désir de maintenir le statu quo.** C'est elle qui, avant d'adhérer à la démarche commune des Puissances, a mis comme condition que les réformes demandées à la Turquie

ne porteraient aucune atteinte à l'intégrité de l'Empire Ottoman. Dans une toute récente séance des délégations hongroises M. le Ministre des Affaires Etrangères répétait que tous les efforts de sa politique avaient eu pour but de maintenir la paix. Le Comte Berchtold ajoutait: «Notre politique dans les Balkans n'est pas une politique de conquête, mais ceci ne signifie pas que nous ne soyons pas intéressés dans les événements qui y surviennent. Nous avons dans les Balkans des intérêts vitaux et nous sommes résolus à les sauvegarder en toutes circonstances.»

Ces dernières paroles ont fait sensation; elles contiennent évidemment un avis, presqu'une menace d'intervention éventuelle dans la lutte qui se prépare et devient de jour en jour plus difficile à empêcher. La «Neue Freie Presse» s'empresse d'interprêter ainsi le langage du Ministre:

«Nous ne voulons pas, dit-elle, que la Serbie qui nous est si hostile obtienne une extension de territoire. Nous ne voulons pas que, s'emparant du Sandjak de Novi-Bazar, elle vienne nous barrer la route commerciale de Salonique.»

En annexant la Bosnie-Herzégovine, l'Autriche-Hongrie a retiré ses troupes du Sandjak en question et celui-ci est entièrement retourné à la Turquie. Les Etats Balkaniques étant en guerre avec l'Empire Ottoman, il serait tout naturel que Serbes et Monténégrins, désireux de se donner la main, envahissent précisément le Sandjak de Novi-Bazar. L'Autriche-Hongrie ne voudra pas tolérer qu'on se batte sur sa frontière et à moins que les Etats slaves prennent sous ce rapport des engagements positifs à son égard (ce qui serait fort possible, mais assez difficilement exécutable) on s'attend à la voir occuper militairement le Sandjak en temps opportun. Il ne paraît pas douteux que pareille action serait fort mal vue à Saint-Pétersbourg. **D'autre part, à supposer que les petits Etats soient battus ou sortent victorieux, le Gouvernement du Tzar, subissant la pression de l'opinion publique en Russie, ne pourra pas abandonner les frères slaves. Il sera obligé d'intervenir en leur faveur et de suivre une ligne de conduite diamétralement opposée à celle poursuivie par l'Autriche-Hongrie.**

Il est donc à craindre que loin d'accentuer ce rapprochement qui vient d'avoir lieu entre la Russie et l'Autriche, la future guerre produira un effet tout-à-fait contraire.

29.

BRUXELLES, 28. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Paris du 1er octobre 1912, No. 2954.)

Regain du nationalisme français et les rapports franco-allemands.

Durant la crise longue et grave de 1911 qui a suivi l'incident d'Agadir, on pouvait garder une certaine confiance dans le maintien de la paix franco-allemande, malgré les bruits alarmants qui arrivaient de toutes parts. **En effet les sentiments pacifiques de Guillaume II étaient connus et le moment était peu favorable pour l'Allemagne de se lancer dans une grande guerre avant l'accomplissement de son programme naval. D'autre part du côté du Gouvernement de la République, on sentait bien, en dépit de manifestations bruyantes que celui-ci aurait passé par toutes les exigences de l'Allemagne.**

Mais le Gouvernement britannique prononça son «quos ego» et il survint dans l'opinion française un de ces revirements comme n'en peut offrir qu'un peuple aussi impressionnable que le peuple de France.

Cette transformation des tendances de l'esprit public est saisissante. Dire que dans son ensemble la nation française est devenue belliqueuse, ce serait peut-être aller trop loin. L'agriculteur, le bourgeois, le commerçant, l'industriel et l'homme d'affaires savent ce que leur coûterait une conflagration; le service militaire étant général, chacun a à trembler pour les siens. Toutefois, on est parvenu à donner au pays la confiance du succès; il faut de plus compter avec la jeunesse turbulente, le monde militaire et les gens qui n'ont rien à perdre.

Il y a bien à la tête de l'armée française quelques chefs qui se rendent compte des difficultés qu'offrirait une campagne contre la puissante Allemagne; malheureusement ils se taisent comme le font trop souvent les gens calmes et réfléchis tandis que

les autres parlent tant qu'ils finissent par se faire entendre des masses.

Les hommes qui sont à la tête du Gouvernement de la France sont sincèrement pacifiques et n'ont d'autre but que de rendre à leur pays, dans le concert européen la place qu'il avait avant 1870; il n'en est cependant pas moins certain que leur action est excessive; il est bon de rendre à la nation une dignité nécessaire; il est dangereux d'exalter son chauvinisme. On a commencé par des parades militaires, des retraites hebdomadaires se promenant dans les rues de Paris. Le champ s'est bientôt élargi; les solennités patriotiques ne cessent plus. Le cérémonial extraordinaire dont on a entouré la visite de M. Poincaré en Russie et le récent voyage du Grand Duc Nicolas en France n'avait d'autre rôle que d'exciter le nationalisme du pays. M. Millerand qui avait inspecté minutieusement, il y a quelques semaines, les troupes et les fortifications de la frontière de l'Est vient de recommencer sommairement cette inspection en compagnie du Grand Duc Nicolas tandis que la Grande Duchesse se faisait conduire aux limites du territoire français pour saluer les provinces conquises. Ce voyage s'est terminé par une parade à Nancy, à laquelle la presse avait eu soin de faire une telle réclame qu'elle devint le prétexte d'une véritable manifestation contre l'annexion de l'Alsace-Lorraine. A Toulon, après un grand nombre de manifestations patriotiques navales, M. Delcassé vient d'assister au lancement d'un nouveau cuirassé d'une puissance énorme.

Tout cela exalte l'opinion publique d'autant plus convaincue de la supériorité militaire et d'une future victoire française que le Gouvernement ne cesse de commander des aéroplanes militaires.

En dehors des complications balkaniques, il n'est certes aucun nuage qui puisse faire craindre, pour un avenir prochain, un conflit franco-allemand, mais des incidents peuvent surgir inopinément; **l'opinion publique qui a forcé la main en 1870 à Napoléon III et qui est redevenue nerveuse et susceptible pourra un jour «recommencer l'histoire» à ce point de vue et mettre brusquement les deux Gouvernements devant une situation n'ayant d'autre issue que l'appel aux armes.**

30.

BRUXELLES, 30. 10. 1912.

(Extrait d'un rapport de Londres du 23 octobre 1912, No. 613.)

Inquiétudes causées par la guerre dans les Balkans.

Au point de vue des complications européennes éventuelles, on continue à redouter ici l'effet d'une poussée possible de l'opinion publique à Vienne et surtout à Saint-Pétersbourg. L'entente entre les deux Gouvernements ne suffit pas, en admettant qu'elle perdure, pour calmer toute appréhension, car il peut arriver un moment où les deux Cabinets soient débordés par l'émotion nationale. Si les sujets de l'Empereur François-Joseph se montrent soupçonneux des visées serbes dans le Sandjak et rebelles à l'idée indépendante, ceux de l'Empereur de Russie s'enflamment en songeant à la cause slave et aux frères de religion orthodoxe luttant contre les forces de l'Islam.

On peut distinguer dans ce pays-ci deux courants qui se dessinent de plus en plus. Le Foreign Office, le monde des hauts fonctionnaires, les gens rassis et expérimentés font plutôt des vœux pour le succès des armées turques. Ils envisagent les choses à un point de vue égoiste, personnel et ne souhaitent pas le démembrement actuel de l'Empire Ottoman, dans la crainte de voir sombrer la paix de l'Europe dans un déchaînement de convoitises. Ce n'est pas qu'ils désirent l'écrasement des alliés. Des succès partiels de part et d'autre rendraient les combattants plus disposés à écouter la voix des Puissances et à terminer la guerre sans trop de modifications à la carte des Balkans.

En revanche, l'opinion publique est généralement favorable à la cause des alliés, qui représentent, pour la masse, les champions du progrès moderne, les défenseurs des populations chrétiennes opprimées par des siècles de domination musulmane. Certain Ministre de la Couronne, connu pour son impétuosité, M. Lloyd George, a même dévoilé dans un meeting son penchant pour les quatre petits Etats, dans un speech qui a été critiqué.

Le mouvement anti-turc eut été bien plus accentué encore dans ce pays, si l'Empire s'était trouvé sans le régime hamidien.

Bien que le parti jeune turc ait déçu les espérances du monde libéral anglais, on note cependant un désir latent de lui faire crédit encore, parce qu'il représente, tant bien que mal, les idées libérales en Orient et que son premier programme, au moins donnait satisfaction aux progressistes anglais.

On n'accepte qu'avec scepticisme l'avertissement des grandes Puissances qui ont annoncé qu'aucun agrandissement territorial, aux dépens de la Turquie, n'était à espérer par les alliés après la fin de cette guerre et on n'attache pas plus d'importance aux protestations des petits Etats qui ne viseraient aucun accroissement et ne songeraient qu' à la délivrance de leurs frères opprimés.

C'est dire que l'inquiétude persiste.

31.

BRUXELLES, 31. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Madrid du 16 septembre 1912, No. 154.)

L'Espagne et la Triple-Entente.

Le Comte de Romanones, Président de la Chambre des Députés, dans une réunion du parti libéral, a prononcé le 15 septembre à Santander un remarquable discours dans lequel il a fait allusion à la politique internationale: «L'Espagne est près, très près d'entrer dans une période complètement nouvelle de sa vie internationale: je ne possède, pour parler, d'un sujet aussi délicat, que les données qui sont dans le domaine public; aussi puis-je m'exprimer avec une entière liberté. Au parti libéral sera réservée la mission glorieuse de fixer d'une façon définitive la position de l'Espagne dans les combinaisons futures de la politique mondiale. Le principe qui jusqu'ici a dirigé la politique internationale de l'Espagne a définitivement fait faillite; l'aphorisme: **«Avec tout le monde et avec personne»** est désormais vide de sens.»

Quand le Comte de Romanones prétend ne pas être initié aux secrets de la politique internationale espagnole, il ne faut y voir qu'un artifice oratoire lui permettant d'appuyer la

campagne de presse qui se fait en faveur d'une alliance avec la triple-entente. Si, comme c'est probable, cette combinaison avec la France et ses alliés se fait, elle sera due à la pression des circonstances.

Un journaliste, collaborateur de la Correspondencia de España, a écrit plusieurs articles très remarqués à cause de leur ton autoritaire et presque menaçant, d'aucuns y ont vu une inspiration étrangère: cette opinion n'est pas invraisemblable.

L'A-B-C de Madrid, qui depuis le commencement des événements marocains a été un des seuls journaux de Madrid qui se placèrent à un point de vue purement national, attaque avec violence l'idée d'une alliance française. Parlant du traité de 1904 ce journal dit «qu'au moment de tenir sa parole et de faire honneur à sa signature, la France ignora ses engagements»; il ajoute «les Français ont toujours considéré l'amitié de l'Espagne comme un titre pour elle à la servitude: nous ne voulons pas être les ennemis de nos voisins, mais nous ne voulons pas être les signataires d'un traité d'alliance ne liant que nous seuls.»

L'A-B-C exprime l'opinion générale en Espagne à savoir qu'il ne faut pas compter sur la bonne foi de la France quand elle se trouve en présence de moins forts qu'elle.

32[1]).

BRUXELLES, 8. 11. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 18 octobre 1912, No. 1342.)

Relations franco-allemandes.

Les relations entre la France et l'Allemagne ne s'étaient pas améliorés durant l'été dernier.

La campagne entreprise par une partie de la presse germanique à propos de la concentration de la flotte française dans la Méditerranée et, d'autre part, certains incidents sur lesquels il a fallu donner des explications à la Wilhelmstrasse, tels qu'un discours du Général d'Amade et le traitement infligé par la population de Nancy à l'automobile de la Princesse

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 93, S. 110.

Colloredo d'où un drapeau allemand avait été arraché et foulé aux pieds, avaient contribué à entretenir et même augmenter l'aigreur entre les deux peuples voisins. M. de Kiderlen-Waechter ne semblait y attacher aucune importance, mais, M. Cambon, chargé d'aplanir les difficultés à mesure qu'elles se produisaient se préoccupait de leur fréquence et de l'état de tension qui en résultait.

Le premier effet de la crise balkanique a été d'opérer un rapprochement entre le Gouvernement Impérial et celui de la République. Également désireux de voir le conflit localisé dans la péninsule et d'éviter une guerre européenne, ils se sont entendus pour agir dans le même sens sur leurs alliés respectifs, la Russie et l'Autriche, et ils ont pris part en même temps aux démarches tentées, un peu tardivement, à Constantinople et dans les capitales des Balkans.

L'initiative prise personnellement par M. Poincaré en vue du rétablissement de la paix a reçu l'approbation et même les éloges de la presse allemande, quoiqu'elle ait trouvé qu'il était trop tôt pour parler d'une Conférence. Enfin le «Matin» a chanté les louanges de M. de Kiderlen, si l'on peut qualifier ainsi l'article qu'il lui a consacré.

Il était naturel que l'attention et les préoccupations du public des deux côtés des Vosges se détournassent des sujets habituels de discussion et de polémique pour se concentrer sur les événements balkaniques. Sans vouloir exagérer la portée de cette détente dans les relations de ces deux Puissances rivales, il est permis toutefois d'espérer que la communauté de vues existant entre elles servira puissament au rétablissement de la paix.

33.

BRUXELLES, 19. 11. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 12 novembre 1912, No. 1447.)

Affaires d'Orient.

La nouvelle des préparatifs militaires faits par l'Autriche-Hongrie et de la réunion d'un conseil de guerre à Budapest

à la suite de la décision prise par le Gouvernement serbe d'envoyer une colonne de troupes se saisir de Durazzo a provoqué hier une nouvelle panique, facile à prévoir, dans les bourses de Vienne et de Berlin.

Le Gouvernement impérial est parfaitement résolu à soutenir son alliée dans son opposition irréductible aux prétentions de la Serbie. Mais il s'en faut que cette fidélité à tenir les engagements soit du goût de tous les allemands. Les hommes d'affaires notamment observent avec une certaine irritation que les intérêts de la Triple-Alliance paraissent subordonnés aujourd'hui à ceux de l'Autriche-Hongrie, que c'est la diplomatie de cette Puissance qui mène en réalité la Triplice et qu'elle a, d'ailleurs, manqué de prévoyance dans la crise actuelle, car il eût été facile de donner à la Serbie, dès ses premiers succès, de sérieux avertissements qui auraient borné son ambition à la conquête de la vieille Serbie, voire même de faire occuper par des vaisseaux austro-hongrois les ports de l'Adriatique, objet de ses convoitises. L'entente parfaite avec l'Italie permettait l'exécution d'une semblable mesure de précaution. Ce qui paraît inquiétant ici c'est que le véritable meneur de la politique de l'Autriche-Hongrie n'est pas le Comte Berchtold, mais bien l'Archiduc héritier, auquel on attribue des sentiments belliqueux et intransigeants.

La presse de tous les pays est en grande partie responsable du manque de sangfroid du public et elle entrave au lieu de la faciliter, l'action des Gouvernements par les nouvelles sensationnelles et par les articles tendancieux qu'elle ne cesse de publier. Les Ambassadeurs s'en plaignent amèrement.

Un autre danger pour la paix européenne c'est l'activité des agents de la Russie, officiels ou secrets, qui sont soupçonnés à Berlin de faire une politique panslaviste dans les Balkans et d'exciter les vainqueurs d'aujourd'hui contre l'Autriche et l'Allemagne.

Néanmoins l'opinion personnelle des Ambassadeurs de la Triple-Entente reste très rassurante quant aux complications européennes que pourrait faire naître le conflit austro-serbe. Le langage de M. Asquith au Guildhall a obtenu l'approbation,

non seulement de toute la presse britannique, mais aussi celle de Berlin et de Paris. Le premier Ministre anglais a été l'organe plein de bon sens et de mesure de l'opinion publique générale. Un autre symptôme favorable, c'est le désir manifeste de la Bulgarie d'arriver à une entente avec l'Autriche pour la solution de toutes les questions soulevées par la guerre. C'est dans ce sens qu'on interprête ici le voyage de M. Danor à Budapest.

34.

BRUXELLES, 2. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 22 novembre 1912, No. 281.)

Relations austro-serbes.

La presse austro-hongroise a été pendant quelques jours extrêmement nerveuse par suite de l'incident relatif au Consul de Prizrend. En supposant que M. Kochaska ait commis les fautes qu'on lui reproche, l'isolement dans lequel il a été placé peut très difficilement se justifier; il semble que la Serbie ait manqué de prudence en provoquant ce conflit et en envenimant, pour une cause relativement peu importante, une situation déjà fort tendue. L'affaire est réglée pour le moment, le Cabinet de Belgrade ayant consenti à ce qu'un fonctionnaire du Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères fasse une enquête sur place. Il reste à connaître le résultat de cette démarche et si celle-ci n'amènera pas le Gouvernement Austro-Hongrois à formuler une demande d'excuses et de réparation qu'il serait peut-être difficile à faire accepter.

En ce qui concerne la question posée par l'Autriche au sujet de la prétention serbe d'obtenir un port sur l'Adriatique, le Cabinet de Belgrade ne paraît vouloir y répondre que lorsque la conclusion de la paix nécessitera le règlement définitif de toutes les questions soulevées par la présente guerre. Toutefois, il est bien décidé à maintenir cette prétention. L'expérience de ces dernières années a démontré l'insuffisance d'un port sur la mer Egée. En effet, le bétail embarqué à Salonique sur de petits bateaux à marche fort lente arrivait en Italie en

fort mauvais état, et une partie de la cargaison périssait en route. Il n'en serait pas de même pendant une courte traversée de l'Adriatique. Quant à un port sur la côte dalmate, on craint d'y voir l'exportation soumise aux mêmes difficultés et vexations qu'elle le fut à la frontière hongroise. La question a un intérêt vital pour les Serbes.

Comme l'Autriche a également besoin d'obtenir de la Serbie des facilités et des garanties pour l'exportation de ses marchandises vers Salonique, un esprit réciproque de bienveillance serait tout indiqué et avec un peu de bonne volonté une solution satisfaisante pourrait être trouvée. Elle consisterait peut-être à construire une ligne de chemin der fer Danube-Adriatique à travers la partie sud d'un Monténégro agrandi, de donner en outre à ce petit royaume le port de San Giovanni de Medua et de dire aux Serbes qu'ils aient à s'entendre avec leurs frères slaves. D'après une assez bonne source le Cabinet de Vienne serait disposé à se rallier à ce projet. Si la question du port pouvait être résolue de façon satisfaisante, on croit que la Serbie se résignerait à l'autonomie de l'Albanie.

Les critiques que les prétentions de la Serbe subissent de toutes parts, l'isolement dans lequel elle se trouve, doivent lui donner à réfléchir et la disposer à la conciliation. **Malheureusement le Gouvernement serbe paraît être quelque peu débordé par le parti militaire grisé de succès. On compte à Belgrade sur le soutien de la Russie. On va même jusqu'à espérer que dans la partie sud de la Monarchie un soulèvement se produirait en faveur des frères slaves. Il est certain qu'il existe dans ces contrées une certaine agitation fomentée par l'influence des comités panslavistes de la Russie. Il est d'ailleurs intéressant de constater que depuis quelque temps la Galicie est également sillonnée d'émissaires et d'espions cherchant à exciter les Polonais et Ruthènes contre le Gouvernement Autrichien, faisant entrevoir aux uns la possibilité du rétablissenent d'une Pologne indépendante et promettant aux autres le retour à la Russie. Ce n'est pas le Gouvernement du Czar qui provoque, dit-on, cette agitation. L'attitude de Mr. Sazonow, dont l'état de santé est malheureusement redevenue très précaire, reste parfaitement correcte. Ce**

ne serait pas à Saint-Pétersbourg, mais à Paris qu'il faudrait chercher l'auteur de ces intrigues. Mr. Iswolsky, ne pouvant oublier l'échec que le Comte Aerenthal lui a fait subir lors de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine, serait sans cesse préoccupé de prendre une revanche.

On ne peut nier qu'il existe ici une certaine préoccupation. Comme toujours ce sont les articles à sensation de la presse et son langage exagéré qui excitent les esprits. Toutefois les cercles officiels se montrent très calmes; le Comte Berchtold a prononcé devant les deux délégations des discours très réservés et très prudents. On voudrait évidemment pouvoir éviter la guerre; **quant aux dispositions particulièrement belliqueuses de l'Archiduc héritier, il y a là une vieille légende que rien ne vient justifier. Il est vrai qu'on procède sous main à certains préparatifs militaires et qu'on renforce les garnisons aussi bien dans les provinces du sud qu'en Galicie, mais il n'y a pas là de mobilisation proprement dite: on ne veut pas être pris au dépourvu.**

35.

BRUXELLES, 2. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 24 novembre 1912, No. 284.)

Tension des relations austro-serbes.

L'Archiduc héritier vient de passer quarante huit heures auprès de l'Empereur d'Allemagne. Il s'agissait d'une partie de chasse prévue et le fait n'avait rien d'anormal. Mais la rapide excursion que le chef de l'état major de l'armée austro-hongroise a fait au même moment à Berlin pour y conférer avec son collègue de l'armée allemande a produit ici une véritable sensation. La démarche du Lieutenant-Général Chemna devait rester ignorée. Elle a été connue par une indiscrétion. On prétend maintenant que ce n'était que la répétition toute naturelle de l'entrevue qui a lieu tous les ans entre ces généraux, mais cette explication paraît fort improbable et on attribue au contraire à la dite entrevue une grande importance, démontrant la gravité de la situation politique actuelle. Déjà

vers la fin de l'été il avait été question d'un essai de mobilisation en Russie auquel il fallait, disait-on, n'attacher aucune importance. **Depuis lors et notamment depuis quelques jours les journaux autrichiens parlaient, en termes d'ailleurs assez vagues, de rassemblements de troupes dans la Pologne russe et constataient le ton haineux et agressif de la presse moscovite à l'égard de l'Autriche-Hongrie. Depuis hier on est ici beaucoup plus précis. On affirme que des forces russes très importantes sont massées le long des frontières allemandes et autrichiennes et que trois divisions de cavalerie, fortes chacune de six régiments, sont prêtes, à la première alerte, à entrer en Galicie.**

Quoique défense sévère soit donnée à la presse par les deux Gouvernements de la Monarchie de publier une nouvelle quelconque relative à des dispositions militaires, on ne cache plus ici qu'on a recours à des mesures du même genre. Les congés sont révoqués, les officiers renvoyés à leurs régiments et les trois corps d'armée du Nord considérablement renforcés.

Toutes ces dispositions ne cadrent guère avec les affirmations pacifiques du Ministre russe des Affaires Etrangères et l'ordre donné tout récemment par l'Empereur Nicolas à son Ministre de la Guerre de déclarer faux tout bruit de mobilisation. **Mais il semble que le Gouvernement du Czar serait sur le point de se sentir débordé par l'opinion publique et qu'il se croirait obligé de prendre certaines précautions préventives. D'aucuns même émettent l'avis que la question serbe serait refoulée au second plan et que l'agitation des Comités panslavistes aurait pour but une attaque directe contre l'Autriche-Hongrie.**

Quelque malveillantes que les dispositions régnant dans le monde panslaviste puissent être à l'égard de l'Autriche-Hongrie, il est cependant impossible de provoquer une guerre devant presque nécessairement mener à une conflagration générale, sans une cause ou tout au moins un prétexte plausible. Ce serait évidemment la question serbe qui devrait le fournir.

Un compromis paraît encore parfaitement réalisable. D'après certains renseignements, en effet, une nouvelle proposition émanant de Mr. l'Ambassadeur d'Italie à Paris et de Mr. le Président du Conseil des Ministres français aurait reçu ici un

accueil assez favorable. Elle consisterait à internationaliser une bande de terrain et un port sur l'Adriatique et de mettre le tout à la disposition de la Serbie.

Le Ministère de la Guerre austro-hongrois, toutefois, vient de décréter la mobilisation (rappel de trois classes de réservistes) de neuf corps d'armées, soit les 1r, 2e, 6e, 10e et 11e pour la Galicie et les 7e, 10e, 13e et 16e pour le sud de la Monarchie.

36.

BRUXELLES, 2. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Paris du 24 novembre 1912, No. 3485.)

Affaires d'Orient. Conflit austro-serbe.

Le Gouvernement français paraît soucieux de la situation internationale, bien qu'il continue à croire qu'aucune grande puissance ne désire la guerre.

Il est difficile de prévoir comment finira le conflit austro-serbe. Les deux parties paraissent également décidées à ne pas reculer: l'on ne voit pourtant pas bien d'où vient l'insistance de l'Autriche, s'il ne s'agit pas uniquement d'une raison d'amour-propre.

Ce qui inquiète le monde politique français, c'est que la guerre entre l'Autriche et la Serbie entraînerait vraisemblablement la guerre générale, attendu que l'Allemagne a promis à son alliée le concours de ses armes, et que, dans ces conditions, l'opinion publique russe pousserait sans doute le Gouvernement de St. Pétersbourg à entrer en ligne, — et cela, avec une telle force qu'il lui serait difficile de résister.

Le Cabinet de Vienne explique ses mouvements de troupes par des nécessités intérieures; et il est incontestable que les Slaves de l'Empire se remuent beaucoup et sont assez menaçants.

On prétend même que les Serbes reçoivent de ces congénères des encouragements incessants, et que ces démarches doivent avoir une certaine influence sur l'opiniâtreté du Cabinet de Belgrade.

Si la guerre n'éclate pas, on est convaincu à Paris que la situation balkanique ne pourra se régler que par un congrès. Dès le mois d'octobre dernier, le Gouvernement français avait fait une proposition en ce sens; à cette époque, le Gouvernement allemand avait réservé sa réponse: il semble que, depuis lors, il ait reconnu la nécessité d'un congrès, car on croit savoir qu'il s'est entretenu déjà avec ses alliés du programme que l'on pourrait assigner à cette réunion: différend austro-serbe, limites de l'Albanie, le sort à faire à Constantinople et à Saloni que, les îles de la Mer Egée.

La visite que vient de faire à Berlin l'héritier de l'Empire d'Autriche peut être considérée, jusqu'à un certain point, comme une affirmation de l'entente des deux Gouvernements; mais elle était inutile, car l'Empire d'Allemagne a fait savoir à Belgrade qu'il se tiendrait à côté de son allié. **D'autre part, on ne peut douter que l'Empereur Guillaume n'ait engagé son hôte à se montrer conciliant et aussi pacifique que possible.**

Si la question d'Asie se mêlait aux problèmes devant lesquels se trouve aujourd'hui l'Europe, il en résulterait une terrible complication. Une certaine agitation se manifeste déjà en Arménie où l'on tourne les yeux vers St. Pétersbourg: il est à souhaiter que ce mouvement ne s'étende pas.

37.

BRUXELLES, 5. 12. 12.

(Extraits d'un rapport de Belgrade du 26 novembre 1912, No. 134.)

Conflit austro-serbe. Albanie.

Le point de vue autrichien a beaucoup varié depuis le commencement de la guerre balkanique. Le Cabinet de Vienne avait toujours considéré comme un intérêt essentiel de maintenir une séparation géographique entre les royaumes de Serbie et de Monténégro, en ne permettant à aucun d'eux la prise de possession du Sandjak de Novi-Bazar.

Les Serbes et les Monténégrins, au début des hostilités, en vue de ménager les susceptibilités de la Monarchie voisine,

se tinrent éloignés de sa frontière, dont ils ne se rapprochèrent que lorsqu'ils s'aperçurent qu'on les laissait faire.

La première Puissance qui reconnut publiquement la faillite du principe du statu quo balkanique fut l'Autriche-Hongrie; et elle abandonna en même temps ses préventions contre la formation d'un bloc slave au sud de l'Empire. Mais, à Vienne, on insistait sur les garanties que la Serbie aurait à donner pour la sauvegarde des intérêts économiques de la Double-Monarchie.

Dès que le succès des armes serbes laissa entrevoir, pour le royaume, la possibilité de s'ouvrir une voie vers l'Adriatique en annexant une partie de l'Albanie, tout l'effort de l'Autriche tendit à faire à ce projet une opposition irréductible.

En fait, la chancellerie viennoise a obtenu, sous ce rapport, l'appui direct ou indirect de toutes les grandes Puissances. La Russie elle-même, pour ne pas troubler l'entente européenne, a fait déclarer à Belgrade qu'elle ne pourrait pas soutenir jusqu'au bout les prétentions serbes en Albanie.

On a été déçu ici de voir la Russie se joindre aux autres Puissances pour empêcher la réalisation des aspirations nationales; mais on ne croit pas, pour cela, que tout espoir soit perdu. On se dit sans doute que le sentiment panslaviste fort excité en ce moment, ne permettra pas aux Russes de laisser violenter la Serbie. On trouve un autre motif d'encouragement dans l'expérience toute récente qui a démonté la fragilité de la volonté de l'Europe. Pourquoi, suggère-t-on, les faits accomplis n'auraient-ils pas la même éloquence en Albanie qu'en Macédoine?

On semble donc espérer que, sous l'influence des événements, il se produira dans l'opinion européenne un revirement favorable aux revendications serbes. On se rend bien compte à Belgrade que l'union des Puissances est purement formelle et qu'elle ne résisterait pas à l'action séparée de l'une d'entre elles. Si l'Italie s'est associée à l'Autriche dans la question albanaise, c'est surtout pour éviter que son alliée ne soit tentée d'intervenir isolément. On soupçonne que toutes deux se réservent l'Albanie pour se la partager entre elles, dans le cas

d'une liquidation générale de l'Empire Ottoman qui procurerait, en Asie, aux autres Puissances, des avantages territoriaux auxquels elles ne pourraient pas prétendre.

Dans les milieux balkaniques, on considère l'érection de l'Albanie en Etat indépendant comme une création artificielle destinée à perpétuer, dans la peninsule, la situation troublée qui existait sous le régime turc. Ce serait un foyer d'agitation où les passions nationales seraient constamment tenues en éveil par les intrigues étrangères et, par conséquent, un voisinage dangereux, pour les autres Etats balkaniques. C'est pourquoi ceux-ci envisageraient une telle solution comme provisoire, au même titre que la constitution d'une Macédoine autonome. L'Europe aurait ainsi travaillé à entretenir un état de malaise dont elle a souffert depuis longtemps, et qui ne serait appelé à disparaître qu'au moyen d'une nouvelle guerre, laquelle pourrait entraîner une conflagration générale.

En résumé, jusqu'à présent, la diplomatie autrichienne a abandonné, l'un après l'autre, les principes sur lesquels elle prétendait baser sa politique orientale. Il ne serait donc pas impossible que la Serbie finît par gagner sa cause, si l'Europe trouvait une formule propre à sauvegarder la dignité de l'Empire austro-hongrois.

38[1]).

BRUXELLES, 7. 12. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 30 novembre 1912, No. 1500.)

Conflit austro-serbe.

Le voyage de l'Archiduc Héritier d'Autriche en Allemagne, bien qu'il ait eu pour prétexte un déplacement de chasse motivé par une invitation de l'Empereur a eu cette année une importance particulière, étant donnés la guerre balkanique et le conflit entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie. L'Archiduc a dit à Berlin que la monarchie austro-hongroise était arrivée à la limite des concessions qu'elle pouvait faire à sa voisine. L'Em-

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 96, S. 112.

pereur et ses conseillers ne lui ont pas moins prodigué des conseils de modération.

Peu de jours après le départ de François Ferdinand, a paru dans la Norddeutsche Allgemeine Zeitung un communiqué officieux, rédigé à la Wilhelmstrasse et destiné à rassurer les esprits que la nouvelle des préparatifs militaires de l'Autriche avait affolés. Il n'y a pas de doute que l'Empereur, le chancelier et le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères ne soient passionnément pacifiques. L'article de la Norddeutsche a causé un certain mécontentement à la Cour de Vienne. L'Archiduc-Héritier ne s'attendait pas, au lendemain de son voyage, à une déclaration aussi nette de la part de l'Allemagne et il s'en est plaint ici. Quels que soient les projets de M. de Kiderlen-Wächter destinés à concilier à son pays les sympathies des jeunes Puissances balkaniques, un fait absolument certain c'est qu'il veut fermement éviter une conflagration européenne. La politique allemande se rapproche sur ce point de celle de l'Angleterre et de la France, toutes deux résolument pacifiques et, si les sujets de polémique continuent d'être journaliers entre la presse de Paris et celle de Berlin, celle-ci a adopté un ton beaucoup plus conciliant à l'égard de la Grande Bretagne et de Sir Edward Grey en particulier.

Les relations entre les Gouvernements allemand et britannique sont meilleures qu'elles n'avaient été depuis longtemps et même, à ce qu'assure l'Ambassadeur de France, une détente très favorable au maintien de la paix se produit aussi entre les Cabinets de Berlin et de Paris.

Amener l'Autriche à se montrer plus traitable, comme on croit ici que le Gouvernement Impérial y a réussi, cela ne suffirait pas pour apaiser le conflit. Il faut encore faire fléchir la résistance opiniâtre de la Serbie à une diminution de ses prétentions. A la fin de la semaine dernière, le bruit courait dans les chancelleries européennes que M. Sassonow renonçait à lutter contre le parti de la Cour qui veut entraîner la Russie dans une guerre, quoique le sol de l'Empire russe soit miné par la révolution et sa préparation militaire encore insuffisante. Mais depuis que le Czar a reçu en audience

particulière l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie une impression de confiance a succédé à l'énervement de la semaine passée. M. Sassonow s'est, paraît-il, ressaisi et il joue activement auprès de la Cour de Belgrade le même rôle que la diplomatie allemande auprès de la Cour de Vienne. Sous l'influence des conseils russes l'intransigeance serbe va-t-elle se plier à un compromis dans la question du port de l'Adriatique? Or c'est là le nœud de la question. On est donc optimiste dans le monde diplomatique de Berlin. Mais on s'attend encore à recevoir de temps en temps des nouvelles, très alarmistes, auxquelles on devra d'autant moins ajouter foi qu'elles seront probablement l'œuvre des diplomates turcs. Le projet d'une conférence d'ambassadeurs qui aurait pour but de déblayer le terrain en amenant une entente préalable entre les six grandes Puissances pour la solution des questions importantes, telles que celle des îles de la Mer Egée et celle de l'Albanie, à laquelle est fatalement liée la question d'un port serbe sur l'Adriatique, a trouvé un accueil favorable à Berlin. L'idée de Sir Edward Grey répond à une préoccupation de M. de Kiderlen-Wächter qui s'est plaint à diverses reprises de perdre un temps précieux et de n'aboutir à aucun résultat par des échanges de vues de Cabinet à Cabinet. En les concentrant dans une seule capitale et en les confiant à diplomates expérimentés, on arriverait sans doute à un accord qui rendrait plus facile la tâche du Congrès appelé plus tard à régler les questions soulevées par la guerre actuelle.»

39.

BRUXELLES, 7. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 4 novembre 1912, No. 194.)

L'interview de M. Sazonow au sujet de la Roumanie.

Les déclarations contenues dans l'interview que M. Sazonow a accordée à un rédacteur du «Ruskoie Slavo» ont causé ici une vive satisfaction. L'approbation donnée à l'attitude qu'ob-

serve la Roumanie depuis le début de la guerre constitue un succès pour elle non seulement en ce qui concerne l'appui que ce «satisfacit» laisse présager de la part de la Russie, mais encore en ce qu'il justifie le Gouvernement (et par gouvernement il faut entendre la Couronne qui l'inspirait directement et exclusivement) vis-à-vis de l'opposition qui critiquait sa passivité.

Le .Représentant de la Russie assurait récemment le Gouvernement Roumain que l'on était disposé à Saint-Pétersbourg à seconder ses efforts pour obtenir les compensations auxquelles le pays pourrait éventuellement prétendre. Même initiative était venue de Paris, en dépit de remarques assez désobligeantes du «Journal des Débats», auxquelles M. Poincaré fit d'ailleurs mettre fin immédiatement. De l'inquiétude où l'on était plongé, il y a peu de temps encore, on a donc passé à la confiance. Le point noir que l'on apercevait du côté de la Néva s'est à tel point effacé qu'un de mes collègues, reçu tout dernièrement en audience par Sa Majesté, m'a assuré s'être laissé dire par Elle qu'«il n'y a plus de point noir que du côté de l'Autriche». Singulier et soudain revirement des choses où l'on voit les rapports russo-roumains empreints de méfiance évoqués par le Ministre des Affaires Etrangères de Russie pour affirmer qu'ils sont de nouveau consolidés et que la Roumanie ne peut qu'y gagner, alors que l'Autriche-Hongrie dont on assurait que la Roumanie recevait tous ses conseils, est toujours restée muette depuis le début de la guerre.

Quoiqu'il en soit, le contact entre les Puissances sur l'objet et les conséquences de leur intervention est ininterrompu; et de ce qu'il se prolonge, M. Poincaré qui, paraît-il, n'osait pas trop l'espérer, en tire un heureux augure. M. Sazonow semble confirmer cette impression dans son interview.

Au pont des Chantres comme ailleurs, on prévoit que le retour à l'ancien état de choses est impossible. Mais sur le «statu quo» une nouvelle théorie a pris naissance au Ballplatz, où l'on entendait plus désormais donner à cette formule l'acceptation ministérielle et l'initiative du maintien des frontières des Etats balkaniques telles qu'elles existaient avant les hosti-

lités, mais bien un sens plus large qui serait le maintien de l'équilibre politique tel qu'il était établi avant la guerre. On pourrait, de la sorte, concéder des agrandissements territoriaux dans la mesure où, par exemple, la Bulgarie augmentée d'un vilayet turc ne renverserait pas à son profit l'équilibre tel qu'il existait jusqu'ici par rapport à la Roumanie.

Un journal étranger croit pouvoir publier les prétentions de la Roumanie en cas de remaniements territoriaux assurant des avantages à la Bulgarie et à la Serbie; ce sont les suivantes: Garanties pour les Koutzo-Valaques de Macédoine au cas où cette province serait partagée entre la Serbie et la Bulgarie; renonciation de la Bulgarie à ses anciennes aspirations sur la Dobroudja; cession du fort de Silistrie et rectification de la frontière. Cette rectification, partant du fort de Silistrie, suivrait la route, établie sur une crête de montagnes, qui aboutit à Baleik au nord de la mer Noire. Elle augmenterait le territoire roumain d'une façon insignifiante; mais en revanche elle aurait une importance stratégique évidente par la cession de Silistrie, et elle apporterait une grande amélioration dans les relations de voisinage entre les deux pays.

Ces prétentions, modestes d'ailleurs, concordent absolument avec ce qu'on a dit, il y a plus de quinze jours déjà, des ambitions de la Roumanie. Il y a donc quelque raison de croire qu'elles peuvent correspondre à peu près à la réalité.

L'interview de M. Sazonow contient enfin une sorte d'assurance au profit de la Roumanie de la part des Etats balkaniques. Le Ministre des Affaires Etrangères, en effet, exprime la certitude que «ces Etats comptent avec elle comme un facteur politique important» et que la Bulgarie, notamment, «ne créera pas une situation qui lui rendrait difficile le maintien de son attitude loyale». De la part de l'Empire, protecteur des Etats balkaniques, ces paroles spontanées ont un prix dont on est justifié de se réjouir ici.

40.

BRUXELLES, 13. 12. 1912.

(Extrait d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 6 décembre 1912, No. 494.)

Relations austro-russes.

Les mesures militaires qui se poursuivent en Russie, avec autant d'activité que de mystère, prouvent qu'on peut se préparer à toutes les éventualités, tout en souhaitant ardemment la paix, et même en y croyant. Ce désir et cette confiance sont également sincères dans l'esprit du Gouvernement russe — et cela pour différentes raisons.

Le Ministre de l'Intérieur a dit récemment qu'il ne pouvait répondre des événements, si la guerre éclatait. M. de Bethmann-Hollweg a déclaré d'autre part la résolution de l'Allemagne d'aider l'Autriche si elle était attaquée. Le Gouvernement russe qui pensait naguère encore que l'Allemagne ne se lancerait pas dans une guerre pour la question des Balkans a dû se rendre à l'évidence. Enfin, bien des officiers et parmi eux plusieurs des plus sérieux, estiment que le matériel de l'armée n'est pas à la hauteur des circonstances. D'ailleurs l'impression prévaut ici que la Serbie modère insensiblement ses prétentions. Les propos récents de M. Pachitch en témoignent: les exhortations de M. de Hartwig devenu enfin plus docile aux instructions de Pétersbourg y contribuent.

L'armée, cependant, souhaite la guerre. Elle y voit l'occasion de racheter la campagne russo-japonaise. L'enjeu de cette dernière laissait le peuple russe indifférent: l'animosité contre l'Autriche, au contraire, unit toutes les classes de la nation. Cette rancune remonte jusqu'au commencement du XIXe siècle, à l'occupation par les troupes autrichiennes de Cattaro, évacué par l'Empereur Alexandre; pour le grand public, au Congrès de Berlin, qui valut à l'Autriche plus d'avantages territoriaux qu'à la Russie et aux épisodes de la rivalité austro-russe dans les Balkans. **On exprime moins le désir de soutenir la Serbie que de «régler les comptes».**

41.

BRUXELLES, 24. 12. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 16 décembre 1912, No. 1560.)

Négociations de paix. Osman Nizami Pacha à Berlin.

Osman Nizami Pacha, Ambassadeur de Turquie à Berlin s'est arrêté quelques heures en cette ville en se rendant à Londres. Il a été reçu par M. de Kiderlen-Waechter qui a été mécontent du langage que lui a tenu le délégué ottoman à la conférence de la paix.

Nizami Pacha, en sa qualité de militaire est partisan de la reprise des hostilités, si les alliées persistent dans leurs prétentions. Il a vanté la réorganisation de l'armée ottomane qui a soif d'une revanche et s'est dit persuadé qu'elle l'obtiendra. M. de Kiderlen s'est appliqué à modérer ces sentiments belliqueux. **L'Allemagne désire fermement la conservation de la paix européenne et la première condition de son maintien, c'est le rétablissement de la paix balkanique.** La Turquie n'aurait rien à gagner à une conflagration générale. Si elle s'est fortifiée de façon à pouvoir soutenir une guerre défensive, on croit à Berlin qu'elle n'est pas en état de prendre l'offensive contre un ennemi qui occupe lui aussi de très fortes positions; la reprise des hostilités n'amènerait vraisemblablement que des sacrifices inutiles et coûterait des torrents de sang dépensés en pure perte. C'est là le thème que le Secrétaire d'Etat a développé à Nizami Pacha avec une conviction qui a dû faire impression sur l'esprit de son interlocuteur.

A la légation de Bulgarie on croit à des négociations longues et difficiles, mais on a bon espoir dans leur résultat. Il m'a semblé que cette espérance était faite surtout du désir que les pourparlers ne soient pas rompus. L'armée bulgare semble être épuisée par ses victoires. Elle sera obligée, si elle doit lutter encore, de mettre en ligne des conscrits de 18 à 19 ans, n'ayant que quelques semaines de préparation militaire.

En ce qui concerne l'attitude de l'Autriche-Hongrie, la même incertitude continue de régner ici. A l'Ambassade Impériale on assure que le Gouvernement austro-hongrois est disposé à

faire à la Serbie de larges concessions dans le règlement de leurs rapports économiques, mais qu'il se montrera inflexible dans la question du port de l'Adriatique et dans celle de l'intégrité du territoire destiné à composer la principauté d'Albanie ce qui exclu toute idée d'abandonner à la Serbie une bande de terrain pour la construction d'un chemin de fer la reliant à l'Adriatique. On se demande si le Cabinet de Vienne résistera au désir de donner une leçon à la Serbie dont l'attitude a lassé sa patience.

42.

BRUXELLES, 24. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 16 décembre 1912, No. 303.)

La question albanaise. Les relations austro-serbes.

Les Etats alliés balkaniques auront non seulement à vaincre les difficultés relatives à la conclusion de la paix avec la Turquie et au partage des contrées conquises, mais ils devront aussi se défendre contre les tendances qui vont se faire jour pour la constitution d'une Albanie autonome. On paraît décidé à déclarer ce nouvel Etat neutre sous la garantie des Puissances. Mais quelles en seront les limites et comment pourra-t-on s'entendre pour les établir? Déjà une carte a été publiée qui comprendrait Janina au Sud-ouest, Prizrend et même Uskub au Nord-est. En ce qui concerne cette dernière ville la prétention est par trop exagérée, mais, sous cette réserve, il y a tout lieu de croire que l'Autriche-Hongrie soutiendra les prétentions des Albanais dans une mesure aussi large que possible au grand détriment des visées serbes, monténégrines et grecques.

Quant au conflit austro-serbe pour la question du port sur l'Adriatique, il devient de moins en moins douteux qu'on devra accepter à Belgrade la solution sur laquelle les Puissances auront établi un accord, mais il serait extrêmement désirable que cette solution fut telle que la Serbie put s'y soumettre de bonne grâce. Il faudrait arriver à un compromis satisfaisant plus ou moins les deux Etats et dans ce but on devrait montrer à Vienne des dispositions un peu conciliantes. Il semble qu'on aurait d'autant plus

d'intérêt à le faire qu'on veut obtenir de la Serbie des facilités et des garanties pour «la libre route commerciale vers Salonique».

Malheureusement on ne voit jusqu'à présent aucun symptôme permettant de croire qu'on est disposé à entrer dans cette voie. Or, si la Serbie doit se soumettre dans la question du port à une solution par trop pénible, non seulement elle n'ira pas au devant des désirs de l'Autriche-Hongrie, mais elle se laissera peut-être entraîner à des représailles, par exemple en proclamant un «boycott» de marchandises provenant de la Monarchie. Il en résulterait la continuation d'une situation extrêmement tendue qui risquerait fort de dégénérer tôt ou tard en un conflit armé. C'est ce dont on se rend évidemment compte ici. Le Ministre des Affaires Etrangères austro-hongroises ne cache d'ailleurs pas son appréhension à ce sujet. L'animosité contre la Serbie était déjà grande avant ces derniers événements. La blessure d'amour-propre infligée par ses succès militaires a été trop brusque et trop vive et toute avance faite serait considérée comme trop humiliante. C'est dans cet état des esprits que réside le danger.

Le parti militaire profite de cette situation pour dire bien haut qu'il faut apporter une solution définitive à la question serbe et le fait est qu'on s'arme ici comme si la guerre était absolument imminente. On continue à rappeler les réservistes dans une mesure qui équivaut presque à une mobilisation générale. Les officiers en service actif complètent leur équipement au point de vue d'une campagne d'hiver. Les autres achètent tout ce qui leur est nécessaire en prévision d'un prochain appel. Ceux qui sont dans les garnisons le long des frontières ont reçu l'ordre d'éloigner leurs familles. Tous sont à peu près convaincus qu'ils vont se battre et c'est tout au plus s'ils admettent qu'on cherchera à traîner les choses en longueur de manière à ne devoir entrer en campagne qu'au printemps. Le changement de Ministre de la Guerre et surtout le retour du Général Conrad von Hötzendorff au poste de chef de l'état major n'ont pu qu'accentuer cet état des esprits.

Etant donné les assurances pacifiques de la Russie et la

probabilité que la Serbie devra céder dans la question du port, il semble qu'il y ait dans ces préparatifs quelque chose d'illogique et d'exagéré. Si c'est une démonstration de parade destinée à intimider l'adversaire, elle coûtera fort cher au pays et aurait été d'autant moins nécessaire qu'une attaque de la Serbie est dans tous les cas, fort improbable.

Il faudrait admettre au contraire que, décidé à ne faire aucune concession et prévoyant l'impossibilité d'une complète entente, ce soit ici le parti militaire qui l'emporte et qu'on ait contre l'Etat voisin des intentions agressives.

C'est entre ces deux suppositions qu'il faut, semble-t-il, chercher l'explication de cette attitude de l'Autriche-Hongrie, attitude belliqueuse en apparence, mais qu'elle serait sans doute fort satisfaite de pouvoir modifier.

43.

BRUXELLES, 3. 1. 1913.

(Extrait d'un rapport de Paris du 29 décembre 1912, No. 3840.)

Conflit austro-serbe.

Les cercles politiques parisiens se montrent encore très soucieux de la situation générale. Ils espéraient, ces derniers jours, un commencement de démobilisation en Autriche; et rien n'est survenu.

Ils admettent parfaitement que l'Empire dualiste est le «grand vaincu» de la crise balkanique. Il doit renoncer jusqu'à un certain point à son programme de cinquante ans: la poussée vers l'est; Salonique lui échappe, et le renforcement slave dans les Balkans constituera une puissance d'attraction dangereuse pour ses provinces orientales. L'Autriche a pu croire de bonne foi, au début de la crise, que la Russie esquissait une mobilisation; mais elle a dû revenir de cette erreur; une partie de ses armements peuvent avoir un but intérieur et elle trouve plus prudent d'enrôler les jeunes gens des provinces slaves et polonaises où l'esprit public est assez excité; mais il est extraordinaire et inquiétant qu'elle n'ait pas marqué par un affaiblisse-

ment de ses moyens militaires, les preuves qu'elle a reçues récemment des dispositions conciliantes de la Serbie.

On dit que l'Autriche n'entend pas changer d'attitude avant que l'on ait procédé à la délimitation de l'Albanie; c'est précisément cette interprétation qui est alarmante, car elle marque l'antagonisme continuel qui existe entre les intentions conciliantes et pacifiques du Comte Berchtold et les visées du parti militaire.

L'autonomie de l'Albanie et l'accès de la Serbie sur l'Adriatique par un simple port de commerce constituent un succès pour le Cabinet de Vienne et sont acceptés aujourd'hui par l'Europe; mais maintenant surgit la question de Scutari: que nous réserve demain?

Ce qui peut donner confiance dans le maintien de la paix générale, c'est l'attitude des Puissances. **Toutes veulent sincèrement la paix, et l'Empereur Guillaume se distingue tout particulièrement par ses intentions pacifiques. On a la confiance que si un conflit surgissait encore entre l'Autriche et la Serbie, la Russie resterait neutre, et par conséquent l'Allemagne n'aurait pas à intervenir. Mais on se demande si le Cabinet de Pétersbourg, poussé par les panslavistes, pourra encore longtemps supporter les concentrations de troupes autrichiennes le long de ses frontières. Jusqu'ici il s'est borné à garder sous les armes une classe de milice; les bruits qui circulent depuis deux jours au sujet de nouveaux armements de la Russie sont faux; mais ne deviendraient-ils pas vrais?**

41.

BRUXELLES, 16. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de Londres du 19 décembre 1912, No. 712.)

Articles du «Daily News» sur l'attitude à prendre par l'Angleterre en cas de conflit européen.

Le «Daily News» a publié dernièrement de fréquents articles priant le Gouvernement de Londres de déclarer hautement qu'un conflit éventuel au sujet de la crise orientale n'intéresse pas la Grande Bretagne et que si les Grandes Puissances se laissent

entraîner à la guerre, l'Angleterre ne les suivrait pas. Ce journal reflète les idées d'un parti assez nombreux dans les rangs de la gauche avancée, dit «le parti de la paix à tout prix». Il est en principe favorable à des arrangements amicaux avec l'Allemagne et critique constamment la cordiale entente avec la France, de nature à pousser le Royaume-Uni dans des aventures.

Le Gouvernement n'a rien dit ou fait pour encourager les vues dont il s'agit. M. Asquith et Sir E. Grey ont, au contraire, souvent parlé de la fidélité de l'Angleterre à ses amitiés et à ses engagements.

Le Foreign Office désavoue de son côté toute responsabilité pour les articles de ces organes de la presse. Un diplomate a récemment fait une tentative directe auprès de Sir E. Grey, en vue de lui faire dire si oui ou non, l'Angleterre se considérerait comme solidaire de la France et de la Russie dans un conflit européen, suscité par le différend austro-serbe. Comme on pouvait s'y attendre, le Ministre des Affaires Étrangères s'est contenté de lui répondre: «Cela dépendrait des circonstances» et s'est refusé à entrer dans d'autres explications.

Dans les milieux politiques anglais on remarque une grande répugnance à voir l'Angleterre participer à une guerre européenne, tempérée par deux considérations: l'idée de ne pas abandonner la République si elle était injustement attaquée par l'Allemagne et surtout la pensée que si la France devrait jamais être écrasée par les forces impériales le tour de ce pays-ci viendrait ensuite.

45.

BRUXELLES, 18. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 7 janvier 1913, No. 19.)

Affaires d'Orient.

La question du port serbe paraît aujourd'hui réglée. D'autre part, les Puissances seraient d'accord quant à l'agrandissement de territoire de la Grèce, lequel comprendrait Janina. Quant aux limites nouvelles de la Serbie, outre l'acquisition d'une partie du Sandjak, la majorité des Puissances serait disposée

à fixer comme frontière ouest le cours de la Drina, tandis que la Serbie réclame entre elle-même et l'Albanie, un tracé plus occidental, à savoir la ligne de séparation des eaux.

En ce qui concerne le Monténégro, l'Autriche estime que l'Albanie doit s'étendre au Nord jusqu'aux frontières de la Tchernagora. La Russie, au contraire, soutient le Monténégro dans son désir d'annexer le Nord de l'Albanie, y compris Scutari.

En elle-même la question, n'affectant pas directement les intérêts de la Russie, paraîtrait d'ordre secondaire, n'était l'influence en haut lieu du parti militaire intransigeant. Par suite, tout le pacifisme des Ministres de l'Empereur ne peut imposer silence à ceux qui proclament l'impossibilité de reculer une fois de plus devant l'Autriche. L'affaire se compliquera peut-être de ce que l'Italie pourrait difficilement se rallier à l'attitude antimonténégrine de la monarchie dualiste.

Tout récemment, le Gouvernement de Pétersbourg a fait une démarche courtoise auprès de celui de Vienne et lui a représenté la situation difficile que crée la persistance de l'Autriche à rester sur un pied de mobilisation. La réponse fut que rien ne pouvait être changé avant le règlement de la question d'Albanie. Le Gouvernement russe est donc obligé de continuer, lui aussi, ses préparatifs militaires.

46.

BRUXELLES, 21. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 8 janvier 1913, No. 53.)

La question de la paix dans les Balkans. — La situation internationale.

On ne croit pas dans les sphères officielles que la guerre puisse recommencer dans les Balkans; les grandes Puissances sont unanimes pour ne pas le vouloir, et il semble que le Gouvernement ottoman demande seulement qu'on lui force la main.

L'accord des Puissances est complet quant au sort d'Andrinople qui est d'ailleurs à la veille de capituler. L'entente est moins parfaite en ce qui concerne les îles de l'Archipel; mais

celles-ci sont nombreuses et prêtent par conséquent à des combinaisons de nature à satisfaire chacun.

Les armements de l'Autriche ne sont plus un sujet d'inquiétude depuis les explications loyales que le Cabinet de Vienne a données sur ce point à celui de St. Pétersbourg. La Russie ne désarme d'ailleurs pas.

De grosses difficultés sont encore à régler telles que les frontières de l'Albanie et le différend roumano-bulgare qui n'a pas fait un pas jusqu'ici; mais on peut espérer que l'Europe unanime et pacifique empêchera les ruptures dangereuses.

47.

BRUXELLES, 22. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 13 janvier 1913, No. 102 et du 13 janvier 1913, No. 103.)

Guerre des Balkans. Intervention des Puissances.

Les milieux officiels français se montrent maintenant aussi pessimistes qu'ils étaient optimistes il y a huit jours.

Les Puissances, dit-on, sont d'accord pour faire une démarche à Constantinople, invitant la porte à céder Andrinople aux Bulgares; mais l'on sait déjà que le Gouvernement ottoman ne cèdera pas. Qu'arrivera-t-il ensuite? Pourra-t-on retrouver cet accord pour employer des moyens coërcitifs vis-à-vis de la Turquie?

Les Turcs connaissent toutes les divisions qui subsistent entre les grandes Puissances; et la question roumaine les engage à la résistance: ils spéculent, comme ils l'ont toujours fait, sur le défaut d'entente de l'Europe.

Le désaccord entre la Roumanie et les Bulgares est aussi très grave et très dangereux: le Cabinet de Bucarest se montre d'une grande intransigeance que l'on peut se demander à quel mobile et à quels conseils il obéit.

Il semble que le seul moyen de sortir de l'impasse serait un coup de force de l'armée roumaine s'emparant de Silistrie. Il y aurait alors un fait accompli devant lequel il serait plus facile

aux Bulgares de s'incliner que d'accepter la nécessité d'une cession bénévole.

Mais il est à craindre que le très pacifique Gouvernement russe ne soit plus maître de l'opinion publique surexcitée en ce moment, et qu'il soit contraint de prendre fait et cause pour les Bulgares. En admettant même qu'il ne prenne que des mesures conservatoires, de simples précautions, peut-on espérer que l'Autriche n'en fera pas au moins autant?

Si les sphères officielles françaises sont maintenant pessimistes, les milieux turcs de Paris témoignent, de leur côté, d'un profond découragement. Leur pays, disent-ils, est abandonné par l'Europe qui lui demande tous les sacrifices, s'acharnant sur les vaincus. La Porte, ajoute-t-on ne cèdera pas Andrinople, même sous la pression des Puissances: céder serait pour elle un suicide. Elle ne désire certes pas la reprise des hostilités, mais ne la redoute pas non plus: son armée est maintenant dans de bonnes conditions, qu'elle ne connaissait pas au commencement de la guerre. Les Turcs apprécient l'intérêt qu'ont les Puissances de voir les hostilités terminées. «Mais pourquoi, disent-ils, devons-nous faire tous les frais? Que l'Europe s'adresse aux alliés et leur recommande d'être plus modérés.»

48.

BRUXELLES, 1. 2. 1913.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg, le 13 janvier 1913, No. 32.)

Roumanie et Bulgarie. Médiation russe.

Les conversations entre M. Sazonow et le Ministre de Bulgarie à St. Pétérsbourg ont amené un nouveau résultat. Il est à peu près décidé qu'outre la cession territoriale déjà signalée et la renonciation à toute prétention sur la Dobroudja, le Gouvernement de Sophia reculera la frontière bulgare au sud de Mangalia, donnant ainsi à la Roumanie toute l'extension de côte nécessaire pour construire un port très vaste. Ainsi dis-

paraîtra le grief principal du Gouvernement de Bucarest, lequel se plaignait de n'avoir pas de port militaire.

Le Tzar Ferdinand et son Cabinet demanderont des engagements à la Roumanie, en échange de ce qu'ils considèrent comme une preuve de magnanimité. D'après eux, en effet, le Roi Carol et son peuple n'ont rien fait pour mériter le présent qu'on leur offre. Loin de rester neutre pendant la guerre, la Roumanie a constamment fait passer par son territoire des armes et des munitions pour l'armée turque. La Bulgarie exigerait donc, en cas de reprise des hostilités, l'appui militaire, si possible, et en tout cas diplomatique de sa voisine du nord.

La force principale de M. Sazonow réside dans sa loyauté et dans la confiance qu'il inspire. Il a tout naturellement assumé le rôle de conciliateur entre les Royaumes bulgare et roumain. Les Ministres de ces Etats à Pétersbourg font valoir auprès de lui, tour à tour, leurs arguments. L'Envoyé de Roumanie est venu lui montrer, par exemple, un vieux document dont il ressort qu'en 1390, Mircea, prince de Valachie, prenait, dans un traité avec le Roi de Pologne, le titre de «despote de Silistrie».

Il est prématuré de dire que les bons offices de M. Sazonow en faveur du Gouvernement de Bucarest ébranlent dès à présent les relations étroites de l'Autriche-Hongrie avec le royaume moldo-valaque. Celui-ci, néanmoins, serait excusable de prêter l'oreille aux avances de Pétersbourg, et aux encouragements que donne la Russie à ses visées, chimériques peut-être, mais tenaces sur la Bukovine et la Transsylvanie. Resserrée désormais entre les deux adversaires de l'Autriche, l'Empire moscovite et le bloc des Puissances balkaniques agrandies, la Roumanie se trouve actuellement à ce qu'on est convenu d'appeler «un tournant de route».

49.

BRUXELLES, 3. 2. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 27 janvier 1913, No. 237.)

La situation internationale et la question balkanique.

Le Quai d'Orsay envisage la situation internationale d'une façon plutôt optimiste.

Il est évident que le pronunciamento de Constantinople a remis en question bien des choses qui semblaient réglées; l'avenir est incertain et des complications sont possibles; mais jusqu'ici l'accord des grandes Puissances reste entier. Les conversations que les Ambassadeurs de France ont eues, ces jours-ci, à Berlin et à Vienne sont, à ce point de vue, pleinement satisfaisantes.

On s'attend à ce que la réponse du Gouvernement ottoman constitue un refus de céder Andrinople; les Puissances y répondront-elles par une nouvelle note ou laisseront-elles marcher les alliés? Aucune décision n'est encore prise à cet égard. Quant à une démonstration navale, elle est peu probable; l'Allemagne ne voudrait pas s'y associer, et il est même douteux que l'on ait le concours de l'Autriche-Hongrie.

Jusqu'ici aucun fait n'indique des préparatifs pour une contre-révolution à Constantinople; mais il est certain que le parti qui a pris le pouvoir ne s'appuie sur aucun élément sérieux et n'a pas d'hommes. Le langage tenu récemment aux Ambassadeurs par le nouveau Grand Vizir a été navrant, incohérent. Le Sultan serait défavorable à l'entreprise d'Enver Bey.

On ne croit pas au Quai d'Orsay que ni l'Allemagne, ni l'Autriche avancent de l'argent à la Turquie. Avant la révolution, la France avait proposé de donner une certaine somme, relativement minime, à la Porte pour payer les fonctionnaires; mais depuis le pronunciamento, elle est résolue à ne plus faire aucune avance.

Il reste vrai qu'aucune Puissance ne désire la guerre; on ne croit pas que l'Autriche fasse exception, et on semble toujours porté à croire que le renforcement de l'armée de l'Empire dualiste

vise plus l'ennemi du dedans que celui du dehors; on craint toujours à Vienne des mouvements des populations slaves.

Les journaux de Berlin et de Vienne insinuent que la France et la Russie ne seraient pas fâchés de saisir l'occasion pour procéder à un partage de la Turquie d'Asie. Le fait est absolument démenti au Quai d'Orsay; on fait, au contraire, tous les efforts possibles pour empêcher la question d'Asie de venir à l'ordre du jour; mais on ne trouve pas mauvais que cet épouvantail soit présenté par la presse à la Turquie; cela complète le sens de la note remise à la Porte par les Puissances qui lui promettaient, si elle cédait aux conseils qui lui étaient donnés, de veiller à la sauvegarde des autres parties de l'Empire ottoman.

50.

BRUXELLES, 20. 2. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 11 février 1913, No. 166.)

Limitation des armements navals. Déclarations de l'amiral von Tirpitz. Bruit d'une conférence africaine à Berlin.

Le bruit soulevé dans la presse européenne par les déclarations de l'amiral von Tirpitz à la Commission du budget de l'Empire, l'importance qu'on leur a attribuée, les conséquences qu'on en a tirées ont dépassé sans doute l'attente et le désir du Gouvernement Impérial. La Gazette de Cologne, par un communiqué, suivi d'un article plus étendu paru le 10 février dans le No. 156, a été chargée de préciser l'interprétation qu'il faut donner aux paroles du Secrétaire d'Etat pour la marine.

Il ne s'agit pas de conclure avec la Grande-Bretagne une convention réglant la proportion à établir entre les navires de guerre des deux nations. De trop grandes difficultés, techniques et autres, s'opposeraient à la conclusion d'un pareil instrument diplomatique. En reconnaissant que la proportion de 10 à 16 ou de 2 à 3 était acceptable, l'amiral von Tirpitz ne visait que les dreadnoughts ou plutôt les escadres qu'ils composent; il n'apprenait d'ailleurs rien de nouveau à ses auditeurs, car cette proportion avait été énoncée et déclarée admissible par son

collègue anglais, le Secrétaire d'Etat pour la Marine W. Churchill dans un discours datant du mois de mars de l'année dernière. Le rétablissement de cordiales relations entre l'Allemagne et l'Angleterre ne dépend pas d'une convention limitant leurs armements maritimes. Le maintien d'une proportion raisonnable dans la construction de leurs unités de combat doit être au contraire une conséquence de l'amélioration des relations entre les deux peuples.

On peut répondre à la Gazette de Cologne qu'il ne tenait qu'au Gouvernement Impérial de ne pas donner communication à la presse des déclarations de l'amiral qui avaient un caractère confidentiel. S'il a agi autrement, c'est qu'il voulait sans doute fournir une preuve de sa bonne volonté à satisfaire les Anglais dans une question qui les intéresse si profondément et faire un premier pas considérable dans la voie du rapprochement. Le langage tenu vendredi dernier par l'amiral à la commission du Reichstag est nouveau, quoi qu'en dise la Gazette de Cologne; ni M. de Bülow, ni M. de Schoen, ni M. von Tirpitz lui-même, ayant à parler au Reichstag de la question de la limitation des constructions navales, n'avaient fait antérieurement une aussi grande concession au Gouvernement britannique. L'acceptation d'une proportion dans le nombre des dreadnoughts constitue donc une base — comme la Gazette de Cologne le reconnait elle-même — sur laquelle on peut arriver à un accord amical pour la solution de tous les problèmes possibles.

Il fallait d'ailleurs s'attendre à voir cet événement, grossi par les exagérations de la presse, être la cause d'une volée de fausses nouvelles, parmi lesquelles celle de la réunion d'une conférence africaine à Berlin. Ce bruit est démenti dans les cercles bien informés. L'Allemagne, y dit-on, a trop de difficultés à résoudre en ce moment en Europe, pour vouloir s'y créer d'autres en Afrique.

51.

BRUXELLES, 1. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 17 février 1913, No. 108.)

Russie et Autriche.

Il y a peu de jours encore, on pouvait se féliciter de ce que l'antagonisme austro-russe ne fut pas fixé sur un point assez défini pour créer un péril imminent. Ce danger est aujourd'hui plus proche, la querelle roumano-bulgare ayant atteint la période critique. Une intervention décidée du Gouvernement russe, à laquelle Mr. Sazonow craint d'être entraîné en faveur de la Bulgarie, amènerait logiquement celle de l'Autriche en faveur de la Roumanie.

Le ton des grands journaux est inquiétant, et leurs menaces se précisent. L'article du «Fremdenblatt» qui déclarait les Etats balkaniques capables de se développer désormais par leurs moyens propres, est généralement très mal accueilli. La «Novoie Vremia» y voit une insulte à la Russie, et une invitation à se désintéresser des Balkans.

Le «Rietsch» estime que l'Autriche prétend au patronage exclusif des royaumes slaves et que l'échange de lettres entre les deux Empereurs a plutôt empiré la situation. D'après ce journal, les différends austro-russes sont sur le point de prendre une forme concrète et ne pourront se résoudre que par les armes.

Ces gazettes et d'autres encore commentent avec triomphe la réponse impériale au télégramme que les convives du dernier banquet slave ont envoyé à Sa Majesté.

Le Ministre de l'Intérieur, à quelques jours de distance, a interdit, puis autorisé les «Banquets slaves». Le télégramme envoyé au Tsar exprimait «l'amour des Russes pour leurs frères qui combattent dans les Balkans, leurs sentiments de loyalisme envers le Trône, et l'espoir que la Russie place dans son Auguste Souverain».

Le télégramme envoyé en réponse, par ordre de l'Empereur, remerciait les convives pour leurs sentiments de sympathie exprimés à la cause balkanique.

52[1]).

BRUXELLES, 5. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 21 février 1913, No. 482.)

Mr. Poincaré et la politique nationaliste;
le nouvel ambassadeur à St. Pétersbourg.

La nouvelle de la prochaine nomination de M. Delcassé au poste d'Ambassadeur à Pétersbourg a éclaté hier aprés-midi, comme une bombe. Les journaux en donnaient la mention en même temps que le texte du message de M. le Président de la République. Il semble que la coïncidence était voulue; dans tous les cas, elle fut très remarquée et exerça une action déprimante sur la bourse.

La personnalité de M. Delcassé est très connue et assez significative. Il fut un des artisans de l'alliance russo-française et, plus encore, de l'amitié franco-anglaise.

Les incidents de son départ forcé du Quai d'Orsay sont présents à la mémoire de tous. Au bout de quelques années, lorsque M. Delcassé prit le Ministère de la Marine, on disait de toute part, que son retour au pouvoir n'était pas mal vu à Berlin, et l'Ambassade d'Allemagne le proclamait très haut.

Le mois dernier, des amis de l'éminent homme d'Etat, allaient le répétant, pour l'hypothèse où, au Congrès de Versailles, après d'éventuels scrutins inutiles, on eut voulu faire élire M. Delcassé comme outsider. Il n'était un secret pour personne qu'il le désirait; mais bien des hommes politiques eussent redouté ce choix dans la crainte de l'apparence d'une manifestation anti-allemande.

Il ne faut pas nécessairement donner cette interprétation au choix du nouvel ambassadeur à Pétersbourg. Cependant, il n'a sans doute pas déplu à M. Poincaré, le Lorrain, d'affirmer, dès le premier jour de sa magistrature, son souci de se montrer ferme et de tenir haut le drapeau du pays.

Dans les moments troublés où se trouve l'Europe, c'est là le danger qu'offre la présence de M. Poincaré à l'Elysée. C'est

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 99, S. 116.

sous son ministère que se sont réveillés les sentiments militaires du peuple français. On a vu sa main dans cette modification; il faut espérer que son esprit politique, pratique et froid, le défendra contre toute exagération dans cette voie.

L'accroissement notable des armements de l'Allemagne, qui survient au moment de l'entrée à l'Élysée de M. Poincaré, va augmenter le danger d'une orientation trop nationaliste de la politique de la France.

53[1]).

BRUXELLES, 6. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Londres du 24 février 1913, No. 113.)

Les armements en Allemagne et en France.

Les milieux politiques ont été émus et l'imagination du public fortement frappée par les vastes projets militaires de l'Allemagne, et plus encore peut-être par la réponse si prompte et si ferme de la France. Les deux gouvernements sont prêts à faire des sacrifices financiers considérables et paraissent soutenus par l'opinion dans les deux pays où seuls les socialistes font entendre une voix discordante.

La presse anglaise veut naturellement endosser à l'Allemagne la responsabilité de la nouvelle tension qui résulte de ses projets et qui peut apporter à l'Europe des sujets d'inquiétude nouveaux.

Beaucoup de journaux estiment que le Gouvernement français, en se déclarant prêt à imposer le service de trois ans, et en nommant M. Delcassé à Saint-Pétersbourg, a adopté la seule attitude digne de la Grande République en présence d'une provocation allemande.

Au Foreign Office, la position est appréciée d'une manière plus équitable et plus calme. On voit dans le renforcement des armées allemandes, moins une provocation que la constatation d'une situation militaire amoindrie par les évènements et qu'il importe de renforcer. Le Gouvernement de Berlin se voit obligé de reconnaître qu'il ne peut plus compter comme au-

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 100, S. 117.

paravant, sur l'appui de toutes les forces de son alliée autrichienne, depuis l'apparition dans le sud-est de l'Europe d'une puissance nouvelle, celle des alliés balkaniques, établie sur les flancs mêmes de l'Empire dualiste.

Loin de pouvoir compter en cas de besoin sur tout l'appui du Gouvernement de Vienne, c'est à celui-ci vraisemblablement que l'Allemagne devra prêter le sien. En cas de guerre européenne, elle devrait tenir tête à ses ennemis sur deux frontières, celle de l'est et celle du sud-ouest et diminuer peut-être ses propres forces pour aider l'armée autrichienne. **Dans ces conditions, on ne trouve rien d'étonnant à ce que l'Empire allemand éprouve le besoin d'accroître le nombre de ses corps d'armée. On dit au Foreign Office que le Gouvernement de Berlin avait très franchement exposé au Cabinet de Paris les motifs précités de son action.**

54.

BRUXELLES, 13. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Londres du 4 mars 1913, No. 122.)

Armements allemands et français.

Les projets militaires prêtés à la France, à l'Allemagne et à la Russie causent ici beaucoup d'émotion. A mesure que les bruits dont il s'agit se confirment et que les détails de ces plans sont révélés, on se rend compte combien la situation révèle dans ses flancs de possibilités inquiétantes pour l'avenir.

Lorsque les trois Puissances auront accompli les sacrifices financiers qu'elles ont résolu de s'imposer, — chacune ayant augmenté le nombre de ses troupes, leur situation respective, au point de vue des forces militaires, n'aura guère changé.

Seulement il est à craindre qu'après avoir fait un effort pécuniaire pareil, les peuples, bien décidés à ne pas continuer dans cette voie, ne se laissent aller à l'idée que la guerre est devenue une nécessité, et qu'il n'y a rien à gagner à patienter. C'est un grand danger. Ici, les deux partis politiques envisagent le problème de façon très différente: l'opposition se montre

plutôt favorable à un accroissement de l'armée, malgré les sacrifices que cette réforme pourrait entraîner, et même, s'il le faut, à une alliance avec la France. Si nous laissons écraser la France, dit la presse conservatrice, notre tour viendra ensuite. Le Gouvernement, au contraire, estime que la marine est assez forte pour toutes les éventualités probables et préfère l'entente à l'alliance, comme étant de nature à lui laisser plus de latitude. **Certes, le cabinet de Londres, dans certaines circonstances, pourrait devoir envoyer des troupes au secours de la République, par exemple si celle-ci était injustement attaquée, ou sur le point d'être anéantie par l'Allemagne. Mais d'autre part, si la France était la provocatrice, si le réveil chauvin que l'on remarque avait pour effet à Paris quelque défi à l'Empire allemand, le Gouvernement anglais serait heureux de pouvoir dire: « il n'y a pas d'alliance, l'entente ne nous oblige pas à tirer l'épée dans tous les cas, et ici la France est dans son tort.»**

Il est intéressant de noter le ton de l'**article de fond du Times d'hier, sur l'esprit nouveau. Il met les amis français en garde contre le chauvinisme provocateur, rappelle l'hystérie des foules parisiennes en 1870 et dit clairement qu'on parle trop en ce moment de l'Alsace-Lorraine. L'Angleterre n'approuverait pas une guerre de revanche. La Triple-Entente a pour but la paix et pour base l'équilibre européen et le statu quo. Cet article réflète sans doute les vues du cabinet britannique et constitue un véritable avertissement au Gouvernement de la République.**

55.

BRUXELLES, 22. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 8 mars 1913, No. 304.)

Allemagne et France.

L'Ambassadeur d'Italie à Berlin, M. Pansa, vient d'être mis à la retraite sur sa demande. Des divergences de vue avec son Gouvernement au sujet de la Guerre italo-turque, qu'il avait blâmée, ne pouvant pas prévoir que l'entrée en scène des Etats balkaniques transformerait en une opération avantageuse pour

l'Italie une campagne dont la durée menaçait de ruiner à la fois ses finances et son prestige militaire, l'avaient déterminé à donner sa démission il y a un an. Maintenu à son poste contre son désir, il a eu la satisfaction de contribuer l'automne dernier au renouvellement anticipé de la Triple-Alliance, et, en prenant un repos mérité par quarante années du service le plus actif, il emporte avec lui l'estime du Souverain auprès duquel il avait représenté avec honneur le Roi Victor Emmanuel et les regrets unanimes de ses collègues.

Son successeur, M. Bollati, est aussi un diplomate de carrière, qui vient d'occuper pendant six ans à Rome le poste de Secrétaire Général du Ministère des Affaires Etrangères. Il connait donc tous les ressorts et tous les secrets de la politique extérieure italienne et il deviendra vraisemblablement, comme son prédécesseur, persona gratissima à Berlin. Son arrivée a coïncidé avec l'envoi précipité de M. de Flotow à Rome. Le bruit court ici dans le corps diplomatique que ce n'est pas une pure coïncidence et que des négociations seraient engagées avec la Consulta en vue de **donner à l'Italie un rôle plus important dans la Triple-Alliance, de même que le caractère défensif de l'Alliance franco-russe est présumé devoir se modifier prochainement pendant la mission de M. Delcassé à Saint-Pétersbourg.** Ce bruit ne doit pas être accueilli sans réserve; mais il ne parait pas dénué de vraisemblance. On ne sait pas au juste si le nouveau champ d'action ouvert à l'Italie dans les opérations de la Triplice sera le bassin oriental de la Méditerranée (où la possession de Rhodes, comme base navale, lui serait assurée), ou bien les colonies françaises de l'Afrique du nord ou bien encore la frontière des Alpes. En cherchant à justifier les renforcements de l'armée allemande par la diminution de l'appui que lui prêterait éventuellement l'Autriche-Hongrie, obligée désormais de tenir en respect ses voisins balkaniques, on a passé sous silence ou complètement oublié la coopération militaire de l'Italie. C'est la conséquence de la circonspection excessive montrée par les troupes italiennes dans leur campagne en Lybie. Elles ne seraient cependant pas un facteur négligeable sur un champ de bataille européen et le Gouvernement Impérial songe peut-

être à leur procurer une occasion de se réhabiliter, tout en contraignant l'armée française à s'affaiblir par l'envoi d'un fort contingent sur la frontière italienne.

Ces intentions prêtées par plusieurs diplomates accrédités à Berlin, généralement bien informés, aux dirigeants de la politique allemande prouvent qu'on continue à envisager ici l'éventualité d'un conflit avec la France comme une chose possible et même prochaine. Et cependant, il n'y a peut-être entre Berlin et Paris qu'une déplorable méprise, une erreur entretenue par la presse des deux pays. Mr. Schiemann, par exemple, dans la Gazette de la Croix, écrivait encore mercredi dernier qu'il n'y a aucun doute que l'alliance franco-russe ne soit une combinaison ayant une pointe agressive dirigée contre l'Allemagne. Quant aux projets belliqueux attribués à cette dernière, il suffit d'ouvrir chaque matin un journal parisien pour s'en rendre compte. **De pareils desseins cadrent mal avec le caractère profondément religieux et pacifique de l'Empereur, dont le mysticisme semble s'affirmer de plus en plus dans les nombreux discours que Sa Majesté a l'occasion de prononcer cette année. Les glorieux souvenirs d'il y a cent ans, quand l'Allemagne luttait victorieusement pour recouvrer son indépendance et jetait sur les champs de bataille les fondements de son unité nationale y sont naturellement évoqués. Mais l'Empereur voit toujours dans ces évènements le doigt de Dieu qui a récompensé le peuple allemand de sa foi religieuse, en le délivrant du joug étranger. Ce n'est pas là le langage d'un homme qui médite des projets de guerre et de conquête.**

L'esprit des classes dirigeantes est loin, en revanche, d'être aussi pacifique. La haine de la France leur a été enseignée à l'école en même temps que le sentiment de la grandeur de l'Allemagne, destinée à dominer l'Europe. Cette hostilité et cet orgueil national leur font considérer une guerre avec leur voisin de l'ouest comme un mal nécessaire, inévitable, en vue d'assurer la suprématie allemande et de briser tous les obstacles, au moyen desquels la diplomatie de la République cherche à empêcher le développement de leur pays. Quand l'Empire s'appuiera sur l'armée active la plus colossale qu'on ait jamais vue, on peut

se demander si les idées pacifiques du Chef de l'Etat ne seront pas une digue insuffisante pour contenir l'exaltation et l'ardeur guerrière des classes supérieures de la nation.

56.

BRUXELLES, 25. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Sofia du 14 mars 1913, No. 54.)

Préparatifs de l'assaut final d'Andrinople. Les victoires bulgares et les méthodes et munitions françaises.

Des télégrammes parus dans les journaux français ont appris aux habitants de Sofia que le bombardement d'Andrinople reprenait avec une vigueur nouvelle grâce aux canons de siège du Creusot qui récemment arrivés feraient merveille. La prise de Janina a donc stimulé l'Etat Major; quoi qu'il en coûte, il semble qu'il va se décider à enlever la place d'assaut. Des renseignements recueillis dans les milieux militaires et journalistiques étrangers permettent de le supposer. C'est ainsi qu'à Sofia on prépare le plus de lits possibles pour recevoir les blessés. Mais selon sa coutume l'Etat Major veut que le public ignore ses plans jusqu'à leur réalisation; de cette façon, s'ils échouent, il est toujours temps de dire qu'il ne s'est agi que de tâter le terrain et non pas d'une opération à grande envergure. Il paraîtrait cependant que la belle résistance de Chukry Pacha touche à sa fin. Le rationnement se fait sévère à Andrinople et journellement 100 à 200 soldats turcs se livrent volontairement aux lignes bulgares qui, à certains endroits ne sont plus qu'à quelques centaines de mètres des remparts de la ville.

On voit de nouveau réapparaître à cette occasion la légende lancée en France au début de la guerre que les succès bulgares sont des victoires françaises et une défaite pour les méthodes et l'armement allemands. Les officiers bulgares n'ont pas fait leurs études en France comme le prétendent les journaux parisiens. La majorité s'est formée en Russie, quelques-uns en

Italie et d'autres, et non des moindres, font honneur à l'enseignement qui leur a été donné en Belgique à l'école de guerre ou à l'école d'application. L'artillerie, il est vrai, provient du Creusot; si elle a été adoptée, cela tient aux sentiments francophiles du Souverain qui l'a en quelque sorte imposée à l'Etat Major qui s'en montrait peu enthousiaste, et à la pression diplomatique de la France qui faisait de l'acceptation de ce matériel la condition de l'émission d'un emprunt bulgare à Paris. Le résultat des batailles ne permet pas de conclure à l'infériorité balistique du canon Krupp; il ne prouve qu'une chose: la supériorité du pointeur bulgare, et si celui-ci avait eu à faire campagne avec des pièces allemandes son succès eut été le même. Les accusations d'incurie lancées contre von der Goltz Pacha ne sont pas plus sérieuses. Le soin de réorganiser l'armée ottomane lui a été confié peu après la révolution turque. En 4 ans il ne pouvait constituer une armée digne de ce nom. C'est à partir de la chute de l'ancien Sultan que la politique a commencé à s'emparer du corps d'officiers. Jeunes-turcs, vieux-turcs et francs-maçons en ont détruit ainsi la cohésion. Au même moment on a commis la faute irréparable d'enrôler les populations chrétiennes. Ce sont ces soldats qui à Kirk-Kilisse ont les premiers donné le signal de la débandade et amené l'écroulement de la puissance militaire turque. En Bulgarie l'on est plus prudent: les Musulmans peuvent se racheter moyennant une taxe annuelle de 20 francs. Pour ce qui concerne les vivres, l'habillement, les médicaments, tous de provenance allemande, l'armée turque avait une supériorité évidente sur sa rivale, et celle-ci a été bien heureuse de trouver tout ce qui lui manquait dans les magasins abandonnés par l'ennemi. L'armée turque a péri par la politique et, même instruite par les officiers français, sa défaite était inéluctable.

57[1]).

BRUXELLES, 27. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 18 mars 1913, No. 338.)

Les préliminaires de la paix balkanique.

Les conditions inacceptables posées par les Etats balkaniques pour la conclusion de la paix s'expliquent par la certitude qu'ils ont de l'impossibilité où se trouvent les grandes Puissances de leur imposer leurs volontés.

D'après les informations du monde diplomatique de Berlin, un accord complet règnerait à Londres entre les Ambassadeurs qui ont reçu le mandat de préparer des solutions aux questions soulevées par la continuation des hostilités. Mais aucun d'eux n'est autorisé à rédiger un protocole, à tracer, même une virgule, sur une feuille de papier, sans l'assentiment préalable de son Gouvernement, et l'entente entre les différentes Puissances, qu'on jugeait trop longue et trop difficile à établir par des négociations entre Cabinets, ne parait pas plus aisée aujourd'hui à obtenir, depuis qu'on a recours au moyen suggéré par Sir Edward Grey et qu'on a constitué la réunion des Ambassadeurs accrédités à Londres comme une sorte de conseil délibératif, destiné à concilier les divergences de vues et à préparer le terrain pour une action commune des Puissances.

C'est précisément là que gît la difficulté de l'entente. Les désirs des Puissances ne peuvent se réaliser qu'à l'aide d'une pression exercée sur les Etats balkaniques. Jusqu'à présent l'unanimité fait défaut, dès qu'il s'agit de passer aux moyens d'action. On le sait à Sophia, à Belgrade et à Athènes, et cette inertie des grands Etats, qui s'est manifestée après les premières victoires des alliés, encourage ceux-ci à se montrer intransigeants.

Ils y sont poussés aussi par l'attitude de la Russie. **Les représentants des Etats balkaniques à Berlin ne font plus mystère aujourd'hui des liens étroits qui n'ont jamais cessé d'exister entre leurs Gouvernements et le Cabinet de Saint-Pétersbourg.**

---

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 102, S. 119.

Lui seul était au courant de l'alliance conclue entre eux et ils ont marché de l'avant que nantis de son approbation. La diplomatie russe tient pour ainsi dire en laisse celle des alliés qui reçoit d'elle ses instructions et va prendre son mot d'ordre. Mais la diplomatie russe a beaucoup varié elle-même depuis le commencement des hostilités. **Dans les milieux politiques français on ne cache pas combien il est difficile de compter sur l'esprit brillant mais versatile des hommes qui dirigent l'empire allié de la France. On s'y plaint en particulier, à maintes reprises, de l'influence conservée par M. Iswolsky, lequel poursuit une revanche personnelle contre l'Autriche-Hongrie et s'efforce de brouiller les cartes, quand celle-ci parait gagner la partie.**

A Berlin on croit cependant que la guerre approche de son terme, parce que les alliés, malgré le «bluff» dont ils abusent, sont très désireux de traiter. On croit que la question de Scutari se résoudra conformément à la volonté du Cabinet de Vienne appuyé par l'Allemagne et l'Italie, d'annexer cette place à l'Albanie et en dépit des tergiversations de la Russie qui ne peut se décider à abandonner le Monténégro. Quant aux îles de la mer Egée, il parait impossible de mobiliser une escadre internationale afin d'en chasser les Grecs qui connaissent la valeur de l'axiome «Beati possidentes». Enfin, en présence de l'obstination de la Bulgarie à réclamer une indemnité de guerre on se demande si la résistance de la France et de l'Allemagne ne fléchira pas et si dans les pourparlers qui seront engagés à Paris sur ce point spécial on ne trouvera pas moyen de donner quelques satisfactions au Cabinet de Sophia.

On est venu ici à désirer la chute d'Andrinople pour hâter l'acquiescement de la Turquie à des exigences qu'on juge d'ailleurs excessives et le maintien du Cabinet jeune-turc contre les essais de soulèvement d'une partie des officiers pour trouver des Ministres qui consentent à signer l'acte de déchéance de la domination ottomane en Europe.

58.

BRUXELLES, 10. 4. 1913.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 28 mars 1913, No. 89.)

La chute d'Andrinople: La situation présente.

La chute d'Andrinople a causé ici beaucoup d'abattement, mais l'on s'inquiète surtout de voir les Bulgares continuer leurs opérations à Tchataldja.

Jusqu'ici les combats dans cette région n'avaient pas eu une très grande importance, les Bulgares s'étant bornés à refouler sur leurs lignes de défense les Turcs qui avaient occupé plusieurs positions avancées. Mais à présent il paraît probable que l'ennemi se prépare à forcer ce dernier rempart de Constantinople. L'on croit ici dans la plupart des cercles diplomatiques que la Russie n'est pas étrangère à ce mouvement.

Le Cabinet de Saint-Pétersbourg paraissait désirer sincèrement, il y a quelques semaines encore, voir la paix rétablie dans la péninsule balkanique. **Maintenant on le soupçonne d'encourager, sous main, le Gouvernement à Sophia à continuer la lutte; son but serait d'arriver à greffer la question des détroits sur celle des Balkans.**

Plusieurs des attachés militaires ici croient que l'ennemi ne possède pas actuellement les moyens d'attaque suffisants à Tchataldja pour forcer cette ligne de défense et qu'il ne pourrait réussir qu'en faisant venir la grosse artillerie qui a servi devant Andrinople. Cela prendrait plusieurs semaines.

Si d'ici là l'action diplomatique de l'Europe ne réussit pas à rétablir la paix, une grande bataille décidera vers la fin d'avril à Tchataldja de l'existence de l'Empire ottoman.

Le ressentiment s'accentue parmi les partisans de l'entente libérale aussi bien que parmi les officiers de l'armée contre les Unionistes que l'on rend responsables — et non sans raison — de la situation lamentable de l'Empire. Les ennemis de Mahmand Chefket Pacha semblent pourtant disposés à le laisser au pouvoir jusqu'à la conclusion de la paix, ne voulant pas renouveller la faute des jeunes Turcs qui, en renversant Kiamil Pacha la veille du jour où il allait conclure la paix se sont mis dans une position intenable.

59.

BRUXELLES, 12. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 31 mars 1913, No. 184.)

Guerre des Balkans. La chute d'Andrinople. Le conflit roumano-bulgare.

La prise d'Andrinople et la possibilité d'une marche sur Constantinople donnent un nouvel essor à l'enthousiasme des panslavistes russes. Le Général bulgare Dimitriew a été acclamé à la sortie du «Te Deum», et fêté à une réception du Grand État Major. La police a craint un moment de voir les étudiants manifester aux abords de l'Ambassade d'Autriche. A l'issue des «banquets slaves», on a salué la prise prochaine de la capitale turque, et un télégramme a été envoyé au «Times», critiquant le discours de Sir Edward Grey, proclamant que l'opinion russe n'admettait pas qu'on limitât les conquêtes slaves, et déclarant qu'une pareille attitude nuisait aux sympathies russes envers la Grande Bretagne.

Quant à la presse: la «Novoie Vremia» et les journaux de même tendance conseillent aux alliés de continuer leur marche victorieuse sur Constantinople, — et confondent les succès bulgares avec le triomphe de l'idée russe. Les uns voient déjà la capitale ottomane remise aux mains de la Russie: les autres l'abandonnent aux Bulgares, et se contentent des «clefs de la Mere Noire» assurées à la flotte russe. **La «Novoie Vremia» cependant prédit que cette fois encore la diplomatie russe trembera devant l'Angleterre, «qui considère que tous les détroits du monde ont été donnés par Dieu à la Grande Bretagne».**

Beaucoup de journaux influents, d'autre part, — le «Rietsch» en tête, déconseillent aux alliés de continuer leur marche, estimant utopique l'idée de la possession définitive de Constantinople par les Slaves.

Aujourd'hui se tient la première conférence des Ambassadeurs à Pétersbourg, pour la médiation entre la Roumanie et la Bulgarie. Les délégués de ces deux Etats restent dans la

coulisse et ne sont pas admis aux délibérations. On examinera la proposition qui consiste à couper Silistrie en deux. La division ne pourrait se faire que parallèlement à la frontière et non perpendiculairement, à cause du pont que les Roumains réclament sur le Danube. Le Ministre de Roumanie a pour instructions de demander Silistrie comme condition «sine qua non». M. Sazonow, au contraire, déclare avoir appris de Bucarest que le Gouvernement du Roi Carol est disposé à s'incliner devant la décision des Ambassadeurs.

L'élément de conciliation est représenté par M. Sazonow. On comprend malaisément pourquoi le Cabinet roumain a décliné l'offre bienveillante que ce Ministre lui a faite à deux reprises, ces derniers temps, d'interposer officiellement ses bons offices entre les deux pays intéressés. Il est douteux que l'intervention collective des six Puissances, s'exerçant à Saint-Pétersbourg, amène une solution plus favorable pour la Roumanie.

60[1]).

BRUXELLES, 12. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 4 avril 1913, No. 422.)

Scutari—Conflit austro-monténégrin.

L'incident de Scutari est sans doute le plus grave qui se soit produit au point de vue européen depuis l'ouverture des hostilités balkaniques. Que le Roi du Monténégro s'entête dans sa résistance aux sommations de l'Autriche-Hongrie et à la pression des Puissances, cela se comprend du reste. Il joue sa couronne par suite de ses insuccès militaires, et il n'a chance de la conserver contre une révolution intérieure, conséquence probable de l'exaspération de ses sujets, qu'en devenant à leurs yeux la victime de la politique austro-hongroise. Mais il ne peut poursuivre le siège de Scutari qu'avec la coopération des Serbes. Or la façon dont ses derniers reçoivent les réclamations du Cabinet de Vienne ne s'explique que par l'appui qu'ils croient trouver à St. Pétersbourg. Le chargé

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 103, S. 120.

d'affaires de Serbie disait ici récemment que son Gouvernement ne serait pas allé de l'avant depuis six mois, sans tenir compte des menaces autrichiennes, s'il n'y avait pas été encouragé par le Ministre de Russie, M. de Hartwig, un diplomate de l'école de M. Iswolsky. Il faut avouer que l'événement a donné jusqu'à présent raison à l'audace aventureuse du Cabinet de Belgrade.

La politique russe témoigne une hésitation qui aggrave singulièrement la situation européenne. M. Sazonow est de cœur avec ses collègues qui dirigent la politique des Grandes Puissances, mais il sent son influence sur le Tzar battue en brèche par le parti de la Cour et par les Panslavistes. De là, les contradictions de sa conduite. Il adhère à Londres par l'organe de l'Ambassadeur de Russie au concert européen décidé à mettre à la raison le Monténégro, et il hésite à donner officiellement à la France le mandat de représenter son alliée russe dans le blocus des côtes monténégrines.

Qu'on soit las à Paris de ces tergiversations, cela ne fait pas de doute, mais on y subit en maugréant les conséquences de l'alliance et on se laisse entraîner dans une voie qui peut conduire à une guerre générale. A Berlin on n'est pas au fond plus satisfait de la direction imprimée à la Triple-Alliance dans la question balkanique par le Cabinet de Vienne, mais on fait meilleure figure et on envisage avec sang-froid les complications qui peuvent en résulter. Dans les déclarations pleines de réserve faites hier par le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères à la commission du Reichstag, le seul point sur lequel M. de Jagow se soit exprimé avec une netteté qui ne laisse aucun doute quant aux intentions de l'Allemagne, c'est l'appui que celle-ci est résolue de prêter jusqu'au bout à son alliée, l'Autriche-Hongrie.

On ne pense pas dans le monde diplomatique de Berlin, ou plutôt on n' espère plus que la démonstration navale devant Antivari empêchera la continuation du siège de Scutari et l'assaut final auquel les Monténégrins et les Serbes se préparent activement. Si la place tombe entre leurs mains, il faudra autre chose qu'un simple blocus et des sommations

inutilement répétées pour les en déloger. L'entrée des troupes autrichiennes sur un territoire balkanique, plutôt serbe que monténégrin, parce qu'en Serbie des opérations militaires seraient plus faciles qu'au Monténegro, motiverait une intervention de la Russie et déchaînerait peut-être une guerre générale. C'est une éventualité tellement grave qu'elle ferait reculer — on l'espère du moins ici — les deux Puissances, de la décision desquelles dépend aujourd'hui la paix européenne. En d'autres termes, on croit que la gravité du péril auquel toute décision inconsidérée exposerait l'Europe entière est la meilleure garantie que l'on ait qu'il sera évité.

Il faudrait nécessairement offrir une compensation au Monténégro, l'Autriche-Hongrie ne pouvant pas sans se déconsidérer, laisser en sa possession Scutari, la future capitale du futur Etat d'Albanie. On parle ici de l'offre d'une certaine étendue de côte avec une bande de territoire au sud de Dulcigno, qui comprendrait le port de Saint Jean de Médua, entouré de rochers et qui n'est pas susceptible d'un développement économique ou militaire.

61.

BRUXELLES, 18. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 9 avril 1913, No. 441.)

Armements allemands. Discours du Chancelier.

Le discours que le Chancelier de l'Empire a prononcé lundi dernier au Reichstag, à l'ouverture de la discussion en première lecture du projet militaire, n'a rien appris de nouveau sur les motifs qui ont décidé le Gouvernemnt Impérial à demander au peuple allemand cet énorme sacrifice. Il va de soi que ce n'est pas dans une séance publique, en s'adressant non seulement à la représentation nationale mais à l'Europe entière que M. de Bethmann Hollweg aurait exposé les mobiles secrets auxquels le Gouvernement Impérial a obéi, pour expliquer son changement d'attitude, car il n'y a pas trois mois que les organes ministériels assuraient qu'il n'était pas question d'une augmen-

tation des forces militaires; tout au plus prévoyaient-ils une extension à donner aux services de l'aérostation.

Le Chancelier dans un langage clair, mesuré, dépourvu des fleurs de rhétorique et du tour spirituel familiers au Prince de Bülow, a cherché à justifier la nécessité des armements par les considérations suivantes tirées de la situation extérieure actuelle: la substitution sur la carte d'Europe de la Confédération balkanique, Puissance nouvelle pleine d'énergie et de vitalité, à la Turquie, Etat vieilli et d'une passivité sans danger; l'accroissement de la force militaire de la Russie, la lutte qui se dessine entre le germanisme et slavisme et la violence grandissante des sentiments panslavistes auxquels correspondent de l'autre côté des Vosges les manifestations du chauvinisme français. Une guerre européenne ne pourrait éclater, a dit le Chancelier, sans que l'Allemagne y prit part — c'est l'évidence même — et une part sans doute prépondérante. Il faut donc que l'Allemagne s'arme et fasse tous les préparatifs commandés par le patriotisme et la prudence, afin de rester victorieuse. Le tableau que le chancelier a tracé de cet embrasement général, auprès duquel les guerres passées ne seraient que des jeux d'enfants, n'a rien malheureusement d'exagéré.

Mais en somme les raisons données par le premier ministre allemand sont plutôt des hypothèses que des faits réels, car de la situation extérieure proprement dite il a très sobrement parlé; on attendait avec un vif intérêt ce qu'il dirait de la résistance du Monténégro aux sommations des Puissances, et on a été déçu. Hypothèse, le remplacement de la Turquie par un Etat balkanique jeune et fort: l'alliance entre les vainqueurs cessera vraisemblablement avec le partage du butin, et leur épuisement même leur commandera vis-à-vis de l'Europe une contenance pacifique; il leur faudra du temps pour panser leurs blessures et réparer leurs forces. Hypothèse aussi, mise en avant par des écrivains et des journalistes, la lutte future du slavisme et du germanisme. Où s'arrête l'un et où commence l'autre? Hypothèse enfin, la prédominance à redouter des courants panslavistes et chauvinistes et des sentiments belliqueux des minorités sur les sentiments pacifiques des majorités.

En Russie le Souverain sait fort bien que le sol est miné par les sociétés secrètes et qu'en cas de guerre malheureuse le trône des Romanow serait condamné à s'écrouler. La circonspection que cette pensée doit entretenir chez le Czar est une des meilleures garanties que nous ayons pour le maintien de la paix.

Le passage du discours du Chancelier relatif aux relations de l'Allemagne avec la France est le plus intéressant. Mais l'orateur aurait pu prononcer une sorte de mea culpa, en citant l'influence néfaste qu'exerce la littérature chauvine française. En effet le nationalisme de nos voisins du sud, réveillé et poussé à son paroxysme par l'affaire Dreyfus, se serait peut-être assoupi de nouveau, au lieu de tourner toute sa haine contre l'Allemagne, sans les brusqueries inutiles de la politique allemande dans l'affaire marocaine. Il a, d'ailleurs, sa contre-partie dans l'Empire et la presse pangermaniste lui renvoie la réplique, sur un ton, il est vrai, moins violent. Quoiqu'il en soit, on garde l'impression, en lisant entre les lignes du discours de M. de Bethmann-Hollweg, malgré la courtoisie qu'il a témoigné à l'armée française, que le véritable adversaire contre lequel est dirigé le projet militaire, l'ennemi éventuel qu'on a toujours ici en vue, est et reste la France.

Que dire des compliments adressés à Sir Edward Grey et à la politique pacifiste de l'Angleterre, et même à M. Winston Churchill qui n'est pas suspect d'une sympathie excessive à l'égard de l'Allemagne sinon qu'ils dépassent un peu la mesure? Le Gouvernement Impérial veut que l'on sache urbi et orbi que le temps de sa rivalité navale avec la Grande Bretagne est passé, que les relations entre les peuples allemand et anglais, les plus puissants et les plus civilisés de l'Europe, sont redevenues des meilleures et que, par conséquent, il n'y a pas lieu de supposer que l'Angleterre prêterait son appui à la Russie et à la France en cas de guerre. Il semble que ce ne soit pas là le moyen le plus adroit pour gagner le cœur des Anglais.

La lecture du discours du Chancelier et des commentaires qu'il provoque dans la presse allemande n'est pas faite pour modifier les impressions produites par la publication du projet

militaire. Très discutable restera, après le débat engagé actuellement au Reichstag, la question de savoir si l'excès même de ces armements, qui sont un exemple et un avertissement pour les autres Etats, ne constitue pas un danger plutôt qu'une garantie pour la conservation de la paix européenne.

Quant au moment choisi pour faire voter le projet militaire, la Gazette de Francfort en donne une explication dans son numéro d'hier, qui me paraît plausible. Il fallait profiter de l'occasion offerte par la célébration du centenaire de la guerre de l'indépendance, par l'impression toute fraîche qu'a produite la campagne des Balkans et par l'ébranlement nerveux qui en est résulté en Allemagne comme dans le reste de l'Europe.

62.

BRUXELLES, 24. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 17 avril 1913, No. 492.)

L'incident de Nancy[1]**.**

Les trois commis voyageurs allemands qui étaient allés se divertir à Nancy en galante compagnie et ont été houspillés dans un café-concert et ensuite à la gare même par une jeunesse universitaire malapprise ne semblent pas être particulièrement intéressants. Ils sont même suspects d'avoir exagéré, pour se donner de l'importance, les mauvais procédés dont ils avaient été l'objet. Cela n'excuse pas la grossièreté chauvine des Nancéens. Mais il y a quelque dix ans ce banal incident nocturne n'aurait pas tiré à conséquence ni risqué d'envenimer les relations des deux pays.

Il n'en a pas été de même aujourd'hui. La presse berlinoise de toutes couleurs, sauf les organes socialistes, a fulminé avec violence contre la France et les Français. Des explications et une enquête ont été réclamées au Quai d'Orsay par l'Ambassadeur d'Allemagne. Par deux fois le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères a dû promettre au Reichstag que l'affaire

[1]) Über den Nancyer Zwischenfall vgl. auch Belgische Aktenstücke Nr. 104 und 105, S. 121 f. (Berichte von Baron Guillaume aus Paris).

serait poursuivie par le Gouvernement Impéria et que des représentations seraient faites au Gouvernement de la République sur l'insuffisance de la protection accordée en France aux sujets allemands. Des orateurs libéraux et conservateurs se sont livrés à cette occasion à de vives attaques contre le chauvinisme français, signalé déjà par le Chancelier dans son discours de la semaine passée comme un danger européen, thème sur lequel M. de Jagow a cru devoir lui aussi revenir.

L'Ambassadeur de France s'est plaint hier matin au Secrétaire d'Etat du ton peu mesuré dont il s'était servi pour traiter cet incident que M. Cambon s'est efforcé de réduire à des proportions moins tragiques. M. de Jagow, qui est modéré par tempérament, lui a répondu qu'il avait dû se mettre au diapason auquel était monté le Reichstag. M. Cambon est lui-même le fervent partisan d'une politique conciliante. On l'accuse souvent à Paris de manquer de fermeté. Cette fois-ci, pour ne pas encourir ce reproche, il a dû renforcer son langage; il a dit notamment qu'il ne s'expliquait pas ce déchainement de colères, sur la foi d'un télégramme lancé par les journaux et sans attendre les résultats de l'enquête officielle, après la courtoisie dont le Gouvernement de la République avait fait preuve envers les officiers du Zeppelin atterri à Lunéville, qu'il aurait pu soupçonner de se livrer à l'espionnage; on s'est contenté de leur demander leur parole d'honneur qu'ils n'étaient pas des espions.

Ce qu'il y a d'inquiétant dans la surexcitation patriotique provoquée ici par l'aventure des trois Allemands conspués à Nancy, c'est — l'état d'esprit qu'il révèle non pas tant dans la presse que dans la majorité du Reichstag. La presse berlinoise stigmatise chaque jour avec quelque raison le chauvinisme parisien. Mais de son côté, elle ne parle jamais des Français et de toutes les belles qualités qu'ils s'attribuent, que sur un ton ironique des plus blessants. Par contre c'est la première fois que nous voyons le Reichstag se saisir d'un incident pareil, comme s'il avait la gravité de ceux de Casablanca et d'Agadir et dicter pour ainsi dire au Gouvernement une attitude intransigeante. **Il est à craindre que, lorsqu'il aura voté la loi du ren-**

forcement de l'armée et qu'il sera certain de la force militaire de l'*Empire, le Reichstag ne pousse le Gouvernement à se montrer* intraitable vis-à-vis de la France, chaque fois que surgira un incident de nature à blesser les susceptibilités germaniques. Et ces petits événements se répètent vraiment trop souvent. C'est cette nervosité excessive de l'opinion publique allemande, qui trouve aujourd'hui son expression au sein même de la représentation nationale, qu'il faut considérer comme le symptôme le plus menaçant pour le maintien de la paix européenne.

63.

BRUXELLES, 28. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 22 avril 1913, No. 515.)

Incidents franco-allemands.

On peut croire l'incident de Nancy terminé après la note remise par le Secrétaire d'Etat à l'Ambassadeur de France, aux termes de laquelle le Gouvernement Impérial considère l'incident comme clos. Mais, voici qu'on essaye de réveiller celui de Lunéville. Un journal de Leipzig, très répandu en Saxe, les «Leipziger Nachrichten», vient de publier une lettre du commandant du Zeppelin, où cet officier tout en rendant hommage à la courtoisie des autorités militaires supérieures françaises se plaint des mauvais procédés des officiers subalternes, des soldats et de la population. Il est resté, à ce qu'il raconte, ainsi que ces compagnons plus de 20 heures sans qu'on leur apportât à manger, pour ne pas quitter son dirigeable, de crainte qu'on ne le détériorât en son absence (il avait refusé pour cette raison une invitation à diner du général) il lui a été interdit pendant ce temps de rentrer se reposer dans la cabine du dirigeable; il n'a pas pu obtenir l'aide des soldats français pour maintenir à terre le Zeppelin et il a dû payer à cet effet des ouvriers civils. Pendant les 21 heures qu'il a passées montant la garde auprès du dirigeable, il a entendu les sarcasmes des officiers et des soldats qui veillaient bayonnette au canon autour du Zeppelin et les propos hostiles de la population, etc. etc.

Ce requisitoire est publié quinze jours après que le Cabinet de Berlin a fait transmettre à celui de Paris les remerciements du Gouvernement Impérial. A l'Ambassade de France on se montre très irrité de cette manœuvre et on accuse le Prince héritier, dont les sentiments chauvins et anti-français ne sont pas douteux, d'en être l'inspirateur.

M. Cambon a reçu de son côté communication des rapports des commandants des différentes places fortes de la frontière de l'est au-dessus desquelles le Zeppelin a évolué avant d'être obligé d'atterrir à Lunéville. D'après ces rapports, le dirigeable allemand a plané et décrit des cercles autour de toutes les positions fortifiées comme pour les étudier. Il serait donc faux que son voyage ait été un voyage d'essai et que, poussé par le vent, incapable de s'orienter, il soit descendu sans savoir où il était sur le sol français. Il a poursuivi en France une tournée d'inspection; il a fait de l'espionnage militaire en pleine paix. M. Cambon est décidé à faire usage de ces rapports si la lettre publiée par les «Leipziger Nachrichten» soulève une nouvelle polémique. Il tient aussi en réserve les plaintes de plusieurs de ses compatriotes qui ont été molestés par la population dans différentes villes de l'Allemagne, celle entre autres de la femme du correspondant du «Matin», injuriée par des promeneurs au Tiergarten parce qu'elle parlait français.

A côté de cette explosion de sentiments hostiles à la France, il faut mentionner l'émotion soulevée au Reichstag par les révélations du député socialiste Liebknecht, relative à la corruption exercée sur des fonctionnaires de l'administration militaire par les maisons allemandes qui fabriquent du matériel de guerre, notamment par la maison Krupp, en vue d'obtenir communication de documents secrets. Le Ministre de la Guerre a répondu que les documents qui auraient été livrés ne pouvaient pas compromettre la défense nationale, mais que le Gouvernement voulait une lumière complète et qu'une instruction judiciaire était en cours. Elle est commencée depuis le mois de novembre. Comment n'a-t-elle pas encore abouti?

Tous ces faits, si on les rapproche les uns des autres, preuvent l'extrême nervosité de l'opinion publique allemande, entre-

tenue par le dépôt et la discussion des projets de loi militaire et financière du Gouvernement. Il faut espérer que de nouveaux incidents ne surgiront pas pendant cette période critique du côté de la France, car il est impossible de prévoir comment ils se termineraient.

64.

BRUXELLES, 8. 5. 1913.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 28 avril 1913, No. 238.)

Scutari. Le conflit austro-monténégrin et la Russie. Bulgarie et Serbie.

L'obstination du Roi Nicolas n'a pu prendre les Puissances au dépourvu: la chute de Scutari elle-même et ses suites, embarrassantes pour le concert européen étaient nécessairement prévues. Mais il s'agissait de parer au plus pressé, en retardant l'éventualité d'une action autrichienne isolée.

Le Gouvernement russe, qui reste pacifique avant tout, a fait en sorte de n'encourir de reproches de la part d'aucune grande Puissance. Mais on ne peut lui demander de se montrer plus sévère envers le Monténégro, que la France et l'Angleterre, opposées à toute mesure vraiment cœrcitive.

La nouvelle démarche collective à Cettigné ayant échoué, comme on le prévoyait, une action isolée de l'Autriche n'étonnerait personne à Pétersbourg. Peut-être même serait-elle tolérée plus facilement ici qu'on ne le pense généralement. La politique russe a fait ses preuves de conciliation: l'opinion publique seule reste à redouter. Les officiers parlent encore de l'armée autrichienne comme ils parlaient de l'armée japonaise avant la campagne de Mandchourie. Mais l'effet calmant, sur l'agitation nationaliste, du communiqué officiel et des mesures prises contre les manifestations, a surpris le gouvernement lui-même. Le ton des journaux chauvins s'est atténué: la «Novoié Vremia« tient compte des remontrances qu'elle a reçues, sur l'ordre de l'Empereur. Dans cet ordre d'idées, néanmoins, on ne peut rien affirmer pour l'avenir.

Dans la question de partage de territoires qui divise la Serbie et la Bulgarie, le gouvernement russe parait favorable à cette dernière. Il s'agit, en effet, de se garder contre un rapprochement futur — improbable encore, mais possible —, entre l'Autriche et la Bulgarie, au lendemain surtout de la décision concernant Silistrie, — où la Russie n'a pas cru pouvoir appuyer sans réserve le point de vue bulgare. L'exemple de l'Autriche peut la faire réfléchir. Le Gouvernement de Vienne a tâché de concilier, lui aussi, les désirs de Bucarest et de Sophia, avec ce résultat que la Roumanie commence à mettre en doute les avantages de sa longue politique austrophile.

65.

BRUXELLES, 10. 5. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 30 avril 1913, No. 1282.)

Conflit austro-monténégrin.

L'Europe se trouve évidemment à un tournant très grave de la crise balkanique. La situation résultant de l'attitude du Roi de Monténégro est d'autant plus délicate qu'elle met en cause l'amour-propre de l'Autriche. Personne ne peut aujourd'hui prévoir ce que l'avenir réserve. Pourtant, les impressions du Quai d'Orsay sont moins pessimistes qu'on ne pourrait s'y attendre.

Jusqu'ici, l'accord des Puissances n'a pas été entamé; mais on admet qu'il pourrait ne plus en être ainsi jusqu'à la fin de cette semaine. Si l'Empire dualiste veut absolument prendre une attitude plus énergique à l'égard de son petit voisin, et avoir recours aux armes, voire même sous forme de simple occupation, on se demande par qui il sera suivi. Il ne semble pas pouvoir compter sur la coopération de l'Angleterre et on a l'impression ici que l'Italie qui est, dans le fond très hostile à un acte de force contre le Monténégro, ne suivrait l'Autriche que si une autre Puissance se mettait à leurs côtés.

Il en serait autrement si le Cabinet de Vienne se décidait à s'emparer d'un port de l'Adriatique; l'entrée en scène de

l'Italie ne serait alors pas douteuse; mais ce ne serait plus alors comme alliée de l'Autriche, mais comme son adversaire.

On connait ici la position difficile de l'Empire austro-hongrois et les nombreuses raisons qu'il a de désirer la paix; on espère que ces considérations lui imposeront la prudence. On ne doute pas des intentions pacifiques de l'Allemagne et même de la Russie; il est permis même de se demander si une simple action autrichienne contre le Monténégro déterminerait le Cabinet de Saint-Pétersbourg à intervenir; on ne le croit pas — mais il en serait sans doute autrement si, comme le disent certains journaux, le Gouvernement de l'Empereur François-Joseph avait la prétention de garder les „territoires serbes ou monténégrins" qu'il pourrait occuper au cours de son action contre le Roi de la Montagne Noire.

On a la confiance que le Cabinet de Berlin fait tous ses efforts pour engager son alliée à être prudente, et l'on a l'impression que les armées de l'Empereur Guillaume n'interviendraient que dans le cas d'une guerre austro-russe.

Le coup d'audace d'Essad Pacha complique beaucoup la situation et met l'Autriche dans une position difficile. S'il a 30 000 hommes avec lui et que Djavid Pacha en a 15 à 20 000, ils représentent à eux deux une force qui n'est pas négligeable. On ne croit pas que le dit Essad Pacha agisse sur une instigation de Constantinople, mais le fait seul de sa nationalité et de l'appui qu'il trouve dans une partie de la population albanaise suffit pour créer une situation qui rend très difficile la position de l'Autriche.

66.

BRUXELLES, 10. 5. 1913.

(Extrait d'un rapport de Paris du 5 mai 1913, No. 1310.)

Réveil du nationalisme en France.

On a signalé à plusieurs reprises depuis un an le réveil en France d'un certain chauvinisme qui pourrait offrir de graves dangers. Quelques journaux ont, à ce point de vue, une ten-

dance malsaine; des théâtres nombreux donnent des pièces de nature à surexciter les esprits et à aggraver une situation déjà trop accentuée. Il n'est pas une «revue» ou une représentation de Café-concert qui ne se distingue pas dans ce sens, et les tirades les plus chauvines soulèvent des applaudissements frénétiques.

Hier, on a donné un éclat particulier à la fête de Jeanne d'Arc; le nombre des maisons pavoisées était grand et les manifestations patriotiques furent nombreuses.

Cette tendance est dangereuse, parce qu'elle peut créer des incidents dont les effets seraient difficilement conjurés. Il ne faut cependant pas perdre de vue que, dans le fond, le vrai peuple français n'approuve pas ces manifestations et redoute — quoiqu'on en dise — l'éventualité d'une guerre avec l'Allemagne. Ce qui le prouve, c'est l'attitude généralement prudente et raisonnable de la presse sérieuse, lorsqu'un incident surgit avec les voisins de l'est. Il en fut quelques-uns récemment, et rares ont été les journaux qui ont cherché à envenimer la situation et à blâmer le Gouvernement de son esprit de conciliation.

Les Ministres ont eu, plusieurs fois, dans ces derniers temps, l'occasion de prononcer des discours patriotiques. Tous réclament le vote de la loi de trois ans avec insistance, invoquant les armements de l'Allemagne pour en expliquer la nécessité, mais tous se gardent de mots provocateurs, d'attitudes qui pourraient (être) considérées comme belliqueuses. Il en fut encore ainsi, avant-hier à Caen, où M. le Président du Conseil prononça un grand discours politique.

67[1]).

BRUXELLES, 5. 6. 1913.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 26 mai 1913, No. 644.)

Mariage de la Princesse Victoria-Louise. Rapprochement anglo-allemand et Congo-belge.

Un mariage princier fut rarement aussi populaire que celui de la Princesse Victoria-Louise avec le Prince Ernest-Auguste,

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 106, S. 122.

Duc de Brunswick et Lunebourg. Les habitants de Berlin ont témoigné leur satisfaction par des ovations à la famille impériale, qui se sont étendues aux hôtes royaux qu'elle recevait à cette occasion. Il est aisé de constater par la lecture des journaux que le même sentiment, fait d'approbation et de contentement, a été éprouvé dans toute l'Allemagne. On était content de voir terminer d'une manière aussi heureuse la vieille querelle des Guelfes et des Hohenzollern qui pesait, comme un legs pénible du passé, sur les brillantes destinées du nouvel Empire allemand. On approuvait l'Empereur, non pas seulement d'avoir donné sa fille unique au fils de son ancien ennemi, mais aussi d'avoir traité ce dernier, pendant toute la durée des fiançailles de leurs enfants, avec une courtoisie qui ne s'est pas démentie un seul instant, en évitant soigneusement tout ce qui pouvait froisser l'amour propre de l'héritier du vaincu de Langensalza. Dans le toast, plein de tact et d'élévation que Guillaume II a porté au jeune couple pendant le banquet nuptial, il s'est plu à mettre sur le même pied les maisons des Guelfes et des Hohenzollern «qui ont joué des rôles si marquants dans le développement historique de la patrie allemande».

Le Duc de Cumberland, oncle du Roi d'Angleterre et de l'Empereur de Russie, a toujours été l'objet de la part de ces deux Princes d'une sympathie des plus marquées. La Cour britannique n'a jamais oublié que la maison de Hanovre est une branche détachée du trone royal de la maison d'Angleterre. Aussi la solution chevaleresque apportée à la question guelfe par Guillaume II a-t-elle été accueillie avec une joie sincère tant à Londres qu'à St. Pétersbourg. Quoi d'étonnant que les Souverains Anglais et le Tzar aient tenu à montrer leur satisfaction en assistant au mariage qui a scellé la réconciliation des Guelfes et des Hohenzollern? Ce sentiment, plus encore que les liens de famille, suffirait à justifier leur présence ici pendant les fêtes qui viennent de se terminer.

On a cherché, d'autre part, à attribuer à la réunion des trois principaux monarques de l'Europe une certaine importance politique. De politique proprement dite il n'a pas dû être beaucoup question dans les entretiens de Guillaume II et de Georges V. Mais

l'Empereur allemand n'a sans doute pas laissé échapper l'occasion d'engager des conversations intéressantes avec le Tzar[1]).

On peut dire, tout au moins, sans risquer de se tromper que la visite du couple royal d'Angleterre à Berlin apparait comme la confirmation et comme la consécration aux yeux de l'Europe du rapprochement qui s'est incontestablement opéré entre l'Allemagne et la Grande Bretagne pendant la guerre balkanique, où les deux Etats ont agi de concert pour la préservation de la paix européenne.

Quant au voyage du Tzar, il est une nouvelle preuve des bonnes relations inaugurées lors de l'entrevue de Potsdam et cimentées par celle de Port Baltique, qui existent entre les maisons régnantes des deux Empires voisins et aussi entre leurs Gouvernements. La guerre balkanique n'y a pas porté atteinte. Des diplomates français clairvoyants accusent la Russie de jouer un double jeu vis-à-vis de son alliée au profit de l'Allemagne. Cela n'est pas impossible.

68.

BRUXELLES, 20. 6. 1913.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 12 juin 1913, No. 730.)

Balkans — Différends entre alliés.

L'intervention personnelle de l'Empereur de Russie auprès des Cours de Sophia et de Belgrade permet encore d'espérer l'aplanissement du conflit. Si cette intervention s'était produite quinze jours plus tôt, le danger d'une nouvelle guerre balkanique serait très probablement écarté.

Du côté serbe l'intransigeance ne semble pas avoir diminué. La note que le Ministre de Serbie doit remettre aujourd'hui au cabinet bulgare a presque le caractère d'un ultimatum; demande en revision du traité d'alliance, demande du retrait des troupes qui occupent les nouvelles frontières serbes; faute d'une réponse

[1]) Der Hinweis des Originalberichtes: «a voir le Souverain anglais, on a peine à croire qu'il soit capable, comme son père, de diriger la politique extérieure de son pays» ist im Zirkular ausgelassen.

favorable au bout de deux jours, menace de proclamer l'annexion à la Serbie des territoires réclamés par elle. A en croire le Chargé d'Affaires de Serbie à Berlin, son Gouvernement est sûr, en cas de guerre, de la victoire. M. Boghitchevitch assure en outre que la note en question a été approuvée par le Ministre de Russie, M. de Hartwig et que les Serbes restent plus que jamais respectueux et reconnaissants des conseils du Gouvernement du Tzar. **Ce langage jette un nouveau jour sur la double politique pratiquée par M. Sazonow, dont on ne saurait suspecter la sincérité et par les agents russes dans les Balkans qui obéissent, soit à des préoccupations personnelles, soit aux suggestions des panslavistes et de certains membres de la famille impériale. Pour ces derniers, l'essentiel est d'empêcher à tout prix la Serbie de se rapprocher de l'Autriche-Hongrie et de la rendre puissante, pour qu'elle puisse un jour reprendre les provinces serbes détenues par la monarchie dualiste.** Quant à la Bulgarie, les panslavistes croient fermement qu'elle ne trahira jamais la cause slave. Il est certain, d'autre part, que la Serbie ne parviendrait pas à se développer sans un débouché sur la mer Egée, puisque l'accès de l'Adriatique lui est interdit; or ce débouché n'existera pas pour elle, tant que les Bulgares occuperont la route de Salonique.

Le Ministre de Bulgarie à Berlin M. Guechow ne semble pas moins belliqueux que son collègue serbe, quand il parle de l'inébranlable résolution du Gouvernement bulgare de réclamer l'exécution du traité d'alliance. Il ajoute toutefois qu'à Sophia on aura certainement égard autant que ce sera possible au désir du Tzar d'éviter un conflit. Ce qu'il ne dit pas, c'est que l'attitude de la Roumanie doit donner à réfléchir aux Ministres bulgares qui seraient forcés d'acheter sa neutralité par des concessions autrement larges que l'abandon de Silistrie. Il est à présumer que le Gouvernement russe se sert de la Roumanie comme d'un épouvantail pour peser sur l'indécision de M. Danew, dont le cabinet en formation devra assumer dès son début les plus lourdes responsabilités. Le Tzar Ferdinand continue à se tenir enfermé, comme s'il voulait se soustraire aux conséquences de la décision à prendre, et ne communique plus que par des notes avec ses Ministres.

Si l'on parle ici de la situation critique des peuples balkaniques aux représentants de la Triple-Alliance, ils font tous la même réponse: «Libre à eux de s'égorger; cela ne nous regarde pas.» N'étaient les intérêts de la Russie, dont le prestige aurait tant à perdre à cette lutte fratricide et celui des porteurs français de fonds serbes et bulgares, il est probable que le Gouvernement de la République, excédé de la conduite des Gouvernements balkaniques, ne parlerait pas autrement que la Triplice et ne seconderait pas, comme il le fait, son allié pour arriver à désarmer les Etats rivaux.

69[1]).

BRUXELLES, 20. 6. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 12 juin 1913, No. 1715.)

Loi des trois ans.

Les journaux ont annoncé que le Conseil des Ministres avait décidé d'inviter la Chambre des Députés à consacrer prochainement des séances supplémentaires à la discussion de la loi militaire, dont il est résolu à assurer le vote avant les vacances parlementaires.

Le fait est vrai; on le confirme au Ministère des Affaires Etrangères. Le Gouvernement entend que la loi établissant le service de trois ans soit adoptée avant que la Chambre des Députés ne se sépare, dût-elle siéger au delà du 14 juillet. Et il se déclare assuré de l'adoption de son projet. Il compte sur une belle majorité pour voter le principe: les articles suivants réuniront des chiffres de voix divers et puis, pour l'ensemble du projet, on prévoit un chiffre d'adhérents encore plus important que pour le vote du principe.

On est donc dès à présent certain de l'introduction dans la législation française de dispositions que le pays ne pourra vraisemblablement supporter longtemps. Les charges de la nouvelle loi seront tellement lourdes pour la population, les dépenses qu'elle entraînera seront tellement exorbitantes, que le pays protestera bientôt, et la France se trouvera devant ce dilemme:

---

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 107, S. 124.

une abdication qu'elle ne pourra souffrir ou la guerre à brève échéance. La responsabilité de ceux qui ont entraîné la nation dans cette situation, sera lourde. Il est aujourd'hui défendu, sous peine de passer pour un traitre, d'émettre un simple doute sur la nécessité d'adopter le service de trois ans. Chacun se rend compte que l'ensemble de la nation est loin d'être favorable à la réforme que l'on prépare et comprend le danger qui menace l'avenir; mais on ferme les yeux et l'on marche en avant.

La propagande en faveur de la loi de trois ans, destinée à amener le réveil du chauvinisme a été admirablement bien préparée et menée; elle a commencé par servir à l'élection de M. Poincaré à la Présidence de la République, elle poursuit aujourd'hui son œuvre sans souci des dangers qu'elle fait naître; le malaise est grand dans le pays.

70.

BRUXELLES, 24. 6. 1913.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 16 juin 1913, No. 739.)

Conflit entre alliés. Intervention russe.

Le ton énergique du télégramme du Tzar aux Rois de Bulgarie et de Serbie a produit une profonde impression dans le monde diplomatique de Berlin. Le «quos ego» qu'il a prononcé comme un maître s'adressant à ses feudataires, l'évocation de la cause slave dont il s'est déclaré ainsi pour la première fois le représentant officiel, inaugurent de la part de l'Empereur de Russie une attitude nouvelle dont les conséquences sont difficiles dès aujourd'hui à apprécier, mais qui donnent matière aux plus sérieuses réflexions.

Le Ministre de Roumanie, très frappé de ce langage péremptoire, croit que la Bulgarie ne s'y soumettra pas. M. Beldiman est d'avis que le Tzar Ferdinand y a répondu sur un ton très digne où perce la volonté de ne pas reconnaître au Tzar de Russie le protectorat qu'il veut s'arroger sur les Balkans.

Le Ministre de Bulgarie évite de se prononcer sur ce point délicat. Il prétend que le télégramme de Nicolas II reconnait

la validité du traité d'alliance entre la Bulgarie et la Serbie, et que le partage prévu dans le traité ne fera pas matière à arbitrage. Il se pourrait que la Bulgarie fut invitée à faire quelques sacrifices, mais les points essentiels du traité ne seront pas contestés par l'arbitre.

Suivant le Chargé d'Affaires de Serbie, l'intervention du Tzar est venue trop tard. Il croit qu'elle ne produira d'autre effet à Belgrade que d'amener peut-être la retraite du Cabinet Patchich, ce qui contribuerait à embrouiller la situation. Le Gouvernement serbe, semble-t-il, n'a pas confiance dans le résultat de l'arbitrage; cette solution, pour trancher le différend ne lui sourit pas; il s'attendait peut-être, d'après les promesses du représentant du Tzar à Belgrade, à ce que la Russie pesât sur la Bulgarie pour l'amener à faire de larges concessions, et il a été déçu. D'autre part une guerre serbo-bulgare, où les Serbes seraient victorieux amènerait une intervention autrichienne en vue d'empêcher la création d'une trop grande Serbie.

L'opinion générale des diplomates accrédités à Berlin, conforme à celle de la majorité des journaux de la capitale, est cependant qu'on s'achemine vers une solution pacifique du conflit, mais qu'elle laissera derrière elle des foyers, mal éteints, de rancunes et de haines. A Paris on est très monté, au dire de l'Ambassadeur de France contre les Balkaniques qu'on traite d'enfants rusés et incorrigibles.

71.

BRUXELLES, 3. 7. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 24 juin 1913, No. 767.)

Jubilé de Guillaume II.

Les fêtes du jubilé des 25 années de règne de l'Empereur ont mis en évidence la réelle popularité dont jouit Sa Majesté auprès de ses sujets après ce long exercice du pouvoir. La foule amassée dans les rues de la capitale où a passé le Souverain lui a prodigué les ovations les plus spontanées et les plus sincères. Ces marques d'affection continuent dans le voyage poursuivi par le Chef de

l'Empire pour se rendre à Kiel en passant par Hanovre et par Hambourg.

Près de cinq années se sont écoulées depuis la publication dans une revue anglaise d'une interview qui avait soulevé contre Guillaume II l'opinion publique allemande. Presque toute la presse germanique oubliant les services qu'il avait rendus à l'Etat, l'accusait alors en termes amers de ne pouvoir contenir son intempérance de langage et de jouer un rôle personnel contraire à la Constitution comme aux intérêts de l'Empire. Comment expliquer le revirement qui s'est produit depuis ce temps en faveur du Souverain si violemment pris à partie?

Comme l'a fort bien dit le Président du Reichstag dans le discours qu'il a prononcé à l'occasion du jubilé impérial, le peuple allemand est reconnaissant à Guillaume II des bienfaits que lui ont procurés vingt cinq années d'un règne pacifique. Il lui sait gré d'avoir maîtrisé, en montant sur le trône, les penchants belliqueux et les rêves de gloire militaire qui devaient hanter l'esprit d'un homme de son âge, devenu chef de la première armée du monde, pour se vouer exclusivement au développement économique de l'Allemagne. Le peuple allemand reconnait, en présence du magnifique résultat obtenu, la part qui en revient à l'Empereur, partageant et encourageant le labeur de ses sujets, les incitant à la conquête de nouveaux débouchés, leur indiquant la voie à suivre par des paroles prophétiques comme celles-ci: Notre avenir est sur mer. Unsere Zukunft ist auf der See!

La nation allemande admire, d'autre part, les vertus domestiques dont l'Empereur a donné l'exemple, et sa sentimentalité s'est attendrie, en le voyant encourager l'inclination de sa fille et consentir paternellement à ce qu'elle fît un mariage d'amour qui s'est trouvé être en même temps une union politique des plus heureuses.

La presse de toutes nuances a rendu hommage au pacifisme de Guillaume II et à la communauté de sentiments qui existe sur ce point entre lui et son peuple. Le «Vorwärts» lui-même, à l'occasion de l'anniversaire célébré le 15 juin, a parlé en termes modérés de l'ennemi de la sociale démocratie. Il a semblé regretter que, malgré ses aspirations libérales, l'Empereur fût

resté le prisonnier des partis réactionnaires par le fait de la situation qu'il occupe et des traditions qu'il a héritées. Le journal socialiste n'a pas mis en doute que Guillaume II veuille sincèrement la paix et qu'il soit de bonne foi en croyant que le meilleur moyen d'éviter la guerre est d'augmenter la force de son armée. Mais ces armements excessifs constituent justement, aux yeux du «Vorwärts», le plus grand danger qui menace la tranquillité de l'Europe.

Guillaume II sera-t-il toute sa vie «l'Empereur de la paix», ce beau titre que M. Hanotaux met un peu trop d'insistance, dans un récent article du Figaro, à le prier d'accepter? **Sans parler du cas de conflit où l'Allemagne serait entraînée par ses alliés de la Triplice, on doit se demander si la répugnance personnelle de l'Empereur à donner le signal d'une guerre qui bouleverserait l'Europe serait une barrière suffisante pour arrêter les tendances belliqueuses de ses sujets. Le jour peut venir où les classes dirigeantes allemandes, non pas seulement les pangermanistes mais les libéraux, eux-mêmes, conscients de la puissance de l'Allemagne, jaloux d'étendre au loin son hégémonie, voudront contraindre le chef de l'Empire à employer l'arme formidable qu'ils ont forgée et mise entre ses mains, pour briser les résistances qui s'opposeraient à l'extension coloniale et commerciale de leur pays. Ce jour-là Guillaume II se conformerait probablement aux vœux de l'opinion publique, comme il l'a fait jusqu'à présent en étant le gardien de la paix.**

72.

BRUXELLES, 13. 8. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 6 août 1913, No. 957.)

Deuxième conflit balkanique. La Conférence de Bucarest.

La Conférence de Bucarest où se jouent les destinées de la Bulgarie, n'éveille qu'un médiocre intérêt à Berlin; le monde politique et le public berlinois trouvent que le conflit balkanique a trop duré. Les télégrammes venant des Balkans n'occupent plus la première place dans les diverses éditions des journaux;

ils ont dû la céder au procès Krupp et sont généralement relégués à la seconde page. L'Empereur achève sa croisière dans la Mer du Nord; le Chancelier se repose de sa rude campagne parlementaire dans sa propriété et M. de Jagow qui n'a pas autant besoin de se refaire, n'étant à la tâche que depuis cinq mois, n'en a pas moins pris un congé de quinze jours. L'absence simultanée des trois auteurs responsables de la politique étrangère de l'Allemagne prouve qu'ils ne redoutent pas que la paix européenne puisse être troublée par les événements balkaniques.

Ici, où l'on a plus que partout ailleurs le culte de la force, où l'on est plus sensible que dans les autres capitales au prestige des succès militaires, on ne s'est pas apitoyé sur le sort de la Bulgarie, tombée, en moins d'un mois, du piédestal que lui avaient dressé ses victoires, au dernier degré de l'infortune et de l'impuissance. On estime qu'elle doit subir les conditions de ses vainqueurs, si dures qu'elles soient, et l'on oublie volontiers qu'elle a supporté presque tout le poids de la campagne précédente, dont le gain lui échappe aujourd'hui. La cession à la Grèce de Kavalla, qui menaçait, dès le début, d'être la pierre d'achoppement des négociations pour la paix, apparait ici comme une nécessité inéluctable. Ce n'est pas un secret que l'Empereur Guillaume est favorable aux prétentions grecques, depuis qu'un revirement s'est fait dans son esprit ou dans son cœur en faveur des nouveaux souverains hellènes, et la diplomatie allemande, sortant de la réserve qu'elle s'est imposée jusqu'ici, appuie ces revendications à Bucarest. Le Cabinet de Berlin s'est séparé dans la question de Kavalla de ses alliés, mais il l'a fait avec cette discrétion dont sont empreintes ses démarches aussi bien à Constantinople que dans les capitales balkaniques. Peut-être un homme tel que M. de Kiderlen eût-il imprimé à la politique allemande une allure plus décidée et lui aurait-il prêté un ton plus énergique et plus impératif.

Sous le règne du Cabinet Danew, la diplomatie bulgare a commis des fautes si lourdes qu'elles ont achevé, quand elles ont été mieux connues, d'aliéner à la Bulgarie les sympathies des cercles politiques de Berlin, de même que les cruautés commises par les troupes bulgares soulevaient contre elles ici un sentiment

de réprobation et d'aversion unanime. On sait, par exemple, que l'accord, conclu sous les auspices de la Russie, entre les Cabinets de Bucarest et de Sophia, n'a pas été ratifié, ce qui a permis à la Roumanie d'intervenir sans scrupule dans le nouveau conflit balkanique, à cause de l'entêtement absurde de M. Danew et de ses collègues. Une zône de trois kilomètres, concédée à la Roumanie autour de Silistrie, devait, selon eux, partir de la ville même et non de la douane, située à quelques pas plus loin, et ils ont perdu un temps précieux en discutant âprement pour la possession de quelques mètres de terrain. Après le traité de Londres, le Gouvernement bulgare a maintenu ses troupes sur le territoire laissé à la Turquie en deçà de la ligne Enos-Midia, parce qu'il n'avait pas abdiqué tout espoir de conserver un accès à la mer de Marmara; il a ainsi fourni aux Jeunes Turcs un prétexte pour recommencer les hostilités et envahir le Thrace, quand une occasion inespérée de revanche s'est offerte à eux.

On comprend ici que le double jeu des politiciens bulgares aient dégouté le Cabinet de Saint-Pétersbourg de ses frères slaves, rebelles à tous les conseils. Malgré l'optimisme qui est de commande dans les bureaux de la Wilhelmstrasse, quand on parle de la question d'Andrinople, et malgré les sages conseils prodigués à la sublime Porte par l'officieuse Gazette de l'Allemagne du Nord, on est devenu sceptique dans le monde diplomatique de Berlin quant aux moyens pratiques d'expulser les Turcs de la capitale de la Thrace. Les démarches des représentants des grandes Puissances, il est vraisemblable qu'ils n'en tiendront aucun compte. Les avantages financiers qu'on fait luire à leurs yeux, ils savent bien qu'on ne peut pas les leur refuser dans l'intérêt même des créanciers de la Turquie. Une action militaire enfin, il n'en est pas question. La Russie convoite sans doute l'Arménie, mais elle n'est pas pressée d'y faire pénétrer ses soldats, de crainte de déchaîner des complications européennes. Aucun mouvement populaire ne se dessine, d'ailleurs, dans l'Empire slave pour forcer la main à M. Sazonow et le contraindre à une intervention armée contre les Turcs en faveur des Bulgares. D'autre part, le Comité Union et Progrès a un intérêt vital à conserver Andrinople, il reprendra par là son ancien ascendant sur

l'armée et s'assurera un plus long exercice du pouvoir. Ce n'est pas en Allemagne que cette résurrection du Croissant causera du regret ou de la mauvaise humeur. On y serait plutôt tenté d'applaudir au coup d'audace d'Enver Bey, après l'avoir traité il y a quelques mois d'assassin et d'homme néfaste. Les impressions se modifient rapidement, suivant le succès ou l'insuccès des acteurs en scène.

De ces contradictions et de ces changements dans la conduite des grandes Puissances un fait ressort, chaque jour, avec plus d'évidence, c'est que l'Europe ne veut pas se battre. Aucun des grands Etats ne désirent une guerre générale, chacun semble en avoir peur en ce moment. C'est une constatation dont les petits pays doivent se réjouir. **Au lieu de critiquer malignement le rôle joué par la diplomatie autrichienne pendant toute la durée du conflit balkanique où elle n'a connu que des échecs, sauf en ce qui concerne la future Albanie, on devrait être reconnaissant à l'Autriche-Hongrie de ses hésitations et de ses reculs, car si elle, la principale intéressée des grandes Puissances dans la partie qui se jouait sur sa frontière balkanique, s'était décidée à y intervenir, une guerre européenne en serait résultée. C'est à l'indécision du Comte Berchtold et sans doute aussi à l'esprit pacifique de son vénéré Souverain que nous devons d'avoir échappé à une conflagration générale.**

73.

BRUXELLES, 31. 10. 1913.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 22 octobre 1913, No. 281.)

Conflit albano-serbe. Attitude de la Roumanie.

Le Gouvernement roumain est intervenu auprès du Gouvernement serbe en faveur de l'Albanie dont il ne peut admettre la diminution sous prétexte pour la Serbie de nécessités stratégiques, d'autant plus que la Conférence de Londres a déjà attribué à cette dernière beaucoup de territoires plus albanais que serbes. Quoique la Roumanie reconnaisse que l'Albanie est une création de l'Europe à laquelle incombe exclusivement

le soin d'en tracer les frontières, elle ne se désinteresse nullement d'un état dans lequel seront incorporés plusieurs milliers de macédo-roumains.

Cet avertissement parvenu à Belgrade quelques jours avant l'ultimatum de l'Autriche-Hongrie y a fait impression. Aussi envisage-t-on à Bucarest la situation générale dans les Balkans avec beaucoup d'optimisme. La Serbie cédera à la pression de l'Europe et retirera ses troupes du territoire albanais. On est aussi persuadé ici que l'Autriche ne nourrit aucun sentiment hostile contre la Serbie mais a simplement voulu faire respecter les décisions de l'Europe.

Le séjour à Sinaïa où ils sont les hôtes du Roi Charles du Prince et de la Princesse de Wied a fait courir le bruit que la Roumanie appuyait la candidature de ce prince au trône d'Albanie. Mais on affirme maintenant de source très autorisée que les intentions du Roi Charles sont de garder à cet égard une neutralité bienveillante mais absolue, la question dépendant de la volonté des grandes Puissances. Il paraît que Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne lui-même se montre très réservé au sujet de cette candidature, ne voulant pas se trouver placé, en cas de conflit albano-grec, entre les intérêts de son beau-frère et ceux d'un prince allemand qu'il aurait soutenu.

74.

BRUXELLES, 3. 11. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 25 octobre 1913, No. 1267.)

Albanie. Conflit austro-serbe. Opinion russe. Divergences de vues entre l'Allemagne et l'Autriche. Grèce et Turquie.

Une fois de plus, les événements se sont précipités dans les Balkans. Le Cabinet de Vienne a perdu patience; il a envoyé un ultimatum à Belgrade et la Serbie s'inclinant encore une fois devant les menaces de l'Empire voisin, s'est hâtée d'aviser les Grandes Puissances que ses troupes allaient évacuer l'Albanie.

Les plus chauds défenseurs du Cabinet de Belgrade ont été cette fois-ci les journaux français. Le «Temps» s'est signalé

en particulier par la violence de son langage contre la politique austro-hongroise. Le Gouvernement russe est loin de donner aussi complètement raison aux Serbes, quoiqu'ils soient ses protégés bien plus que ceux de la France. On estime dans les milieux diplomatiques russes que le Cabinet Pasitch a eu tort, dès le début du conflit de frontière avec les Albanais de ne pas jouer franc jeu avec les Puissances en leur déclarant formellement que l'occupation par les troupes serbes de quelques points stratégiques en Albanie ne serait que provisoire et ne durerait que le temps nécessaire pour prévenir le retour de pareils incidents.

Les diplomates russes, s'ils n'approuvent pas la politique serbe, n'en condamnent pas moins très sévèrement celle de l'Autriche-Hongrie. Ils la croient inspirée par le parti militaire qui pousse la monarchie dualiste à un conflit avec les Serbes au mépris des ses véritables intérêts. Le meilleur moyen pour elle de réparer les fautes commises pendant ces derniers mois serait de se rapprocher des Slaves des Balkans et de répondre ainsi aux vœux de la population slave, très nombreuse en Autriche comme en Hongrie.

Il ne semble pas que les initiatives dangereuses prises par le Cabinet de Vienne sans consulter celui de Berlin soient du goût de ce dernier: il suit en rechignant son allié trop pressé d'agir, mais il ne lui épargne pas en chemin les conseils et les reproches.

Ces dissentiments entre les directeurs de la politique des deux Empires alliés donnent à la présence de l'Empereur Guillaume chez l'Archiduc-Héritier à Konopischt, où il est arrivé jeudi dernier, un intérêt particulier. Il n'est pas interdit de supposer que Guillaume II avec sa franchise ordinaire aura exprimé à son hôte son opinion et celle de son Gouvernement sur les procédés de la diplomatie autrichienne, ses maladresses, ses incohérences et les dangers qu'elle fait courir à la paix européenne. L'alliance et l'amitié des deux Empires n'ont subi encore aucune atteinte, mais il ne faudrait pas que l'impéritie autrichienne mît la patience allemande trop souvent à l'épreuve.

Des nouvelles plus favorables continuent à être publiées au sujet des négociations gréco-turques. La question des vakoufs

semble résolue et la conclusion d'un traité de paix entre la Turquie et la Grèce parait moins incertaine qu'il y a quinze jours. Mais la paix ne sera probablement assurée que si les Grecs renoncent à la possession des îles avoisinant la côte d'Asie, telles que Chio et Mitylène. Ces îles ont peu de valeur au point de vue de la fertilité, en comparaison des magnifiques régions de la Macédoine qu'une nouvelle guerre risquerait de faire perdre à la Grèce. Mais ces rochers ont pour les Turcs une importance de premier ordre pour la défense de l'Asie mineure et ils ne veulent pas qu'ils servent de dépôts d'armes et de postes avancés à l'hellénisme en cas de nouveaux conflits. On croit que la question des îles sera résolue par une entente directe entre la Turquie et la Grèce ou bien par une nouvelle guerre dont l'Europe resterait simple spectatrice. Les Puissances ont des intérêts à ménager dans l'un comme dans l'autre pays, elles ne veulent s'aliéner ni les Grecs ni les Turcs et n'auront d'autre moyen d'y réussir que d'observer une complète neutralité.

75.

BRUXELLES, 6. 12. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 22 novembre 1913, No. 1386.)

Négociations franco-allemandes à Berlin. L'incident de Saverne.

Des négociations avaient eu lieu l'été dernier entre la Deutsche Bank et la Banque Ottomane au sujet des concessions de chemin de fer accordées respectivement à ces deux établissements financiers par le Gouvernement Ottoman en Asie Mineure. Le Gouvernement Impérial et le Gouvernement de la République, estimant que ces questions, outre leur intérêt économique, présentaient pour les deux pays un intérêt politique auquel ils ne devaient pas rester indifférents, résolurent de soumettre de commun accord les arrangements conclus par les deux banques à l'examen approfondi d'une commission mixte et nommèrent, chacun, à cet effet, deux délégués qui se sont réunis depuis deux semaines à Berlin. Aux délégués allemands se sont adjoints M. M. von Gwinner et Helfferich, Directeurs de la Deutsche

Bank; les délégués français sont secondés par le Secrétaire général de la Banque ottomane.

Les négociations marchent lentement. La question de la garantie d'intérêt est la plus difficile à résoudre, les délégués français ne pouvant pas consentir à ce que toutes les disponibilités du trésor ottoman soient affectées, comme garantie d'intérêt, à l'entreprise allemande du chemin de fer de Bagdad. Quand une entente se sera établie sur les concessions et les raccordements des voies ferrées, ainsi que sur les sphères d'influence qui en dépendent, les délégués des deux Gouvernements aborderont l'étude de la question de la dette ottomane, afin de préparer et de déblayer le terrain pour la conférence financière qui doit se tenir à Paris dans le courant de l'hiver prochain. L'Allemagne voudrait avoir, comme la France, un second délégué à la commission de la dette et jouir du même privilège que la France et l'Angleterre en ce qui regarde la présidence de cette commission.

On croit de part et d'autre qu'un accord interviendra après de laborieuses négociations. Les journaux parisiens, le Temps tout le premier, ont dépassé la vérité en disant que les pourparlers suivaient un cours très favorable. Entre Français et Allemands, quand leurs intérêts sont opposés, une entente de quelque nature qu'elle soit, ne sera jamais facile à réaliser.

Faut-il espérer, comme le fait une partie de la presse parisienne, que le succès de ces négociations aura une heureuse influence sur les relations futures entre les deux pays? Un tel espoir ne semble guère permis. **Les Allemands accusent les Français de nourrir obstinément des projets de revanche et de n'attendre pour les mettre à exécution qu'une occasion favorable. Cette conviction qui existait dans un grand nombre d'esprits de ce pays s'est généralisée dans les classes supérieures de la population après le vote de la loi française rétablissant le service militaire de trois ans. Mal renseignée par ses journaux, l'opinion publique allemande a vu dans ce vote, non pas une mesure de protection et de défense éventuelles contre l'Allemagne qui venait d'augmenter elle-même dans des proportions considérables son armée sur le pied de paix, mais la préparation à une guerre offensive, à une guerre de revanche, et même une sorte de provocation. Elle a été**

fortifiée dans cette opinion, on doit le dire, par le ton agressif des journaux français, partisans du service de trois ans, pendant toute la discussion parlementaire du projet de loi. Il fallait bien pour échauffer le sentiment national assez réfractaire en France à une prolongation du service militaire et pour triompher de la résistance soulevée par la presse radicale et socialiste, battre le tambour d'alarme et dénoncer les intentions belliqueuses des nationalistes d'outre-Rhin; mais certains organes parisiens, le Temps, le Matin, l'Echo de Paris, entre autres, très lus et très commentés en Allemagne, se sont acquittés de cette tâche avec une maëstria qui a vraiment dépassé la mesure. L'atmosphère de haine et de défiance qui pèse sur les relations franco-allemandes en est devenue encore plus lourde et plus épaisse. Il ne suffirait pas de quelques négociations menées de part et d'autre dans un esprit conciliant sur un sujet particulier pour la dissiper.

Le maintien de la paix entre la France et l'Allemagne reste à la merci d'un incident. Ce n'est pas celui de Saverne, si regrettable qu'il soit, qui pourra déchainer la guerre, car il ne blesse pas l'honneur national des Français. La grossièreté et l'inconvenance des propos attribués au lieutenant von Forstner sont incontestables; cependant cet officier n'a été l'objet d'aucune mesure disciplinaire. Cet incident est un symptôme des sentiments qui règnent dans l'armée allemande et dans une grande partie de la population à l'égard de la France et qu'on ne veut pas froisser en haut lieu.

76.

BRUXELLES, 9. 12. 1913.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 27 novembre 1913, No. 298.)

M. Schébéko, Ambassadeur à Vienne. Tentative de rapprochement austro-hongrois.

M. N. Schébéko, qui représentait la Russie à Bucarest depuis un an à peine et dont c'était d'ailleurs le premier poste de

ministre, a présenté hier au Roi ses lettres de rappel. Il vient, en effet, d'être nommé ambassadeur à Vienne.

Ce n'est pas seulement aux services qu'il a rendus au cours des évènements balkaniques encore récents que M. Schébéko doit un avancement exceptionnel, avancement qui n'est pas d'ailleurs sans soulever quelque mécontentement parmi ses collègues du Pont aux Chantres. Il doit une fortune si rapide à la faveur du Grand Duc Nicolas Michailovitch, sous les ordres duquel, avant d'entrer dans la carrière diplomatique, il servait aux Chevaliers-Gardes. Le Grand Duc Nicolas Michailovitch, historien de valeur, qui prête beaucoup d'attention à la politique extérieure de l'Empire et dont les avis sont écoutés à la Cour du Tzar, est un partisan convaincu du rapprochement avec l'Autriche-Hongrie. Chargé au mois de décembre dernier, de remettre de la part de Nicolas II le bâton de feldmaréchal de l'armée russe au Roi Carol, le Grand Duc rencontra à Bucarest M. Schébéko. Il retrouva dans le diplomate intelligent et actif l'officier énergique et l'homme de devoir qu'il avait apprécié au régiment. On est amené à croire qu'il le désigna tout de suite dans sa pensée comme l'instrument le plus apte à réaliser son dessein politique. Car dès le mois de mai on annonçait à Bucarest que M. Schébéko serait nommé ambassadeur et vers la fin de juin on précisait que ce serait à Vienne. M. Sazonow, parait-il, était à cette époque beaucoup moins assuré de la nomination de M. Schébéko; mais l'influence du Grand Duc Nicolas l'emporta.

M. Schébéko arrivera donc à Vienne avec plusieurs rameaux d'olivier. Par sa situation personnelle, l'expérience du poste où il passa plusieurs années en qualité de secrétaire, son activité, son tact et surtout l'esprit dont il est animé, on peut être certain qu'il travaillera de toutes ses forces à ramener les deux empires sur le pied des bons rapports qui existaient avant que le Baron d'Aerenthal ne fit en Bosnie-Herzégovine le coup de théâtre sous l'émotion et la rancune duquel on est toujours resté depuis à Saint Pétersbourg, et qui a porté ses effets à travers tous les évènements dont les Balkans ont été jusqu'à hier le théâtre.

77.

BRUXELLES, 9. 12. 1913.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 27 novembre 1913, No. 306.)

La presse austro-hongroise et le traité serbo-bulgare.

La publication par le «Matin» de Paris du texte complet du traité et de la convention militaire serbo-bulgare produit ici une très grosse sensation. Les journaux austro-hongrois expriment leur étonnement, leur stupéfaction, en constatant que la Bulgarie s'était obligée à envoyer 200 000 hommes au secours de la Serbie dans le cas où celle-ci aurait été attaquée par l'Autriche-Hongrie et que cette même obligation lui aurait été également imposée si les troupes impériales avaient pénétré, avec ou sans assentiment de la Turquie, dans une partie quelconque du territoire ottoman. C'est-à-dire si elles avaient essayé d'occuper le Sandjak de Novi-Bazar. Un de ces journaux exhale son indignation que ce traité eut été conclu sous les auspices et la tutelle de la Russie, tandis que les Diplomates de l'Empire moscovite avaient continué jusqu'à la dernière heure à prôner la conservation du «Statu quo» dans la presqu'île balkanique.

La «Allgemeine Zeitung» a été la première à publier la traduction du traité. Son rédacteur en chef qui remplit les mêmes fonctions au «Fremdenblatt», l'organe officieux du Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères et qui est en général bien renseigné, peut ainsi dire dans cette petite feuille bien des choses qu'il serait obligé de passer sous silence dans le grand journal. Dans son article de fond accompagnant la susdite publication, après avoir fait remarquer combien grave avait été la situation, ce rédacteur ajoute: «On voit maintenant à quel point nous avons eu raison de mettre tout en œuvre pour briser cette alliance de la Bulgarie avec la Serbie.» Ces paroles équivalent évidemment à dire: «C'est nous qui avons empêché les Bulgares d'aller à Saint-Pétersbourg, c'est nous qui les avons décidés à attaquer les Serbes.» En supposant que tel eût bien été le rôle joué par la diplomatie austro-hongroise, il

semble qu'il était un peu naif et même maladroit de la pro clamer. En tous cas, le Comte Berchtold, interpellé à la Délégation autrichienne a catégoriquement nié toute intervention dans cet ordre d'idées et il serait bien difficile d'éluder complètement cette question. L'indiscrétion ayant eu pour conséquence la publicité du traité a été commise, selon toute probabilité, par quelque membre du parti russophile bulgare, lequel s'efforce, au cours de la campagne électorale actuelle, de rejeter sur le Roi Ferdinand la responsabilité des fautes commises, à compromettre Sa Majesté vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie et à regagner ainsi les bonnes grâces de la Russie.

Il serait prématuré de dire dans quelle mesure ces prévisions des russophiles bulgares vont se réaliser, mais il semble que cette publication du traité aura pour conséquence d'affaiblir ici la valeur des critiques soulevées contre la politique du Comte Berchtold et de fortifier sa situation.

78.

BRUXELLES, 20. 12. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 13 décembre 1913, No. 1476.)

Discours du Chancelier sur la politique extérieure. Mission militaire allemande à Constantinople. Le Cabinet Doumergue.

La presse allemande et la presse étrangère, en constatant avec satisfaction le ton optimiste du discours sur la politique extérieure tenu par le Chancelier de l'Empire dans la séance du Reichstag du 9 de ce mois, n'ont pas pu s'empêcher de remarquer qu'il n'avait traité en particulier aucune des questions litigieuses que la guerre balkanique a laissées après elle, comme la semence de nouveaux conflits. M. de Bethmann-Hollweg s'est gardé de parler des frontières de l'Albanie ni du sort des îles de la mer Egée.

Le «Temps» de Paris a eu tort de souligner la différence des expressions dont s'était servi l'orateur pour caractériser les relations de l'Empire allemand avec les grandes Puissances. Après s'être réjoui avec insistance des bons rapports avec l'Angleterre,

il a qualifié seulement de «corrects» ceux que le Gouvernement Impérial entretient avec la France. Le «Temps» ne pouvait pas lui en demander davantage, car le Chancelier n'a dit là que la stricte vérité. Mais il aurait pu s'étonner que le premier Ministre allemand condescendit à faire aussi ouvertement la cour à l'Angleterre. C'est cependant à quoi s'emploie assidûment depuis un an la diplomatie allemande, dans l'espoir d'arriver à dissoudre la Triple Entente. Le Ministère, ainsi que la presse britannique, dont l'attention est surtout captivée par la situation intérieure de l'Angleterre, semble se prêter à ce jeu et se laisser peu à peu enguirlander par le langage du Gouvernement et des journaux de ce pays.

Cette semaine l'Empereur a reçu en audience de congé le général Liman de Sanders et les membres de la mission militaire qui s'en vont réorganiser l'armée ottomane. Le désir du Gouvernement Impérial de reconquérir à Constantinople la situation que l'Allemagne y possédait avant la guerre balkanique s'est trouvé d'accord avec celui des Jeunes Turcs de s'éterniser au pouvoir grâce à l'appui du corps d'armée stationné dans la capitale. Le meilleur moyen de s'assurer la fidélité de ces troupes était de mettre à leur tête des officiers étrangers. Le général Liman de Sanders maintiendra l'ordre à Constantinople, comme il l'eût fait dans sa garnison de Cassel, et ce sera au profit du parti dominant. Les Jeunes Turcs n'auront plus à craindre être renversés par une sédition militaire.

Le souci de leur sécurité personnelle explique le peu d'attention qu'ils ont prêté aux représentations de la Russie. Le Gouvernement du Tzar réclame des compensations, entre autres l'instruction par des officiers russes du corps d'armée d'Erzeroum ou de celui de Trébizonde, plus près du Bosphore. On ne croit pas à Berlin qu'il les obtienne. **On est du reste habitué ici depuis un an à de tels revirements de la part de la Russie, à des sautes de vent qui ont changé si brusquement l'orientation de sa politique, tantôt favorable, tantôt hostile aux peuples balkaniques pendant la dernière guerre, qu'on ne s'inquiète pas outre mesure de l'irritation du Cabinet et de la presse de Saint-Pétersbourg causée par la question de la mission militaire.** On pense même

— le discours de M. de Bethmann Hollweg autorise cette supposition — que les bonnes relations entre les deux Cours ne seront pas assombries par ce nuage passager que le Chancelier a négligé à dessein de mentionner.

Le Gouvernement français qui a fait l'épreuve des changements d'humeur de son allié, de ses oscillations et de son inconsistance, ne l'avait suivi qu'avec circonspection, à ce que m'a dit l'Ambassadeur de France, dans ses démarches auprès de la Sublime Porte; il s'était contenté de demander à cette dernière des explications sur la situation excessive faite aux officiers allemands. On s'attend à Berlin à ce que le Cabinet Doumergue se montre encore plus réservé que son devancier dans cette question. Il tiendra sans doute à justifier dans sa politique étrangère la confiance que lui témoignent, en raison ou en dépit de sa couleur radicale, tous les partis bourgeois allemands dont les journaux, sans exception, ont salué avec plaisir son avènement, parce qu'ils voient surtout en lui l'adversaire de la loi sur le service militaire de trois ans.

79.

BRUXELLES, 30. 12. 1913.

(Extrait d'un rapport de Paris du 20 décembre 1913, No. 3643.)

La question du commandement militaire de Constantinople.

La question du commandement militaire de Constantinople ne manque pas de gravité; elle n'a reçu jusqu'ici aucune solution.

Le jour où, il y a peu de semaines, M. Kokotzow s'arrêta à Berlin, en revenant de Paris, il était assez ému des projets que l'on prêtait à l'Allemagne à cet égard; il s'en ouvrit à l'Empereur Guillaume qui le rassura complètement. La question était délicate; elle demandait de la prudence, de la patience et du doigté, mais l'Empereur promettait qu'on trouverait une solution satisfaisante.

On attendit quelques temps puis le souverain allemand fit connaître à Pétersbourg qu'il n'avait pas trouvé la solution qu'il cherchait, que la position était difficile pour lui et, qu'au surplus,

il n'était pas responsable de l'incident attendu qu'il n'avait rien proposé à la Turquie; que c'était la Porte qui lui avait demandé l'envoi des officiers allemands.

On en fut très vexé en Russie; on offrit, puisqu'il en était ainsi, de faire une demande à Constantinople pour faire retirer les offres du Gouvernement ottoman. Mais on perdit du temps en conversations entre Pétersbourg et Berlin; sur ces entrefaites le Général allemand partait pour le Bosphore avec son état-major. Le Gouvernement moscovite se décida alors à faire à Constantinople une démarche, mais la situation qui a été mise en lumière par cette démarche n'est pas, en somme, trop désavantageuse.

La Porte considère la question des commandements militaires allemands comme étant de politique intérieure, mais elle a déclaré que le Général Sanders n'aurait qu'une mission d'instruction, ne touchant en rien la question des Détroits et des fortifications.

Le problème n'a plus fait un pas depuis ce moment. Il est absolument faux, dit-on, au Quai d'Orsay, que le Gouvernement russe ait demandé que le commandement de la gendarmerie envoyée dans la province d'Arménie soit confié à un officier russe; que les forteresses qui gardent les Détroits ne soient pas reconstruites, devant rester dans l'état actuel; que les voies ferrées qui seront construites en Arménie doivent toutes avoir le même écartement; il est faux que le Cabinet de Pétersbourg ait demandé des avantages pour des officiers russes ou des compensations.

On recherche à Pétersbourg la solution que comporte la crise actuelle; les Gouvernements de France et d'Angleterre sont à ce sujet, en communications constantes avec celui de la Russie; mais on reconnait que c'est celle-ci, la Puissance la plus intéressée dans la question, à faire connaître ses vues et ses désirs. **A Londres, comme à Paris, on a promis un appui absolu à Pétersbourg mais on ne veut pas prendre d'initiatives dangereuses.**

Le Gouvernement ottoman, bien qu'il vienne d'obtenir quelques avances qui lui permettent de vivre pour quelque temps et de calmer les impatiences très exigeantes de l'armée, est dans une situation économique assez difficile pour que des moyens

de pression puissent être facilement trouvés; mais on n'est pas arrivé jusqu'ici à ce point délicat.

On continue à espérer ici une solution satisfaisante de la crise, dont on ne méconnaît pas la gravité — en se plaçant au point de vue purement nationaliste — on n'est pas éloigné de penser que les difficultés du jour ont l'avantage de creuser entre la Russie et l'Allemagne un fossé qui sera long et difficile à combler. On connaissait depuis longtemps les relations particulièrement amicales qui existaient entre les Cours d'Allemagne et de Russie; on estime que la crise actuelle apportera de sérieuses et durables modifications à cet état de choses.

80.

BRUXELLES, 10. 1. 1914.

(Extrait d'un rapport de Paris du 5 janvier 1914, No. 28.)

Tiraillements dans la Triple-Entente. Russie et Allemagne.

Le «Temps» publiait hier un article intitulé: «Soyons sérieux» qui mérite d'attirer l'attention. Il reproche à M. Lloyd George des théories sur le désarmement et à M. Milioukof ses attaques contre la France et l'Angleterre qui ne soutiennent pas assez franchement et efficacement la politique russe en Europe.

On sait que les articles politiques du grand journal parisien sont généralement l'œuvre de M. Tardieu et qu'ils sont inspirés par M. Iswolsky.

Il est permis de se demander si l'attitude de l'Ambassadeur de Russie n'est pas faite pour donner le change sur les intentions, ou tout au moins sur les dispositions du grand empire qu'il représente à Paris.

Un diplomate généralement bien documenté s'exprimait récemment à ce sujet dans les termes suivants:

«Il ne faut pas se laisser influencer par les nouvelles alarmantes que colporte tous les jours une certaine presse. La France et l'Allemagne sont bien près de s'entendre sur les questions d'Asie Mineure; les rapports entre l'empire allemand et la Grande Bretagne s'améliorent tous les jours et il y

a accord sur bien des points entre Berlin et Saint-Pétersbourg.

«La question du général allemand à Constantinople pourra recevoir encore quelques légères modifications et améliorations. Mais la Russie est décidée à ne pas donner à cet incident une portée qu'elle comporte d'autant moins qu'il est, sur le Bosphore un général anglais dont l'action pourrait être un jour bien plus importante que celle du général von Sanders. La Russie est très absorbée par ses réformes intérieures; elle jouit, en ce moment, d'une prospérité extraordinaire; sa population s'accroît sans cesse dans des proportions impressionnantes; elle ne songe pas à compromettre une situation aussi favorable pour complaire au Gouvernement de la République. Elle n'a nullement l'intention de renoncer aux bienfaits de l'Alliance avec la France qui lui rapporte des avantages certains et matériels; mais soyez persuadé qu'au jour du danger l'action de l'Empire du Nord sera moins effective qu'on ne le suppose à Paris.»

81[1]).

BRUXELLES, 23. 1. 1914.

(Extrait d'un rapport de Paris du 16 janvier 1914, No. 158.)

Fédération Briand—Dangers pour la paix du mouvement nationaliste.

L'action de la nouvelle fédération des gauches se précise: M. Briand vient d'être proclamé président de l'association et la propagande se poursuit.

Ce mouvement aura certes une influence sur les prochaines élections; mais on peut se demander s'il sera aussi important que le désirent ses auteurs, lorsque l'on considère que de hautes personnalités du monde politique modéré et relativement conservateur, tels que M. M. Ribot, Develle, Méline et beaucoup d'autres s'en sont tenus jusqu'ici éloignés.

Quoiqu'il en soit, cette action est intéressante; elle peut avoir pour effet de modérer l'ardeur sectaire des hommes politiques,

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 110, S. 127.

et elle a pour but certain de soutenir et perpétuer les effets de la loi de trois ans. On ne peut donc s'empêcher d'en suivre le développement avec sympathie.

Il semble toutefois qu'au point de vue belge nous aurions plus d'intérêt à voir le succès de la politique de M. Caillaux, c'est-à-dire des radiaux et radicaux-socialistes. **Ce sont, en effet, M. M. Poincaré, Delcassé, Millerand et leurs amis qui ont inventé et poursuivi la politique nationaliste, cocardière et chauvine dont nous avons constaté la renaissance. Or, cette politique constitue un danger pour l'Europe et pour la Belgique. On peut même y voir le plus grand péril qui menace aujourd'hui la paix de l'Europe, non pas que le Gouvernement de la République soit disposé à troubler celle-ci de propos délibéré, le contraire parait certain, mais parce que l'attitude qu'a prise le Cabinet Barthou a été la cause déterminante d'un surcroit de tendances militaristes en Allemagne.**

Les folies belliqueuses de la Turquie et la loi de trois ans paraissent constituer les seuls dangers à redouter pour la paix de l'Europe.

La France, amoindrie par les déficits de sa natalité, ne peut supporter longtemps le régime de loi de trois ans. L'effort est trop considérable, tant au point de vue financier que relativement aux charges personnelles. Elle ne pourra soutenir un pareil effort; et que fera-t-elle pour sortir de la position difficile dans laquelle elle se sera placée? Tout le monde est d'accord pour reconnaître, que les 50 000 hommes qui ont été ajoutés au contingent par l'amendement Vincent sont superflus et inutiles. On cherche un moyen de s'en débarrasser de façon convenable et élégante; mais après?

Il n'est pas à espérer qu'au moins pour le moment les partis et les hommes qui ont produit un effort considérable pour faire voter la loi de trois ans, puissent se montrer favorables voire même indulgents à un retour en arrière de leur politique militariste. Il y a en plus le Maroc où le Général Liautey demande des renforts considérables pour faire monter jusqu'à cent ou cent cinquante mille hommes les contingents qui lui sont affectés; il veut établir définitivement l'union entre l'Algérie et le Maroc.

On use aujord'hui de moyens indirects; on achète à prix d'or les chameaux des tribus que l'on veut gagner et l'on supprime ainsi leurs moyens d'action. Mais le moyen coûte trop cher et son application est trop lente. Il y a entre le Maroc et l'Algérie des populations redoutables contre lesquelles des forces importantes sont nécessaires. Il faut donc un accroissement de 60 à 80.000 hommes, et ceux qui préconisent l'application immédiate de cette politique ne seront pas partisans de l'allègement de l'effort militaire inauguré en France.

M. Caillaux a voté contre la loi de trois ans; nombreux sont les hommes politiques qui le soutiennent et partagent son avis à cet égard. Le Président du Conseil, poussé par les hauts personnages de la République, a promis le respect loyal de la loi de trois ans; mais il n'est pas exagéré de supposer que dans sa pensée et dans celle de ses amis, on conserve le dessein d'adoucir considérablement les rigueurs du régime actuel.

M. Caillaux, qui est le véritable président du Conseil, est connu pour ses sentiments en faveur d'un rapprochement avec l'Allemagne; il connait admirablement son pays et sait qu'en dehors des états-majors politiques, de poignées de chauvins et de gens qui n'osent pas avouer leurs idées et leurs préférences, le plus grand nombre des Français, des paysans, des commerçants et des industriels subissent avec impatience le surcroit de dépenses et de charges personnelles qui leur est imposé.

La véritable campagne électorale va commencer; il faut s'attendre à ce que l'effet de ces dispositions vienne contrebalancer l'action du groupement inauguré par M. Briand. On cherche par tous les moyens à user la politique de M. Caillaux; on veut empêcher qu'il ne fasse les prochaines élections; personne en ce moment ne saurait prévoir les résultats de cette lutte; mais nous n'avons certes pas à désirer, comme Belges, la chute de M. Caillaux. Cet homme d'Etat peut être dangereux pour les finances de son pays; il peut amener des divisions malsaines et regrettables pour la politique intérieure de la France, mais il semble que sa présence au pouvoir soit de nature à diminuer l'acuité des rivalités internationales et à constituer une meilleure base pour les relations entre la France et l'Allemagne.

82.

BRUXELLES, 9. 2. 1914.

(Extraits d'un rapport de Stockholm du 29 janvier 1914, No. 17.)

Renforcement de la défense militaire de la Suède.
Crainte d'entreprises russes.

La principale question qui passionne actuellement l'opinion publique en Suède, est le problème du renforcement de la défense nationale. Un débat a déjà eu lieu au sujet de la question des nouvelles constructions navales: on a décidé de consacrer un capital de 7 millions de couronnes, aux petites unités, principalement des torpilleurs. On estime que la Suède ne pouvant se pourvoir de grands vaisseaux, doit s'efforcer d'augmenter ses moyens de destruction, pour se défendre contre l'ennemi. La question des armements en Suède est celle qui intéresse et préoccupe le plus l'opinion publique à l'étranger. En réalité le Cabinet Suèdois actuel est peu favorable à l'augmentation des armements.

Il est inspiré dans cette tendance par des considérations économiques de premier ordre et par le développement naturel de son programme libéral, qui a besoin d'un certain appui du parti socialiste, opposé, par principe, à toute augmentation des charges militaires.

En dehors de ces considérations générales, il est difficile de savoir dans quelle mesure exacte chaque membre du Gouvernement est personnellement convaincu, du plus ou moins de nécessité d'augmenter les forces de la défense nationale, il semble néanmoins que cette conviction soit l'opinion intime du plus grand nombre.

Le Roi est extrêmement anxieux de voir augmenter, dans une mesure efficace les forces militaires de la Suède. Sa Majesté est convaincue que le péril est grand et qu'il n'y a pas d'autre moyen de sauver le trône et la dynastie, aussi bien que l'indépendance de la nation.

Les nombreuses tentatives d'espionnage faites par des agents russes; la découverte de plans complets de débarquement et

d'investissement de certaines places fortes suédoises; les travaux techniques exécutés récemment en Finlande, les routes et les voies ferrées, sans objet économique plausible, convergeant vers la Suède; la politique de russification à outrance, constituent aux yeux de nombreux Suédois[1]**, autant de preuves que la Russie nourrit des arrière-pensées à l'égard de la Suède et que ses intentions ne sont pas «purement pacifiques».**

Il y a donc une menace qui pèse sur la Suède de la part de la Russie. Telle est l'opinion du parti conservateur suédois tout entier. Un grand nombre de libéraux semblent partager la même opinion. Tous les hommes d'affaires suédois, financiers, industriels, commerçants sont du même avis.

Une imposante délégation de paysans de toutes les parties de la Suède, se prépare à venir manifester à Stockholm le 7 février prochain. Trente mille hommes viendront demander au Gouvernement d'augmenter la défense nationale, en se soumettant d'avance, à toutes les charges qui leur incomberont de ce chef.

Une telle démonstration ne peut laisser aucun doute sur l'opinion de la masse du pays. Les socialistes, dociles au principe de la fraternité internationale, et peu désireux de voir augmenter les charges budgétaires, demandent le statu quo, quelques-uns veulent même une réduction des dépenses, pour la défense nationale. On annonce qu'une démonstration ouvrière aura lieu dimanche prochain, dans ce sens, pour faire contrepoids et répondre d'avance, à la manifestation de paysans.

L'opinion socialiste n'est pas celle de toute la Suède; et le sentiment de la plupart des Suédois est que le péril russe est réel, et qu'il est imminent. Cette conviction est sincère et on ne saurait mettre en doute qu'elle repose sur une bonne foi absolue et sur la crainte d'un danger réel.

Il est cependant impossible de la partager d'une manière absolue. Sans doute un certain danger existe en principe et on ne peut nier qu'il puisse devenir un jour effectif; mais il semble qu'on s'en exagère beaucoup ici l'imminence prochaine et l'inéluctable **fatalité.**

---

[1]) Im Originalbericht steht statt der Worte constituent bis Suédois „sont"; das Zirkular hat hier also wesentlich gemildert.

La Russie doit porter actuellement son attention ailleurs. Ses regards sont tournés vers les questions balkaniques et vers d'autres questions non moins graves pour elle, notamment les questions d'Asie Mineure, de Perse et d'Extrême Orient.

Elle est à peine sortie de la période de troubles intérieurs; et elle doit réparer encore les pertes résultant de sa guerre avec le Japon. Il semble peu vraisemblable, que dans ces conditions, la Russie songe à tenter une nouvelle aventure dans le Nord. Une telle entreprise de sa part, paraîtrait bien inconsidérée; et elle ne manquerait pas d'entraîner de graves complications.

Il est peu probable que les pays les mieux disposés à l'égard de la Russie, verraient avec indifférence une prise de possession qui bouleverserait la configuration de l'Europe. L'Angleterre, notamment, ne peut désirer voir la Russie prendre pied en face d'elle sur la mer du Nord.

La meilleure sauvegarde de la Suède ne semble pas devoir reposer exclusivement sur la force intrinsèque de ses armées, mais plutôt sur l'intérêt qu'ont toutes les Puissances à empêcher la Russie d'occuper son territoire.

Cet argument, qui parait décisif n'inspire aucune confiance ici, et le pays place toute sa foi dans la force de son armée. Cette conviction ressemble tellement à une méprise, qu'à l'étranger on doute de sa sincérité. On veut en chercher l'explication dans les manœuvres de la politique allemande qui cherche à entraîner la Suède dans le cercle de ses alliances.

C'est une erreur. Quelle que soit la politique de l'Allemagne à ce sujet, la conviction de la Suède est sincère et elle est antérieure aux avances de l'Allemagne. Du reste, si ce désir existe du côté de l'Allemagne, on croit qu'il ne trouvera aucun écho ici. A l'heure actuelle, la politique de la Suède est essentiellement scandinave et elle ne cherche à se rapprocher que de ses voisins immédiats, les Norvégiens et les Danois. En somme, la question peut se résumer ainsi:

La majorité de l'opinion suédoise est convaincue de l'imminence du danger russe. Elle ne voit de salut que dans l'augmentation de sa force armée.

En Russie, on affecte de croire que les armements de la Suède

ne sont que le résultat des machinations de l'Allemagne et qu'ils ne trouvent aucune justification logique dans son attitude.

En Allemagne, on désire une évolution des pays scandinaves vers la triple alliance; et toute mesure de défiance à l'égard de la Russie, est accueillie avec une bienveillante approbation.

83.

BRUXELLES, 16. 2. 1914.

(Extraits d'un rapport de Londres du 8 février 1914, No. 86.)

Epire et îles de l'Egée. Réponse de la Triplice.

Les Puissances de la Triple alliance ont répondu avant hier à la note que Sir Edw. Grey leur avait adressé le 21 janvier dernier.

Le Gouvernement britannique prenait acte dans cette note de l'acceptation par les trois Puissances de l'attribution définitive à la Grèce des îles de la mer Egée à l'exception d'Imbros et Ténédos qui commandent l'entrée des Dardanelles et de Castellorijo qui se trouve trop rapprochée du continent asiatique, à condition que la Grèce évacue les territoires attribués à l'Albanie.

Sir Edw. Grey proposait de remplacer la date du 18 janvier par une nouvelle date ou par un terme vague tel que «le plus tôt possible».

La note anglaise faisait ensuite remarquer:

1. que la Grèce en toute justice ne pouvait pas être rendue responsable des troubles qui éventuellement se produiraient parmi les Epirotes annexés à l'Albanie. Le seul engagement qu'on puisse lui demander est de ne pas s'opposer à la volonté des Puissances et de ne pas encourager la résistance de ces populations;

2. qu'une déclaration contenant les propositions originales de Sir Edw. Grey du 13 décembre, amendées suivant le désir de la Triple alliance, devrait être remise simultanément à Constantinople et à Athènes. Les Puissances s'entendraient sur les moyens à employer pour faire respecter leurs décisions.

En ce qui concerne les îles du Dodécanèse, le Secrétaire d'Etat

pour les Affaires Etrangères rappelait que toutes les puissances étaient intéressées à leur sort et que par conséquent celui-ci ne pouvait être règlé par un arrangement direct à intervenir entre la Porte et l'Italie.

Dans leur réponse les Puissances de la Triple alliance donnent leur assentiment à la déclaration à remettre à la Grèce, mais demandent l'insertion d'un paragraphe ainsi conçu:

«l'évacuation des territoires albanais par la Grèce commencera le 1er Mars à Larasso et à Koritza et sera terminé le 31 mars, dans toute la zône contestée.»

Elles ne parlent pas de la note à remettre à Constantinople, ni des moyens à employer pour faire respecter en cas de besoin leurs décisions.

On est, parait-il, très mécontent au Foreign Office de la réponse de la Triple alliance. On assure même que Sir Edw. Grey aurait quitté Londres pour ne pas recevoir les communications que les Ambassadeurs étaient chargés de lui remettre et dont il connaissait la teneur.

Le Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères qui depuis des mois s'est efforcé par tous les moyens d'arriver à des solutions acceptables par tous et de maintenir l'accord parmi les Puissances est, dit-on, très découragé. On a même déclaré au Foreign Office à un représentant d'un Royaume balkanique que l'Angleterre pourrait bien envisager la possibilité d'entreprendre une action indépendante.

La situation est donc peu satisfaisante et il est à craindre que l'attitude de la Triple alliance n'amène des complications graves.

84.

BRUXELLES, 27. 2. 1914.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 16 février 1914, No. 45.)

La crise balkanique. L'Epire et les îles. La reconstitution de l'union balkanique et l'Autriche-Hongrie.

La préoccupation qui régnait dans les cercles diplomatiques s'est à peu près dissipée et la situation s'est sensiblement amé-

liorée. A la suite d'échanges de vue d'une lenteur désespérante, les Puissances des deux groupes ont fini par se mettre s'accord. Le voyage circulaire de M. Vénizelos, les explications et assurances données par cet éminent homme d'Etat ont largement contribué à atteindre ce résultat. Le premier Ministre du Roi Constantin a fait remarquer avec beaucoup de raison qu'il serait dangereux de forcer les troupes grecques à évacuer les territoires devant être remis à l'Albanie, avant que l'ordre soit suffisamment rétabli dans ce pays et que son Gouvernement soit en état de faire occuper à son tour ces contrées de manières à pouvoir y garantir le maintien de la tranquillité. Par conséquent, M. Vénizelos aurait voulu qu'on lui laissât une assez large latitude qui lui aurait permis de choisir le moment opportun pour procéder graduellement à cette évacuation. De plus il demandait certaines modifications de frontière peu importantes. Enfin, il aurait tout naturellement désiré que les Puissances, conformément à la proposition anglaise, se missent dès maintenant d'accord sur les mesures cœrcitives à prendre dans le cas où la Turquie ne respecterait pas leur décision relative aux îles de la mer Egée.

A Berlin, à Rome et à Vienne, on s'est refusé à entrer complètement dans cette triple voie et l'entente finale des six Puïssances constitue un compromis. On donne à la Grèce pour l'évacuation de l'Epire un délai s'étendant jusqu'au 31 mars. La rectification de frontière qu' elle demande va être examinée avec esprit de bienveillance à son égard. La question des dispositions éventuelles à prendre contre la Turquie est laissé ouverte.

Le Gouvernement hellène se trouve ainsi dans la fâcheuse position de devoir restituer d'un côté des territoires que ses armées ont conquis sur terre ferme, sans avoir la moindre garantie qu'on ne cherchera pas d'un autre côté à lui enlever par la force des îles que le sort de la guerre a également fait tomber entre ses mains d'une manière tout à fait légitime.

Mais en fait tout porte à croire que les craintes qu'on pourrait éprouver à Athènes sous ce dernier rapport ne sont pas fondées. Le langage très décidé et très agressif qu'on tenait au début à Constantinople est devenu beaucoup plus calme.

La nouvelle d'une alliance offensive et défensive entre la Turquie et la Bulgarie n'est nullement confirmée et ce dernier pays est d'ailleurs trop épuisé pour se laisser entraîner actuellement dans une aventure de ce genre. De plus il y a la Roumanie qui veille à ce que le traité de Bucarest soit respecté. Enfin Hussein Hilmi Pacha, l'Ambassadeur turc à Vienne, affirmait tout récemment qu'on se faisait une fausse idée d'Enver Pacha, qu'il était beaucoup trop raisonnable pour chercher à s'opposer par la force à la décision unanime des Puissances et que la guerre n'aura pas lieu.

On se contentera probablement à Constantinople de protester, on appliquera le système qu'on a suivi à propos de l'Egypte et de la Tunisie en refusant de reconnaitre officiellement le nouvel état de choses, mais on ne se battra pas.

La presse de Vienne a fait un bruit énorme à propos des pourparlers qui viennent d'avoir lieu à Pétersbourg. Elle considère que la prétendue tentative de reconstituer l'union balkanique est un acte agressif contre l'Autriche-Hongrie «que la Russie veut entourer d'un cercle de fer». Comme d'habitude c'est la «Neue Freie Presse» qui se distingue par la violence de son langage. Avide de sensations, ce journal se fait en outre un malin plaisir de présenter la situation sous un jour menaçant dans l'intention de créer des ennuis au Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères avec lequel il est en mauvais termes.

Il est évident que, surtout à cause de son ressentiment contre la Serbie, l'Autriche-Hongrie ne verrait pas d'un œil indifférent la reconstitution de l'union balkanique et qu'une participation effective de la Roumanie sous l'influence de la Russie devrait lui être particulièrement pénible. Mais, en premier lieu, ce projet, s'il était effectivement dans les intentions de la Russie, ne serait guère réalisable puisqu'un rapprochement entre la Bulgarie et la Serbie serait encore impossible et ne pourrait selon toute probabilité s'effectuer de sitôt. Entre la Serbie et la Grèce le traité subsiste et il n'y a sous ce rapport rien de changé. D'autre part, la Roumanie est maintenant dans une trop bonne situation pour ne pas chercher à rester indépendante de toute influence, qu'elle vienne des bords de la Néva ou du

Danube. Tout en ayant avec la Serbie et la Grèce des intérêts communs qui la poussent à entretenir avec ces deux pays des relations plus intimes, il est douteux qu'elle consente à se lier formellement par un traité général. Elle voudra rester l'arbitre dans la presqu'île balkanique et fera tout ce qui dépendra d'elle pour qu'il ne soit pas touché à l'état de choses consacré par le traité conclu sous ses auspices. En poursuivant ce but principal, elle ne peut avoir aucune pensée hostile ou agressive à l'égard de l'Autriche-Hongrie.

Quant à la Serbie, quoique considérablement agrandie, sa position n'est pas pour le moment fort enviable. D'après les affirmations de l'Ambassadeur de Turquie à Vienne, fort compétent en cette matière, les territoires conquis comportent une population de 1 800 000 âmes composée de Turcs, Bulgares, Grecs et Albanais, qu'il s'agit de s'assimiler et le Gouvernement du Roi Pierre devra consacrer tous ses efforts à l'accomplissement de cette tâche difficile. De plus, il faut s'attendre à voir surgir, dès l'arrivée du printemps, aussi bien le long de la frontière bulgare que du côté albanais, de nombreuses bandes de «Comitadjis», qui donneront fort à faire à l'armée serbe. Comment pourrait-on, dans ces conditions, à Belgrade songer à quelqu'entreprise hostile envers la Monarchie. Absorbé pour longtemps par un travail intérieur des plus intense, on n'y pense plus pour le moment à la Bosnie-Herzégovine et la solution éventuelle de cette question est renvoyée aux Calendes grecques. C'est par conséquent à tort que la presse s'alarme ici de soi-disants projets de la Russie et les nouvelles publiées à ce sujet ont un caractère d'exagération presque ridicule.

85.

BRUXELLES, 21. 3. 1914.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 14 mars 1914, No. 293.)

Rapports russo-allemands.

Le communiqué, publié par la Gazette de l'Allemagne du Nord en tête de son numéro d'hier soir semble clôre l'incident

soulevé par l'article de la Gazette de Cologne du 2 mars. Malgré le langage apaisant de l'organe officieux du Gouvernement russe, la «Rossika», auquel la Gazette de l'Allemagne du Nord n'a fait que répondre sur le même ton, on croit ici[1]) que les autres journaux de Saint-Pétersbourg continueront pendant quelques jours encore à fulminer contre l'Allemagne et contre l'Autriche-Hongrie et que les polémiques de presse ne se calmeront que peu à peu.

Dans les milieux franco-russes de Berlin[2]), on ne veut, bien entendu, pas rendre la presse parisienne responsable, par ses imprudences, de la leçon infligée à l'allié de la France; mais on se demande s'il ne faut pas chercher l'explication de tout l'incident dans un nuage qui aurait troublé dernièrement pendant 48 heures les relations très amicales[3]) de l'Empereur Guillaume avec le Tzar. L'Empereur aurait écrit personnellement à ce dernier, à l'occasion du renvoi de M. Kokowtzow, pour lui donner des conseils que lui permet sa plus longue expérience du pouvoir, et ses bons avis auraient été assez mal reçus. Il est certain qu'il y a quinze jours environ, à un de ces repas de régiment, auxquels assiste volontiers Guillaume II, il s'est laissé aller à une explosion de colère contre la Russie qui n'est pas restée ignorée, malgré la discrétion obligatoire des convives. Aujourd'hui ce nuage paraît dissipé.

Un ambassadeur[4]) a eu, d'autre part, avec M. de Jagow (lors de la chute du Premier Ministre russe), un entretien, dans lequel celui-ci a exprimé la crainte que M. Sasonow ne fût renvoyé, lui aussi, et remplacé par un panslaviste ou un nationaliste qui inaugurerait dans l'Orient balkanique une politique dangereuse pour la paix de l'Europe. Le nom de M. de Hartwig avait été mis en avant par quelques journaux. Confier

[1]) Im Originalbericht stand: l'ambassadeur de France, que j'ai vu ce matin, croit . . .

[2]) Im Originalbericht wird erwähnt, offenbar geschehe der Angriff der Kölnischen Zeitung gegen Rußland mit Billigung der Deutschen Regierung. Cambon wolle übrigens die Pariser Presse nicht verantwortlich machen.

[3]) Im Bericht stand «aimables».

[4]) Im Original «M. Cambon».

dans les circonstances actuelles la direction de la politique étrangère de la Russie à un pareil homme, cela serait considéré à Vienne comme une sorte de provocation ou comme une menace de guerre. Qui sait, si le Gouvernement allemand, agissant tant pour son propre compte que pour celui de son allié austro-hongrois, n'a pas voulu prendre les devants et inciter à la prudence le Ministre qui prendra demain la succession de M. Sasonow?

Tout en étant persuadé qu'il ne s'agit cette fois-ci que d'une fausse alerte, les milieux diplomatiques[1]) ne cachent pas les inquiétudes que leur causent les sentiments belliqueux du parti militaire allemand, de la jeunesse allemande et des intellectuels. Tout le monde a le verbe plus haut ici depuis le succès de la contribution extraordinaire de guerre votée l'an dernier par le Reichstag; elle produira le double de ce sur quoi l'on avait escompté, deux milliards de marks au lieu d'un. L'Allemagne ne se savait pas si riche. Elle se montrera encore plus intraitable dans les incidents qui viendraient à surgir entre elle et la Triple Entente.

86.

BRUXELLES, 2. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 24 mars 1914, No. 164.)

Prétendu projet d'alliance franco-russo-allemande.

Le «Novoïé Vrémia» publiait il y a quelques jours des déclarations qu'il attribuait à un haut personnage russe, et qui faisaient prévoir la possibilité d'une alliance entre la Russie, l'Allemagne, la France et l'Angleterre. Le «Temps» de Paris a répondu à cet article en disant qu'il avait recueilli à Saint Pétersbourg des informations lui permettant de démentir ce bruit.

[1]) Auch hier wird im Original der Botschafter Cambon persönlich genannt.

Il faut signaler aujourd'hui un article du «Wetchernié Vrémia», dont voici le résumé:

«Le «Temps», ému par les déclarations attribuées à un personnage haut placé a envoyé son correspondant M. Rivet au Ministère Impérial des Affaires Etrangères, pour se renseigner. Un jeune diplomate qu'il y a interviewé lui a dit que les nouvelles dont il s'agit ne reposaient sur aucune autorité. Or, la personnalité dont émane le bruit d'un rapprochement entre les quatre Puissances citées plus haut, est fort bien vu en haut lieu et occupe l'un des postes principaux dans le Gouvernement. Le jeune diplomate au contraire n'est pas en mesure de connaître les intentions des cercles dirigeants. Nous savons, et ceci calmera les nerfs du journaliste parisien et lui sera en même temps extrêmement désagréable, que la haute autorité en question a été formellement chargée par les sphères officielles de causer avec des représentants du Gouvernement allemand. Il s'est également entretenu à Paris avec des personnalités responsables au sujet d'une nouvelle orientation des grandes Puissances. A Paris et à Berlin, l'idée d'une alliance anglo-russo-franco-allemande sur la base du partage de l'Autriche a rencontré une approbation complète. Rentré à Saint-Pétersbourg le dignitaire en question a fait son rapport, lequel a trouvé un écho favorable. Tout cela s'est passé l'été dernier. Depuis, le même personnage a eu l'occasion de revenir sur la question, de sorte que les affirmations du jeune diplomate et du correspondant du Temps, d'après lesquelles on ne songerait nullement à une nouvelle orientation des Puissances montrent que ces Messieurs sont mal informés.»

Ce qui précède cadre mal avec ce qu'on sait des dispositions du Ministre Impérial des Affaires Etrangères, très peu favorables à l'Allemagne et que les dernières polémiques russo-allemandes n'ont pas contribué à modifier.

87.

BRUXELLES, 4. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 27 mars 1914, No. 171.)

Accroissement de l'armée russe.

Malgré le grand secret dont (on) entoure de plus en plus les mesures militaires, il se confirme qu'on se propose de créer, non seulement un quatrième nouveau corps d'armée, mais encore un cinquième. On se rappelle que la création de trois nouveaux corps d'armée a été décidée l'année dernière.

De nouveaux régiments de cavalerie sont en formation: leur nombre sera de 20 en tout cas — peut-être de 25.

Le projet d'accroissement des forces russes comporte une division de réserve pour chaque corps d'armée.

Il y a lieu de remarquer ici qu'actuellement déjà l'artillerie russe possède le matériel nécessaire pour doubler immédiatement le nombre de toutes les «brigades» d'artillerie en temps de guerre.

Il existe au surplus considérablement de recrues depuis qu'on a décidé d'augmenter le chiffre des hommes enrôlés et aussi depuis qu'on a pris l'habitude de garder sous les drapeaux, jusqu'au printemps, la classe la plus ancienne, pendant la période d'instruction de la classe nouvelle.

Le nombre des recrues dont dispose annuellement l'Empire russe est de 1,200,000 hommes. Mais jusque récemment on ne prenait sur ce nombre que 450,000 environ: le chiffre des dispensés était donc énorme. Aujourd'hui, l'on enrôle environ 600,000 hommes par an.

Jusqu'à présent, la Russie possédait, pour le cas de guerre, 5,000,000 d'hommes instruits. Ce chiffre sera notablement accru dans quelques années, vu l'augmentation du nombre d'enrôlés. Il serait naturellement bien plus considérable encore si l'on enrôlait tous les hommes valides et si la limite d'âge pour la réserve, au lieu d'être de 35 ans, était reportée au même âge qu'en Allemagne.

88[1]).

BRUXELLES, 15. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 4 avril 1914, No. 369.)

Allemagne et Russie.

La nouvelle, lancée par le «Novoïé Vrémia», au sujet de la possibilité d'une alliance entre la Russie, l'Allemagne, la France et l'Angleterre sur la base d'un partage de l'Autriche-Hongrie, n'a rencontré aucune créance à Berlin, ni dans la presse, ni dans le monde diplomatique. L'alliance autrichienne est restée le fondement sûr et immuable de la politique allemande, depuis Bismarck. Aux motifs qu'il avait de rester fidèle à la conception bismarckienne pour assurer la défense de l'Empire exposé par sa situation géographique aux attaques de ses voisins de l'ouest et de l'est, l'Empereur Guillaume a ajouté des raisons de sentiments: son amitié pleine d'égards, son culte presque filial pour l'Empereur François-Joseph et sa camaraderie avec l'Archiduc héritier. Il vient de donner une nouvelle preuve de cette amitié par la double visite qu'il a faite, à la Cour Impériale à Vienne et à celle de l'Archiduc à Miramar, avant d'aller à Corfou. Il ne faut pas se rompre la tête pour chercher à savoir ce que les deux monarques et le Prince héritier ont pu se dire dans ces entrevues. Les bonnes relations entre l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne sont si évidentes et basées sur de telles nécessités politiques que les entretiens entre leurs Souverains n'ont besoin d'aucun commentaire. Quant à la rencontre de l'Empereur avec le Roi d'Italie, elle a été la conséquence naturelle de son arrêt à Vienne. Peut-être est-il permis de supposer que Guillaume II a saisi cette occasion pour aplanir les difficultés, ou dissiper les nuages, que font naître les intérêts opposés de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie dans l'Adriatique et en Albanie. C'est le devoir de l'Allemagne d'entretenir l'élasticité du lien conventionnel qui unit les membres de la

---

[1]) Originalbericht nicht vorhanden. Der Auszug ging den Gesandtschaften in Paris, London, Petersburg, Haag, Wien, Rom, Bern, Konstantinopel, Teheran, Peking, Tokio (11 Stellen) zu.

Triple Alliance. Guillaume II s'y est employé lui-même, et toujours avec succès, dans maintes circonstances.

Le «Temps» de Paris a donc raison de signaler à ses lecteurs l'invraisemblance de la nouvelle du «Novoïé Vrémia» et ce qui parait plus certain que ce projet d'alliance fantaisiste, c'est l'évolution qui s'est opérée depuis quelque temps dans l'esprit de l'armée russe. **La mission militaire japonaise, qui, après avoir passé quelque temps en Russie, vient d'arriver en Allemagne, a été frappée des sentiments hostiles à l'Allemagne dont sont animés aujourd'hui les officiers russes. Dans les mess des régiments les officiers japonais ont entendu parler ouvertement d'une guerre prochaine contre l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne. On y disait que l'armée était prête à entrer en campague et que le moment était propice aussi bien pour les Russes que pour leurs alliés, les Français.**

Cette animosité des officiers russes contre leurs voisins germaniques avec lesquels ils vivent en paix depuis cent cinquante ans et ces explosions de sentiments belliqueux ont donné aux Japonais l'impression que leurs hôtes, maintenant qu'ils se sentent forts et prêts à la lutte, laissent entrevoir leur véritable état d'âme et qu'on y lit la haine de l'Allemagne.

Certes le Gouvernement du Tzar a toujours montré un grand souci de ménager l'Empire allemand et de vivres (sic!) en bons termes avec lui, et il ne se laisse pas dicter sa politique par l'élément militaire ou nationaliste; mais il convient de se rappeler les origines, bien connues aujourd'hui, de la guerre avec le Japon. C'est la coterie du Grand Duc Vladimir et des financiers intéressés dans les entreprises en Corée qui a réussi à entraîner le Tzar, malgré lui, dans cette aventure. L'hostilité qui se manifeste en Russie contre l'Allemagne pourrait donc devenir dangereuse pour le maintien de la paix, si elle trouvait un interprète influent dans l'entourage du Tzar.

89.

BRUXELLES, 17. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 7 avril 1914, No. 379.)

Roumanie et Allemagne.

Dans ces derniers temps la presse et le monde politique de Berlin se sont beaucoup occupés de la Roumanie et de l'orientation nouvelle de sa politique extérieure. On a discuté la question de savoir si elle abandonnerait définitivement le camp de la Triple Alliance, pour passer, avec armes et bagages, dans celui de la Triple Entente ou plutôt de l'alliance franco-russe. Les motifs de cette préoccupation de deviner les secrets desseins du Cabinet de Bucarest ont été la visite des Princes de Roumanie à la Cour de Russie et le projet de mariage du jeune Prince Carol avec une des filles du Czar. Avec ce voyage ont coïncidé justement des manifestations bruyantes de la Ligue de culture roumaine et des étudiants de Bucarest contre l'Autriche-Hongrie. On s'est un peu ému ici des revendications exprimées par les manifestants, ayant pour objet les provinces roumaines de la monarchie dualiste, revendications qui sommeillaient plus ou moins dans l'âme de tous les patriotes roumains, mais que les résultats inespérés de l'intervention de la Roumanie dans la querelle balkanique devaient inévitablement réveiller.

La Gazette de la Croix, en déplorant ces manifestations anti-hongroises plutôt qu'anti-autrichiennes, ainsi que ces aspirations à la reconstitution d'une plus grande Roumanie, n'y voit pas forcément un désir de se livrer à l'influence de la Russie, malgré les avances que cette dernière prodigue aujourd'hui au Royaume danubien. Elle fait observer avec raison que la Russie détient aussi une province roumaine, la Bessarabie, dont la perte en 1878, après une guerre victorieuse menée en commun contre la Turquie, a coûté tant de larmes de rage aux Roumains; elle remarque malignement que la presse russe ne propose pas de rendre ce territoire. D'un autre côté, le journal berlinois ne peut pas nier le rapprochement qui s'est

opéré depuis l'an dernier entre la Roumanie et les Puissances de la Triple Entente; il l'attribue aux fautes commises pendant la guerre des Balkans par la diplomatie austro-hongroise; celle-ci a couronné une série de fausses démarches par la prétention maladroite de soumettre le Traité de Bucarest à une revision des grandes Puissances. C'était une offense personnelle au vieux Roi Carol, fier à juste titre du rôle d'arbitre des Balkans que des circonstances heureuses lui avaient dévolu. On avait oublié à Vienne les ménagements dus à cet ami fidèle; on avait oublié que, pendant plus de vingt ans, il avait conduit et maintenu, malgré les orages et les vents souvent contraires, la barque de la Roumanie dans le sillage de l'Autriche-Hongrie et de la Triple Alliance.

Le Roi Carol, il est vrai, avait été aidé dans cette tâche par les deux hommes d'Etat les plus marquants des deux partis politiques, M. Sturdza et M. Carp, aujourd'hui rétirés de la vie publique. Adversaires irréconciliables sur le terrain de l'administration intérieure, ils se rapprochaient dans une admiration commune de l'Allemagne et de la culture allemande, dont ils s'étaient nourris tous deux, dans leur jeunesse, et par une haine égale de la Russie. Elle était plus cachée chez M. Sturdza, mais tout aussi vivace. Sous les différents Ministères libéraux et conservateurs, la politique extérieure de la Roumanie n'avait jamais varié; elle conservait les mêmes tendances tripliciennes. La Russie était toujours considérée comme le grand ennemi du jeune Royaume, qui lui barrait la route de Constantinople. Contre le danger d'une agression, voire même d'une conquête russe, le Cabinet de Bucarest s'était couvert par une entente avec le Cabinet de Vienne.

La guerre des Balkans a renversé l'échaffaudage de la politique extérieure roumaine et modifié le système de ses alliances. La Roumanie ne peut pas oublier, son vieux Souverain ne peut pas méconnaitre que le Cabinet de Vienne favorisait à ses dépens l'extension de la Bulgarie, par animosité contre la Serbie, et qu'il voulait placer le Royaume danubien dans un état d'infériorité manifeste vis-à-vis d'un voisin redoutable, plein d'ambition et dont les forces avaient doublé. La guerre des

Balkans a eu cet autre résultat de démontrer aux Roumains l'inanité du péril russe.

Aujourd'hui le Cabinet libéral, qui est au pouvoir à Bucarest, est dirigé par les frères Bratiano. Leur éducation, les idées qui ont présidé à leur formation politique ne les rapprochent pas de l'Allemagne. Leur libéralisme avancé confine plutôt avec le radicalisme français. C'est en France qu'ils ont fait leurs études supérieures. Cela ne veut pas dire qu'ils subiraient volontiers l'influence du Gouvernement de la République. Ils sont, avant tout, des Roumains de l'espèce la plus intransigeante, la plus hostile à une immixtion étrangère de quelque côté qu'elle vienne. On le sait parfaitement à Berlin. On s'attend ici, à la Wilhelmstraße, à ce que la Roumanie, sous la direction des Bratiano et avec le consentement du Roi désabusé de l'amitié autrichienne, reprenne complètement sa liberté d'action, sa politique des mains libres, et devienne de plus en plus une Puissance balkanique. Elle y sera encouragée, assure-t-on, par l'Allemagne. Que le maintien du Traité de Bucarest et de l'équilibre dans les Balkans soit désormais le principal objectif du Gouvernement roumain, c'est une politique que le Cabinet de Berlin ne peut qu'approuver, car elle concorderait avec la sienne. Tous ses efforts tendent en effet aujourd'hui, dans l'Orient méditerranéen, à la conservation du statu quo et de ce qui reste de l'Empire ottoman.

90.

BRUXELLES, 1. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 22 avril 1914, No. 218.)

Allemagne et Russie.

L'affaire des aéronautes allemands détenus en Russie fait toujours l'objet de pourparlers entre le Gouvernement de Saint-Pétersbourg et l'Ambassade d'Allemagne. Ces conversations, bien que longues et pénibles, sont exemptes d'acrimonie.

M. de Lucius, Chargé d'Affaires d'Allemagne, vient de demander à M. Sazonow s'il est vrai, comme le répètent les jour-

naux, que le Gouvernement russe ait décidé de ne plus faire aucune commande en Allemagne, notamment pour la marine. Le Ministre Impérial a répondu que cette affirmation est sans aucun fondement: qu'il a interrogé à ce sujet le Chef d'Etat Major de la Marine, le quel nie absolument l'existence d'un semblable «boycott». Il y a en ce moment pour 28 millions de commandes en Allemagne, destinées à la marine russe.

M. Sazonow a tenu en outre à M. de Lucius le propos suivant: «Il existe entre nous des difficultés sur le terrain commercial: mais cela est d'ordre secondaire. Si je devais actuellement faire un grand discours à la Douma sur la politique extérieure, je déclarerais que les rapports russo-allemands sont tout-à-fait amicaux; les sentiments de cordialité qui unissent nos deux Empereurs n'ont pas changé.» M. de Lucius a eu l'impression que ces paroles étaient destinées à suggérer au chancelier allemand de s'exprimer dans un sens analoque, lorsqu'il aborderait à la tribune du Reichstag les relations des deux Empires.

A l'Ambassasde de France à Saint-Pétersbourg on estime qu'il convient de ne pas se laisser égarer par les informations des journaux français chauvins, qui représentent la situation comme très tendue entre Saint-Pétersbourg et Berlin.

91[1]).

BRUXELLES, 16. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de Paris du 8 mai 1914, No. 1544.)

Politique française.

Voici comment un des hommes les mieux informés de Paris juge la situation internationale et la politique française:

«La visite du Roi et de la Reine d'Angleterre a parfaitement réussi; le soleil était de la fête et les Français adorent de manifester et de crier «Vive le Roi». Ils ont donc fait à leurs hôtes une réception vraiment chaleureuse; mais je doute que ces manifestations entraînent le moindre changement dans la poli-

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 115, S. 134.

tique des deux états. Le toast du Roi George était d'ailleurs manifestement moins chaleureux que celui de M. Poincaré.

«Quelle est la nature des engagements qui lient entre eux les deux Etats, ont-ils conclu une convention militaire? Je l'ignore, mais je n'oublie pas que des esprits réfléchis et sérieux doutent quelque peu de l'assistance que la France trouverait chez les Anglais au jour d'une conflagration européenne. Il se trouve même des gens qui ne croient pas à un concours britannique bien sérieux sur mer.

«Je sais que l'on parle couramment de l'intention qu'auraient les Anglais de débarquer des troupes dans le Nord des côtes françaises et de les envoyer de là sans retard dans les régions du Sud-Est, pour couper la route aux troupes italiennes. C'est possible, mais je crois savoir que les autorités françaises font bon marché de l'action de l'armée italienne, car celle-ci aurait besoin d'un temps considérable pour se mobiliser.

«Enfin, l'Angleterre ne cesse de faire des coquetteries à l'Allemagne.

«Il est incontestable que la nation française, durant ces derniers mois, est devenue plus chauvine et plus confiante en elle-même. Les mêmes hommes autorisés et compétents qui, il y a deux ans, témoignaient des craintes très vives à la mention seule de difficultés possibles entre la France et l'Allemagne, ont changé aujourd'hui de ton; ils se disent certains de la victoire; font grand état des progrès, d'ailleurs très réels, accomplis par l'armée de la République et se disent assurés de pouvoir tout au moins, tenir l'armée allemande en échec pendant une durée de temps assez longue pour permettre à la Russie de mobiliser, de concentrer des troupes et de se jeter sur son voisin de l'Occident.

«Je ne crois pas au désir ni de l'un ni de l'autre des deux pays de jouer l'effroyable coup de dés que serait une guerre; mais il est toujours à craindre, avec le caractère français, qu'un incident mal présenté n'amène sa population, ou pour mieux dire, les éléments les plus nerveux voire même les moins respectables de la population, à créer une situation qui rendrait la guerre inévitable.

«Un diplomate d'expérience et de haute position disait ré-

cemment: «S'il éclate un de ces jours un incident grave entre la France et l'Allemagne, les hommes d'Etat des deux pays devront s'appliquer à lui donner une solution pacifique dans les trois jours ou bien ce sera la guerre.

«Un des éléments les plus dangereux de la situation actuelle, est le retour de la France à la loi de trois ans; elle a été imposée à la légère par le parti militaire, et le pays ne peut pas la supporter. Avant deux ans d'ici, il faudra y renoncer ou faire la guerre; de bons esprits cherchent à remédier à la situation par une modification de la loi qui en enlèverait les côtés excessifs sans constituer une blessure pour l'amour propre du pays. On pense à une combinaison, basée sur le rappel annuel des réserves.

«La presse est mauvaise dans les deux pays. La campagne qui se poursuit en Allemagne au sujet de la Légion étrangère est excessivement maladroite, et le ton des journaux français ne cesse d'être acerbe et agressif. Personne n'a assez d'autorité et d'indépendance pour essayer de modifier cette situation qui est cependant blâmée par beaucoup de bons esprits.»

92.

BRUXELLES, 26. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 13 mai 1914, No. 529.)

Article du Berliner Lokal-Anzeiger intitulé «Diplomatie et presse».

Quelques journaux parisiens ont commenté dans un sens favorable un article intitulé: «Diplomatie et presse», paru le 9 de ce mois dans le numéro du soir du «Berliner Lokal-Anzeiger», organe officieux du Gouvernement Impérial. Cet article aurait peut-être fixé d'avantage l'attention du public français, s'il avait vu le jour en d'autres circonstances, au lieu de paraître la veille des élections législatives.

Il s'agit d'une soi-disant interview accordée à un rédacteur de ce journal par un des Ambassadeurs (qui n'est pas nommé) d'une des Puissances composant la Triple Entente. Le langage attribué à ce diplomate porte un certain cachet de vérité. Ce qu'il dit de la division de l'Europe en deux groupes de puissances

se faisant contrepoids n'est pas nouveau; c'est une opinion qu'on a souvent rencontrée dans les discours d'hommes d'etat français, anglais ou russes et qui répond en somme à la réalité. Plus caractéristique est l'évocation des grandes figures du passé, Louis XIV et Napoléon, ayant succombé dans leur dessein d'asservir l'Europe; ces souvenirs historiques servent de transition pour en arriver aux craintes qu'inspire à ses voisins la pûissance colossale et toujours grandissante de l'Allemagne, quoique cette puissance n'ait jamais abusé de sa force. Un Ambassadeur étranger aurait fort bien pu s'exprimer ainsi, sans risquer de blesser le Gouvernement Impérial. Eût-il osé dénoncer, comme le diplomate anonyme du Lokal-Anzeiger, le péril que fait courir à tous les pays le pouvoir incontrôlé et irresponsable de la presse, surtout dans la politique étrangère, cela est fort douteux et ne cadrerait guère avec le soin que mettent les représentants à Berlin de la France, de la Russie et de l'Angleterre, à se concilier les bonnes grâces de la presse berlinoise, dont ils acceptent chaque année les invitations.

Renseignements pris auprès de ces Messieurs, aucune interview n'a été accordée par eux à un rédacteur du Lokal-Anzeiger. Quoique le prétendu compte-rendu reflète bien quelques unes de leurs idées et mérite leur approbation, ils ne sont pour rien dans sa publication. Ils ont toutes raisons de croire qu'il a été fabriqué en entier au Ministère même des Affaires Etrangères; c'est un habit d'arlequin dont les pièces ont été rassemblées et cousues à la Wilhelmstraße. Le but poursuivi semble avoir été de produire un certain apaisement en France dans les esprits, après l'indignation provoquée par le spectacle du palais de glace de Berlin où l'on a vu un figurant portant l'uniforme de la Légion étrangère fusillé par de vrais soldats empruntés à la garnison de la capitale. On a d'autant plus regretté cette exhibition de mauvais goût à la Wilhelmstraße qu'on y avait été averti par l'Ambassadeur de France de ce qui allait se passer et de l'impression que la représentation causerait à Paris. Mais le moyen employé par le Ministère des Affaires Etrangères est assez piquant. Au lieu d'envoyer un communiqué à l'un des organes officieux, le Département Impérial des Affaires Etran-

gères a imaginé de mettre des déclarations rassurantes pour la paix de l'Europe dans la bouche d'un des représentants de la Triple Entente à Berlin.

93.

BRUXELLES, 29. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 16 mai 1914, No. 539.)

Discours de M. de Jagow au Reichstag. Roumanie. Rapports franco-allemands — Russo-allemands. Mexique-Amérique du Sud.

C'est devant des banquettes à moitié vides que le Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères, remplaçant le Chancelier, a lu avant hier au Reichstag l'exposé du Gouvernement Impérial sur la politique étrangère, dont les journaux de tous les pays ont déjà publié le texte. M. de Jagow, qui n'est pas un orateur, ne voulait pas avoir autour de lui un public trop nombreux et prompt à la critique. Son exposé débité d'une voix monotone a eu cependant à Berlin, le lendemain surtout, beaucoup de succès.

Il y règne un certain optimisme nuageux destiné à rassurer l'opinion publique et le monde des affaires. Tout en partageant son espérance au sujet de l'apaisement progressif de la situation dans les Balkans, on ne peut méconnaître cependant qu'un coin orageux subsiste toujours à l'est du ciel européen et qu'en outre la consolidation graduelle de l'Etat albanais, si elle n'est pas une utopie, est encore loin de devenir une réalité. Les compliments et les caresses prodigués par M. de Jagow à la Roumanie ont trouvé ici un écho immédiat, tant il est doux de sauver une âme qu'on croyait perdue et de ramener au bercail une brebis égarée. Il va de soi, d'ailleurs, sans qu'il fût nécessaire de le dire, que la Roumanie travaillera au maintien de la paix établie par les traités de Londres et de Bucarest, par le dernier principalement, dont elle n'a pas admis la révision, malgré les efforts de l'Autriche-Hongrie.

Le passage relatif à la France a fait bonne impression à Paris. M. de Jagow a exprimé le désir d'arriver à conclure avec le

voisin de l'Ouest des accords en vue de supprimer les possibilités de conflits. Ce langage vise surtout les négociations engagées au sujet des questions d'Asie Mineure, mais il faut l'entendre d'une façon plus générale. Il est adroit de faire montre de ces dispositions conciliantes, au lendemain des élections françaises, pour achever d'amadouer la nouvelle majorité radicale-socialiste et la convaincre de l'inutilité du maintien de la loi sur le service de trois ans, par l'espoir d'un rapprochement franco-allemand.

Quant au Mexique, le Secrétaire d'Etat ne pouvait pas dépeindre sa situation lamentable sous des couleurs trop atténuées. Mais il a eu soin d'annoncer à son auditoire que l'Allemagne réclamerait pour ses ressortissants des dommages économiques, dès que l'ordre serait rétabli; c'est dans cette intention sans doute qu'il s'est félicité des excellentes relations existant entre l'Allemagne et les Etats-Unis, qu'il s'agit de ménager, malgré tout le mal qu'on pense et qu'on dit à Berlin de leur politique à l'égard du Mexique.

M. de Jagow n'a pas voulu quitter l'Amérique, sans adresser quelques paroles gracieuses aux jeunes et riches républiques de l'Argentine, du Brésil et du Chili, avec lesquelles l'Allemagne a le désir de nouer des relations commerciales de plus en plus fructueuses. Le voyage du Prince Henri de Prusse, qui est le commis voyageur du Gouvernement Impérial, n'avait pas d'autre but. Le Secrétaire d'Etat dont le langage aura du retentissement dans l'Amérique du Sud, s'est efforcé de détruire à Rio comme à Buenos-Ayres **la légende du péril allemand, inventée par les concurrents de l'Allemagne.**

Le principal intérêt de l'exposé réside dans le long passage consacré à la Russie. Il faut avouer que M. de Jagow, sans sortir du ton diplomatique, a traité durement la presse russe. Les Ambassadeurs des Puissances de la Triple Entente n'ont pas manqué de remarquer que ce langage coïncidait avec celui que «le Lokal-Anzeiger» prêtait à l'un d'entre eux, dans une soi-disant interview dont vous a rendu compte mon rapport du 13 de ce mois. Le diplomate étranger y dénonçait en général les excitations de la presse comme une façon dangereuse de

jouer avec le feu. En accusant spécialement la presse russe de sentiments haineux contre l'Allemagne et en parlant de la résonnance que ces sentiments ont provoqués ici, M. de Jagow n'a pas entendu exprimer un blâme contre ses compatriotes, comme le prétendent certains journaux de Paris. On dirait qu'il ne lit jamais la Gazette de la Croix où la presse russe est prise à partie tous les mercredis avec une violente animosité par le Dr. Schiemann, non plus que les journaux libéraux et socialistes qui n'épargnent guère la Russie. Si un Gouvernement étranger peut se flatter d'avoir une mauvaise presse en Allemagne, c'est bien le Gouvernement du Czar.

M. de Jagow ajoute, il est vrai, pour tempérer ses critiques, qu'il est persuadé que le Gouvernement russe, sans se laisser égarer par cette agitation, a le désir de maintenir avec l'Empire allemand ses anciennes relations de bon voisinage. En est-il vraiment aussi convaincu qu'il se plait à le dire? Dans le monde diplomatique de Berlin, on voit dans les dures paroles adressées à la presse russe un avertissement donné au Cabinet de St. Pétersbourg lui-même. En réalité l'Allemagne et le Gouvernement allemand ne peuvent supporter l'idée que d'autres nations les imitent et augmentent démesurément aussi leurs effectifs de guerre. L'an dernier, la grande irritation contre la France avait pour cause le vote de la loi de trois ans. Aujourd'hui on s'inquiète ici des préparatifs militaires de la Russie, on trouve ces renforcements exagérés, on n'en devine pas le motif ni le but. De là viennent ces alternatives qui nous étonnent dans le langage des hommes d'état de ce pays à l'adresse de la Russie. Tantôt on la ménage, pour la ramener à l'amitié d'autrefois; tantôt on élève le ton, comme pour lui faire entendre le cliquetis du sabre allemand.

On aura été frappé de l'absence, dans l'exposé du Secrétaire d'Etat de toute allusion aux questions africaines. On est tenté de s'en féliciter, si c'est la preuve que l'entente n'a pas pu se faire entre l'Allemagne et l'Angleterre pour le partage des sphères d'influence.

94.

BRUXELLES, 5. 6. 1914.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 27 mai 1914, No. 118.)

Rivalités austro-italiennes en Albanie.

Les évènements qui ont eu lieu ces jours-ci en Albanie ont tout malheureusement produit ici une très vive sensation. Les premières nouvelles sont parvenues à Vienne au moment où Tuckom Pacha, le Ministre Président de ce jeune Etat, envoyé en mission par son souverain, arrivait dans la capitale autrichienne. Logé aux frais de l'Etat à l'Hôtel Impérial, invité à l'avance pour le même soir par le Comte de Schönborn à un grand dîner auquel assistait l'élite de l'aristocratie, reçu le lendemain à déjeuner par le Prince Edouard de Lichtenstein, Son Excellence a été comblée de prévenances et d'honneurs. Les Ministres, les hauts dignitaires du Palais, de nombreuses personnalités en vue lui ont déposé leurs cartes et Sa Majesté l'Empereur lui a fait remettre son portrait contenu dans un magnifique cadre orné de diamants.

Cette reception était excessive par elle-même et dans les circonstances présentes elle a pr's un caractère d'exagération d'autant plus accentuée, qui est maintenant regretté.

Tuckom Pacha est connu depuis longtemps dans le monde diplomatique. C'est un homme honnête, intègre, animé des meilleures intentions mais qui a passé une grande partie de sa vie dans la carrière diplomatique et n'a, au point de vue administratif, aucune expérience sérieuse.

Ce qui se passe actuellement à Durazzo et dans ses environs, le degré de culpabilité ou de trahison d'Essad Pacha, le caractère de la révolte des paysans et la nature de leurs exigences, tout cela n'est pas encore suffisamment éclairci. D'ailleurs le Ministre des Affaires Etrangères, les principaux chefs de sections de son Département et plusieurs Ambassadeurs se trouvant à Budapest. il est difficile d'obtenir des renseignements de nature officielle. Mais parmi les personnes qui se faisaient au sujet de l'avenir de l'Albanie et du rôle que l'Autriche-Hongrie pourrait

y jouer de fortes illusions, on constate une déception notable et un assez vif découragement. On reproche au Prince d'avoir abandonné son poste au moment du danger. On est d'avis que son embarquement sur un navire étranger doit avoir produit sur ses sujets un effet déplorable. On est désagréablement impressionné en constatant par la teneur des télégrammes que c'est le Ministre d'Italie qui joue là-bas le rôle prépondérant tandis que le nom de son collègue d'Autriche-Hongrie est passé sous silence.

Enfin on est ému du langage violent de la presse italienne prenant fait et cause pour Essad Pacha considéré comme victime des intrigues émanées du «Ballplatz». On commence à se rendre compte que la rivalité des deux Puissances qui ont insisté pour la création d'une Albanie indépendante prend des proportions fâcheuses et on est quelque peu effrayé à l'idée que cette rivalité pourrait dégénérer en un véritable conflit.

Il est probable que les explications que le Marquis de San Giuliano doit donner aujourd'hui à Rome contribuerant à atténuer cette mauvaise impression et que les deux Gouvernements intéressés continueront pour le moment du moins, à agir officiellement d'accord. Mais il serait difficile de contester que cet état de choses récèle pour l'avenir un certain danger.

Dans ces conditions, il n'est pas à présumer que l'Autriche-Hongrie et l'Italie aient actuellement la moindre envie d'intervenir seules en Albanie dans le cas où il serait jugé nécessaire d'y envoyer une force armée. Déjà certains organes de la presse autrichienne protestent contre cette éventualité et à Rome on est certainement dans les mêmes dispositions. En effet, lors des conférences de Londres, lorsqu'il s'est agi du blocus de la côte du Monténégro et ensuite du détachement international à envoyer à Scutari, c'est le Marquis Impériali qui a le plus vivement insisté auprès de ses collègues pour qu'on ne laissât pas l'Italie agir seule avec son alliée.

Quant à la situation actuelle en Albanie, si celle-ci n'est pas encore suffisamment éclaircie, il est dès maintenant évident qu'elle est due en grande partie au fanatisme religieux. De même qu'en Turquie, malgré l'introduction d'une Constitution,

le Musulman ne considérera jamais un chrétien comme son égal, de même l'Albanais mohamétan ne voudra jamais s'incliner de bonne grâce devant une autorité étrangère et ce côté de la question sera pour le Prince de Wied la source de plus d'une difficulté.

95[1]).

BRUXELLES, 25. 6. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 12 juin 1914, No. 645.)

Le Ministère Ribot.

Les journaux allemands consacrent depuis dix jours en première page des articles quotidiens à la crise ministérielle française. Elle accapare leur attention et celle de leurs lecteurs. La question albanaise, l'imbroglio mexicain, sont relégués au second plan. Les élections législatives en France avaient causé ici une grande satisfaction qui s'était fait jour dans le langage de la presse, avec cette restriction cependant qu'il ne fallait pas espérer de la majorité de la nouvelle chambre l'abrogation immédiate de la loi sur le service militaire de trois ans. Cette loi a acquis en effet une importance extraordinaire, et suivant les cercles officiels, quelque peu exagérée aux yeux des Allemands. C'est le leit motiv, le refrain obligé de leurs appréciations sur la politique française à l'égard de l'Allemagne. C'est pour eux la preuve manifeste des desseins agressifs qu'ils prêtent à ses dirigeants.

La démission du Cabinet Doumergue, l'échec de la combinaison Viviani, le refus de MM. Deschanel, Delcassé et Jean Dupuy d'assumer la responsabilité de constituer un Ministère, avaient rendu confiance à la presse allemande dans la réalisation de son désir: l'abolition du service militaire de trois ans par une majorité de radicaux socialistes. Mais si la pensée était la même chez tous les organes de l'opinion publique allemande, l'expression en était bien différente, suivant la couleur politique du journal. Là où la presse libérale applaudissait

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 118, S. 138.

sans mesure au triomphe du radicalisme français, les pangermanistes ne trouvaient que matière à raillerie et à dénigrement; on peut même dire que la plupart des journaux conservateurs n'ont observé aucune mesure dans leurs jugements. Tous cependant sont d'accord pour voir dans l'obstination des radicaux-socialistes à ne pas faire partie d'un Ministère qui ne promettrait pas de résoudre immédiatement la question militaire, un plan de campagne ourdi contre l'Elysée, la crise ministérielle en se prolongeant devant se transformer en crise présidentielle.

La constitution d'un Cabinet sous la présidence de M. Ribot a déçu les espérances des journaux allemands. Ils n'admettent pas que l'honorable académicien n'ait accepté que par patriotisme, malgré son âge avancé et son mauvais état de santé, la tâche ingrate de former un Ministère d'union républicaine. Ils ne voient là de sa part qu'un acte de complaisance envers M. Poincaré. Quant à ses chances de durée, ils s'en réfèrent aveuglement à l'avis de M. Jaurès et des radicaux français, quoique la Gazette de Voss, — qui connaît mieux l'histoire parlementaire de la République, — ait pris soin de rappeler, par l'exemple de MM. Méline et Barthou, que certains Ministères condamnés à mourir dès le premier jour avaient eu la vie plus dure qu'on ne le supposait. En réalité, surtout après une crise difficile à dénouer, le Parlement français a généralement accordé quelques mois de répit aux combinaisons ministérielles les moins viables.

Il semble aujourd'hui, d'après le spectacle que nous offre la France, que le Cabinet Barthou ait trop présumé des forces et des sentiments du pays, en lui demandant le rétablissement du service militaire de trois ans, et que les Allemands aient raison de le penser. Le peuple français n'a pas montré à cette occasion l'abnégation patriotique dont il avait donné des preuves dans d'autres circonstances. Cela tient sans doute à la propagation des idées socialistes dans les classes inférieures de la nation. Quoi qu'il en soit, on doit se demander si le Cabinet Barthou et le Président de la République n'ont pas agi avec trop de précipitation; si, mal éclairés sur les véritables intentions du Gouvernement Impérial lorsqu'il a déposé l'an dernier son projet de loi pour

le renforcement de l'armée, ils ont eu raison de riposter du tac au tac par la loi sur le service de trois ans, au lieu de s'assurer que l'augmentation des effectifs allemands était réellement une arme tournée contre la France. On peut croire en définitif, comme l'a dit M. de Bethmann-Hollweg à la tribune du Reichstag, que le danger d'une confédération balkanique, qui paralyserait plus tard une grande partie des forces autrichiennes, a été la raison dominante de la loi allemande de 1913. Quelques semaines après le dépôt de cette loi, la confédération balkanique avait cessé d'exister. Mais le Gouvernement Impérial se trouvait en présence d'un autre danger qu'il n'avait pas prévu: le dépôt d'une loi augmentant les effectifs de combat de l'armée française, suivi d'une campagne violente de discours et d'articles de journaux dirigée contre l'Allemagne. **Il est résulté de cette agitation montrée par les Français une plus grande tension dans leurs rapports avec l'Empire voisin et l'idée, faussement répandue ou acceptée sans contrôle par les meilleurs esprits de ce pays-ci, que la guerre est inévitable dans un avenir rapproché parce que la France la désire violemment et s'arme fébrilement pour s'y préparer. A Paris les mêmes intentions sont prêtées au Gouvernement Impérial dont plusieurs membres ont eu parfois, il faut en convenir, des paroles malheureuses; tel le Ministre de la Guerre parlant «d'une offensive foudroyante» et «d'une attaque brusquée» pour donner la victoire à l'armée allemande. Il n'y a peut-être encore aujourd'hui qu'une effroyable méprise chez l'un comme chez l'autre des deux peuples. La majorité de la nation française ne veut certainement pas d'une guerre et cette guerre ne serait pas nécessaire à l'Allemagne. Dans peu d'années l'équilibre des forces ne sera plus possible entre elle et sa voisine. L'Allemagne n'a qu'à prendre patience, qu'à poursuivre en paix le développement incessant de sa puissance économique et financière, qu'à attendre les effets de sa natalité prépondérante pour dominer sans conteste et sans lutte toute l'Europe centrale. M. Barthou et M. Poincaré auraient donc mieux fait peut-être d'examiner avec plus de sang-froid s'il n'existait pas de meilleur moyen d'assurer la paix entre la France et l'Allemagne que cette concurrence dans les armements et l'augmentation des effectifs,**

dont la première n'est pas capable de supporter le poids aussi longtemps que la seconde.

Un autre reproche qu'on peut adresser aux partisans en France du service de trois ans, c'est de faire intervenir sans cesse dans la discussion de cette question intérieure la Russie, dont les desseins politiques restent impénétrables, la Russie qui dirige la Duplice à son profit exclusif, la Russie, qui accroit, elle aussi, dans une proportion effrayante ses armements, sans qu'elle soit menacée par l'Allemagne [1]).

96 [2]).

BRUXELLES, 3. 7. 1914.

(Extrait d'un rapport de Paris du 24 juin 1914, No. 2156.)

Armements français et russes.

La France et la Russie jouent véritablement, en ce moment, un jeu bien dangereux. Elles s'excitent mutuellement dans la voie des armements à outrance et se livrent — la Russie surtout — à un bluff qui pourrait avoir les plus funestes conséquences.

Il n'est pas contestable que les préparatifs militaires de l'Empire moscovite sont énormes; son armée sera colossale; mais elle dépasse toutes les limites de la réalité en proclamant qu'elle est aujourd'hui prête à affronter une grande guerre. Il lui faudrait au moins deux mois pour mobiliser ses troupes; son matériel commence à être bon; mais ses moyens de communication sont absolument insuffisants et elle aurait besoin de plusieurs années pour suppléer à cette pénurie de voies ferrées. Il ne lui sera pas seulement difficile de concentrer ses armées; mais on se demande comment elle les nourrira.

---

[1]) Der wichtige Schlußabsatz des Originalberichtes, der den Wunsch enthält, das französische Militärgesetz möge im Interesse der Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu Fall kommen, fehlt im Zirkular. (Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 139/140.)

[2]) Originalbericht nicht vorhanden. Dieses Zirkular wurde für so wichtig gehalten, daß es 17 Gesandtschaften, sogar denen von Tokio, Peking und Teheran zuging!

Quoiqu'il en soit, l'effort russe cause à Berlin un profond malaise et on y presse de plus en plus l'achèvement des travaux entrepris sur la Vistule.

D'ici à un an et demi ou deux ans, l'Allemagne sera arrivée à un maximum de forces de terre et de mer prévu. Sa puissance militaire sera aussi formidable, et on se demande comment on empêchera d'en faire usage.

M. Poincaré a fait un voyage à Pétersbourg lorsqu'il était président du Conseil; nul ne doute des efforts qu'il a faits pour pousser la Russie dans la voie des armements à outrance; il envoya M. Delcassé dans un but identique; il va retourner lui-même dans quelques semaines. Toutes ces manifestations sont naturellement suivies de près à Berlin, et on a lu, là comme ailleurs l'article suggestif imprimé, il y a quelques jours à peine, dans la Gazette de la Bourse, pour rappeler au Gouvernement de la République les devoirs militaires qu'il a assumés et la nécessité du maintien de la loi de trois ans.

Personne ne doute de l'esprit encore pacifique de l'Empereur Guillaume; mais combien de temps pourra-t-on compter sur cette disposition d'esprit en présence des procédés menaçants de la France et de la Russie et des conséquences qu'ils ont sur les esprits chauvins et militaristes de l'Empire.

On s'accorde à reconnaître que l'armée française a fait ces derniers temps des progrès très appréciables; la discipline y a beaucoup gagné et ses chefs sont généralement très bons. Elle se rend parfaitement compte qu'à raison des difficultés de la mobilisation russe, c'est elle qui aura à supporter seule, durant deux mois, le premier choc de l'armée allemande. Elle concentre dans ce but, la plus notable partie de ses troupes actives dans les régions de l'Est et compte y accumuler d'immenses forces de réserve, dégarnissant notablement le reste des régions du pays. On peut admettre qu'elle comptera plus de soldats que son adversaire sur les points probables de la rencontre ; mais comment parviendra-t-elle à mouvoir ces énormes quantités de troupes et à les nourrir ? Ces questions sont aujourd'hui à l'étude et donnent lieu à de nombreux conciliabules des autorités militaires.

97.

BRUXELLES, 11. 7. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 2 juillet 1914, No. 700.)

Le rôle de l'Archiduc François-Ferdinand dans la politique extérieure de l'Autriche-Hongrie.

Si renfermé, si ennemi des manifestations extérieures et les épanchements oratoires qu'ait été l'Archiduc François-Ferdinand, il n'en a pas moins joué un rôle incontestable dans l'histoire de l'Autriche-Hongrie pendant ces dernières années. C'est ce rôle que discute aujourd'hui rétrospectivement la presse allemande, comme le fait, d'ailleurs celle des autres pays. Elle s'indigne que le malheureux Prince soit tombé sous les coups de revolver d'un Serbe, alors que ses sentiments slavophiles étaient bien connus. Pénétré des dangers que faisaient courir à la monarchie la prépondérance et les prétentions du magyarisme dans l'équilibre instable du dualisme de 1867, il aurait voulu, assure-t-on, pour rétablir une balance plus égale entre les principales races de l'Empire, substituer au système dualiste un système trialiste, c'est-à-dire ajouter aux duchés autrichiens et au royaume de Saint Etienne un royaume slave, forme en grande partie des provinces enlevées à ce dernier. La Gazette de Voss s'est élevée avec force contre la conception prêtée à l'Archiduc ou prétendûment encouragée par lui. Elle démontre qu'un esprit aussi réfléchi que le sien aurait dû se rendre compte de la tendance qu'aurait fatalement ce royaume slavo-illyrien à s'unir à la Serbie; celle-ci serait pour lui un centre d'attraction irrésistible et le même phénomène de cristallisation se produirait dans les Balkans qui a été constaté il y a quarante ans dans la formation de l'unité italienne. La Serbie deviendrait le Piémont de la péninsule balkanique. L'Autriche, vis-à-vis du magyarisme et du slavisme illyrien se trouverait en présence de deux ennemis au lieu d'un. — Non, d'après le journal berlinois, l'Archiduc défunt a été seulement un Grand Autrichien; il a rêvé surtout de provoquer lui-même la régénération de l'Autriche-Hongrie, de lui rendre une des premières places dans

le concert des Grandes Puissances et c'était déjà un beau rêve, digne d'un successeur de Joseph II.

Dans la politique extérieure suivie par le Cabinet de Vienne depuis le commencement du vingtième siècle, l'influence de François-Ferdinand a été moins considérable qu'on ne le prétend. «C'était mal connaître le Comte d'Aehrenthal, d'après le Ministre suisse qui a été longtemps Ministre à Vienne et a entretenu des relations personnelles avec l'Archiduc, que de croire qu'il aurait obéi aux suggestions de l'héritier du trône, quand il s'est décidé à proclamer l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine après la révolution de Constantinople. Il a exécuté alors, avec habileté des plus contestables, un plan qu'il avait personnellement conçu et mûri. Après sa mort et pendant la guerre balkanique, on peut, semble-t-il attribuer à l'archiduc les mesures militaires prises en vue d'intimider, sans succès, d'ailleurs, la Serbie et qui ont failli déchaîner un conflit avec la Russie. Mais sa mémoire ne doit pas être rendue responsable des procédés incohérents du Ballplatz. Son rôle militaire a suffi pour lui attirer la haine des Serbes et surtout celle des sociétés secrètes de Belgrade qui poursuivent en Autriche-Hongrie par le terrorisme et la propagande révolutionnaire la réunion d'une grande Serbie. L'Archiduc était désigné à leurs coups: sans en avoir été l'auteur réel, il est tombé victime de la mauvaise politique austro-hongroise dans les Balkans.»

A-t-il été au moins l'un des principaux promoteurs de l'idée d'une principauté indépendante d'Albanie, dont le lamentable échec parait inévitable aujourd'hui? D'après l'opinion de l'Ambassadeur d'Italie, c'est le Cabinet de Rome qui se serait opiniâtrement refusé à ouvrir aux Serbes un accès à l'Adriatique et à leur abandonner les districts albanais du Nord. «Nous n'avons pas pensé que la Serbie fût en état de créer de si tôt une marine de guerre dans la Méditerranée, mais nous devons envisager l'avenir et escompter la dissolution future de la monarchie austro-hongroise. Les côtes occidentales de l'Adriatique sont peuplées de Slaves auxquels s'est superposée une légère couche d'éléments italiens. Nous devons nous attendre à la naissance d'un royaume slave en face de l'Italie, adversaire

bien autrement redoutable et entreprenant que nos voisins actuels. L'arrivée des Serbes sur les rives de l'Adriatique aurait sans doute précipité des événements qu'il est pour nous d'un intérêt primordial de retarder le plus longtemps possible. Une Albanie indépendante est un obstacle apporté à l'extension du Slavisme, une digue contre ses envahissements.» Il est curieux de constater l'opinion qu'on s'est faite dans les cercles officiels de Rome de la solidité de l'édifice austro-hongrois, opinion que certains agents diplomatiques italiens ne se gênent pas de révéler.

En résumé, l'impression générale recueillie à Berlin à la suite du drame de Serajewo, quel que soit le jugement qu'on porte sur l'Archiduc, est que sa disparition sera une cause d'affaiblissement pour la Triple alliance. Cette impression, on la trouve exprimée aussi, mais avec une satisfaction à peine déguisée, dans les extraits des journaux russes. L'Empereur Guillaume avait indubitablement acquis peu à peu un grand ascendant sur l'esprit de François-Ferdinand; il avait eu sans doute quelque peine à triompher de certaines résistances de son caractère entier et volontaire, et l'élève s'était montré maintes fois indiscipliné. Mais les conseils de prudence, dictés par la sagesse et l'expérience, avaient fini par prévaloir. Outre l'ami personnel, l'Empereur doit profondément regretter le disciple qu'il s'était conquis. Le prix qu'il attachait à cette conquête nous est prouvé par la fréquence, inusitée entre Princes, de leurs rencontres et de leurs entretiens.

VERZEICHNIS DER ZIRKULARE

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht		Datum des Zirkulars	Seite
33	Berlin	12. 11. 1912	19. 11. 1912	96
34	Wien	22. 11. 1912	2. 12. 1912	98
35	Wien	24. 11. 1912	2. 12. 1912	100
36	Paris	24. 11. 1912	2. 12. 1912	102
37	Belgrad	26. 11. 1912	5. 12. 1912	103
38	Berlin	30. 11. 1912	7. 12. 1912	105
39	Bukarest	4. 11. 1912	7. 12. 1912	107
40	Petersburg	6. 12. 1912	13. 12. 1912	110
41	Berlin	16. 12. 1912	24. 12. 1912	111
42	Wien	16. 12. 1912	24. 12. 1912	112
43	Paris	29. 12. 1912	3. 1. 1913	114
44	London	19. 12. 1912	16. 1. 1913	115
45	Petersburg	7. 1. 1913	18. 1. 1913	116
46	Paris	8. 1. 1913	21. 1. 1913	117
47	Paris	13. 1. 1913	22. 1. 1913	118
48	Petersburg	13. 1. 1913	1. 2. 1913	119
49	Paris	27. 1. 1913	3. 2. 1913	121
50	Berlin	11. 2. 1913	20. 2. 1913	122
51	Petersburg	17. 2. 1913	1. 3. 1913	124
52	Paris	21. 2. 1913	5. 3. 1913	125
53	London	24. 2. 1913	6. 3. 1913	126
54	London	4. 3. 1913	13. 3. 1913	127
55	Berlin	8. 3. 1913	22. 3. 1913	128
56	Sofia	14. 3. 1913	25. 3. 1913	131
57	Berlin	18. 3. 1913	27. 3. 1913	133
58	Konstantinopel	28. 3. 1913	10. 4. 1913	135
59	Petersburg	31. 3. 1913	12. 4. 1913	136
60	Berlin	4. 4. 1913	12. 4. 1913	137
61	Berlin	9. 4. 1913	18. 4. 1913	139
62	Berlin	17. 4. 1913	24. 4. 1913	142
63	Berlin	22. 4. 1913	28. 4. 1913	144
64	Petersburg	28. 4. 1913	8. 5. 1913	146
65	Paris	30. 4. 1913	10. 5. 1913	147
66	Paris	5. 5. 1913	10. 5. 1913	148
67	Berlin	26. 5. 1913	5. 6. 1913	149
68	Berlin	12. 6. 1913	20. 6. 1913	151
69	Paris	12. 6. 1913	20. 6. 1913	153
70	Berlin	16. 6. 1913	24. 6. 1913	154
71	Berlin	24. 6. 1913	3. 7. 1913	155
72	Berlin	6. 8. 1913	13. 8. 1913	157
73	Bukarest	22. 10. 1913	31. 10. 1913	160
74	Berlin	25. 10. 1913	3. 11. 1913	161

Ministère
des
Affaires Etrangères

Direction P.ᵉ 6016
N.º d'ordre

Bruxelles, le 21/1/13

Extraits d'un rapport de Paris
du 6 janvier 1913, n.º 53.

La question de la paix dans les Balkans –
La situation internationale.

On ne croit pas dans les sphères officielles que la guerre puisse recommencer dans les Balkans ; les grandes Puissances sont unanimes pour ne pas le vouloir, et il semble que le Gouvernement ottoman demande seulement qu'on lui force la main.

L'accord des Puissances est complet quand au sort d'Andrinople qui est d'ailleurs à la veille de capituler. L'entente est moins parfaite en ce qui concerne les îles de l'Archipel ; mais celles-ci sont nombreuses et prêtent par conséquent à des combinaisons de nature à satisfaire chacun.

Les armements de l'Autriche-
-ne

Monsieur
. . .

Auf ¼ verkleinerte Wiedergabe des Originals.

ne sont plus un sujet d'inquiétude depuis les explications loyales que le Cabinet de Vienne a données sur ce point à celui de St. Pétersbourg. La Russie ne désarme d'ailleurs pas.

De grosses difficultés sont encore à régler telles que les frontières de l'Albanie et le différend roumano-bulgare qui n'a pas fait un pas jusqu'ici ; mais on peut espérer que l'Europe unanime et pacifique empêchera les ruptures dangereuses.